# JahrBuch

## für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Januar 2007 I NDZ-GmbH

## Inhaltsverzeichnis

*Hermann Klenner*: Erinnern an Wolfgang Abendroth.
Anläßlich des Editionsbeginns einer Abendroth-Gesamtausgabe ..... 5

*Daniel Schwane*: Kulturpolitik der sechziger Jahre:
Die „Siegmunds Hofer Gespräche" in West-Berlin 1964/65 ..... 12

*Sönke Friedreich*: Unpolitische Arbeiter? Zum Einfluß politischer
Fragen auf Differenzierungsprozesse der Arbeiterschaft eines
sozialistischen Betriebes ..... 26

*Jörg Roesler*: Die Stuttgarter Vorfälle vom Oktober 1948.
Zur Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft
in der Bundesrepublik Deutschlands ..... 40

## Zur 42. Linzer Konferenz

*Günter Benser*: ArbeiterInnenbewegung und Rechtsextremismus ..... 50

*Jürgen Hofmann*: Arbeitermilieu und Rechtsextremismus.
Zu Genesis und Dimensionen eines historischen
und aktuellen Problems ..... 58

*Luigi Ganapini*: Revolutionärer und faschistischer Syndikalismus
in Italien (1920-1945) ..... 72

## Biographisches

*Julia Köstenberger*: Klavdija Kirsanova – Rektorin der Internationalen Leninschule in Moskau ..... 78

*Hermann Drumm*: Marta Strasser – Eine Zeitzeugin des 20. Jahrhunderts (1910-2002) ..... 91

*Werner Berthold*: Französische Gefangenschaft – 28.8.1944 bis 24.8.1948. Erinnerungen ..... 110

## Dokumentarisches

*Ulrike Eisenberg*: Vier Wochen in Sowjetrußland. Bericht des Berliner Neurologen Louis Jacobson-Lask über seine Reise in die Sowjetunion 1927 ..... 139

## 15 Jahre „Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung"

*Harald Lange*: Geschichte der Arbeiterbewegung – interessant für junge Leute heute? Ein Gespräch ..... 158

*Helmut Bock:* In der Tradition Filippo Buonarrotis an die Geschichte sozialer Kämpfe erinnern ..... 162

## Diskussion

*Ulrich Peters*: Prädikat: Streitbar. Mit seiner Studie über die Geschichte der Demokratie hat sich der Italiener Luciano Canfora zwischen alle Stühle gesetzt ..... 166

## Information

*Rainer Holze*: Der Verein „baudenkmal bundesschule bernau" ..... 180

## Rezensionen/Annotationen

Familie Marx privat. Die Foto- und Fragebogen-Alben von Marx' Töchtern Laura und Jenny *(Rolf Dlubek)* ..... 184

Huub Sanders (Hrsg.): Images of Inspiration. A documentary on social movements based on images from the collection of the International Institute of Social History *(Bernd Hüttner)* ..... 185

Klaus Hugler/Hans Diefenbacher unter Mitarbeit von Judith Baumgartner und Alan Nothnagle: Adolf Damaschke und Henry George – Ansätze zu einer Theorie und Politik der Bodenreform *(Wolfgang Heyn)* ..... 185

Hermann-J. Rupieper/Friederike Sattler/Georg Wagner-Kyora (Hrsg.): Die mitteldeutsche Chemieindustrie und ihre Arbeiter im 20. Jahrhundert *(Jörg Roesler)* ..... 187

Adam Jones (Hrsg.): Völkermord, Kriegsverbrechen und der Westen; Michael Byers: Kriegsrecht *(Horst Klein)* ..... 189

Riccardo Bavaj: Von links gegen Weimar. Linkes antiparlamentarisches Denken in der Weimarer Republik *(Heinz Niemann)* ..... 193

Günter Hauthal: Im Altenburger Land zwischen 1933 und 1945 *(Jürgen Stroech)* ..... 194

Adelheid von Saldern (Hrsg.) unter Mitarbeit von Lu Seegers: Inszenierter Stolz. Stadtrepräsentationen in drei deutschen Gesellschaften (1935-1975) *(Evemarie Badstübner )* ..... 195

Leo und Leopoldine Kuntz, Götz und Hannelore Dieckmann (Hrsg.): Albert Kuntz: „Liebste Ellen…" Briefe aus dem Gefängnis, Zuchthaus und KZ 1933 bis 1944 *(Rainer Holze)* ..... 198

Arbeitsgemeinschaft „Sowjetische Gräber und Ehrenmale in Deutschland" (Hrsg.): Sowjetische Gräberstätten und Ehrenmale in Ostdeutschland heute *(Horst Schützler)* ..... 199

Michael Klundt (Hrsg.): Ein Untergang als Befreiung. Der 8. Mai und die Folgen; Conrad Taler: Der braune Faden. Zur verdrängten Geschichte der Bundesrepublik *(Stefan Bollinger)* ..... 200

Anton Ackermann. Der deutsche Weg zum Sozialismus. Selbstzeugnisse und Dokumente eines Patrioten *(Evemarie Badstübner)* ..... 201

Hans Modrow/Hans Watzek (Hrsg.): Junkerland in Bauernhand. Die deutsche Bodenreform und ihre Folgen *(Claus Remer)* ..... 204

Renate Hürtgen: Zwischen Disziplinierung und Partizipation. Vertrauensleute des FDGB im DDR-Betrieb *(Olaf Klenke)* ..... 206

Karin Aleksander: Frauen und Geschlechterverhältnisse in der DDR und in den neuen Bundesländern. Eine Bibliographie *(Hanna Behrend)* ..... 208

Jens Schöne: Frühling auf dem Lande? Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft *(Christel Nehrig)* ..... 209

Frank Umbach: Das rote Bündnis. Entwicklung und Zerfall des Warschauer Paktes 1955 bis 1991 *(Paul Heider)* ..... 211

Burkhard Hergesell: „Eine Hand voll Zukunft …". Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten in Bremerhaven 1955–2005 *(Bernd Hüttner)* ..... 212

Ulrich van der Heyden: Zwischen Solidarität und Wirtschaftsinteressen. Die „geheimen" Beziehungen der DDR zum südafrikanischen Apartheidregime *(Jörg Roesler)* ..... 214

Bernd Hüttner/Gottfried Oy/Norbert Schepers (Hrsg.): Vorwärts und viel vergessen. Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen *(Günter Benser)* ..... 215

Stefan Remeke: Gewerkschaften und Sozialgesetzgebung. DGB und Arbeitnehmerschutz in der Reformphase der sozialliberalen Koalition *(Peter Hübner)* ..... 217

Thomas Etzemüller: 1968 – Ein Riss in der Geschichte? Gesellschaftlicher Umbruch und 68er-Bewegungen in Westdeutschland und Schweden *(Stefan Bollinger)* ..... 219

Nachsatz ..... 220

Autorenverzeichnis ..... 222

Impressum ..... 222

# Erinnern an Wolfgang Abendroth: Anläßlich des Editionsbeginns einer Abendroth-Gesamtausgabe[1]

Hermann Klenner

Mit dieser nun im ersten Band vorliegenden und auf acht Bände angelegten Gesamtausgabe wird eine produktive Wirkung des in seiner Doppelbedeutung für die Arbeiterbewegung wie für die Rechtswissenschaft des vorigen Jahrhunderts in Deutschland einmalig wichtigen Wolfgang Abendroth (1906-1985) auch für die Zukunft ermöglicht.

Hingewiesen sei vorab auf die von Barbara Dietrich und Joachim Perels herausgegebenen Gespräche mit Abendroth: „Ein Leben in der Arbeiterbewegung", Frankfurt 1976 (3. Auflage 1981), auf den von Friedrich-Martin Balzer herausgegebenen Band: „Wolfgang Abendroth. Wissenschaftlicher Politiker. Biobibliographische Beiträge", Opladen 2001, auf die frisch erschienene umfangreiche Teilbiographie von Andreas Diers: „Arbeiterbewegung – Demokratie – Staat. Wolfgang Abendroth. Leben und Werk 1906 bis 1948", Hamburg 2006, sowie auf die Berichte über die anläßlich der einhundertsten Wiederkehr seines Geburtstages (2. Mai 1906/2006) publizierten Würdigungen in den bundesdeutschen Medien und die aus demselben Anlaß stattgefundenen Veranstaltungen.[2]

Während man in den beiden deutschen Juristen-Lexika des letzten Jahrzehnts ein Abendroth-Lemma vergebens sucht,[3] gibt es sehr wohl einige seine rechtswissenschaftlichen (und politischen) Leistungen würdigende Fest- und Gedenkschriften, von denen wenigstens genannt seien: Peter Römer (Hrsg.), „Der Kampf um das Grundgesetz", Frankfurt 1977; Norman Paech/Gerhard Stuby (Hrsg.), „Wider die herrschende Meinung", Frankfurt 1982; Detlef Hensche (Hrsg.), „Recht und Arbeiterbewegung. Zum Gedenken an Wolfgang Abendroth", Köln 1987; Rafael G. Girardot (Hrsg.), „New Directions in International Law. Essays in Honour of Wolfgang Abendroth", Frankfurt/New York 1982; an der zuletzt genannten, von immerhin 32 Wissenschaftlern aus 25 Ländern darge-

---

1 Wolfgang Abendroth: Gesammelte Schriften, Band 1: 1926-1948, Offizin-Verlag, Hannover 2006, 585 Seiten. Herausgegeben von Michael Buckmiller, Joachim Perels und Uli Schöler. Von denselben Herausgebern, die den Band mit wissenschaftlicher Sachkunde wie mit politischer Sympathie einleiten, sind als weitere Bände (mit jeweils etwa 600 Seiten) vorgesehen: Bd. 2: 1949-1955; Bd. 3: 1956-1962; Bd. 4: 1963-1967; Bd. 5: 1968-1977; Bd. 6: 1978-1985; Bde 7 u. 8: Briefe.

2 Siehe die entsprechenden Berichte in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, September 2006, Nr. 67, S.137-148, sowie die Abendroth gewidmeten Aufsätze in: Topos, 2006, H. 26, S.7-140.

3 Siehe Gerd Kleinheyer/Jan Schröder (Hrsg.): Deutsche und Europäische Juristen, Heidelberg 1996; Michael Stolleis (Hrsg.): Juristen. Ein biographisches Lexikon, München 2001.

botenen Festschrift hat sich der Schreiber dieser Zeilen, kein Schüler, aber immerhin ein studentischer Gelegenheitshörer Abendroths, mit einem kleinen Beitrag über „Völkerrecht als zwischenstaatliches Verfassungsrecht“ (S.479-498) beteiligen dürfen.

Um seine Bedeutung für die Arbeiterbewegung einerseits und andererseits für die Rechtswissenschaft und -praxis auf den Begriff zu bringen: Abendroth ist ein Verfassungsjurist der Arbeiterbewegung in hoher Vollendung.[4] Als bekennender Marxist gehörte er zu jener Minderheit unter den Juristen seiner Zeit und seines Landes, die der Machtausübung von Oben die Rechtswahrnehmung von Unten entgegensetzten. In seinen letzten Lebensjahrzehnten war er die wichtigste Leit- und Integrationsfigur der außerparlamentarischen Opposition in Deutschland, dessen sozialistische Parteitheorie zudem für die Gegenwartsüberlegungen zu einer programmatisch statt pragmatisch begründeten Zusammenführung linker Parteien in unserem Land wertvolle Orientierungshilfen denjenigen bietet, die über den Tellerrand ihrer temporären Personalinteressen hinauszublicken Charakter und Mut haben.[5]

Vergleichbares gilt für Abendroths zukunftsträchtigste Leistung als Rechtswissenschaftler. *Er* war es nämlich, der zuallererst die gegenwärtig von den Neoliberalen aller Parteien in Mißkredit geredete Sozialstaatsklausel des Grundgesetzes (Art. 20 I, 23 I, 28 I, 79 III) als die normierte Negation eines machtgesicherten Glaubens an die immanente Gerechtigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung begriff und daraus die Forderung ableitete, die für die ganze Gesellschaft notwendigen Planungen der privaten Disposition durch diejenigen zu entziehen, „die über die entscheidenden ökonomischen Machtpositionen verfügen können“, und sie der „gemeinsamen Kontrolle aller am gemeinschaftlichen Produktionsprozeß beteiligten Glieder der Gesellschaft“ zu unterstellen.[6] Das geltende Grundgesetz ermögliche jedenfalls den Sozialisten – so auch zwanzig Jahre später noch sein kategorisches Urteil – „sozialistische Vorstellungen zu vertreten, zu verteidigen und zu realisieren, wenn wir nämlich die Macht haben“.[7] Wie in jüngster Zeit vor allem Joachim Perels und Frank Deppe herausgearbeitet ha-

---

4 So die Charakterisierung bei Dieter Sterzel: Revolutionär und Verfassungsjurist der Arbeiterbewegung, in: Thomas Blanke (Hrsg.): Streitbare Juristen, Baden-Baden 1988, S.476-486, rezensiert in: Deutsche Literaturzeitung, 1989, Heft 10, S.884.

5 Siehe Richard Heigl: Wolfgang Abendroths Parteitheorie, in: Utopie kreativ, Mai 2006, H. 187, S.408.

6 Siehe Wolfgang Abendroth: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Neuwied 1967 (1972), S.114, 132, ders.: Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland“, 1954, abgedruckt auch in dem von Ernst Forsthoff herausgegebenen Sammelband: Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit, Darmstadt 1965, S.119, 137.

7 Abendroth (u.a.): Diskussion über Probleme sozialistischer Rechtspolitik. Ein Gesprächsprotokoll, in: Hubert Rottleuthner (Hrsg.): Probleme der marxistischen Rechtstheorie, Frankfurt 1975, S.393.

ben,[8] hatte Abendroth damit (und in Verbindung mit den Grundgesetz-Artikeln 14 und 15) den Weg dafür freigedacht, daß die bundesdeutsche Demokratie berechtigt (wenn auch nicht verpflichtet) ist, Produktionsmittel zu vergesellschaften. Denjenigen „Linken" sei's ins Stammbuch geschrieben, die sich, ohne rot zu werden, an den Privatisierungsorgien beteiligen, die uns gegenwärtig beschert werden.

Abendroths wissenschaftliche und politische Wirkung vermittelt durch seiner Argumente Überzeugungskraft erklärt sich auch aus seinem Lebenslauf: Bereits im Sommer 1920 hatte er sich als Vierzehnjähriger in Frankfurt der „Freien Sozialistischen Jugend" angeschlossen, die sich noch im gleichen Jahr in „Kommunistischer Jugendverband Deutschlands" umbenannte und in die KPD eingliederte. Aus ihr wurde er, der seit 1924 an den Juristenfakultäten in Tübingen, Münster und vor allem Frankfurt studierte, wegen seiner Kritik an der berüchtigten gegen die SPD gerichteten Sozialfaschismustheorie im November 1928 ausgeschlossen; anschließend Mitarbeit in der Roten Hilfe und in der von Brandler und Thalheimer initiierten KPO;[9] ab 1930 Referendariat und Promotionsplanung mit einer Arbeit über das Betriebsrätegesetz von 1920, vermutlich auch angeregt vom „Arbeitsrecht für Betriebsräte" von Karl Korsch, Jena 1922; kurzzeitige Verhaftung mit seinem Doktorvater, dem Sozialdemokraten Hugo Sinzheimer, am 1. April 1933; im gleichen Jahr Rauswurf aus dem Justizdienst und Berufsverbot; Promotion mit einer völkerrechtlichen Dissertation an der Universität Bern, die 1936 in Breslau publiziert, doch aus politischen Gründen bald makuliert wurde; illegale Tätigkeit in einer sozialistischen, mit Kommunisten zusammenarbeitenden Widerstandsgruppe. Es folgten Verhaftung und Folterung durch die Gestapo 1937, Verurteilung wegen Hochverrats zu einer vierjährigen Zuchthausstrafe, die er im Zuchthaus Luckau verbüßte, mit sich anschließendem Zwangs-Kriegsdienst im 999er Strafbataillon, aus dem er 1944 zu den griechischen Partisanen der ELAS desertierte. Während der britischen Kriegsgefangenschaft trat er noch in England 1946 der SPD bei.

Nach seiner Übersiedlung in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands wurde er 1947 Regierungsrat im Justizministerium der Mark Brandenburg, danach Professor an den Juristenfakultäten in Leipzig, Halle und Jena, von wo er nach Westdeutschland flüchtete, um einer sich andeutenden (ihm von einem Kommunisten „verratenen") Verhaftung zu entgehen, und weil er es, wie er von Bremen aus am 29. Dezember 1948 der Volksbildungsministerin des Landes Thüringen (ein Durchschlag an Hilde Benjamin) schrieb, mit seinem Gewissen

---

8 Joachim Perels: Der soziale Rechtsstaat im Widerstreit. Zur Verfassungsinterpretation Wolfgang Abendroths aus Anlaß seines 100. Geburtstages, in: Kritische Justiz, 2006, H. 3, S.297; Frank Deppe: Wolfgang Abendroths Politische Wissenschaft, in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 2006, Nr. 67, S.128.

9 Siehe – unter Bezugnahme auf Abendroth – Jürgen Kaestner (Hrsg.): Gegen den Strom – KPD-Opposition. Zur Politik der KPO (1928-1945), Frankfurt 1984.

nicht verantworten könne, Öffentliches Recht in der SBZ zu lehren und die Studenten in Gewissenskonflikte zu verwickeln; dies sei, so beteuerte er, „keine Ablehnung der Grundgedanken der Oktoberrevolution und des Sozialismus".[10]
Ab 1949 erhielt Abendroth eine Professur an der gerade gegründeten Reformhochschule für Sozialwissenschaften in Wilhelmshaven; seit 1951 forschte und lehrte er als Ordinarius für wissenschaftliche Politik an der Philosophischen Fakultät in Marburg bis zu seiner Emeritierung 1972; vorübergehend war er Mitglied des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen. Gegen seine Berufung in das Juristische Prüfungsamt beim Oberlandesgericht in Frankfurt protestierte die Marburger Juristenfakultät, an der altgediente Naziprofessoren das Sagen hatten. Zwar akzeptierte ihn die „Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer", das Elitekorps der Öffentlichrechtler unter den Juristenprofessoren, als Mitglied, verweigerte ihm aber das Korreferat zum Referat über „Begriff und Wesen des sozialen Rechtsstaates", das demjenigen übertragen worden war, der im Tausendjährigen Reich in Frankfurt, Hamburg, Königsberg, Wien und Heidelberg dem liberalen den totalen Staat entgegengesetzt hatte, und der nun dem „sozialen Rechtsstaat" den Charakter eines Rechtsbegriffs aberkannte, da er die strukturelle Verfassungsform der Bundesrepublik überhaupt nicht tangiere.[11]
Abendroth hat auch in seinen Marburger Jahren ein Doppelleben geführt, als Wissenschaftler *und* als Politiker. Er kämpfte gegen die Verdrängung der Ursachen und Folgen der Nazi-Diktatur aus dem Gedächtnis seiner Zeitgenossen, gegen den Stalinismus, gegen das KPD-Verbot, gegen den Einmarsch der UdSSR in die ČSSR, gegen die Notstandsgesetze, gegen den Radikalenerlaß der Bundesregierung, gegen Pinochets Militärdiktatur und gegen den Vietnamkrieg der USA. Er war der einzige deutsche Völkerrechtsprofessor, der an dem Russell-Tribunal über amerikanische Kriegsverbrechen in Vietnam teilnahm. Nachdem im Sommer 1958 die Diskussion um den ersten Entwurf des Godesberger Programms der SPD begonnen hatte, veröffentlichte er einen Alternativentwurf über die „Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie" und kandidierte in Marburg als Delegierter zum Godesberger Parteitag, unterlag aber knapp dem ebenfalls kandidierenden Oberbürgermeister der Stadt. Wegen seiner marxistischen Kritik am Godesberger SPD-Programm und seiner Mitgliedschaft in der „Fördergesellschaft für den SDS" wurde er Ende 1960 aus der SPD ausge-

---

10 Abgedruckt in Bd. 1 seiner Gesammelten Schriften, S.26-28; siehe auch Wolfgang Abendroth: Oktoberrevolution 1917: ihre weltgeschichtliche Bedeutung und die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt 1977.

11 Siehe Ernst Forsthoff: Der totale Staat, Hamburg 1933, S.39; ders.: Begriff und Wesen des sozialen Rechtsstaates, in: Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer, Bd. 12, Berlin 1954, S.8-36, bes. Leitsatz XV; dagegen Abendroth, in: ebenda, S.85ff. Siehe Joachim Perels: Wolfgang Abendroth und die Rechtslehre der Ära Adenauer. Verteidigung des Grundgesetzes gegen konservative Interpretationsmacht, in: Andrea Gourd/Thomas Noetzel (Hrsg.): Zukunft der Demokratie in Deutschland, Opladen 2001, S.136.

schlossen; als nunmehr Parteiloser spielte er dennoch Ende der sechziger Jahre eine richtungweisende Rolle bei einer marxistischen Orientierung eines Teiles der Studenten- und der Gewerkschaftsbewegung. Seine Publikationen in jenen Jahren füllen Bände über Bände.

Nun also ist der erste Band einer Gesamtausgabe seiner Schriften erschienen. Im Unterschied zu den folgenden Bänden erfaßt dieser erste Band die im angegebenen Zeitraum publizierten Arbeiten Abendroths vollständig. Sie sind unverändert nach ihrer Erstveröffentlichung abgedruckt. Mit (unbegründeter!) Ausnahme der fachjuristischen Arbeiten wurden die Zitate überprüft und, wo erforderlich, auf zugänglichere Ausgaben transponiert; fehlende Quellenangaben sind, wo möglich, ergänzt sowie die erwähnten Personen und Ereignisse in zuweilen zu knapp geratenen Annotationen erläutert worden. Nicht aufgenommen wurde eine zum Glück überlieferte Drittmitschrift einer Jenaer Völkerrechtsvorlesung aus dem Wintersemester 1948.

Band 1 setzt mit einer Publikation aus dem Jahr 1926 ein, in dem das damals zwanzigjährige KPD-Mitglied stud. jur. Abendroth den Marxismus gegen Hendrik de Man verteidigte, und endet mit einigen Artikeln und Rezensionen, die in der von der „Deutschen Justizverwaltung in der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland" herausgegeben „Neuen Justiz" – einer auch heute noch, wenn auch in westdeutscher Verlagshand, erscheinenden Zeitschrift – publiziert wurden, sowie mit einer ursprünglich im „Europa-Archiv" abgedruckten sachlich-wohlwollenden Würdigung der in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands vollzogenen Justizreform aus dem Jahre 1948. Im Autorenregister für die Jahrgänge 1947/48 der „Neuen Justiz", das erst dem Jahrgang 1950 beigefügt wurde, sucht man übrigens den Namen „Abendroth" vergebens: er war in der DDR zur Unperson geworden, und wir hätten ihn doch so dringend gebraucht.

Den größten Umfang (S. 181-464) beansprucht der erstmalige Nachdruck der an der Berner Universität eingereichten und beim Breslauer Marcus-Verlag publizierten Dissertation über „Die völkerrechtliche Stellung der B- und C-Mandate [über die ehemaligen deutschen Kolonialgebiete]", wie sie sich aus den Bestimmungen des nur in seiner englischen und französischen Version authentischen Versailler Vertrages vom Juni 1919 ergaben. Dabei handelt es sich um eine betont juristisch argumentierende, sich vor allem an der damaligen (zaghaften) Dekolonisierungsnorm, dem Artikel 22 der dem Versailler Vertrag integrierten Satzung des Völkerbundes,[12] orientierende Arbeit. In ihr wendet sich Abendroth gegen diejenigen, die in der Übertragung der Vormundschaft (im Originaltext von Art. 22: „tutelage" bzw. „tutelle"!) über die ehemals von Deutschland beherrschten Kolonialvölker an die Siegermächte des Ersten Weltkrieges (Originaltext: „advanced nations" bzw. „nations développées") als Camouflage blo-

12 Abgedruckt in: Helmuth Stoecker (Hrsg.): Handbuch der Verträge 1871-1964, Berlin 1968, S.188.

ßer Eroberungspolitik der Kriegsgegner Deutschlands denunzieren. Aus heutiger Sicht scheinen mir die Kolonialpassagen des Versailler Vertrages durch Abendroth gelegentlich überinterpretiert worden zu sein, wenngleich er völlig zurecht den *Text* des Vertrages nicht durch die (möglichen) *Absichten* der den Vertrag erzwingenden Staaten substituiert. Zwar erwähnt Abendroth, der noch 1928 vor dem Mandatssystem des Völkerbundes wie vor *jeder* Kolonialpolitik gewarnt hatte (S. 94), sowohl den durch den III. Kongreß der Sozialistischen Arbeiterinternationale vorgeschlagenen wenigstens allmählichen Abbau des ganzen Kolonialsystems als auch den „kommunistischen Standpunkt der völligen Abtrennung der Kolonien von den kapitalistischen Staaten" und des Rechts der bisherigen Kolonialbevölkerung zur sofortigen staatlichen Selbstbestimmung. Aber er erörtert diese Vorschläge nicht, zumal sie „durch die seit Beginn der Weltkrise eingetretene Abwendung von Liberalismus und Demokratie heute jede Verwirklichungsaussicht verloren haben dürften" (S.183, 191). In der Tat hat es zur globalen (bis heute immer noch nicht vollständigen!) Entkolonisierung einen weiteren Weltkrieg gebraucht, und gegenwärtig erleben wir einen mittels Kriegen und Banken betriebenen Neokolonialismus.

Für die Leser des „JahrBuchs" dürften vor allem die 24 Artikel interessant sein, die Abendroth in der Zeitschrift des „Bundes Freier Sozialistischer Jugend" zwischen 1926 und 1929 publizierte, und deren Gedankengänge er bis 1933 in einigen anderen Zeitschriften ergänzte, von denen der Autor dieser Zeilen einzugestehen hat, zuvor noch nie etwas gehört zu haben, so etwa eine „Großdeutsche Wochenschrift aus dem Geiste volksbewußter Jugend", oder eine „Überbündische Wochenschrift der deutschen Jugend" oder „National-Bolschewistische Blätter". Auf die Argumentationen Abendroths soll hier neugierig gemacht werden; daher seien nachfolgend einige seiner damaligen Einsichten wiedergegeben, solche vor allem, deren Wahrheits- oder wenigstens Diskussionswert bis zum heutigen Tag unverschlissen sind.

Also etwa: Oft seien es ehemalige Marxisten, die verbrennen, was sie angebetet, um anzubeten, was sie verbrannt haben. – Die Marx- und Leninphilologie der Komintern, in deren Diskussionen nicht Gedanken gegen Gedanken, Beweis gegen Beweis, sondern Zitat gegen Zitat gewogen wird, sei kaum geeignet, der marxistischen Methode und Theorie Anhänger zu gewinnen. – Es sei die ungeheure Schuld des westeuropäischen und vor allem des deutschen Proletariats, die russische Revolution verlassen und damit ihr den Weg zum Thermidor aufgezwungen zu haben. – Die Religion in den Händen der Herrenschicht sei ein Machtmittel der Reaktion, aber in den Händen der unterdrückten Klassen werde sie zum Hebel der Revolution. – Des Schimpfens ist genug gewechselt, laßt endlich Argumente seh'n. – Indem der Marxismus die Unvermeidlichkeit des Klassenkampfes in der bürgerlichen Gesellschaft entdeckte, erkannte er gleichzeitig die Bedingungen seiner Aufhebung. – Lenin habe sich oft, wenn er unmittelbar praktische Resultate erzielen wollte, in Nebenfragen einer opportunistischen Terminologie bedient, obwohl er sich nie zu einer opportunistischen Poli-

tik hinreißen ließ. – Luthers Theologie sei die Konsequenz seiner politischen Praxis, der Charakterlosigkeit. – Jeder Versuch, innerhalb der bestehenden Gesellschaft die Klassen zu versöhnen, sei keine verzeihliche Illusion, sondern ein Verbrechen an der Menschheit. – Die gegen die Ansichten Lenins gerichtete Bürokratenideologie von Stalin und Molotow, daß der russische Staat schon an und für sich ein Arbeiterstaat ist, beleuchte die Tiefe der Entfremdung zwischen Arbeiterklasse und Staat und beweise damit die Notwendigkeit einer vom Staat unabhängigen Klassenpartei des Proletariats und der Dorfarmut. – Das Proletariat habe die Unterwerfung seiner Interessen unter die des „Volkes" immer teuer bezahlen müssen. – Das praktische Resultat der Zusammenarbeit seiner Partei mit der Bourgeoisie habe der Proletarier am eigenen Leibe zu spüren. Daß einzelne seiner Klassengenossen dadurch Landräte oder gar Minister werden, hilft ihm nichts, im Gegenteil.

So verkehrt es wäre, Abendroths Auffassungen aus den zwanziger und dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts als sein jeweils letztes und dann auch noch als das für unsere Gegenwart endgültige Urteil zu nehmen, so unverantwortlich würde handeln, wer über die Gedankengänge und -entwicklung eines der glaubwürdigsten Theoretikers und Praktikers der deutschen Arbeiterbewegung hinwegzudenken die Unverfrorenheit hätte.

Mögen wir nicht allzulange auf die nächsten Bände seiner *Gesammelten Schriften* warten müssen.

# Kulturpolitik der sechziger Jahre: Die „Siegmunds Hofer Gespräche“ in West-Berlin 1964/65

Daniel Schwane

*1. Forschungsstand*

Außer in einigen Fußnoten in Beiträgen von Rüdiger Thomas, Martina Langermann und den Tagebüchern Brigitte Reimanns wurde die erste Hälfte der sechziger Jahre als Zeit wachsender innerdeutscher literarischer Kontakte und Beginn gemeinsamer kulturpolitischer Aktivitäten nur wenig untersucht.[1] Es muß konzediert werden, daß die Erforschung der West-Ost-Kontakte und der damit zusammenhängenden Funktion Berlins kaum in Bewegung gekommen ist. Lediglich der 2005 erschienene Sammelband des Germanisten Roland Berbig ist hier noch zu nennen.[2] Neben eher anekdotischen Beiträgen verharrt der Großteil der Texte jedoch auf der literaturwissenschaftlichen Ebene, eine systematische, auf Quellen bzw. Zeitzeugenaussagen gestützte Auseinandersetzung mit den kulturgeschichtlichen Phänomenen des Kalten Krieges im Berliner Raum findet in den Beiträgen dagegen nicht statt.

Nach dem Bau der Berliner Mauer fanden nur wenige literarische Veranstaltungen im Westen statt, an denen Autoren aus der DDR teilnahmen. Der sich verschärfende Kalte Krieg wirkte hemmend sowohl auf den innerdeutschen Literaturaustausch als auch auf den Kontakt zwischen den Autoren. Viele Autoren, die früher im Osten beheimatet gewesen waren, mußten mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen, wenn sie in die DDR oder nach Ost-Berlin kamen, um Freunde, Verwandte oder Kollegen zu besuchen. Zudem grassierte die Angst vor dem Ministerium für Staatssicherheit, das auch Schriftsteller im Westteil Berlins überwachte und bedrohte. Dennoch lebte sowohl in West- als auch im Ostteil Berlins eine Anzahl von Autoren, die mauerübergreifend miteinander in Verbindung standen. Der Dichter Uwe Johnson z. B. siedelte 1959 aus dem Osten nach Berlin-Friedenau über, hielt von hier aus Kontakt zu Autoren und Künstlern in der DDR aufrecht und besuchte auch Veranstaltungen im Ostteil.[3]

---

1 Siehe Rüdiger Thomas: Sonderbare Begegnungen. Gespräche zwischen ost- und westdeutschen Autoren 1961-1964, in: Deutschland Archiv 1, (1999), S.64-74; Martina Langermann: Westdeutsche Literatur in der *NDL*, in: Mark Lehmstedt/Siegfried Lokatis (Hrsg.): Das Loch in der Mauer. Der innerdeutsche Literaturaustausch, Wiesbaden 1997, S.279f. Siehe die Tagebücher der Jahre 1964-1970 von Brigitte Reimann: Alles schmeckt nach Abschied. Tagebücher 1964-1970, Berlin 1998.

2 Siehe Roland Berbig (Hrsg.): Stille Post. Inoffizielle Schriftstellerkontakte zwischen West und Ost. Von Christa Wolf über Günter Grass bis zu Wolf Biermann, Berlin 2005.

3 Siehe Bernd Neumann: Uwe Johnson, Hamburg 1994, S.353-355.

*2. Die „Siegmunds Hofer Gespräche" – Interaktionen zwischen der SED und West-Berliner Studierenden*

Die Initiative zum Beginn dieser Veranstaltungen lag bei dem Studierenden der Technischen Universität Berlin, Gunter Wege, und dem Studierenden der Freien Universität, Burkhard Mauer. Beide waren im Arbeitskreis für Literatur in der studentischen Selbstverwaltung des Studentenwohnheims Siegmunds Hof im Berliner Bezirk Tiergarten aktiv. Besonders Mauer war mit den Verhältnissen der Ost-Berliner Theater- und Literaturszene vertraut.[4] Damit war er eine Ausnahme, denn bereits kurz nach dem Mauerbau war die Literatur aus der DDR nicht nur bildungsfernen Schichten, sondern auch westdeutschen Studierenden der Germanistik fast völlig unbekannt. Viel eher als mit der DDR beschäftigten sich literarisch Interessierte mit der Kultur der anderen sozialistischen Länder.[5] Bereits zuvor waren nach Siegmunds Hof schon West-Berliner Schriftsteller zu Lesungen eingeladen worden.[6] Bald fanden es viele Zuhörer jedoch als unbefriedigend, daß Ost-Berliner Schriftsteller von diesen Abenden ausgeschlossen waren. Ursprünglich war mit diesen lediglich eine kleine Lesereihe geplant, die im Mai 1964 beginnen und Mitte Juli desselben Jahres zu Ende gehen sollte. Die Initiatoren wollten offiziell, so in einem Brief an den Deutschen Schriftstellerverband (DSV) in der DDR, „den in unserem Wohnheim wohnenden rund 650 westdeutschen und ausländischen Studentinnen und Studenten in einer Reihe von Autorenlesungen einen Einblick in das literarische Schaffen der Deutschen Demokratischen Republik geben".[7] Die Motive von Wege und Mauer bestanden überdies darin, einen Impuls für die Entspannung des innerdeutschen Verhältnisses zu liefern, der in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden sollte. Ohne ein festumrissenes politisches Programm zu besitzen, sprachen sie sich zunächst für eine Anerkennung der DDR aus. [8]

Die Verhandlungen zwischen den West-Berlinern und dem Schriftstellerverband über die „Siegmunds Hofer Gespräche" kamen für die für Schnelligkeit eher weniger bekannte DDR-Bürokratie vergleichsweise rasch zustande. Kaum sechs Wochen vergingen zwischen der ersten Anfrage von Wege und Mauer vom 17. April 1964 bis zum Beginn der Lesungen am 22. Mai 1964. Die Verhandlungen auf DDR-Seite wurden vor allem durch die Abteilungsleiterin im Deutschen

---

4 Siehe Akademie der Künste, Bestand Schriftstellerverband der DDR, Ordner „Gesamtdeutsche Arbeit", Dokument 000199-202, „Gespräche und Lesungen [von] Autoren in Westdeutschland" sowie „Lesungen und Gespräche unserer Autoren in Westberlin".

5 Siehe Umfrage der Erlangener Universität, in: SFB-Rundfunksendung „Poesie hinter der Mauer – Zonen-Autoren lesen in West-Berlin", vermutlich August 1964, Privatarchiv Gunter Wege.

6 Siehe z. B. die Lesung der Gruppe „Vier + 4", in: http://www.fulgura.de/extern/kmr/almanach.html

7 Akademie der Künste, Bestand Schriftstellerverband der DDR, Brief von Gunter Wege an den DSV vom 19. April 1964.

8 Siehe Gespräch mit dem Mitinitiatoren Gunter Wege, 23.10.2003.

Schriftstellerverband Erika Lange geführt. Die Kulturabteilung beim ZK der SED sowie der 1. Sekretär des DSV Prof. Dr. Hans Koch legten die Liste der Teilnehmer fest. Offenbar war das Interesse der Ostseite, in West-Berlin Autoren aus der DDR präsentieren zu können, groß.[9]

In der Zeit vom April bis Mai 1964 und Oktober 1964 bis Februar 1965 fanden dann jeweils freitags ab 20:00 Uhr in den Räumen des West-Berliner Studentenheims Siegmunds Hof Lesungen statt.

In West-Berlin wurde das Auftreten von DDR-Autoren zunächst jedoch offiziell abgelehnt: Die Verwaltung der Freien Universität, die Werbeflächen für Plakate zur Verfügung stellen sollte, verhielt sich zunächst wenig kooperativ gegenüber den Veranstaltern. Das Rektorat untersagte das Anbringen der Plakate „Ost-Berliner Schriftsteller lesen“, so daß die Mitteilung in den Räumen der Technischen Universität (TU) angebracht werden mußte.[10] Auch von anderer Seite entwickelte sich Widerstand gegen die Lesungen: Es kursierte u. a. das Gerücht, daß der bekannte Literaturwissenschaftler Hans Mayer auf dem Kurfürstendamm in einer Buchhandlung das Ankündigungsplakat der Veranstaltung gesehen habe und seine Entfernung verlangt haben soll.[11]

Zunächst sollte das Unternehmen in West-Berlin noch unter dem Titel „Schriftsteller der DDR stellen sich vor“ firmieren. Der im Westen gebräuchliche Terminus „Ost-Berlin“ sagte den Verantwortlichen im Osten nicht zu, daher drängte die DDR-Seite darauf, daß in der Ankündigung künftig ihre korrekte Staatsbezeichnung verwendet werden sollte.[12]

Für die Auswahl der Schriftsteller für die „Siegmunds Hofer Gespräche“ wurden Koch und die Kulturabteilung des ZK der SED benannt.[13] Viele DDR-Autoren waren interessiert und betrachteten die Veranstaltungen als Möglichkeit, sich einem westlichen Publikum vorzustellen, wie auch als Gelegenheit, in den Westen zu fahren. Über die Auswahlkriterien der vorgetragenen Texte ist nichts bekannt. Es ist jedoch kaum vorstellbar, daß die Westabteilung des DSV die Autoren unbehelligt in den Westen fahren ließ. Obwohl als Auflage nirgends schriftlich fixiert, mußten nach der Lesung von den beteiligten Schriftstellern

---

9 Siehe Akademie der Künste, Bestand Schriftstellerverband der DDR, Altbestand 1193, „Information über das Auftreten von Schriftstellern der DDR in Westberlin“ vom 8.8.1964 von Willi Lewin, Bl. 1.

10 Siehe Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 30 J IV 2/3 A 1089, Zentralkomitee der SED, Bestand Sekretariat, Arbeitsprotokoll Nr. 63, 12.8.1964, „Informationen über das Auftreten von neun Schriftstellern der DDR in Westberlin“ vom 10.8.1964, Bl. 2.

11 Siehe Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), MfS, 822/84, Abschrift „Schriftstellerlesung in Westberlin – Studentengalerie Siegrunshof [sic!] durch Günter de Bruyn und [Günter] Görlich am 3.7.64“, Bl. 14.

12 Siehe Wege, 23.10.2003.

13 Siehe ebenda.

Ablaufberichte mit Reaktionen des Publikums, Fragen in der Diskussion, Zusammensetzung des Publikums sowie Themen und Argumente aus der Diskussion sowie die Einschätzung der Lesung durch das Publikum erstellt und an den Schriftstellerverband abgegeben werden. Hinsichtlich des inhaltlichen Aufbaus entsprechen die noch existierenden Berichte alle dem gleichen Schema.[14] Von einigen Autoren wie Christa Wolf, Kuba (Kurt Barthel), Brigitte Reimann oder Hermann Kant liegen keine Berichte vor, und von der zweiten Staffel der „Siegmunds Hofer Gespräche" ist nicht ein einziger Bericht erhalten geblieben.

Die Veranstaltungen selbst, so heißt es in einem Bericht des DSV, liefen fast immer nach dem gleichen Muster ab: „Einer Lesung von einer halben Stunde bis einer Stunde folgte eine zweistündige Aussprache im großen und bis nach Mitternacht eine Aussprache im kleinsten Kreis."[15]

Wie dem Terminplan der „Gesamtdeutschen Arbeit" des „Berliner Schriftstellerverbandes" zu entnehmen ist, wurde von DDR-Seite systematisch versucht, sich durch die Teilnahme an den Veranstaltungen in der Bundesrepublik und West-Berlin wieder ein festes Podium für die seit dem Mauerbau eingeschlafenen Kontakte zwischen Ost und West zu schaffen.[16] Offenbar sollte auch der Versuch unternommen werden, Einfluß auf die politische Linie der westdeutschen „Gruppe 47" sowie diverser in Opposition zur Bundesregierung stehenden Gruppierungen zu nehmen. Autoren wie Karl Heinz Jacobs oder Hermann Kant lasen bereits im Februar 1964 bei Veranstaltungen der „Sozialistischen Jugend" in Düsseldorf, bei Kriegsdienstverweigerern in Bonn sowie im Januar desselben Jahres in West-Berlin bei einer „Gruppe des SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund)". Daß auf eine möglichst große Reichweite der verschiedenen Veranstaltungen Wert gelegt wurde, läßt sich daran erkennen, daß bei den penibel angelegten Auflistungen immer die Besucheranzahl angegeben wurde.[17]

Von östlicher Seite erhoffte man sich offenbar ein Forum, dem man auch scheinbar weniger stark ideologisierte Literatur präsentieren wollte. Zweifellos war die Beobachtung von Willi Lewin nicht unberechtigt, daß bei den Zuhörern nach den Lesungen „vor allem [...] die [westliche, D. S.] Vorstellung von der Enge und Uniformiertheit unserer Literatur zerstört [ist].[18] Obwohl diese Kon-

---

14 Siehe Akademie der Künste, Bestand Schriftstellerverband der DDR, Altbestand 1193, „Paul Wiens, Lesung am 10.7.64 vor Studenten in Westberlin", o. D.

15 Siehe ebenda, „Information über das Auftreten von Schriftstellern der DDR in Westberlin" vom 8.8.64 von [dem Mitarbeiter der Westabteilung des DSV] Willi Lewin, Bl. 1.

16 Siehe ebenda, Berliner Schriftstellerverband, Dokument 6, Bl. 6, „Terminplan Westdeutsche Arbeit – II. Halbjahr 1964", Berlin, den 15.7.1964.

17 Siehe nachfolgende Dokumente 000199-202 in den Beständen der Akademie der Künste, Bestand Schriftstellerverband der DDR, Ordner „Gesamtdeutsche Arbeit", darin „Gespräche und Lesungen Autoren in Westdeutschland" sowie „Lesungen und Gespräche unserer Autoren in Westberlin".

18 Siehe ebenda, Altbestand 1193, „Information über das Auftreten von Schriftstellern der DDR in Westberlin" vom 8.8.64 von Willi Lewin, Bl.4.

zeption erst kurz nach den Lesungen in Siegmunds Hof fixiert wurde, entspricht sie den Vorstellungen des DSV, wie sich die DDR-Schriftsteller im Westen zu verhalten hätten: „Unsere Autoren werden beauftragt, durch ihr klares Auftreten mit ihren Gedichten und ihren Beiträgen während der Diskussion [...], ihrer Bereitschaft für die Verwirklichung der Politik von Partei und Regierung in der nationalen Frage Ausdruck zu geben.“[19] Der Versuch des DSV, die SED-Politik mit den Autoren in Einklang zu bringen, wird hierbei deutlich. In den Berichten spiegelt sich wider, daß nach außen hin von Seiten des DSV zwar auf „Weite und Vielfalt“ hinsichtlich der Auswahl der Autoren Wert gelegt wurde, unbequeme oder politisch unzuverlässige Künstler jedoch keinesfalls vor West-Berliner Publikum auftreten sollten. Parteilichkeit war gefragt. Zu den Lesungen sollten daher möglichst zwei Autoren fahren, die durch die Funktionäre Horst Eckert und Erhard Scherner bei den Diskussionen ideologisch unterstützt würden. Diesen Eindruck hatte zumindest Brigitte Reimann. Sie schreibt, daß Eckert von den Anwesenden sofort als ihr Bewacher identifiziert wurde. Jedoch benötigte Reimann „E.s Unterstützung nicht, (ich) schlug mich allein“, wie sie in ihr Tagebuch schrieb.[20]

Dem Wunsch der West-Berliner, bekannte Schriftsteller vorgestellt zu bekommen, wie Hermann Kant, Christa Wolf u. a., sollte, so der Beschluß, zunächst „nicht stattgegeben werden“.[21] Später fanden jedoch Lesungen mit beiden statt, wobei besonders Christa Wolf auf großes Interesse stieß. Es zeigte sich, daß die studentische Selbstverwaltung die Auswahl der Autoren der Ost-Berliner Seite überließ. Vor allem Autoren, die wie Brigitte Reimann, Peter Hacks oder Volker Braun „Qualität“ sowie „Weite und Vielfalt“ der DDR-Literatur zu dokumentieren hatten, sollten dem westlichen Publikum präsentiert werden.[22]

Den Wunschvorstellungen eines parteilichen Auftretens von DDR-Schriftstellern entsprachen die Berichte von Paul Wiens und Günter Wünsche, die gemeinsam in einer Lesung auftraten, von der eine systematische Analyse geliefert wurde. Von Wiens wurden sogar Namen und Anschrift der Fragesteller an den DSV weitergeleitet. Er stellte fast schon pflichtgemäß heraus, daß er „die Diskussion auf politisch-ideologische Fragen [gelenkt habe]. [...] Wünsche und ich [waren] von Dutzenden umringt, die uns mit den verschiedensten Fragen bestürmten. [...] Obwohl die Diskussion über eine Stunde dauerte, blieben alle bis zum Schluß da und dankten auch nach der Diskussion mit Applaus.“ Die Lesungen waren, so

---

19 Siehe Akademie der Künste, Bestand Schriftstellerverband der DDR, „Vorlage des Deutschen Schriftstellerverbandes an das Sekretariat des ZK“, Dr. Eckert, o. D., Bl. 2.

20 Siehe Reimann, Alles, S.110.

21 Siehe Akademie der Künste, Bestand Schriftstellerverband der DDR, Protokoll der Arbeitsbesprechung vom 29.8.1964, Bl. 150f..

22 Siehe de Bruyn, Günter: Vierzig Jahre. Ein Lebensbericht, Frankfurt/Main 2002, S.122f.

Wiens, ein Ort, an dem man unsere Argumentation offensiv vortragen konnte.[23] In der Vergangenheit war Wiens Gefahr gelaufen, daß seine Werke von einem Publikationsverbot bedroht wurden; so ist sein Bericht als eine Art vorauseilender Gehorsam gegenüber der Parteilinie zu verstehen. Es fällt auf, daß seine Ausführungen an den DSV stark von den Wahrnehmungen der Journalisten abwichen: In den West-Berliner Zeitungsartikeln wurde er scharf angegriffen und beeindruckte als Stalinist, aber literarisch, obwohl nicht ohne Talent, eher durch seine lyrische Leichtgewichtigkeit: „Wiens ist nicht unbegabt, aber seine ordentlichen Vierzeiler, seine Balladen, seine gereimten Fabeln, seine sozialistischen Schwärmereien zielten ins Jahr 1984; formal ist Wiens jedoch im Jahr 1884 beheimatet, und in der anschließenden Diskussion wurden die Zuhörer aggressiv. Sie fühlten sehr genau den Widerspruch zwischen literarischer Antiquiertheit und Zukunftsgläubigkeit."[24] Die Diskussion mit ihm eskalierte und mündete in politische Debatten, in denen das Verhältnis Kapitalismus und Sozialismus, Albanien und China und der Totalitarismus behandelt wurden. Wiens' Argumentationen, in denen er dem „Tagesspiegel" zufolge SED-Parolen aneinanderreihte, erschienen den Zuhörern erschreckend niveaulos und engstirnig.[25]

Erheblich war die Verwirrung auf östlicher Seite nach der Lesung von Heinz Kahlau, der die Veranstaltungsreihe eröffnet hatte. Obwohl eher unpolitischen Inhalts und einem lakonischen, subjektiv-privaten Ton verpflichtet, riefen seine Gedichte in der Folge mehr als nur zwiespältige Gefühle hervor. Sie sorgten beim Ministerium für Staatssicherheit für erhebliche Unruhe.

Von Beginn an war er bei den „Siegmunds Hofer Gesprächen" mit von der Partie. Die Hauptabteilung XX des MfS hielt in einer „Information über das Auftreten des Schriftstellers Kahlau in Westberlin" fest, daß das „Dargebotene" „zweideutig" interpretierbar war. Zudem stritt Kahlau in der Diskussion Einschränkungen bei der Arbeit als Schriftsteller in der DDR gegenüber dem West-Berliner Publikum nicht ab, sondern wies salomonisch darauf hin, daß Beschränkungen durch verschiedene Institutionen in der DDR „nicht mehr so stark spürbar" seien.[26] Obwohl, wie er in einem Interview mit dem SFB monierte, kaum inhaltlich über seine Lyrik diskutiert wurde, lobte Kahlau später in seinem obligatorischen Bericht an den DSV die „große Bereitschaft, über uns nachzudenken", und gab selbst Hinweise, wie ehemalige DDR-Bürger zur Rückkehr veranlaßt und das Bild der DDR verbessert werden könnten.[27] Darüber hinaus kriti-

23 Siehe Bericht Günter Wünsche, 12 Juli 1964. Sowie „Bericht über eine Lesung am 10.7.1964 in Siegmundshof [sic!], Westberlin" von Paul Wiens, 15.7.1964, Bl. 1-2.

24 Siehe E. L.: Die erste Runde von Siegmunds Hof. Im Herbst weitere Lesungen von Ostberliner Schriftstellern, in: Der Telegraf, 26.7.1964, S.34.

25 Siehe Hans-Georg Soldat: Zweifel waren nicht mehr möglich, in: Der Tagesspiegel, 12.7.1964, Bl. 5.

26 BStU 822/84, „Information 197/64", 20.6.1964, Bl. 260.

27 Siehe SFB-Rundfunksendung „Poesie hinter der Mauer – Zonen-Autoren lesen in West-Berlin", vermutlich August 1964, in: Privatarchiv Gunter Wege.

sierte er die unzureichende Außendarstellung des östlichen Staates, die den Zeitgenossen Angst und Schrecken suggerieren würde.[28]

In den Diskussionen entwickelten sich dann intensive Debatten u. a. über die deutsch-deutsche Problematik von Heimatgefühl und Chauvinismus, die Wiedervereinigung, die „Zwei-Staaten-Theorie“ und das Verhältnis von Literatur und Politik. So stellten die beteiligten West-Berliner fest, daß im Westen viele Dichter gegen den Staat opponierten. Sie fragten, warum dies im Osten nicht so sei. Auch behaupteten die Studierenden, daß in der gesellschaftlichen Realität des Westens der frühen sechziger Jahre die sozialen Unterschiede sich allmählich aufzulösen begannen, dagegen im Osten eine neue Funktionärs-Hierarchie im Entstehen begriffen war. Die Autoren selbst würden schon Teil dieser neuen „Klasse“ sein. Überdies kritisierten viele die „chronische Politisierung des Lebens in der DDR“.[29] Auch gab es Vorwürfe gegen die deutschen Kommunisten an sich, als Studierende feststellten, daß diese der „Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse, die sozialdemokratisch war, das Rückgrat gebrochen“ hätten, als sie „sich nach 1945 abgesondert und einen eigenen Staat gebildet haben“. Es wäre besser gewesen, sie hätten „eine lange historische Periode der Überzeugungsarbeit auf sich genommen, bis sie die Mehrheit gewonnen“ hätten. Dann wäre die Gründung eines kommunistischen Staates richtig gewesen. Andere wollten von den Schriftstellern erfahren, warum sowjetische Literatur in Warschau, Prag und Budapest zu erhalten ist, jedoch in der DDR verboten sei oder nicht aufgelegt würde? Zudem erkundigten sich die West-Berliner Diskussionsteilnehmer häufig nach Inhalt und Bedeutung des „Bitterfelder Weges“. Heftige Auseinandersetzung gab es um die Probleme der zwei Staaten in Deutschland, die Wiedervereinigung und Begriffe wie Nonkonformismus in der westlichen und östlichen Gesellschaft, über den Dogmatismus in der DDR und die Tendenzen der Liberalisierung. Angesprochen wurde auch das Problem der Republikflucht und der fehlenden Freiheit in der DDR.[30]

Die Anwesenheit und die Diskussionsbeiträge ehemaliger DDR-Bewohner wurden ausdrücklich in den Berichten der Schriftsteller erwähnt und kommentiert. Tatsächlich fiel es vielen ehemaligen DDR-Bewohnern schwer, sich im westlichen Deutschland einzurichten. Heinz Kahlau schlug sogar vor, diese Situation auszunutzen und rückzugswillige ehemalige DDR-Bürger wieder nach Hause zu holen und dafür eigens eine Broschüre zu erstellen, denn sie „hocken beieinander und machen in Nihilismus. Sie sind nirgendwo zuhause. [...] Wir [in der DDR, D. S.] müssen endlich aufhören, uns zu fürchten,“ hielt er in seinem Bericht an den DSV fest.

---

28 Siehe Akademie der Künste, Bestand Schriftstellerverband der DDR, Heinz Kahlau, „Bericht über meine Lesung im Westberliner Bezirk Tiergarten in Siegmundshof [sic!] mit Studenten“, Bl. 2.

29 Ebenda.

30 Siehe ebenda.

Im kleinen, überschaubaren Kreis gaben sich die Autoren oft weniger vorsichtig als in der „großen Runde“ der breiten Öffentlichkeit, wo Journalisten oder andere Berichterstatter teilnahmen. Oft wurde von den Schriftstellern sogar Kritik an den Verhältnissen in der DDR geübt, wie sich einer der Initiatoren erinnert.[31] In diesen Diskussionen „flogen zwischen den Beteiligten die Fetzen“, „gab es immer Punkte, wo wir nicht weiterkamen, wo Behauptung gegen Behauptung stand, und selbst mein cleverer E. [Horst Eckert, Sekretär des DSV] kam ins Schwimmen“, wie Brigitte Reimann schrieb. Sie mußte sich eingestehen, daß es in der DDR „halt einige Dinge gab, die man guten Gewissens nicht verteidigen kann“.[32]

Die große Resonanz der Lesungen mußte die in Ost-Berlin ideologisch Verantwortlichen ermutigt haben; man erhoffte sich eine Fortsetzung der Veranstaltung, die jedoch unter einem anderen Titel stattzufinden hätte. Hieß sie in der ersten Reihe noch „Ostberliner Schriftsteller lesen“, sollte sie für die zweite Staffel, vom November 1964 bis Februar 1965, in „Sozialistische Schriftsteller lesen“ umbenannt werden. Der DSV reagierte schnell, denn die nächsten Lesungen für das Wintersemester 1964/65 waren bereits anberaumt. „Sofort [sollte daher] die (Westkommission) einberufen [werden]“: Unter der Leitung von Hans Koch wurden die neun Veranstaltungen von der Westkommission des Deutschen Schriftstellerverbandes und im Vorstand des DSV gründlich ausgewertet. Hierzu wurden „die Teilnehmer der Lesungen in Westberlin, die vorgesehenen Teilnehmer der Lesungen im nächsten Halbjahr“ und Siegfried Wagner (Kulturabteilung des ZK der SED) geladen. Hieran wird der Wunsch einer ideologischen Mindestkontrolle deutlich: Der Verband sollte eine Konzeption ausarbeiten, die wiederum durch das Ministerium für Kultur und die ideologische Kommission beim Politbüro bestätigt werden sollte. Deutlich war das Bedürfnis der Kulturabteilung zu spüren, die künftigen Veranstaltungen im Sinne der SED zu politisieren. Der DSV seinerseits sollte die Textauswahl vorbereiten sowie für die Autoren aktuelle Argumentationshilfen in den Diskussionen leisten. Für das Wintersemester 1964/65 wurde von den Autoren erwartet, den 15. Jahrestag der DDR, den Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion und den Brief Walter Ulbrichts an Ludwig Erhard zu thematisieren.[33]

Noch während die zweite Runde der „Siegmunds Hofer Gespräche“ andauerte, war die Ost-Berliner Seite im Januar 1965 unsicher, ob die Lesungen fortgeführt werden sollten: Schließlich beschloß man, die Lesungen in Siegmunds Hof nicht zu verlängern. Vermutlich reichte das studentische Publikum dem Schriftstellerverband als Zielgruppe nicht aus. Stattdessen wollte man laut Vorschlag eines

31 Siehe Wege, 23.10.2003.
32 Reimann, Alles, S.110.
33 Siehe ebenda, S.2 und 6.

Vertreters des FDGB „an die Arbeiter in Westdeutschland herankommen“.[34] Bereits einen Monat nach dem Ende des ersten Durchgangs tauchten Planungen auf, die Veranstaltungen zu Diskussionen „über Fragen des Freundschaftsvertrages und des Briefes Walter Ulbrichts an Erhard“ zu nutzen.[35] Es gab Überlegungen, daß nach „Abschluß der Lesereihe in Sigmunds Hof über eine mögliche Fortsetzung der Gespräche in Berlin oder der DDR diskutiert werden [muß]. Diese Gespräche sollten unter der Schirmherrschaft des DSV stattfinden.“ Über eine Umsetzung dieser Idee würde auf ZK-Ebene entschieden werden. In Zusammenhang mit der Diskussion über eine nukleare Bewaffnung der Bundeswehr beabsichtigte die Westkommission des DSV, daß im März 1965 „eine Zusammenkunft aller Autoren, die in Siegmunds Hof (Westberlin) und in Westdeutschland in der letzten Zeit gelesen haben, [durchgeführt werden] sollte. Während dieser Zusammenkunft sollte eine Erklärung zu den Atomminenplänen abgegeben werden.“ [36] Mit der Ausarbeitung dieser Pläne beabsichtigte man, Paul Wiens sowie Hermann Kant zu beauftragen. Doch scheint aus diesen Plänen nichts geworden zu sein, denn in den folgenden Arbeitsbesprechungen im DSV spielten sie keine Rolle mehr.

Hintergrund waren die Veränderungen in der Kulturpolitik der SED. Bereits im Sommer 1965 begann die damalige SED-Führung Ansätze zur Liberalisierung in Kunst und Literatur zu unterdrücken bzw. zu disziplinieren. Seit September beschäftigte sich ein „Parteistab“, zu dem Alexander Abusch, Otto Gotsche, beide u. a. Mitglieder des ZK und des DSV, sowie hauptamtliche Mitarbeiter des ZK-Apparates, Theoretiker der Parteihochschule und des Instituts für Gesellschaftswissenschaften gehörten, mit der Vorbereitung eines Gesprächs zwischen dem Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht und Schriftstellern und Künstlern. Mit diesem Gespräch sollte bereits der Versuch unternommen werden, Künstler zu disziplinieren, indes blieb es beim Versuch, da die beteiligten Schriftsteller den Forderungen nach Ausrichtung der Literatur nach den Bedürfnissen der SED nicht zustimmten.[37]

Am Jahresende 1965 erschienen die Positionen einiger Schriftsteller mit denen der Parteiführung als unvereinbar. Vom 16. bis zum 18. Dezember 1965 fand das 11. Plenum statt, das mit einem Rundumschlag mit allen für schädlich gehaltenen Tendenzen aufräumen wollte. „Der Angriff galt Autoren, den Interpreten und Verbreitern von Beatmusik sowie einer Vielzahl von Filmschaffenden“.[38] Heftig kritisiert wurde u. a. auch die fehlerhafte Leitungstätigkeit im Kulturministerium

---

34 Akademie der Künste, Bestand Schriftstellerverband der DDR, Protokoll der Arbeitsbesprechung vom 19.1.1965, Bl. 116.

35 Ebenda, Altbestand 1193, „Information über das Auftreten von Schriftstellern der DDR in Westberlin“ vom 8.8.64 von Willi Lewin, Bl. 5.

36 Ebenda; siehe auch Protokoll der Arbeitsbesprechung vom 23.2.1965, Bl. 96.

37 Siehe Günter Agde: Kahlschlag. Das 11. Plenum der SED, Berlin 2000.

38 Manfred Jäger: Kultur und Politik in der DDR 1945-1990, Köln 1994, S.119.

und im Schriftstellerverband sowie dessen Zeitschrift „Neuere Deutsche Literatur“ wegen deren Berichterstattung, die „Konzessionen an abseitige Tendenzen gemacht“ habe.[39]

Auch diejenigen Schriftsteller, die an den „Siegmunds Hofer Gesprächen“ teilgenommen hatten, blieben nicht von der Kritik ausgespart: Manfred Bieler wurde wegen seines Drehbuches für den verbotenen Film „Das Kaninchen bin ich“ scharf kritisiert. Peter Hacks geriet mit seinem Theaterstück „Moritz Tassow“ in die Schußlinie. Es sei „eine obszöne Rüpelei“ und „Pornographie von europäischem Rang“. Insgesamt sollten durch dieses Plenum die Künste „auf die Auslösung aktivierender, positiver“ Impulse festgelegt werden.[40] Die Weiterführung der Sigmunds Hofer Gespräche schien in einer solchen Atmosphäre kaum möglich. Die West-Berliner Studierenden mußten dies bei ihren Versuchen, eine Fortsetzung mit den Mitarbeitern des DSV zu vereinbaren, erkennen. Im September 1965 wurde noch zwischen den Studierenden und dem DSV über eine Anthologie von Texten der an den „Siegmunds Hofer Gesprächen“ Beteiligten verhandelt. Die Studierenden legten Wert darauf, daß den Autoren die Auswahl der zu druckenden Beiträge überlassen werden sollte. Dies irritierte die Verantwortlichen im DSV. Tatsächlich wurde die Anthologie auch noch gedruckt. In den folgenden Wochen versuchte Burkhard Mauer jedoch vergeblich, mit dem DSV weitere Veranstaltungen zu realisieren.[41]

Weitere Veranstaltungen in West-Berlin sollte es nicht mehr geben. Zu einem letzten Kontakt kam es im Dezember 1965. Stefan Heym und Wolf Biermann sollten für ein länger geplantes Kolloquium in die West-Berliner Akademie der Künste eingeladen werden. Peter Hacks, Stefan Hermlin und Stefan Heym setzten sich zwar für den Fortgang der Gespräche ein,[42] doch das 11. Plenum hatte seine Wirkung hinterlassen: Passierscheine für DDR-Künstler sowie weitere Kontakte gab es nicht mehr. Die Mitarbeiterin des DSV gab den Studierenden zu verstehen, „daß mit der Hilfe unseres Verbandes in dieser Angelegenheit nicht zu rechnen ist“.[43] Die Studierenden waren, ohne es zu wissen, mit ihrer Initiative in eine liberale Zwischenzeit vorgestoßen, die sich zeitlich nach dem Mauerbau und den Passierscheinverhandlungen bis zum 11. Plenum in der DDR aufgetan hatte und angesichts ideologischer Verhärtungen in der Kulturpolitik der SED ein schnelles Ende fand.

---

39 Ebenda.

40 Ebenda.

41 Siehe ebenda; siehe auch Akademie der Künste, Altbestand 1193, Brief, 17.9.1965 und „Aktennotiz“, 24.9.1965.

42 Siehe Brief von Burkhard Mauer an den Verfasser, 15.10.2003, S.1.

43 Akademie der Künste, Bestand Schriftstellerverband der DDR, „Aktennotiz Betr. Burkhard Mauer“, 3.1.1966.

*3. Reaktionen in der West-Berliner Öffentlichkeit auf die Siegmunds Hofer Gespräche*

Nirgendwo sonst schienen Mitte der sechziger Jahre in Deutschland neben den gesellschaftlichen auch die kulturpolitischen Widersprüche zwischen Ost und West so groß wie im geteilten Berlin. Die Ursachen hierfür waren vielgestaltig: Neben der Abschottung Ost-Berlins durch die SED, die nur durch das Passierscheinabkommen ein wenig aufgebrochen worden war, erschwerten der ausgeprägte konfrontative Antikommunismus in der West-Berliner Öffentlichkeit alle Versuche einer Entkrampfung zwischen Ost und West. Der Mauerbau war noch in frischer Erinnerung, die hierdurch hervorgerufenen Verletzungen saßen tief, und Gespräche mit der Ostseite wurden nicht zuletzt durch die Presseerzeugnisse des Springer-Verlages argwöhnisch beäugt und kritisch kommentiert. Waren die Autoren, die „von drüben“ kamen, so der westliche Blickwinkel, doch eigentlich „geistig verkrüppelt“ und verfaßten, gesteuert durch die Partei, vor allem „rote Traktätchen“. So wurde zumindest von Brigitte Reimann die damalige Atmosphäre in West-Berlin wahrgenommen.[44]

Daß die westliche Erwartungshaltung doktrinärer SED-Schreiberlinge durch die direkte Konfrontation mit den Besuchern aus dem Osten geradezu enttäuscht wurde, kam zunächst in den Reaktionen des Publikums zum Vorschein, wie Reimann festhielt: „Also, Westberlin [...] Ich las aus dem neuen Buch, aber eine richtige Diskussion kam nicht zustande, weil die Leute zu viel Zeit damit verbrachten, sich totzuwundern, daß wir so ‚liberal’ sind, daß wir so ‚frei’ schreiben dürfen.“[45] Wie sich aus den Artikeln der Zeitungen und den Berichten der beteiligten Autoren entnehmen läßt, lag Brigitte Reimann mit ihrer Einschätzung nicht falsch: Die Reaktionen der Zuhörer reichten von Schweigen über lautstarke Ablehnung des Gehörten, intensiven Diskussionen über die in den Texten thematisierten Probleme bis hin zu allgemeinem Erstaunen und dem Wunsch nach weiterer Lektüre der vorgetragenen Literatur. Aufsehen erregte im August 1964 der SFB mit seiner Rundfunksendung „Poesie hinter der Mauer – Zonen-Autoren lesen in West-Berlin“ über die „Siegmunds Hofer Gespräche“, in welcher der Schriftsteller Karl Heinz Jakobs sich unverhüllt über seine Schwierigkeiten bei der inhaltlichen Gestaltung seines Romans „Beschreibung eines Sommers“ sowie über die Kritik am Fernsehstück „Die Fontäne“ äußerte.[46] So offen hatte man in West-Berlin noch nie einen Autor aus der DDR über Kritik an seiner Arbeit sprechen hören.

Der Umstand, daß nach West-Berlin östliche Autoren zu Lesungen eingeladen wurden, war ja in der Tat ungewöhnlich. Dies führte zu einer Vielzahl Reaktionen in den großen Zeitungen West-Berlins wie beim „Tagesspiegel“, bei der „Berliner Morgenpost“, beim „Spandauer Volksblatt“ und beim „Telegraf.“ Man

44 Siehe Reimann, Alles, S.110.

45 Ebenda, S.109.

46 Siehe SFB-Rundfunksendung „Poesie hinter der Mauer – Zonen-Autoren lesen in West-Berlin“, vermutlich August 1964, Privatarchiv Gunter Wege.

berichtete auch in anderen großen überregionalen Zeitungen Westdeutschlands, beispielsweise in der „Welt“ oder der „Frankfurter Rundschau“ oder im Radioprogramm des WDR sowie mehrfach im Ausland über die Veranstaltungsreihe.[47]
Die „Siegmunds Hofer Gespräche“ waren im Unterschied zu den anderen, eher für kleinere intellektuelle Kreise ausgerichteten Lyrikabenden, ein bewußt öffentlich gehaltenes, eben nicht nur literarisches Ereignis. Sie bezweckten, einen möglichst großen Zuhörerkreis zu erreichen. Adressaten waren nicht nur Wissenschaftler oder Künstler, sondern eine interessierte Öffentlichkeit, die nicht nur an literarischen, sondern auch an politischen Fragen orientiert war. Eine Debatte über ästhetische Probleme in Ost und West allein hätte auch keine so große Aufmerksamkeit erhalten: Zum Publikum gehörten mehrheitlich (auch ausländische) Studierende, Abgesandte der Jungen Union, Journalisten, Schriftsteller, Buchhändler, Bibliothekare, interessierte „Normalbürger“, darunter viele ehemalige DDR-Bewohner sowie einige ältere Menschen, aber auch Berliner Lokalpolitiker wie der Bürgermeister und Vorsitzende der CDU Franz Amrehm, der Vorsitzender der FDP in Berlin William Borm und der Vorsitzende der SPD Kurt Mattick sowie der Publizist Sebastian Haffner.[48]
Die Reaktionen zu Beginn der Lesereihe waren in den West-Berliner Zeitungen mitunter skeptisch: Vor allem Befürworter der Nichtanerkennungspolitik sahen die Gefahr, daß sich gutwillige und naive Studierende und andere Interessierte durch den Osten manipulieren ließen: In einem Kommentar der RIAS-Sendung „Studiker“ hieß es, daß allein durch die Kontaktaufnahme der Studierenden mit dem DDR-Schriftstellerverband die „Dichterlesungen ungewollt auch die Veranstaltung einer Zonenbehörde“ geworden seien. [...] Wenn beim nachdenklichen Beobachter die rechte Unbefangenheit gegenüber den Veranstaltungen nicht aufkommen will, dann sind einzig und allein die Verhältnisse in der Zone daran schuld“, hielt man beim RIAS fest.[49] Ein Teil der Kritiker meldete damit Bedenken allein wegen des Umstandes an, daß die Veranstaltungsreihe überhaupt stattfand. Diese politische Linie entsprach inhaltlich der Argumentation, die der Journalist Matthias Walden anläßlich der Diskussionen über künftige Passierscheingespräche des Senats mit der SED zur selben Zeit vortrug: Wenn der Westen mit Autoren aus der DDR, die offiziell als Schriftsteller im DSV organisiert seien, Gespräche führe, dann legitimierten willfährige Anerkennungsgehilfen aus dem Westen, hier Studierende, einmal mehr das Unrecht des SED-

47 Siehe „Die Welt“, 30.6.1964, „Frankfurter Rundschau“, 6.8.1964, im „WDR II“, 14.6.1964 und am 12.7.1964 sowie zwei Reportagen im Programm von „Radio London“, 1.7.1964 sowie am 5.8.1964.
48 Siehe Akademie der Künste, Bestand Schriftstellerverband der DDR, Altbestand 1193, „Bericht über die Lesung am 3. 7. 1964 im Studentenheim Siegmundshof“ von Günter de Bruyn, o. D., S.1.
49 Ebenda, „Information über das Auftreten von Schriftstellern der DDR in Westberlin“ vom 8.8.64 von Willi Lewin, S.2.

Regimes.[50] Obwohl es bei den „Siegmunds Hofer Gesprächen“ vordergründig um Literatur ging, waren sie auf Grund der Situation der geteilten Stadt bereits zu einem Politikum geworden. Im innerdeutschen Gespräch konnte es gerade zu dieser Zeit in der Situation einer geteilten Stadt keine unpolitische deutsche Literatur geben, die losgelöst vom Kalten Krieg gelesen, kommentiert und diskutiert worden wäre. So war die Meinung der Öffentlichkeit zunächst von Skepsis geprägt. Unklar war zudem, wohin sich die Lesereihe schließlich entwickeln würde: Die Neigung, erneut zum einen die SED am Werk zu vermuten und zum andern die „mitteldeutsche Literatur“ als „mehr oder minder gleichgeschaltet“ sehen zu wollen, war in den Redaktionsstuben der unterschiedlichen Zeitungen erkennbar.[51] So warf ein Berliner Lokalredakteur den Studierenden vor, „aus Höflichkeit gegen den [jeweiligen] Gast gewisse kardinale Fragen meist nicht oder nicht deutlich genug gestellt zu haben.“[52]

*4. Fazit*

Abgesehen davon, daß DDR-Autoren in das vom Kalten Krieg geprägte West-Berlin kamen und daß dabei die Äußerungen und Aktivitäten sowohl der studentischen Veranstalter als auch der Schriftsteller von den Medien der Stadt kritisch verfolgt und kommentiert wurden, waren die Gespräche ein nicht zu unterschätzendes Element allmählicher Verbesserung des Frontstadtklimas. Wenngleich die Spannungen der letzten Jahre weiter fortbestanden, trugen die „Siegmunds Hofer Gespräche“ dazu bei, daß West-Berlin zu einem Ort wurde, in dem ein Dialog möglich war. Eine weitere Ebene der Entkrampfung betraf die Beziehung zwischen den ehemaligen DDR-Bürgern, die in West-Berlin lebten, und den Autoren. Beide Seiten beobachteten sich sehr genau, und die Schriftsteller informierten in ihren Berichten den DSV häufig, wer von den Übergesiedelten erschienen war, was diese während der Lesung gesagt hatten, wie sie fühlten und welche Kontaktmöglichkeiten zu ihnen bestanden. Überdies boten die Veranstaltungen weitere Chancen: Fast alle Ost-Berliner Autoren trafen im Westteil Verwandte, Bekannte oder Freunde und deckten sich mit Literatur ein, die im Osten nicht erhältlich war.

Besonders in West-Berlin führten die monatelangen intensiven Berichterstattungen, Artikel und Kommentare in den dortigen großen Tageszeitungen zu einer differenzierteren Diskussion sowohl über Politik und Kunst in der DDR als auch über das Für und Wider von Kontakten mit der Ostseite. Nur allmählich artikulierten sich in den Artikeln der lokalen West-Berliner Zeitungen über die „Siegmunds Hofer Gespräche“ auch andere Töne. Bereits im Juli 1964 kommentierte der Berliner Journalist Hans-Georg Soldat anläßlich der Lesung von Günter de

50 Siehe Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Dep. Egon Bahr, Ordner 348, Mappe 3, Egon Bahr persönlich 1960-1963, S.3f.

51 Siehe Oe.: Kontakte, in: Die Welt., 5. 2. 1965, S.7.

52 Ebenda.

Bruyn den Fortgang der Veranstaltungen im „Tagesspiegel“ und meinte, schon das Herannahen einer Veränderung im Umgang miteinander wahrzunehmen: „Man hat allmählich von den Lesungen und Diskussionen im Studentenheim Siegmundshof [sic!], in denen schon eine Vielzahl Ost-Berliner Schriftsteller auftraten, den Eindruck, daß sie eine neue Phase in der geistigen Auseinandersetzung zwischen Ost und West signalisieren: Fort von dem schablonisierten Denken des Kalten Krieges, ein schöpferischer Streit, der vielfältige Möglichkeiten andeutet, wenigstens einen Aspekt der deutschen Teilung zu überwinden.“[53] Dies offenbarte dennoch ein Dilemma. So wünschenswert im Bereich der Politik eine Entkrampfung der Lage war, in den offiziellen kulturellen Beziehungen schien es kaum einfacher zu werden. Niemand von der westlichen Seite fühlte sich legitimiert, Verhandlungen mit dem Ost-Berliner Verband zu führen, um einem weiteren Auseinanderdriften entgegenzuwirken.[54]

53 Hans-Georg Soldat: „Großvater und Kind. Lesung Günter de Bruyn“, in: Der Tagesspiegel, 8.7.1964, S.4.

54 Siehe ders.: Ein deutsches Dilemma. Zum Thema Kulturgespräche zwischen Ost und West, in: Der Tagesspiegel 19.1.1965, S.4.

# Unpolitische Arbeiter? Zum Einfluß politischer Fragen auf Differenzierungsprozesse der Arbeiterschaft eines sozialistischen Betriebes[1]

Sönke Friedreich

Am 21. August 1968 setzten Armeeeinheiten von fünf Staaten des Warschauer Paktes zu einem militärischen Schlag gegen den politischen Reformprozeß in der ČSSR an. Die damit offen zutage tretende politische Krisensituation im sozialistischen Block hatte in erster Linie sicherheitspolitische und militärische Aspekte, und zwar sowohl innerhalb des Ostblocks und der am Einmarsch beteiligten Länder als auch auf globaler Ebene. Die Frage, welche Konsequenzen der Einmarsch für den eigenen Staat haben könnte, beschäftigte auch die Verantwortlichen in der Staats- und Parteiführung der DDR. Nicht zuletzt befürchteten die Politfunktionäre das Auftreten von Protestbewegungen im eigenen Land. Daher waren Polizei und MfS im Sommer 1968 besonders aufmerksam gegenüber Äußerungen politischer Opposition in der DDR.

Nicht nur in bezug auf die politische Opposition, auch in wirtschaftlicher Hinsicht unterschätzten die Verantwortlichen keineswegs die Bedeutung des Einmarsches. So wurde in den größeren volkseigenen Betrieben der DDR erhöhte Wachsamkeit angeordnet und zugleich überprüft, welche Folgen die militärische Intervention auf betriebliche Vorgänge haben würde. Diese doppelte Strategie, mit der man die Niederschlagung des Prager Frühlings begleitete, wurde auch von den Leitern im VEB Sachsenring Automobilwerke Zwickau verfolgt, jenem Betrieb, der den Pkw „Trabant“ produzierte und der über wichtige Zulieferkontakte in das sozialistische Ausland verfügte. Die Betriebsleitung forderte zu größter Wachsamkeit gegenüber dem „Klassenfeind“ auf und beriet in mehreren Sondersitzungen über die möglichen Folgen des Einmarsches für den Betrieb. Dazu zählten einerseits die unmittelbaren materiellen Auswirkungen, beispielsweise durch die Unterbrechung des Güterverkehrs mit Ungarn. Andererseits interessierten die möglichen politischen Diskussionen innerhalb der Belegschaft.

In den Tagen und Wochen nach dem 21. August 1968 holte man in diesem Großbetrieb regelmäßig Rapporte über die Stimmung in den einzelnen Abteilungen und Fertigungsbereichen ein, offenbar in der Absicht, potentielle „Krisenherde“ innerhalb des Betriebes rechtzeitig auszumachen und die Verbreitung

---

1 Der Beitrag behandelt einen Teilaspekt eines seit Herbst 2002 am Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde e.V. (ISGV) durchgeführten Forschungsprojektes „Arbeitswelt im gesellschaftlichen Transformationsprozeß. Die Zwickauer Automobilindustrie und ihre Beschäftigten, 1945-2002“. Hauptquelle der Untersuchung sind themenzentrierte Interviews mit ehemaligen Beschäftigten des VEB Sachsenring sowie Akten des Betriebsarchivs. Alle im folgenden verwendeten Äußerungen von Arbeitern stammen aus Interviews mit ehemaligen Betriebsangehörigen des VEB Sachsenring.

oppositioneller Ansichten zu unterbinden. Im Protokoll einer Sitzung des Leitungskollektivs heißt es: „Größte Aufmerksamkeit ist im Betrieb auf die Diskussionen der Belegschaftsangehörigen zu richten. Die Unterstützung durch Flugblätter, Betriebsfunk und Herausgabe von Argumentationsmaterial ist zu empfehlen. Es darf kein Arbeitsausfall geduldet werden. Vor allem ist dabei zu bedenken, daß mit gewissen Herausforderungen durch Gruppen gegenüber Leitern gerechnet werden kann. Hierbei ist vor allem von Interesse, ob es sich bei diesen Erscheinungen um Einzelansichten oder schon um gewisse Gruppenbildungen handelt. Bei der Information ist hierauf mit einzugehen."[2] Die Betriebsleitung fürchtete Diskussionen über die Situation in der Tschechoslowakei, die zum Ausgangspunkt innerbetrieblichen Protestes hätten werden können. Die Betriebsführung erhielt in der Folgezeit eher beruhigende Signale: Oppositionelle Haltungen wurden nicht bekannt, im Betrieb blieb es ruhig. Allerdings berichteten Beobachter von einer auffällig zunehmenden Diskussionsbereitschaft in den verschiedenen Abteilungen. So heißt es in einer Einschätzung vom 27. August 1968: „Der weitaus größte Teil unserer Belegschaftsangehörigen steht nach wie vor hinter den getroffenen Maßnahmen. Dabei zeigt sich, differenziert nach Beschäftigtengruppen, folgendes Bild: Unter den Produktionsarbeitern sind die Diskussionen darauf konzentriert, wie der Ausgang der Verhandlungen in Moskau sein wird.[3] Diese Diskussionen sind getragen von der Sorge über die Weiterentwicklung in der ČSSR. Es zeigt sich mit zunehmender Veröffentlichung von Informationen über unseren Fernsehsender und Rundfunk sowie auch der Presseorgane eine größere Sachlichkeit in den Diskussionen. In den ersten Tagen nach den Ereignissen in der ČSSR wurde in vielen Einzelausprachen festgestellt, daß noch große Unklarheit unter den Produktionsarbeitern herrschte. So konnte in den ersten Tagen nach den Ereignissen in der ČSSR festgestellt werden, daß sich im FB 2 und FB 9[4] gewisse Schwerpunkte ergaben.
Schwerpunkte im Meisterbereich: Queck FA 245, Heinze FA 211, Kolbe FA 241[5].

---

2 Protokoll über die Sonderberatung im L-Kollektiv am 24.8.1968, gez. Reichmann (stellv. Betriebsdirektor), 26.8.1968, Sächsisches Staatsarchiv Chemnitz, Bestand VEB Kfz-Werk Audi-Horch/VEB Sachsenring Automobilwerke Zwickau, (1934-44) 1949-1995 [im folgenden: StACh, Best. Audi-Horch/Sachsenring], Nr. 873: L-Betriebsdirektor: Sondermaßnahme Situation ČSSR..

3 Gemeint ist das Zusammentreffen der sowjetischen Staats- und Parteiführung mit Dubček und anderen Vertretern der tschechoslowakischen Parteispitze vom 23. bis 26.8.1968 in Moskau. Siehe Rüdiger Wenzke: Prager Frühling – Prager Herbst. Zur Intervention der Warschauer-Pakt-Streitkräfte in der ČSSR 1968. Fakten und Zusammenhänge, Berlin 1990, S.39; Jörg K. Hoensch: Geschichte der Tschechoslowakei, Stuttgart-Berlin-Köln $^{3}$1992, S.172.

4 Gemeint sind die Fertigungsbereiche (FB) Karosserierohbau und Endmontage.

5 Die hier genannten Fertigungsabschnitte (FA) umfaßten u. a. das Gerippeband und die Schweißstraße für die Bodengruppe.

Ein großer Teil der dort beschäftigten Kollegen gab den Maßnahmen der Warschauer Paktstaaten seine Zustimmung, wobei allerdings bei einigen Kolleginnen und Kollegen eine Reserviertheit erkennbar war. Trotz guter Aussprachen und Diskussionen lehnte zu diesem Zeitpunkt ein Teil dieser Kollegen die Zustimmung mit der Begründung ab, sich erst genau zu informieren."[6]

„Unklarheit" und „Reserviertheit" brachten zum Ausdruck, daß sich die Arbeiter in den Fertigungsbereichen 2 und 9 des VEB Sachsenring nicht ohne weiteres von der politischen Propaganda vereinnahmen ließen. Die abwartende Haltung implizierte eine Distanzierung, die letztlich aus dem Mißtrauen gegenüber der offiziellen Informationspolitik resultierte. Die Hervorhebung von Karosserierohbau und Endmontage deutet an, daß die Betriebsleitung sehr wohl zwischen den unterschiedlichen Bereichen unterschied. Die Diskussion um die Ereignisse vom August 1968 im VEB Sachsenring, der sich vergleichbare Situationen an die Seite stellen lassen,[7] wirft ein Schlaglicht darauf, daß volkseigene Betriebe in der DDR nicht nur als Wirtschaftseinheiten, sondern auch als gesellschaftliche „Basisinstitutionen"[8] und als soziale Räume konzipiert waren und wahrgenommen wurden. Sie waren Orte, an denen die politische Indoktrination der Arbeiterklasse primär anzusetzen hatte, wo aber auch verschiedene, nicht nur politisch intendierte oder wirksame Artikulations- und Resistenzformen durch die Beschäftig-

---

6 Unbetiteltes Papier [vermutlich eine Zuarbeit zur „Berichterstattung in Auswertung der Sonderberatung vom 23.8.68" an die VVB Automobilbau, 27.8.1968] zur Einschätzung der ideologischen Situation im Betrieb, 27.8.1968 , gez. Rothe (LM), StACh, Best. Audi-Horch/Sachsenring, Nr. 873: L-Betriebsdirektor: Sondermaßnahme Situation ČSSR..

7 Zu politischen Diskussionen kam es z. B. auch anläßlich der Verhängung des Kriegsrechtes in Polen im Jahr 1980. So heißt es in einem Bericht des MfS: „Der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Karl-Marx-Stadt wurde bekannt, dass im VEB Sachsenring Zwickau, Fertigungsbereich 9, solche Diskussionen im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Volksrepublik Polen geführt werden, in denen die Streikaktionen der polnischen Arbeiter zum Teil befürwortet und ähnliche Aktionen in der DDR als notwendig angesehen werden.

Dazu wurden solche Meinungen geäußert, wie: Bei uns würde es auch bald zu Streiks kommen, weil unsere Wirtschaft genau wie in Polen am Boden läge; die Polen haben mehr Mut als unsere Arbeiter; die Forderung nach freien Gewerkschaften sei richtig und auch bei uns notwendig.(„Information über bekanntgewordene Diskussionen und Meinungen unter Arbeitern im VEB Sachsenring Zwickau im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Volksrepublik Polen" v. 5.9.1980, o. Verf. [BV KMS des MfS], Außenstelle Chemnitz der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bestand Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt [im folgenden: BStU, MfS, BV Kms], AKG-75, PI 413/80: Information der BV Karl-Marx-Stadt an die BL Karl-Marx-Stadt der SED, 1980, S.124.

8 Siehe Burkart Lutz: Betriebe im realen Sozialismus als Lebensraum und Basisinstitutionen. Erste Hypothesen und offene Fragen zur Transformationsforschung, in: Rudi Schmidt/Burkart Lutz (Hrsg.): Chancen und Risiken der industriellen Restrukturierung in Ostdeutschland, Berlin 1995, S.135-158.

ten erprobt und praktiziert werden konnten.[9] Aus Sicht der Betriebsleitung war in den Produktionsstätten sicherzustellen, daß ein gleichgerichteter politischer „Kollektivgeist" entstand, der dem „richtigen Bewußtsein" im Arbeiter- und Bauernstaat entsprach. Die Beeinflussung von Diskussionen und Meinungsaustausch in den Kollektiven geschah dabei im wesentlichen durch die Betriebsparteiorganisation der SED und die im Betrieb vertretenen gesellschaftlichen Organisationen wie etwa die FDJ, die GST, die DSF und andere. Jenseits dieses von offizieller Seite initiierten Diskurses waren politische Meinungsäußerungen stets beargwöhnt und konnten Repression nach sich ziehen.

Von daher nahmen viele Arbeiter Zuflucht in private Nischen und zogen sich von „öffentlichen" Themen zurück – das Ergebnis war, so konstatierte die zeithistorische und sozialwissenschaftliche Forschung nach 1990, eine Depolitisierung der Belegschaft.[10]

Doch nicht erst das Jahr 1989 sollte zeigen, wie vergeblich alle Versuche der SED waren, politische Auffassungen durch äußeren Druck zur Konformität zu zwingen. Politische Bewertungen und Diskussionen gehörten vielmehr zum alltäglichen betrieblichen Leben dazu, auch ungesteuerte, spontane politische Diskussionen machten sich immer wieder breit.

Im folgenden soll gezeigt werden, daß das Politische im sozialen Raum des Betriebes nicht nur Implikationen für das Verhältnis zwischen Herrschern und Beherrschten hatte, sondern auch zur Binnendifferenzierung in den VEB beitrug, d. h. durch die spezifischen Prägekräfte der betrieblichen Organisation vermittelt wurde. Politische Einstellungen waren Distinktionsmerkmale, die für das arbeiterliche Prestige eine nicht unerhebliche Rolle spielten. Diese Differenzierung des „politischen Habitus" war schließlich auch für den Verlauf der Umbruchzeit des Jahres 1989 von nicht geringer Bedeutung.

## I.

Industrielle Großbetriebe in der DDR entsprachen in ihrer Grundstruktur dem Modell der hierarchisch organisierten fordistisch-tayloristischen Fabrik der klassischen Moderne. Obgleich sie aufgrund der sozialistischen Planwirtschaft lediglich Spielarten eines „Pseudo-Taylorismus" und „Pseudo-Fordismus" hervor-

9 In diesem Zusammenhang ist auf das vielzitierte Konzept des „Eigensinns" von Alf Lüdtke zu verweisen. Siehe Alf Lüdtke: Einleitung: Herrschaft als soziale Praxis, in: Ders. (Hrsg.): Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien, Göttingen 1991, S.9-63. Siehe auch Alf Lüdtke: Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus, Hamburg 1993.

10 Siehe etwa Werner Schmidt: Metamorphosen des Betriebskollektivs. Zur Transformation der Sozialordnung in ostdeutschen Betrieben, in: Soziale Welt 1995, H. 3, S.305-325, hier S.313f.; Werner Schmidt/Klaus Schönberger: „Jeder hat jetzt mit sich selbst zu tun". Arbeit, Freizeit und politische Orientierungen in Ostdeutschland, Konstanz 1999, S.104-108.

brachten,[11] entsprachen die Organisation der Arbeitsbeziehungen, die funktionale Gliederung und das Verhältnis zwischen Arbeitern und Leitungspersonen grundsätzlich den Verhältnissen in kapitalistischen Betrieben. Die interne Differenzierung der Arbeiterschaft erfolgte auch im VEB Sachsenring grundsätzlich nach Produktionsgrund- und Produktionshilfsarbeitern sowie nach dem Grad der Qualifikation, vollzog sich aber darüber hinaus über die einzelnen Abteilungen und Fertigungsbereiche der Fabrik. Ausgangspunkt dieser Differenzierung war die sozialistische Kollektivbildung im Betrieb, nach der die einzelnen Bereiche nicht nur wirtschaftliche Einheiten darstellten, sondern auch Fixpunkte lebensweltlicher Orientierung waren. Mit der Kollektivbildung und ihrer Bedeutungssteigerung durch die betriebsinterne Propaganda verfolgte die sozialistische Führung nicht zuletzt das Ziel, ein „Gegengewicht" zum (mißtrauisch auf „kleinbürgerliche Tendenzen" hin beäugten) Leitungspersonal und den angestellten Technikern im Betrieb zu installieren.[12]

Im VEB Sachsenring hatten die Hochschätzung körperlicher Arbeit in der „Arbeitsgesellschaft" DDR[13] sowie das gesellschaftliche Ideal des Proletariers eine Überhöhung – durch die Betriebsleitung und die Betriebsparteiorganisation – insbesondere jener Kollektive zur Folge, in denen die Belastungen durch Lärm, Staub oder Hitze besonders hoch und folglich der Anspannungsgrad der Arbeiter groß war. Diese Bereiche umfaßten vor allem die klassischen Fließbandbereiche im Karosserierohbau und in der Endmontage sowie die Blechpresserei und die Duroplastherstellung. Hier herrschten z. T. unerträgliche Arbeitsbedingungen.[14] Die Betriebsleitung versuchte, diese Kollektive als Vorzeigekollektive darzustellen, was vor allem über entsprechende Lohnrelationen und über symbolische Aufwertungen geschah. So spielten etwa die Bandbereiche im Karosserierohbau eine prominente Rolle bei Belobigungen, wurden aber auch in Selbstdarstellungen und Publikationen des VEB Sachsenring stets an erster Stelle genannt. In der Bildpropaganda wurden besonders gerne Arbeiter aus der Karosse-

---

11 Siehe Martin Heidenreich: Zur Doppelstruktur planwirtschaftlichen Handelns in der DDR, in: Zeitschrift für Soziologie 1991, H. 6, S.411-429; Schmidt, Metamorphosen des Betriebskollektivs, S.305f.

12 Zu diesen Zielen siehe am Beispiel der Brigadebewegung Jörg Roesler: Die Produktionsbrigaden in der Industrie der DDR. Zentrum der Arbeitswelt?, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S.144-170.

13 Siehe Martin Kohli: Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, Sozialgeschichte, S.31-61.

14 So hatten insbesondere die wiederholten deutlichen Stückzahlsteigerungen der Trabant-Produktion während der 70er und 80er Jahre zu schweren Belastungen der Arbeiter geführt. Siehe „Der Arbeitsstand 2 vom 14. 4. 1983 – Steigerung der TRABANT-Produktion auf 128,5 TPkw im Jahr 1984 – und seine Begründung", o.D. [14.4.1983], o. Verf., StACh, Best. Audi-Horch/Sachsenring, Nr. 2159: [HA ZP] Vorbereitung Politbürobeschluß: Bewertung der auszulagernden Produktion einschl. der Freisetzung von Arbeitskräften,.

riefertigung gezeigt: So dominierten etwa in der Broschüre „Automobilbauer halten Wort“ aus dem Jahr 1979 die Angehörigen des FB 2 den Bildteil mit sieben von 13 Fotografien, während sich die übrigen Darstellungen auf andere Bereiche verteilten. Schließlich gehörte der Karosserierohbau bei Besuchen von Politikern und Wirtschaftsfunktionären im Betrieb als fester Programmpunkt zum Ablauf dazu. Als etwa am 15. Oktober 1976 die sowjetischen Kosmonauten Valeri Bykovski und Vladimir Aksënov, die kurz zuvor die Weltraummission Sojus 22 durchgeführt hatten, den VEB Sachsenring besuchten, wurde ihnen während ihres Aufenthaltes ausschließlich der Fertigungsbereich 2 gezeigt und dort ein „Meeting“ abgehalten.[15] Auch anläßlich des Besuches der Politbüromitglieder Günter Mittag und Siegfried Lorenz am 30. Juni 1986 im VEB Sachsenring wurde der Karosserierohbau als Vorzeigebereich präsentiert.[16] Die Industriearbeit wurde also keineswegs in ihrer ganzen Bandbreite, sondern lediglich im Kernbereich der besonders harten körperlichen (und stumpfsinnigen) Arbeit als wahrhaftiges Symbol des Arbeiter-und-Bauern-Staates angesehen und zu Repräsentationszwecken benutzt.[17]

Die Statusdifferenzierung innerhalb der Arbeiterschaft im VEB Sachsenring erhielt durch die Betriebsleitung und im weiteren Sinne durch die Propagandaarbeit der SED demnach wesentliche Impulse. Sie war jedoch keineswegs ausschließlich das Ergebnis einer innerbetrieblichen Machtbeziehung, die die Arbeiter als Empfänger von oben vorgegebener Rollen definierte. Rollenvorgaben von oben und arbeiterliches Selbstverständnis verbanden sich in der alltäglichen Differenzierungspraxis vielmehr untrennbar miteinander. Dies zeigt ein Interview mit dem ehemaligen Fertigungsbereichsleiter J. G. deutlich, der auf die Frage nach Unterschieden zwischen Kollektiven antwortet: „Ja, [die] gab es auf jeden Fall. Also, die gab es. Also, die wurden, ich will nicht sagen, teilweise auch gefordert, aber es wurde schon Einfluß genommen. Also, sage ich jetzt mal, Kollektiv, gerade am Band oben hier im Karosserierohbau, so. Die waren zwar

---

15 Siehe dazu den Organisationsplan für den Besuch der sowjetischen Kosmonauten am 15.10.1976, gez. Betriebsdirektor Hipp, 11.10.1976, in: StACh, Best. Audi-Horch/Sachsenring, Nr. 4810: Besuch sowjetischer Kosmonauten bei SZ, 1976.

16 Anlaß des Besuches war der „40. Jahrestag des Volksentscheides zur Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher“, ein für den Wiederaufbau der Zwickauer Automobilindustrie zentrales Datum. Siehe „Informationsbericht Stimmung und Meinung der Werktätigen“ , gez. Raeder (Parteisekretär), v. 4.7.1986, SStCh, Bestand SED-Grundorganisation VEB Sachsenring Automobilwerke Zwickau, Nr. 5688: Informationsberichte, 1986.

17 Bei offiziellen Anlässen und hohem Besuch zeigten Betriebleiter zwar gerne hart arbeitende Menschen vor, die sich „die Finger schmutzig machten“, in der materiellen Umwelt der Arbeit aber wurde auf peinliche Sauberkeit geachtet. Siehe etwa die einschlägigen Berichte der Staatssicherheit, z. B. den Bericht anläßlich des Besuchs von Mittag und Lorenz „Einschätzung der Stimmung und Reaktion der Bevölkerung“ v. 8.7.1986 von Nagel (KD Zwickau des MfS), in: BStU, MfS, BV Kms, AKG-3135, Bd. 1: Berichterstattung der KD Zwickau zur Reaktion der Bevölkerung auf aktuell-politische Ereignisse, 1986, S.170.

nun Kollektive, die nicht – na, wie soll ich sagen? – freundlich [miteinander umgingen], wo jeder Mann freundlich war, aber die haben eben Aufgaben gestellt bekommen über das Neuererwesen, [...] oder irgendwelche technisch-organisatorischen Maßnahmen zu realisieren, die direkt vorgegeben worden sind oder die auch aus dem Kollektiv kamen, wo das dann entsprechend auch untersetzt wurde, und dann eben auch, sage ich, zu bestimmten Delegiertenkonferenzen dann im Mittelpunkt gestanden haben. Solche Kollektive, dort hat man schon versucht, ich will nicht sagen, Türme aufzubauen, aber es gab solche Kollektive als Vorzeigeobjekte. [...] Es gab auch welche, die sind das ganze Jahr nicht aufgefallen. Die liefen so nebenbei mit, die haben ihre Aufgaben erfüllt, aber als Leuchttürme haben sie sich nie entwickelt. Aber ich würde schon fast behaupten, daß es mehr gefördert wurde als es dann von unten kam. [...]. Es wurden speziell die Bandbereiche schon ein bissel hervorgehoben. Vielleicht hat man auch erkannt, daß es notwendig war, dort ein bissel was zu tun. Weil eben das Klima nicht so gut war wie in der Einzelteilefertigung."[18]

Hier wird ersichtlich, daß sich hinter der Hervorhebung der Bandbereiche im Betrieb auch eine Beschwichtigungsmaßnahme verbarg, durch die die Arbeiter dieser Kollektive auf Konformitätskurs gehalten werden sollten. Denn wie das eingangs angeführte Beispiel während des Prager Frühlings zeigt, waren es gerade die Bandbereiche im Fertigungsbereich 2, die sich als politisch unsicher zeigten; unter diesen Arbeitern wurde am ehesten Unmut geäußert. Die Betriebsleitung befürchtete offenbar, daß der FB 2 als ideologischer und produktionstechnischer „Kern" des Betriebes nicht nur in ihrem Sinne in Erscheinung treten, sondern auch Ausgangspunkt für eigenständiges Denken und Handeln sein könnte. Die Förderung des arbeiterlichen Selbstbewußtseins hatte also ambivalente Folgen.[19]

II.

In dem zwiespältigen Verhältnis von ideologischer Steuerung einerseits und symbolischer Kompensation für Defizite in den Arbeitsbedingungen andererseits erschöpfte sich die Frage der Bedeutung des politischen Unmutes für den Betrieb jedoch keineswegs. Die Art und Weise, mit politischem Dissens umzugehen und ihn zu äußern (oder auch nicht zu äußern), war für das Verhältnis der Kollektive zueinander wichtig, insbesondere für das Verhältnis der Bandbereiche zu den Abteilungen mit nicht-getakteter Fertigung.[20] Der oben zitierte FB-Leiter etwa bringt den Unterschied zwischen diesen Bereichen folgendermaßen auf den Punkt: „Aber, wobei auch dort ein Unterschied war zwischen Band und Einzel-

18 Interview mit einem Fertigungsbereichsleiter der mechanischen Fertigung am 22.1.2004, JG, S.28. Archiv des ISGV, Dresden.

19 Zu einem vergleichbaren Phänomen in einem DDR-Werftbetrieb siehe Heike Wieschiolek: „... ich dachte immer, von den Wessis lernen heißt siegen lernen!" Arbeit und Identität in einem mecklenburgischen Betrieb, Frankfurt/M.-New York 1999, S.157.

20 Siehe dazu meine Anmerkungen in: Sönke Friedreich: Die Ungleichheit der Kollektive. Statusdifferenzen und symbolische Abgrenzungen ehemaliger Beschäftigter eines sozialistischen Betriebes, in: Schweizerisches Archiv für Volkskunde 2005, H. 2, S.149-171.

teilfertigung. Also, am Band ging es dort auch härter zu. Da ging es auch härter zu! Also, ich meine, man tauscht sich ja auch aus. Wir waren ja als Bereichsleiter ja nun auch oft mal zusammen und haben uns unterhalten. Also, da hat man schon festgestellt, daß das Klima kritischer ist als in der Einzelteilfertigung. Ich habe ja auch selbst welche übernommen, Frauen vor allen Dingen, die also von der Bandarbeit weg wollten, so, die also dann bei mir [in der Einzelteilefertigung] angefangen haben zu arbeiten und die haben also gesagt: ‚Das ist wie Tag und Nacht, wie Tag und Nacht.'"[21]

Nicht nur in der Art der Tätigkeit, in der Stellung innerhalb einer von Ideologie bestimmten Hierarchie, in der Höhe der Entlohnung und im Grad der Qualifikation unterschieden sich die Arbeiter der Bandbereiche von denen der nichtgetakteten Fertigung, auch das Arbeitsklima und das Kommunikationsverhalten wichen deutlich voneinander ab. Daß es in den Bandbereichen „härter" zuging, meint nicht nur die schwere und monotone körperliche Arbeit, sondern auch ruppige, latent gewaltbereite Umgangs- und Konfliktformen, die insbesondere von den dort beschäftigten Frauen als unangenehm und sogar bedrohlich empfunden wurden. Sowohl die betriebsinternen Unterlagen als auch die heutigen Aussagen ehemaliger Beschäftigter legen es nahe, in den Bandbereichen ein stärker konfrontatives, disharmonisches Arbeitsklima zu vermuten. Die Einstellung, sich „nichts sagen zu lassen", den eigenen Standpunkt nicht zur Diskussion zu stellen und sich bei der Verfechtung der eigenen Meinung einer ruppigen Sprache zu bedienen, fügte sich gut in das Bild des nonkonformen Arbeiters, vor dem sich die Betriebsleitung so fürchtete. Doch Nonkonformität dieser Art stieß offenbar auch andere Kollektive ab, in denen stärker harmonisierende und konsensuale Umgangsformen herrschten. Sehr deutlich wird dies am Beispiel des sogenannten Rationalisierungsmittelbaus, d. h. des betriebseigenen Werkzeug- und Maschinenbaus.

Der Rationalisierungsmittelbau war jene Abteilung des VEB Sachsenring, in der Sondermaschinen für die Verwendung im Betrieb (z. T. auch für andere Betriebe) hergestellt wurden, wenn anderweitig keine Investitionsmittel zur Verfügung standen. Die vergleichsweise schlecht bezahlte Arbeit erforderte voll ausgebildete Werkzeugmacher mit einer guten technischen Begabung, da die von den Ingenieuren entwickelten Maschinen oftmals im Verlaufe der Konstruktionsarbeit verbessert werden mußten. Die Arbeit erfolgte zwar unter Zeitdruck, war jedoch nicht getaktet und bot allein schon daher größere Freiräume.[22]

---

21 Interview JG, S.15.

22 Ein wichtiger Aspekt dieser Nutzung von Freiräumen war die Gelegenheit, die Arbeit etwa zu Konsumzwecken kurzfristig verlassen zu können. Dieses Verhalten hat in der Geschichte der Industriearbeit bekanntlich eine lange Vorgeschichte, wie insbesondere Lüdtke festgestellt hat. Siehe Alf Lüdtke: Arbeitsbeginn, Arbeitspausen, Arbeitsende. Skizzen zu Bedürfnisbefriedigung und Industriearbeit im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Gerhard Huck (Hrsg.): Sozialgeschichte der Freizeit. Untersuchungen zum Wandel der Alltagskultur in Deutschland, Wuppertal 1980, S.95-122.

Ebenso wie die Bandbereiche waren die Angehörigen des Werkzeugbaus Träger eines ausgeprägten arbeiterlichen Ethos'. Während sich Erstere jedoch auf das (ideologisch gestützte) Prestige harter körperlicher Arbeit stützten, bezogen Letztere ihr Selbstbewußtsein aus – wie sie es selbst sahen - besonderen intellektuellen Fähigkeiten. Diese Zuschreibung dient bis heute der expliziten Distinktion in der innerbetrieblichen Hierarchie, wie folgende Aussage eines Werkzeugmachers aus einem Interview verdeutlicht: „Also, wir sind das Herz des Betriebes gewesen. Ohne uns – ich will ja nicht übertreiben – wäre nichts gelaufen. Alle Arbeiter, die mit unseren Betriebsmitteln, es sind Betriebsmittel gewesen, die wir hergestellt haben, die Arbeiter, die mit diesen Betriebsmitteln gearbeitet haben, waren leider nicht –, ich will denen, also, nicht unterstellen oder so, nichts, aber die haben damit gearbeitet, die haben auf den Knopf gedrückt, haben ihr Material eingelegt, auf den Knopf gedrückt, da ging das los. Und das Zeug haben wir gebaut."[23]

Geistige Überlegenheit kennzeichnete demnach die gut ausgebildeten Arbeiter im Rationalisierungsmittelbau in ihrer Selbsteinschätzung ebenso wie die Deutung ihrer Rolle als „Herz" des Betriebes – eine Interpretation, die der offiziellen Sprachregelung entgegenlief. Die Abgrenzung gegenüber den Arbeitern in den Bandbereichen erfolgte zu sozialistischen Zeiten kaum explizit, beeinflußte dafür jedoch um so stärker die informelle Seite des Arbeitslebens.

Der Vergleich mit den Bandarbeitern als den weniger wichtigen Leuten im Betrieb führt zur Frage, inwieweit sich dieser spezifische Habitus hochqualifizierter Facharbeiter auch in der politischen Artikulation zu erkennen gab. Die Aussagen der ehemaligen Beschäftigten hierzu lassen deutlich die Tendenz erkennen, sich selbst eine stärker reflektierende politische Haltung zuzuschreiben. Demnach gehörte es zum klugen und überlegenen Verhalten, sich soweit wie möglich der offiziellen Sprachregelung, aber auch der alltäglichen Situation des Mangels anzupassen, eine zu starke Politisierung von oben aber abzuwehren und dabei vorsichtig, leicht ironisch argumentativ zu kontern. Die Verbindung eines „klugen" Verhaltens mit einer defensiven politischen Einstellung spiegelt sich etwa in folgender Aussage eines Arbeiters wider: „Na gut, bei uns in den letzten Zeiten, da war in der Einzelfertigung, das muß ich sagen, meistens haben solche Leute dort gearbeitet, die auch, na, ich will mich jetzt nicht verkehrt ausdrücken, aber vom Intellekt her nicht gerade die unterste Stufe waren. Und da hatten wir auch den Eindruck bei den meisten jedenfalls, daß die Partei oder die Parteiarbeit mit uns da nichts groß am Hut hatte, weil dann auch sofort andere Gegenargumente und solche Sachen gebracht wurden, wo die dann, bis die dann gesagt haben: ‚Na, lassen wir es eben.' Wie das in den anderen Abteilungen beziehungsweise anderen Betrieben–, wenn man das gehört hat, da gab es dann die sogenannten Donnerstags-Gespräche, wo dann der Parteisekretär hier die Leute überzeugen sollte von irgendwelchen Sachen und solche Sachen. Das hat bei uns alles nicht

23 Interview mit einem Werkzeugmacher am 16.7.2003, GH, S. 15. Archiv des ISGV, Dresden.

stattgefunden. War am Anfang mal die Rede davon, da ist dann drüber gelacht worden nur, und das haben sie sich dann nicht angetan."[24] In den Arbeitsbereichen mit nicht-getakteter Fertigung tendierten die Beschäftigten im Vergleich zu den Bandbereichen eher dazu, sich den Anforderungen politischer Artikulation zu entziehen. Gängiges Vorgehen war der Rückzug in die Nische, die heute zum Schlagwort für politische Abstinenz in der DDR schlechthin geworden ist. So spricht auch ein Interviewpartner von seinem „Nischendasein": „Ich war nie, also ich persönlich jetzt, ich war kein Parteigenosse, [...] aber wenn ich heute sagen würde, daß ich unter diesem System – wenn man sich, sagen wir mal, seine Nische gesucht hat – also, daß ich persönlich gelitten hätte, kann ich nicht sagen. Ich habe mich politisch nicht hervorgetan, ich hatte auch eine andere Einstellung wie damals geherrscht hat, das hat aber auch jeder gewußt, auch der Meister. Ich war aber kein Kämpfer gegen das System oder sonst was. Ich habe mir wie viele andere auch einfach eine Nische gesucht in meinem Privatleben. Das war es dann, und das haben sehr viele gemacht."[25]

Diese Nischen dürfen jedoch keineswegs durchgängig als rein privater Raum verstanden werden. Vielmehr konnte neben der außerbetrieblichen Lebenswelt auch das Kollektiv einen Schutzraum bieten, in dem unter gewissen Umständen abweichende politische Meinungen geäußert werden konnten. Im VEB Sachsenring waren die Fließbandbereiche durch eine Stimmung latenten Unmuts und eine nur widerstrebende Konformität gekennzeichnet, die besondere Bobachtung von oben heraufbeschwor. Hier erfolgte Bekundung von Unwillen meist spontan, kurzzeitig und fordernd. Hiervon unterschieden sich Bereiche wie der Werkzeug- und Maschinenbau, in dem andere Arbeitsformen und ein harmonischeres Arbeitsklima vorherrschten. Hier wurden subtilere Strategien der Interessenwahrung gegenüber den betrieblichen Leitern und Parteifunktionären verfolgt, indem man verantwortliche Leiter in die Netzwerke der Kollektive auf der Basis der Gegenseitigkeit einzubeziehen versuchte.[26] Hier wurde in der Regel nach außen politische Konformität gewahrt, und Unmut fand eher selten in spontaner Äußerung ein Ventil. Auf diese Weise entzogen sich die Mitglieder dieser Kollektive der scharfen Beobachtung durch die Partei, wodurch sie größere Handlungsspielräume zu gewinnen glaubten. Dieses Vorgehen war aber auch konstitutiv für das Selbstbild der Kollektivmitglieder: Nicht nur brachten die habituell eingeschriebene Konformität und Konsensualität ein entsprechendes politisches Verhalten hervor, dieses Verhalten selbst wurde wiederum für „poli-

24 Interview mit einem Rundschleifer am 28.1.2004, MS, S.16. Archiv des ISGV, Dresden.

25 Interview mit einem Montageschlosser am 19.1.2004, JB, S.12. Archiv des ISGV, Dresden.

26 Zu diesen für die Leitung des sozialistischen Betriebes generell bedeutungsvollen Praktiken siehe Lutz Marz: Der prämoderne Übergangsmanager. Die Ohnmacht des „real sozialistischen" Wirtschaftskaders, in: Rainer Deppe/Helmut Dubiel/Ulrich Rödel (Hrsg.): Demokratischer Umbruch in Osteuropa, Frankfurt/M. 1991, S.104-125. Siehe auch Schmidt/Schönberger, Jeder hat, S.65-69.

tisch klug“ und „effizient“ gehalten. Dadurch genossen die Beschäftigten der nicht-getakteten Bereiche ein höheres Ansehen gegenüber denen am Band, die als „tölpelhaft“ und „ungeschickt“ galten, wenn es darum ging, eigene Interessen durchzusetzen. Das je eigene Verhalten gegenüber den Leitern und Politfunktionären in politischen Fragen wurde für die Arbeiter somit zu einer Scheidelinie zwischen den einzelnen Bereichen des Betriebes, mithin zum Symbol des arbeiterlichen Selbstverständnisses, das durchaus als solches reflektiert wurde. „Also, wir haben wenig [politischen] Einfluß gespürt“, erklärte der genannte Arbeiter aus der Einzelfertigung. „Es waren ja dann auch – man kann ja sagen – viele Fachleute. Das ist ja nicht so jetzt, wie in der Serie [gemeint ist: Serienproduktion] das war, wo meistens angelernte [arbeiteten], eine angelernte Kraft, die dann irgendwie jahrelang immer dieselbe Arbeit macht und so. Da waren ja Werkzeugmacher, Vorrichtungsbauer, dann gelernte Schleifer. Also, wie gesagt Einzelfertigung, Dreher, Fräser, also, die – sagen wir mal – schon von der Erfahrung und von dem Zeug her, mußten die schon ein bissel was drauf haben, um das dann hier ordentlich über die Bühne zu bringen. Und die haben natürlich dann auch ein gewisses Selbstbewußtsein gehabt. Muß ich sagen, also, du kannst, wenn [dir] jetzt irgendeiner mal dumm kommt, gekommen ist oder was, [antworten] hier: ‚Du denkst, du kannst das besser? Komm, stell dich ran und mach mir das vor!‘ Ja, die hatten schon ein gewisses Selbstbewußtsein in diesen Abteilungen.“[27]

III.

Wenn die Differenzierung zwischen einzelnen Gruppen von Arbeitern sich auch im Feld politischer Meinungsäußerung auswirkte und durch politische Artikulation weiter verstärkt wurde, welche Bedeutung kam dann den politischen Äußerungen der Beschäftigten im Rahmen des Betriebes zu? Diese Frage ist nicht mit letzter Sicherheit zu beantworten, insofern „Bedeutung“ kaum ohne Bezugspunkt gemessen werden kann. So darf die Tatsache, daß die Bandbereiche allgemein und insbesondere jene in der Karosseriefertigung tatsächliche oder potentielle Unruheherde im Betrieb waren, nicht ohne weiteres mit einer „relevanten“, artikulierten politischen Haltung oder einem politischen Diskussionszusammenhang in Verbindung gebracht werden. Was etwa bei Anlaß der Niederschlagung des Prager Frühlings von der Betriebsleitung untersucht wurde, war ein Stimmungsbild, das die spontanen Reaktionen der Beschäftigten in einzelnen Produktionsbereichen auf die politische Krise einfangen sollte. Dies sagt allein noch nichts über den Stellenwert politischer Ereignisse oder Verhältnisse in der Kommunikation der Bereiche oder über den Reflexionsgrad der geführten Diskussionen aus. So ließe sich argumentieren, der politische Unwille bzw. Nonkonformismus in den Bandbereichen sei zwar rasch und ungefiltert zutage getreten, habe sich aber durch Einwirkung von oben ebenso leicht wieder zerstreuen lassen. Ein solches Phänomen wäre zu vergleichen mit dem in den Geschichts-

27 Interview mit einem Rundschleifer am 28.1.2004, MS, S.16f.. Archiv des ISGV, Dresden.

wissenschaften vielfach diskutierten Protestverhalten sozialer Unterschichten und Randgruppen in vorindustriellen Gesellschaften, bei dem die Radikalität und Plötzlichkeit des Widerstandes gegen die Obrigkeit in deutlichem Kontrast zu seiner Flüchtigkeit und zur geringen Erfolgsaussicht standen.[28] Andererseits war aber auch das „kluge" Verhalten der qualifizierteren Bereiche kaum dazu geeignet, relevante Auswirkungen zu zeitigen, da der Rückzug aus den offiziellen Diskursstrukturen einer Selbstentmachtung gleichkam. So läßt sich zwar mittels Interviewaussagen und Aktenmaterial rekonstruieren, wie der Versuch politischer Indoktrination durch die Betriebsleitung und die SED fehlschlug und wie verbreitet politischer Dissens im VEB Sachsenring war, doch scheint letzterer in den hier skizzierten unterschiedlichen Äußerungsmodi gleichermaßen irrelevant für die politischen Diskursstrukturen der DDR geblieben zu sein.

Tatsächlich kann ein Bezugspunkt für die Relevanz politischen Verhaltens der einzelnen Bereiche jedoch gefunden werden, wenn man die (Selbst-)Zerstörung des sozialistischen Systems im Jahre 1989 zur Grundlage nimmt. In der Wendezeit war es gerade das impulsive und scheinbar irrationale Protestverhalten der Bandbereiche, das jene spontane Unmutsäußerungen hervorbrachte, auf denen wiederum eine neu entstehende Gegenöffentlichkeit im Betrieb aufbauen konnte. Hierzu gibt es Hinweise aus den Unterlagen der Staatssicherheit, die die Vorgänge des Herbstes 1989 auch im VEB Sachsenring besonders mißtrauisch beäugte. Eine gute Woche nach der ersten großen Montagsdemonstration in Zwickau am 16. Oktober 1989 konstatierte das MfS, der Bereich Endmontage des VEB Sachsenring bilde einen Schwerpunkt der Opposition, besonders des am 10. September 1989 gegründeten „Neuen Forums"[29]. Als Zäsur für die innerbetriebliche Artikulation von Protest galten dem MfS die schweren Ausschreitungen von DDR-Sicherheitskräften am 7. und 8. Oktober in Berlin. Es heißt: „So wurden seit den Ereignissen um den 7./8. 10.1989 in verschiedenen Fertigungsabschnitten des FB 9 in etwa 15 Fällen

- Computerausdrucke mit Losungen bzw. Aufrufen ‚Aufbruch 89 – Neues Forum' angeklebt oder angebracht,
- mit verschiedenen Schreibgeräten Losungen, unter anderem ‚SED raus' sowohl an Türen und Wandzeitungen, aber auch in frisch renovierten Toilettenanlagen angeschmiert. [...]

Am gestrigen Tag z. B. wurde in den Morgenstunden im FA 945 [Karosserieband, S.F.] ein dort angeklebter Computerausdruck ‚Gegen Gewalt' (Aufruf zur Gewaltlosigkeit) festgestellt. Auf ihm war mit Kugelschreiber die zusätzliche Aufforderung: ‚Mittwoch 16.00 Uhr – Gegen Gewalt – Hauptmarkt' angebracht

28 Siehe etwa Peter Blickle: Unruhen in der ständischen Gesellschaft, 1300-1800, München 1988, besonders S.82f.

29 Die DDR-weite Zulassung des „Neuen Forums" erfolgte am 8. November 1989. Eine betriebliche Gruppe bildete sich am 23.11.1989.

worden."[30] Auch der Karosserierohbau geriet in das Visier des MfS, etwa in einem Bericht vom November 1989, in dem es heißt, die Gewerkschaftsgruppe des FA 251 (Einzelteilefertigung) habe eine „Willenserklärung" an die Parteileitung des Betriebes geschickt und zugleich an der Wandzeitung des FA 211 (Bodenschweißstraße) angebracht, in der die Forderung erhoben wurde, das „Neue Forum" zuzulassen und seine Forderungen und Stellungnahmen zu veröffentlichen, Demonstrationsrecht und Pressefreiheit zu garantieren, unproduktive Planstellen im Betrieb zu streichen, die volkseigenen Betriebe eigenverantwortlich wirtschaften zu lassen, die Kampfgruppen aufzulösen und freie Gewerkschaften zuzulassen.[31] Diese Beispiele zeigen, daß im Herbst 1989 gerade jene Fertigungsbereiche mit spontanen Protestbekundungen hervortraten, die in positiver wie negativer Weise stets den Mittelpunkt des ideologischen und des wirtschaftlichen Interesses gebildet hatten. Dagegen hielten sich offenbar die Mitglieder jener Bereiche zurück, die sich selbst für politisch artikulationsfähiger und klüger als die Kollegen der Bandbereiche hielten; die Klugheit, den Mund zu halten, hatte noch nicht den Geruch von Feigheit angenommen.

Es wäre indes ein Kurzschluß, aus der offenen Formulierung von Unmut und Forderungen nach politischem Wandel im Jahr 1989 auf ein seit längerem schlummerndes Widerstandspotential unter den Arbeitern zu schließen. Bis zum Herbst 1989 gab es keine aktive Strategie, mit der den Vorgaben von oben entgegengetreten worden wäre. Was sich die Kollektive jeweils aneigneten, waren Potentiale einer „passiven Stärke", um einen schon früh eingeführten Begriff von Ulrich Voskamp und Volker Wittke zu verwenden.[32] Diese mochten aus Sicht der Kollektivmitglieder vorteilhaft erscheinen oder ihnen sogar ein Selbstbild des überlegenen „kleinen Mannes" eingeben, der es besser weiß als „die da oben". Doch trug die Abwehr von Zumutungen von oben eher zu einer weiteren Ausformulierung interner Rivalitäten um Anerkennung und Ressourcen bei als zu einem wie auch immer formulierten Widerstand.

Dies soll aber keineswegs die Bedeutung des stillschweigenden politischen Dissenses und die erprobten Wege der Unmutsäußerungen während der DDR-Zeit leugnen. In der Situation des Herbstes 1989 boten spontane Protestäußerungen, wie sie zuerst in den Bandbereichen geäußert wurden, die Möglichkeit der

---

30 Bericht „Die Lage und Stimmung im Fertigungsbereich 9 (Endmontage) des VEB Sachsenring Automobilwerke Zwickau" v. 24.10.1989, verf. von Springer (KD MfS Zwickau), in: BStU, MfS, BV Kms, AKG-1823, Bd. 1: Auswertungs- und Kontrollgruppe, Informationen über die Lage im Kreis Zwickau/Stadt, 1989, S.65f.

31 Siehe Bericht über „Die Entwicklung der operativen Lage im Territorium des Stadt- und Landkreises Zwickau für den Zeitraum 31.10.1989, 17.00 Uhr bis 1.11.1989, 17.00 Uhr" v. 1.11.1989, verf. v. Springer (KD MfS Zwickau), in: BStU, MfS, BV Kms, AKG-1823, Bd. 1: Auswertungs- und Kontrollgruppe, Informationen über die Lage im Kreis Zwickau/Stadt, 1989, S.33.

32 Siehe Ulrich Voskamp/Volker Wittke: Aus Modernisierungsblockaden werden Abwärtsspiralen – zur Reorganisation von Betrieben und Kombinaten der ehemaligen DDR, in: SOFI-Mitteilungen 1990, Nr. 18, S.12-30, hier S.23.

Sammlung und Konzentration von Dissens als Vorstufe seiner expliziten Artikulation. Unmut, wie unpräzise und politisch irrelevant er auch zunächst erscheinen mochte, definierte ebenjene Rolle des Betriebes als sozialer Raum neu, die zuvor mit SED-eigenen Vorstellungen und Begriffen entworfen und besetzt worden war. Zwar lassen sich spontane Unmutsäußerungen kaum als Widerstand begreifen, sie waren aber in einem weiteren Sinne relevant, da sie in einer späteren Situation des Umbruchs erste Ansätze zur Reformulierung des politischen Diskurses boten.

Paradoxerweise wandelten sich erst in der Umbruchzeit des Herbstes 1989 die von den Angehörigen der nicht-getakteten Bereiche bevorzugt besetzten „Nischen" tatsächlich in private Räume, denen jeder politische Zug fehlte. Die Destabilisierung der Diskurshoheit der Partei hätte den nach eigenem Verständnis politisch reflektierenden Arbeitern etwa im Werkzeug- und Maschinenbau eigentlich die Chance bieten müssen, politische Meinungen nunmehr offen zu artikulieren und damit in der betrieblichen Wende eine prominente Rolle zu spielen. Tatsächlich führte die Unsicherheit der Situation von 1989 in der Regel jedoch zu einer Verstärkung der Rückzugstendenzen und zu Passivität, mit der fatalen Folge, daß die politische Diskussion weitgehend in den Händen der Leiter verblieb.[33] Diese vollzogen zwar eine deutliche Abkehr von den ideologischen Prämissen der Partei, denen sie bis dahin gefolgt waren, doch verhinderte ihr Einfluß eine stärkere Ausdifferenzierung des innerbetrieblichen Diskurses.[34] Die fachlich gut qualifizierten Beschäftigten in den nicht-getakteten Bereichen wurden indes von der Erwartung getragen, aufgrund ihres Qualifikationsniveaus und ihrer langjährigen Arbeitserfahrung den Umbruch individuell gut „überstehen" zu können. Gerade dies veranlaßte sie zu größerer politischer Abstinenz, als dies je zu DDR-Zeiten der Fall gewesen war.

Wie die Entwicklung des Jahres 1989 deutlich macht, besaßen die differenten Äußerungsmodi politischer Haltungen Relevanz über das Verhalten gegenüber der Betriebsleitung zu DDR-Zeiten hinaus. Insbesondere läßt sich festhalten, daß politische Einstellungen und Meinungsäußerungen vor dem Hintergrund des betrieblichen Kräftefeldes insgesamt (und nicht lediglich als Wechselwirkungen zwischen Machthabern bzw. Leitungspersonal einerseits und Untergebenen andererseits) zu betrachten sind. Die Untersuchung des politischen Bewußtseins erscheint dann weniger als ein Problem der Nähe oder Ferne zum System oder als primär definitorische Frage, wie man Opportunismus und Widerstand in der Diktatur zu definieren habe. Bedeutend war im betrieblichen Rahmen vor allem die unterschiedliche Qualität politischer Äußerungen.

---

33 Zur Passivität der Beschäftigten in der ostdeutschen Transformation siehe Werner Schmidt: Orientierungsprozesse ostdeutscher Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, in: WSI-Mitteilungen 1999, H. 10, S.673-681, hier S.676.

34 Diese Entwicklung des politischen Diskurses spiegelte sich auch in institutioneller Hinsicht. Die Betriebsgewerkschaftsleitungen des FDGB behielten vorerst ihre Monopolstellung als Arbeitnehmervertretung im Betrieb.

# Die Stuttgarter Vorfälle vom Oktober 1948. Zur Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik

Jörg Roesler

Was am 28. Oktober 1948 in Stuttgart geschah, ist von den Zeitgenossen als „Stuttgarter Vorfälle", „Stuttgarter Ereignisse", „Stuttgarter Vorkommnisse" bezeichnet, als „Protestkundgebung" bzw. „Protestaktion", als „schwere Unruhen" oder auch als „Zwischenfall" beschrieben worden. All das sind Umschreibungen für ein in der Geschichte der Bundesrepublik einmaliges Ereignis, in dessen letzter Phase die amerikanische Militärregierung Panzer einsetzte, um der aufgebrachten Menge, die ein Ende der Preistreiberei, den Sturz des „Wirtschaftsdiktators Erhard" und die Abkehr von der freien Marktwirtschaft verlangte, Herr zu werden.

Die Bedeutung der „Stuttgarter Vorfälle" – bei dieser Benennung soll es im folgenden bleiben – ging über den Tag bzw. den Herbst 1948 hinaus und hat die Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Bundesrepublik noch jahrelang mitgeprägt. Umso verwunderlicher ist es, daß keine der gängigen Geschichten der Bundesrepublik über den 28. Oktober 1948 ein Wort verliert. In diesem, der Bedeutung dieses Tages gewidmeten Aufsatz wird so vorgegangen, daß in einem ersten Teil auf die Ursachen für die wachsende Unzufriedenheit der arbeitenden Klasse im Herbst 1948 eingegangen wird, auf die gereizte Stimmung innerhalb der Arbeiterschaft, die sich in Protesten und spontanen Aktionen, von denen die „Stuttgarter Vorfälle" die gewichtigsten und folgenreichsten waren, niederschlug. Der Ausgangspunkt für diese Stimmung war die Währungsreform von Ende Juni 1948. Die Verarbeitung dieses Ereignisses durch die Historiker und vor allem durch die Geschichtsvermittlung betreibenden Medien hat sich meist auf die Darstellung der Schokoladenseiten dieses Vorganges – die über Nacht vollen Läden – beschränkt. Für das Verständnis der Stuttgarter Vorfälle ist es jedoch notwendig, auch auf die Schattenseiten der mit dem Währungsschnitt verbundenen Wirtschaftsmaßnahmen hinzuweisen.

Im zweiten Teil wird dann der Ablauf der nach Aussage des Stuttgarter Stadtarchivs „bisher nicht erforschten" Geschehnisse[1] eingegangen. Der dritte Teil beschäftigt sich mit den für eine so rasch und konsequent gewaltsam unterdrückte Protestaktion erstaunlich langandauernden Folgen.

---

1 Siehe Brief von Daniel Kirn, Mitarbeiter des Stadtarchivs Stuttgart, an den Autor vom 11.3.2003.

*1. Die Auswirkungen der Währungsreform auf die westdeutsche Arbeiterschaft von Juli bis Oktober 1948*

Bei der Umstellung der Reichsmark (RM) auf Deutsche Mark (DM) am 20./21. Juni 1948 wurde alle RM, ob Bargeld oder Spargeld, im Verhältnis 10:1 auf DM abgewertet. Ausgegeben wurde ab 20. Juni zunächst nur ein Kopfgeld von 40 DM, dem Ende August/Anfang September noch einmal eine Freigabe von weiteren 20 DM folgte. Für das übrige Bargeld, vor allem für das bei großen Teilen der Arbeiterschaft vorhandene Sparvermögen – Ergebnis des „eisernen Sparens" in der Kriegszeit[2] – kam es de facto zu einer Umwertung von 10:0,69. Für diejenigen, die nicht über Sachwerte verfügten – und das waren die Arbeiter und kleinen Angestellten – belief sich der Vermögensverlust auf 93,1 Prozent.[3] Mit anderen Worten, um ihre Ausgaben bestreiten zu können, war die Arbeiterschaft auf die Löhne bzw. Altersrenten und andere Sozialzahlungen angewiesen, für die die Währungsreform eine Umstellung von 1:1 bestimmt hatte.

Das wäre nun weiter kein Problem gewesen, wenn nicht fast gleichzeitig mit der Währungsunion – am 17./18. Juni – das Leitsätzegesetz in Kraft getreten wäre. Es erlaubte, ohne parlamentarische Institutionen befragen zu müssen, Ludwig Erhard, dem Direktor des Wirtschaftsrates (einer Art Wirtschaftsregierung für das zur Bizone zusammengefaßte britische und amerikanische Besatzungsgebiet) die Freigabe der bisher bewirtschafteten Preise für handelbare Güter.[4] Erhard machte von seinem Vorrecht Gebrauch und hob die Preisbindung für eine große Anzahl von Verbrauchsgütern auf. Gleichzeitig behielt er jedoch den auf der 2. Durchführungsbestimmung der Kriegswirtschaftsverordnung vom 12. Oktober 1939 beruhenden Lohnstop bei.[5]

Diese Entscheidung Erhards war weder ein Versehen noch eine gezielte Maßnahme zur Verelendung der Arbeiterschaft. Der Lohnstop ergab sich vielmehr aus Erhards neoliberalen Vorstellungen. Danach würde die Geringhaltung der Lohnkosten der Unternehmen dafür sorgen, daß die Unternehmer rasch eine hohe Rendite erzielten. Mit diesem Geld wären sie in der Lage, kräftig zu investieren, dadurch neue Arbeitsplätze und neue Nachfrage zu schaffen, bis schließlich am Ende das Ziel „Wohlstand für alle" erreicht sei.[6]

Als Resultat der Aufhebung der Bewirtschaftung auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft stiegen die Preise für viele Konsumgüter rasch an – generell und bezogen auf das zweite Halbjahr 1948 um 17 Prozent. Die Arbeitslosenzahl

---

2 Zum Zustandekommen und zum Umfang siehe Götz Aly: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Bonn 2005, S.335f.

3 Siehe Siegfried Freick: Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland. Weichenstellung für ein halbes Jahrhundert, Schkeuditz 2001, S.89-93.

4 Siehe Gerold Ambrosius: Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945-1949, Stuttgart 1977, S.173-175.

5 Siehe Der Tagesspiegel, 10.9.1948.

6 Siehe Alfred C. Mierzejewski: Ludwig Erhard. Der Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft. Biographie, München 2004, S.106f.

verdoppelte sich im gleichen Zeitraum auf eine Million.[7] Weitaus stärker waren die Preiserhöhungen für einige grundlegende Nahrungsmittel. Der Getreidepreis stieg laut „Spiegel“ bis Ende September um 20 Prozent an, die Fleischpreise erhöhten sich um 38 Prozent.[8] Besondere Verärgerung bei der Bevölkerung rief die Entwicklung des Eierpreises hervor. Er stieg zwischen Juli und Oktober 1948 von 35 auf 85 Pfennig.[9] Zum Vergleich: Im Jahre 1948 lag der durchschnittliche Monatsverdienst in der Industrie bei knapp 200 DM.[10] Bei zeitgenössischen Berechnungen der Haushaltsausgaben für „einfache Leute“ wurde in der Regel von 170 DM ausgegangen.[11]

Der geschilderte Preisauftrieb mußte bei Lohnstop zu einem Absinken der Reallöhne führen. Da nutzte es den Arbeiterfrauen wenig, daß die Schaufenster der Geschäfte wieder voll geworden waren und viele Waren, die man in der Nachkriegszeit vermißt hatte, erstmals wieder angeboten wurden. Schon bald nach dem ersten Käuferansturm brach ein Sturm der Entrüstung über die Preissteigerungen los. Nicht nur die Arbeiter, weite Kreise der Bevölkerung zeigten sich über die Preissprünge bei einigen Waren erschreckt, besorgt oder offen empört. Die örtlichen Gewerkschaftsorganisationen gerieten unter zunehmenden Druck ihrer Mitglieder. Dem durch die Preistreibereien ausgelösten starken Unbehagen versuchten sie mit Aufrufen zum Käuferstreik gerecht zu werden. Dabei schreckten sie nicht vor einer schonungslosen Darstellung der Lage zurück: So lautete die Begründung eines entsprechenden Aufrufs des Ortsausschusses Lübeck zum Käuferstreik: „Die Bewirtschaftung ist aufgehoben und die Kontrolle beseitigt. Geschäftsleute und Händler sind in der Lage, willkürlich die Preise für alle Bedarfsartikel und Lebensmittel uferlos in die Höhe zu schrauben.“[12] Über die Folgen der Preistreiberei heißt es in Weimers „Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik“: „Diese Appelle [der Gewerkschaften - J. R.] führten in manchen Städten zu turbulenten Szenen. [...] Auf dem Münchener Wochenmarkt wurden den Händlern Gänse vom Tisch gerissen und in die Menge geschleudert. [...] Eierkisten wurden umgestülpt und die Eier zertreten, bis schließlich das Überfallkommando anrückte.“[13] Seit Ende September 1948 wurden in Bayern in mehreren Lagern besondere Formationen der Landespolizei kaserniert, „um den

---

7 Siehe Michael Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 2000, S.260.
8 Siehe Der Spiegel, 1948, Nr. 41, S.3.
9 Siehe Wolfram Weimer: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von der Währungsreform bis zum Euro, Hamburg 1998, S.85.
10 Exakt 196,90 DM (berechnet nach Hermann Berie: Statistische Übersichten zur geschichte der Sozialpoltik in Deutschland seit 1945. Band West, Bonn 1999, S.77).
11 Siehe Der Spiegel, 1948, Nr. 48, S.28.
12 Zit. nach Siegfried Mielke/Peter Rütters/Michael Becker (Bearbeiter): Gewerkschaften in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 1945-1949. Dokumente, Köln 1991, S.587.
13 Der Spiegel, 1948, Nr. 41, S.3.

zu erwartenden Unruhen vorzubeugen.“[14] Als der bayerische Ernährungsminister Ende Oktober 1948 nach Nürnberg kam, um im Rathaus Gespräche zu führen, hatten sich lange vor Ankunft des Ministers etwa 300 Nürnberger Frauen vor dem Rathaus eingefunden, die auf Transparenten gegen die Preissteigerung vor allem für Lebensmittel protestierten und u. a. fragten: „Herr Minister, wo gibt es Eier für 35 Pfennige?“ Auf einem weiteren Transparent wurde der Rücktritt der Regierung gefordert, die den Preiswucher dulde. Der Minister sah sich gezwungen, im Anschluß an die geplanten Gespräche eine Delegation der Unzufriedenen zu empfangen. Zu einer Annäherung der Standpunkte kam es in der Aussprache nicht. Schließlich verließ „unter ‚Pfui, Hungerminister‘-Rufen der Minister den Saal.“[15]

Erhard setzte seine Wirtschafts- und Ordnungspolitik ungeachtet der Proteste der Bevölkerung, der Gewerkschaften und linken Parteien (SPD, KPD) unbeirrt fort.[16] Er konnte des Wohlwollens von General Lucius D. Clay, des einflußreichsten der drei Militärgouverneure der Westzonen, gewiß sein,[17] der, wie einer seiner Biographen schreibt, gewillt war, „in Deutschland ein orthodox amerikanisches System des freien Unternehmertums einzuführen“.[18]

Wie zu erwarten, besänftigte Erhards Unbeirrtheit nicht, sondern schürte die Proteststimmung. Kundgebungen häuften sich. „Es fiel der Arbeiterschaft schwer, in den Schaufenstern dringend nötige Gebrauchsgüter zu sehen, die ihre Kaufkraft übersteigen, und es war für sie nicht leicht, zu begreifen, daß die deutsche Wirtschaft (für sie) noch keinen normalen Lebensstandard gewähren konnte“,[19] mußte selbst General Clay zugeben. Typisch für Entstehen und Verlauf der sich verstärkenden Proteste der Arbeiter war **eine** Kundgebung, die in der letzten Oktoberwoche in Immenstadt (Allgäu) stattfand und über die es in der Presse hieß: Es „kam zu einer spontanen Kundgebung gegen den von Professor Erhard heraufbeschworenen Preiswucher. Über 2.000 Arbeiter und Angestellte legten die Arbeit nieder und forderten in einer einstimmig angenommenen Resolution die sofortige Abberufung des Direktors der Frankfurter Hauptverwaltung für Wirtschaft, Erhard. Darüber hinaus wird in der Entschließung weiter verlangt, die Löhne und Gehälter den jetzigen Preisen anzupassen.“[20] Mindestens genauso in Rage brachte den „Mann auf der Straße“, daß in den Monaten nach der Währungsreform in den „besten Lagen“ der großen Städte Luxusgeschäfte eröffnet wurden. Ihre Kunden waren diejenigen Produzenten und Händler, die

14 Neues Deutschland, 30.9.1948.
15 Süddeutsche Zeitung, 28.10.1948.
16 Siehe Ambrosius, Durchsetzung, S.181.
17 Siehe Jess M. Lukomski: Ludwig Erhard. Der Mensch und Politiker, Düsseldorf–Wien 1965, S.93-96.
18 John H. Backer: Die deutschen Jahre des Generals Clay, München 1983, S.293f.
19 Lucius Dubignon Clay: Entscheidung in Deutschland, Frankfurt a. Main 1950, S. 326
20 Neues Deutschland, 20.9.1948.

sich nicht unbedingt an Erhards Maxime, ihre Gewinne sofort zu investieren, hielten und endlich wieder konsumieren wollten, wie sie es in der Vorkriegszeit gewohnt waren. Das mußte den Arbeitern insofern besonders ins Auge fallen, als es seit 1939 durch die Rationierungsgesellschaft zumindest nach außen im Konsum keine größere Unterschiede mehr gegeben hatte.[21] Die aufgestaute Wut der Verlierer auf die Gewinner der Währungsreform und auf die damit verbundenen ordnungspolitischen Entscheidungen sollte sich Ende Oktober in dem in der amerikanischen Besatzungszone gelegenen Stuttgart Luft machen.

*2. Die Stuttgarter Vorfälle*

Für den 28. Oktober, 15.00 Uhr, hatten die Gewerkschaften zu einer Kundgebung auf dem innerstädtischen Karlsplatz aufgerufen. Über den Zweck der Kundgebung hieß es in der „Stuttgarter Zeitung“: „Die Verbraucher sollten in einer Massendemonstration zeigen, daß ihre Geduld erschöpft sei, daß sie nicht mehr gewillt seien, die Preise hinzunehmen, die von den Produzenten oder vom Handel oder von beiden festgesetzt: manche sagen, diktiert werden und die mit dem durchschnittlichen Einkommen der Verbraucher nun einmal nicht in Einklang zu bringen sind“.[22] Die Angaben über die Anzahl der auf dem Karlsplatz Zusammengekommenen schwanken zwischen 30.000 und 50.000. Die Kundgebungsteilnehmer „führten einige rote Fahnen und zahlreiche Transparente“ mit sich. Diese sind insofern erwähnenswert, als sie Auskunft über die Stimmung der versammelten Menge gaben. Zu sehen waren Losungen wie „Wir wollen leben, nicht vegetieren!“, „Fort mit Professor Erhard!“ oder „Herunter mit den Preisen!“ Demonstranten trugen einen Galgen, unter dem eine Schlinge baumelte, an der ein Schild befestigt war: „Weg mit dem Preiswucher – oder ...!“[23] Einziger Redner war der Vorsitzende des Ortsausschusses der Gewerkschaften Hans Stetter. Er führte aus, diese Kundgebung sei „als letzte Warnung an alle diejenigen zu betrachten, die kaltschnäuzig aus der Not des Volkes neuen Reichtum scheffeln wollen“. Stetter konstatierte, daß die „Frankfurter Wirtschaftspolitik unter Ludwig Erhard untragbare Verhältnisse geschaffen“ habe und forderte einen „radikalen Kurswechsel der Frankfurter Wirtschaftspolitik, eine Kontrolle der gesamten Produktion und Kalkulation, der Preisgestaltung, feste Verkaufspreise für notwendige Bedarfsartikel, scharfes Vorgehen gegen Wucher und Preistreiberei sowie gegen Steuerhinterzieher. Notwendig sei eine Erhöhung von Löhnen, Gehältern, Renten und Fürsorgeunterstützungen. Nur eine planmäßige, den Bedürfnissen des Volkes angepaßte Wirtschaft könne eine Änderung der gegenwärtigen Lage herbeiführen.“[24] In diesem Sinne wurde zum Abschluß der

21 Siehe Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Bonn 1986, S.48f.
22 Stuttgarter Zeitung, 30.10.1948.
23 Ebenda.
24 Ebenda.

Kundgebung eine Protestresolution an den Wirtschaftsrat in Frankfurt verabschiedet. Während der Ansprache von Stetter verhielten sich die Kundgebungsteilnehmer im wesentlichen ruhig. Es habe nur einige Zwischenrufe gegeben. Als Stetter in einer Redepassage von Selbsthilfe sprach, wurde aus der Menge gerufen: „Aber gleich, warum warten?" Als zum Abschluß der Kundgebung die Resolution an den Wirtschaftsrat verlesen wurde, war bei den Zuhörern Mißbilligung zu spüren. Von verschiedenen Seiten ertönten Rufe wie: „Warum wieder Telegramme und Resolutionen? Warum keine Taten?"[25]

Die Gewerkschaften erklärten die Protestveranstaltung nach Verlesen der Resolution für aufgelöst, die Teilnehmer begaben sich vom Karlsplatz über die Stuttgarter Hauptgeschäftsstraße, die Königstraße, die sich – über einen Kilometer lang – vom Hauptbahnhof bis zum Schauspielhaus erstreckt, nach Hause. So glaubten jedenfalls die Veranstalter. Was tatsächlich geschah, schilderte die in München erscheinende auflagenstarke „Neue Zeit", herausgegeben von der amerikanischen Besatzungsmacht für die deutsche Bevölkerung,[26] am nächsten Tag so: „Die Unruhen begannen damit, daß einige Gruppen aus der abströmenden Menschenmasse in der Königstraße zwei Luxusgeschäfte zertrümmerten."[27] Beier erwähnt auch noch Steinwürfe gegen parkende PKW, die damals noch nicht „des Bundesbürgers liebstes Kind" waren, sondern gleichfalls ein Zeichen von Luxus, den sich nur wenige leisten konnten.[28] Alles Weitere ist eine Geschichte des Versuchs, die Ruhe und Ordnung durch die Polizei, die die Königstraße von Demonstranten säubern wollte, wiederherzustellen. Die wütende Menge leistete Widerstand gegen das Verlassen der Königstraße, zunächst mit Fäusten und Stöcken, dann auch mit Steinwürfen. Die Stuttgarter Polizei rief die Military Police zu Hilfe. Den amerikanischen Militärpolizisten gelang es „mit aufgepflanztem Seitengewehr und Tränengas" die Stuttgarter Einkaufsmeile bis 17.00 Uhr zu räumen. Die Auseinandersetzungen verlagerten sich auf den Bahnhofsvorplatz. Dort wurden die Jeeps „mit Gejohle" empfangen und mit Steinen beworfen. Es gab Verletzte unter den Angehörigen der Military Police, wie schon zuvor unter den deutschen Polizisten. Unter großen Mühen gelang es der Militärpolizei bis 18.30 Uhr, auch den Bahnhofsvorplatz zu räumen. Inzwischen war Verstärkung angefordert worden, und General Clay hatte sich zu hartem Durchgreifen entschlossen. „Ich war nicht bereit, ein solches Vorgehen zu dulden," zitiert der Clay-Biograf Backer den Militärgouverneur, „wenn ich es hingenommen hätte, dann hätte es zu weiteren und ernsteren Zwischenfällen und zu Blut-

25 Die Welt, 30.10.1948; Neues Deutschland, 29.10.1948.

26 Zu den US-amerikanischen Printmedien in Deutschland Ende 1948 siehe Clay, Entscheidung, S.320f.

27 Neue Zeit, 30.8.1948.

28 Siehe Gerhard Beier: Der Demonstrations- und Generalstreik vom 12.11.1948, Frankfurt a. M. 1974, S.37.

vergießen kommen können."[29] Gegen die „Zusammenrottungen" an verschiedenen Stellen der Innenstadt, die sich „bis in die späten Abendstunden" fortsetzten, kamen schließlich die herbeigerufenen Panzer zum Einsatz, ebenso Kavallerie.[30]

Der Direktor der Militärregierung von Württemberg-Baden[31] verhängte ein Ausgeh- und Versammlungsverbot für die Stuttgarter Bevölkerung, das sofort in Kraft trat. Stetter wurde gleich am Morgen nach den „Vorfällen" nach Frankfurt/Main zu General Clay beordert und – nach Aussage des Stuttgarter Gewerkschaftsführers – vom Militärgouverneur „sehr anmaßend" behandelt.[32] Die amerikanische Militärregierung richtete ein Schnellgericht ein. Ein Sonderausschuß der Militärregierung begann auf Geheiß von Clay die „Vorgänge" zu untersuchen. Erst nach Abschluß der Untersuchung, so ließ der amerikanische Militärgouverneur verlauten, werde das Ausgeh- und Versammlungsverbot aufgehoben.[33]

*3. Die Konsequenzen von Stuttgart*

Die Folgen der „Stuttgarter Vorfälle" lassen sich zweckmäßiger Weise in sicherheitspolitische, ordnungspolitische und wirtschaftlich-soziale unterteilen. Die *sicherheitspolitische*n wurden zuerst sichtbar. Mit ihrer Aufzählung soll deshalb begonnen werden.

Bereits am 26. Oktober hatte sich der DGB der Britischen Besatzungszone unter seinem Vorsitzenden Hans Böckler zu einer zonenweiten Protestaktion durchgerungen.[34] Diesem Entschluß stimmten auch die Gewerkschaftsvertreter der Amerikanischen Besatzungszone zu. Die vorgesehenen Streiks, Kundgebungen und Protestdemonstrationen sollten ursprünglich zwei Tage andauern. Die Militärgouverneure der drei westlichen Besatzungszonen waren alles andere als erbaut über mögliche neue Unruhen. Nicht, daß sie den Gewerkschaften mißtrauten, wohl aber befürchteten sie den Mißbrauch jeder Art von Protesten durch „radikale Elemente", aber vor allem durch „Kommunisten".[35] Der Militärgouverneur der Französischen Besatzungszone, Marie Pierre König, verbot für Rheinland-Pfalz und den südlichen Teil des heutigen Baden-Württemberg den Streik von vornherein. Dabei dürfte nicht nur eine Rolle gespielt haben, daß die keine 30 Kilometer südlich der Stuttgarter Innenstadt gelegenen Städte Tübingen und Reutlingen bereits zur Französischen Besatzungszone gehörten, sondern

29 Backer, Jahre, S.298.
30 Siehe Mielke/Rütters/Becker, Gewerkschaften, S.67; Stuttgarter Zeitung, 30.10.1948; Süddeutsche Zeitung, 30.10.1948; Die Welt, 30.10.1948; Neues Deutschland, 29.10. 1948.
31 Heute der nördliche Teil des Bundeslandes Baden-Württemberg.
32 Siehe Beier, Demonstrations- und Generalstreik, S.38.
33 Siehe Stuttgarter Zeitung, 1.-3.11.1948.
34 Siehe Mielke/Rütters/Becker, Gewerkschaften, S.997.
35 Siehe Clay, Entscheidung, S. 326-328.

ebenso, daß etwa zur gleichen Zeit Streiks auch Frankreich erschütterten und die Regierung gegen Demonstranten Kolonialtruppen und Panzer einsetzte.[36] Nicht nur König war beunruhigt. Als sich die Gewerkschaftsführer der Bizone vom 4. bis 6. November 1948 in Frankfurt/Main zur Vorbereitung des Streiks trafen, mußten sie sich den Bedingungen von Brian Hubert Robertson und Clay, d. h. denen der britischen und amerikanischen Militärregierung, beugen. Die verlangten von den Organisatoren des Streiks erstens die Reduzierung der Aktion auf einen Tag und zweitens die Beschränkung des Protestes allein auf Arbeitsruhe, d. h. darauf, daß am Streiktag nicht zur Arbeit gegangen werden sollte: weder Kundgebungen noch Demonstrationen, nicht einmal Streikposten waren erlaubt.[37] „Es ging geordnet zu an jenem Freitag", schreibt der Erhard-Biograph Volker Hentschel.[38] Beier, dem wir die einzige bundesdeutsche Publikation über den 12. November 1948 verdanken, ergänzt: „Der Streiktag, ein dunkler Freitag im November, verlief in feiertäglicher Stille".[39]

In Kenntnis der „Stuttgarter Vorfälle" fällt es nicht schwer festzustellen, daß der durch Clay eingesetzte Sonderausschuß ganze Arbeit geleistet hatte. Die Ereignisse vom 28. Oktober in Stuttgart waren von ihm daraufhin abgeklopft worden, wo die Veranstaltung außer Kontrolle geraten war. Bei Kundgebungen konnten Plakate gezeigt werden, die „über Ziels hinausschossen" bzw. auf denen – von den Kommunisten – rote Fahnen geschwenkt werden. Bei Demonstrationen war kaum zu erreichen, daß „am Rande" nicht auch gegen Autos oder bestimmte Geschäfte vorgegangen würde, Streikposten konnten zum Ausgangspunkt für Menschenansammlungen werden. Inwieweit die Stuttgarter Ereignisse auch die Formulierung der Verfassung der Bundesrepublik, an der seit August 1948 gearbeitet wurde, beeinflußten und ob es auf Militärgouverneure, die wiederholt auf das Zustandekommen der Verfassung Einfluß nahmen, zurückzuführen war, daß die Behandlung von Notständen sehr lange – bis in die 60er Jahre – Sache der Alliierten blieb, ist noch zu erforschen.[40]

Unter *ordnungspolitischen Gesichtspunkten* waren nicht nur die Forderungen von Stuttgart, sondern auch die in zehn Punkten von den Gewerkschaften formulierten und vorgelegten Forderungen der streikenden Arbeiter und Angestellten, ungeachtet der 9,25 Millionen Teilnehmer, ein völliger Mißerfolg. Die Forderungen nach Erlaß von Gesetzen gegen Wucher, nach der Rückkehr zur Bewirtschaftung auf dem Ernährungssektor, erst recht die geforderte Vergesellschaf-

36 Siehe Heinz Köller/Bernhard Töpfer: Frankreich. Ein historischer Abriß, Bd. 2, Berlin 1980, S.350f.; Der Spiegel, 1948, Nr. 48, S.1.

37 Siehe Mielke/Rütters/Becker, Gewerkschaften, S.1000-1010.

38 Volker Hentschel: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München 1996, S.76.

39 Beier, Demonstrations- und Generalstreik, S.43.

40 Siehe Wilfriede Otto: Die politischen Systeme, in: Clemens Burrichter/Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft – Staat – Politik. Ein Handbuch, Berlin 2006, S.283.

tung der Schlüsselindustrien und eine Demokratisierung der Wirtschaft über den Betrieb hinaus fanden beim Wirtschaftsrat kein Echo.[41] Erhard verblieb im Amt, da ihn General Clay weiterhin stützte. Die freie Preisbildung blieb prinzipiell erhalten, die im Juni 1948 von Erhard vollzogene „ordnungspolitische Wende" unangetastet. „Der politische Mißerfolg eines organisatorisch so gelungenen Wirtschaftskampfes", schreibt der Gewerkschaftshistoriker Beier, „war unübersehbar".[42]

Und dennoch blieben die „Stuttgarter Vorfälle" vom 28. Oktober und die eintägige Arbeitsruhe vom 12. November 1948 nicht folgenlos. Denn so unnachsichtig Erhard und der Wirtschaftsrat einerseits ihre ordnungspolitischen Prämissen verfolgten, so bemüht waren (auf Drängen Clays) beide andererseits darum, den *wirtschaftlich-sozialen Forderungen* der Bevölkerung im einzelnen nachzukommen. Entsprechende Zugeständnisse wurden sowohl nach dem 28. Oktober als auch nach dem 12. November 1948 gemacht. Erhard, der unerbittliche Verfechter einer freien Preisbildung auf den Märkten, bemühte sich in den letzten beiden Monaten des Jahres 1948 und auch 1949 von Amts wegen darum, die durch die Währungsreform verursachten Einkommens- und Kaufkraftverluste der Bevölkerung in Grenzen zu halten. Das war nur dadurch möglich, daß er in beträchtlichem Maße *Ausnahmen von der Marktpreisbildung* zuließ. „Das widersprach natürlich Erhards Philosophie, doch er betrachtete es als ein vorübergehendes Übel zum Schutz der Schwachen",[43] schreibt Erhard-Biograph Mierzejewski.

Das als beschwichtigende Reaktion auf die Preissteigerungen nach der Währungsreform ab November 1948 in der Bizone Platz greifende „*Jedermann-Programm*" diente der Versorgung der Bevölkerung mit vordringlich benötigten, verbilligten Gütern des täglichen Bedarfs, vor allem mit Kleidung, Schuhen und Küchengeräten zu erschwinglichen Preisen.[44] Mit Hilfe des Jedermann-Programms „sollte eine geschützte Marktzone für die sozial Schwachen geschaffen werden, die Lebenshaltungskosten sollten gesenkt, Kaufkraft und Arbeitsfähigkeit gestärkt werden."[45] Nicht zuletzt übte das Programm durch niedrige Preise Druck auf den freien Markt aus, dort das Preisniveau zu senken. Eine ähnliche Funktion wie das „Jedermann-Programm" hatte der Verkauf von StEG-Gütern[46], d. h. Kleidern, Schuhen und anderen Waren aus beschlagnahmten Beständen der deutschen Wehrmacht und aus amerikanischen Heeresbeständen, die wie die „Jedermann"-Erzeugnisse zu niedrigen Preisen an die arbeitende

41 Siehe Klaus Schönhoven: Die deutschen Gewerkschaften, Frankfurt a. Main 1987, S.213.
42 Beier, Demonstrations- und Generalstreik, S.45.
43 Mierzejewski, Ludwig Erhard, S.123f.
44 Siehe ebenda.
45 Gioia-Olivia Karnagel: Jedermann-Programm, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949/55, Berlin 1999, S.351-353, hier S.351.
46 StEG stand für „Staatlich Erfassungsgesellschaft für öffentliches Gut mbH".

Bevölkerung abgegeben wurden.[47] „Auf diese Weise gelangten im Konsumgütersektor Anfang 1949 mehr als die Hälfte der Waren zu gebundenen Endverbraucherpreisen auf den Markt.“[48]

Bereits mit dem 1. November 1948, d. h. wenige Tage nach Stuttgart, war der von Erhard im Sommer noch einmal bekräftigte Lohnstop aufgehoben worden. Alles zusammen bewirkte 1949 eine deutliche Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter und kleinen Angestellten. Die Programme endeten erst, als die Konjunktur sich in Westdeutschland verstetigt hatte, das „Wirtschaftswunder“ wirklich begann.[49] Das Jederman-Programm lief 1951 aus, das StEG-Programm Ende 1952.[50]

Erhard hatte also auf den von ihm vorgedachten neoliberalen Weg zum „Wohlstand für alle“ verzichten müssen. Er wäre in den ersten Monaten nach der Währungsreform praktisch darauf hinausgelaufen, daß es der Arbeiterschaft erst einmal vergleichsweise schlechter gehen müsse, damit es irgendwann später allen, d. h. auch den Arbeitern und kleinen Angestellten besser gehen könne. Wenn mit dem Spätherbst 1948 die Marktwirtschaft in Westdeutschland sozial zu werden begann, dann war das nicht das Verdienst von Erhard. Es war das Ergebnis der Proteste der Arbeiterschaft und der kleinen Leute gegen die unsoziale Ausrichtung der Währungsreform und des Leitsätzegesetzes durch den „Wirtschaftsdiktator“.[51] Es resultierte auch aus der Furcht von Erhards Mentor Clay „vor dem Kommunismus in den Reihen der Arbeiterschaft“.[52] Nachhaltigen Einfluß hatten die „Stuttgarter Vorfälle“ zweifellos auf einen Gesinnungswandel bei Clay – und dann auch bei Erhard – zugunsten einer sozialeren Marktwirtschaft. Man sprach zunächst von einer „sozial gesteuerten“, „sozial verpflichteten“ oder „sozial gebundenen Marktwirtschaft“,[53] bevor die von der CDU in Vorbereitung auf den Wahlkampf vom August 1949 beschlossenen „Düsseldorfer Leitsätze“ die Soziale Marktwirtschaft verkündeten.[54] Deshalb ist es höchste Zeit, den „Stuttgarter Vorfällen“ die ihnen gebührende Rolle in der Vorgeschichte bzw. Geschichte der Bundesrepublik einzuräumen.

---

47 Siehe Gioai-Olivia Karnagel: Staatliche Erfassungsgesellschaft für öffentliches Gut mbH (StEG), in: Benz, Deutschland, S.370f.

48 Karnagel, Jedermann-Programm, S.351.

49 Siehe Wilfried Feldenkirchen: Die deutsche Wirtschaft im 20. Jahrhundert, München 1998, S.30.

50 Siehe Karnagel, Jedermann-Programm, S.353, ders., Erfassungsgesellschaft, S.371.

51 Auf der Stuttgarter Kundgebung hatte ein Plakat die bündige Forderung enthalten: „Herunter mit den Preisen und dem Wirtschaftsdiktator Erhard“ (Neues Deutschland, 29.10.1948).

52 Siehe Clay, Entscheidung, S.324.

53 Siehe Ambrosius, Durchsetzung, S.196.

54 Siehe ebenda, S.210-213.

# Zur 42. Linzer Konferenz der ITH

## ArbeiterInnenbewegung und Rechtsextremismus

Günter Benser

Daß das Tagungsthema der diesjährigen Linzer Konferenz von höchster Aktualität ist, bedarf keines besonderen Nachweises. Gewiß sind von anderer Seite – meist unter politischen und sozialen Aspekten und vorwiegend mit den methodologischen Instrumentarien der Politologie und der Soziologie – schon längst anerkennenswerte Beiträge zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus geleistet worden. In Linz ging es hingegen vor allem um die meist vernachlässigte historische Dimension des Rechtsextremismus. Dabei wurden Fragen aufgeworfen, die der Spezifik der ITH entsprechen: Wie erklärt sich die Anfälligkeit von Teilen der Arbeiterbevölkerung für rechtsextremistische Parolen und Bewegungen? Gibt es auch Wurzeln des Rechtsextremismus in der Arbeiterbewegung?

Für die Diskussion dieser und verwandter Probleme bot das Referat des Leiters der Vorbereitungsgruppe dieser Konferenz, *Jürgen Hofmann* (Deutschland*)*, eine sehr anregende Grundlage.[1] Es trug den Titel: „Arbeitermilieu und Rechtsextremismus. Zu Genesis und Dimension eines historischen und aktuellen Problems" und konzentrierte sich auf die erste Hälfte des vergangenen Jahrhunderts. Der Referent grenzte den Rechtsextremismus von vorausgegangenen reaktionären Strömungen in Politik und Ideologie ab, verwies indes auf die von diesen gelieferten Ansatzpunkte und hinterlassenen Hypotheken, wie sie in elitären, autoritären, militaristischen, nationalistischen und rassistischen (oft antisemitischen) Konzepten und Praktiken existierten. Die eigentliche Entstehung des Rechtsextremismus verortete er im beginnenden 20. Jahrhundert; Ursachen seines sprunghaften Anwachsens sah er vor allem in den traumatischen Erfahrungen des Ersten Weltkrieges. So gebe es zwar einen sozialen Nährboden des Rechtsextremismus (insbesondere durch die Mobilisierung sozialer Ängste), dieser sei aber keine soziale Bewegung im eigentlichen Sinne. Insoweit Gestalten der Arbeiterbewegung zu Wegbereitern faschistischer Bewegungen wurden (Musterbeispiel Mussolini) hätten diese ihren Bruch mit der Arbeiterbewegung schon zuvor vollzogen.

Hofmann benannte Charakterzüge faschistischer und faschistoider Bewegungen und ihrer Ideologie und verwies auf den in den zwanziger und dreißiger Jahren in zahlreichen europäischen Ländern vollzogenen Rechtsruck hin zu faschistischen, militaristischen und autoritären Regimen. Nach erfolgreichem Zurückdrängen des Rechtsextremismus nach dem Zweiten Weltkrieg ist seit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in nicht wenigen Staaten – sowohl in klassischen Län-

1 Siehe den Abdruck der überarbeiteten Fassung im vorliegenden Heft.

dern der parlamentarischen Demokratie und inzwischen vor allem in den sogenannten Transformationsländern – dessen Neubelebung zu beobachten. Das äußerst sich nicht nur in politischen Aktivitäten, sondern auch in einer entsprechenden Subkultur. Dabei läßt sich ein mehr traditionalistischer und ein mehr modernistischer Flügel dieser Bewegung ausmachen.

Wir haben es also beim Rechtsextremismus – und das wurde in der anschließenden Diskussion in unterschiedlichen Zusammenhängen verdeutlicht – mit einer der großen gesellschaftspolitischen Grundströmungen des zurückliegenden Jahrhunderts zu tun, die vehement in das neuangebrochene Jahrhundert hineinwirkt, keineswegs nur mit zeitweiligen Abirrungen vom Wege des demokratischen Fortschritts. Solche Phänomene lassen sich nur verstehen, wenn wir begreifen, daß Erfahrungen ethnischer Gruppen, nationalistische Prägungen, reaktionäre Tabus, Neigungen zum Einsatz brutaler Gewalt eine enorme – teils unterschwellige – Langzeitwirkung entfalten. Auch müssen wir die Tatsache anerkennen, daß rechtsextremistische und faschistische Bewegungen und mehr noch durch sie hervorgebrachte Regime nicht nur soziale Demagogie betrieben, sondern in die sozialen Beziehungen nachhaltig eingreifende völkische, korporatistische Konzepte mit unterschiedlichen Auswirkungen auf die Arbeiterbevölkerung verfochten und teilweise realisiert haben.

*Michael Schneider* (Deutschland) untersetzte Hofmanns Thesen mit fundierten Untersuchungsergebnissen über „Arbeiter im ‚Dritten Reich': Zwischen Einordnung, Hinnahme und Dissens". Schon die Überschrift seines Beitrages deutet auf die Ambivalenz hin; der Referent warnte demzufolge vor generalisierenden Urteilen und verwies auf eine Gemengelage. Vor der Machtergreifung waren Arbeiter zwar nicht immun gegen die Versuchungen des Rechtsextremismus, aber sie waren in der NS-Bewegung unterrepräsentiert. 1933 hatte sich ihre Lage auch insofern grundlegend verändert, als die traditionellen Formen der Austragung sozialer Konflikte unterbunden und nur in Ausnahmefällen Möglichkeiten kollektiver Interessenwahrnehmung gegeben waren (so eventuell beim Autobahnbau). Schneider verwies zugleich auf jene Bereiche, in denen die Hitlerregierung und die NSDAP zumindest partiell Zustimmung auch beträchtlicher Teile der Arbeiterbevölkerung fanden, so mit ihren außenpolitischen Erfolgen im „Kampf gegen Versailles"; mit der Propagierung der „Volksgemeinschaft", dem Herausstellen von Werten wie Kameradschaft, Treue, Ordnung, Disziplin, Leistung, mit der Wertschätzung von Arbeit und dem Schmeicheln des Wertgefühles der körperlich und geistig Arbeitenden; mit den zumindest vorübergehend ansteigenden Konsum- und Freizeitmöglichkeiten. Die Mehrheit versuchte, unauffällig zu leben. Zwar gab es aus keiner anderen Schicht oder Bewegung heraus soviel Widerstand gegen den Faschismus wie aus der Arbeiterschaft, doch verankert war dieser Widerstand nur in bestimmten Milieus, nicht in der Arbeiterschaft insgesamt.

*Gerhard Botz* (Österreich) brachte österreichische Erfahrungen in die Diskussion ein, indem er über Arbeiter und andere Lohnabhängige im Nationalsozialismus sprach. Er führte die Anfänge des österreichischen Nationalsozialismus auf den

Beginn des 20. Jahrhunderts zurück, wo er als politischer Arm deutschnationaler Gewerkschaften in Böhmen aufbrach. Die NSDAP sei nie eine „Kleinbürgerpartei", niemals eine reine Arbeiterpartei, sondern eine nationalistische und antisemitische Sammelpartei gewesen. Sie war eine Männerpartei und hinsichtlich ihrer Mitglieder relativ jugendlich. Sie zog zwar alle Klassen und Schichten an, aber Arbeiter und Bauern waren in ihr unterrepräsentiert, Angestellte und Beamte stark, Selbständige eher schwach überrepräsentiert. Die Hitlerrichtung vermochte schließlich, unterschiedliche rechte und rechtsextremistische Gruppierungen aufzusaugen, so wurde zum Beispiel die Heimwehr in die NSDAP überführt. Dieser Anpassungsprozeß rechtskonservativer und nationalistischer Organisationen und Gruppierungen an die herrschende Partei im Faschismus an der Macht hätte auch in anderen Zusammenhängen und für andere Länder Beachtung verdient.

Auf italienische Erfahrungen ging *Luigi Ganapini* (Italien) ein, der über faschistische Gewerkschaften, Syndikalismus und Arbeiterklasse in Mussolinis Italien sprach.[2] Er konzentrierte sich vor allem auf die Endphase des Mussolini-Regimes, das mit einer „Republik Sociale Italiano" – anknüpfend an das Projekt eines nationalen Syndikalismus – in einem korporativistischen System die Bevölkerung wieder an sich binden und die endgültige Niederlage abwenden wollte. G. analysierte den pseudosozialen Charakter und enthüllte die reaktionären Züge dieses Korporatismus, den der durch den Krieg ausgelaugte italienische Faschismus ohnehin nicht mehr realisieren konnte.

Mit einem begrenzten regionalen Bezug erörterte *Lazlo Marjanusz* (Ungarn) die Rolle der Arbeiter zwischen Sozialdemokratie und Pfeilkreuzlerbewegung in Südungarn, in einer Region, in der die Agrarfrage im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand. Hier gab der Rückzug der Sozialdemokratie aus den Dörfern der rechtsextremistischen, nationalistischen – nach ihrem Symbol benannten – Sensenorganisation den Weg frei, die sich zum Anwalt der Dorfarmut machte und auch Mitglieder der Sozialdemokratie an sich zog, was sogar zur Umbildung sozialdemokratischer in Sensenorganisationen führte. So entstand später auch ein Rekrutierungsfeld der Pfeilkreuzler.

*Nigel Copsey* (Großbritannien) verglich die Entwicklung in Großbritannien und in den USA in der Zwischenkriegsperiode. Seinen Ausführungen zufolge gehörten auch Arbeitnehmer dem Ku-Klux-Klan an, der aber nicht alleinige Quelle des Rassismus und Rechtsextremismus war. Ein Reservoir rechtsextremer Kräfte bildeten italienische Einwanderer mit Sympathien für Mussolini oder Anhänger Francos. Zum Teil waren dies Reaktionen auf ethnische Diskriminierungen, die mit dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten allerdings an Bedeutung verloren. Regelrechte Naziorganisationen wurden von Deutschstämmigen geschaffen, so daß nach 1933 mehr als 100 NS-Gruppen in den USA existierten, denen jedoch auch engagierte Antifaschisten gegenüberstanden. In Großbritannien hatten unter den Immigranten auf den italienischen Faschismus oder auf das deutsche

2 Siehe den Abdruck der überarbeiteten und übersetzten Fassung im vorliegenden Heft.

NS-Regime orientierte Gruppierungen geringeren Einfluß. Nicht zuletzt erwiesen sich die Trade Unions als eine starke Gegenkraft, die auch die britischen Mosley-Faschisten in die Schranken wiesen.

Die genannten Beiträge boten Stoff für eine Diskussion, in der unter anderem das Verhältnis von sozialer Demagogie und realen sozialen Maßnahmen im Faschismus hinterfragt wurde. Auch wurde auf die Bedeutung sozialpsychologischer Aspekte bei Nationalismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit verwiesen. Gründlicher wäre darüber nachzudenken, wieso sich manche Staaten (zum Beispiel Großbritannien) gegenüber dem Faschismus generell als resistent erwiesen und in welchem Zusammenhang dies mit ihrem Sozialsystem/Sozialstaat steht.

Im nächsten Komplex wandte sich die Tagung dem Verhältnis von Rechtsextremismus und Arbeiterschaft in Ländern weißer Siedler zu. *Lorenzo Veracini* (Australien) stellte verschiedene Praktiken der Landnahme vor und verwies auf Zusammenhänge zwischen dieser Kolonialisierung, die in der Regel mit rassistischer Verdrängung oder gar Ausrottung der Urbevölkerung verbunden war, und den politischen Verhältnissen in den Mutterländern. In Australien zum Beispiel waren Siedler bestrebt, sich nach liberalen europäischen Vorbildern einzurichten. Italien mobilisierte korporative Bestrebungen, um Äthiopien zu einer italienischen Siedlerkolonie zu machen. Insofern speisten Siedler und ihr Erbe das Arsenal des Faschismus.

*Wessel Visser* (Südafrika) bot einen Überblick zu Rechtsextremismus und Arbeiterschaft in Südafrika, wobei er darauf verwies, daß diese Begriffe auf Südafrika nicht ohne weiteres anwendbar sind. Arbeiterbewegung war anfangs Sache privilegierter weißer Arbeiter, und diese identifizierten sich mehr mit den weißen Oberschichten als mit ihren schwarzen Arbeitskollegen. Der Trend zur antibritischen Burennation brachte eine Vielzahl extrem rechter Organisationen hervor mit teilweise militanten, faschistischen Zügen und paramilitärischen Einheiten. So wurden auch die Gewerkschaften weißer Arbeiter Stützen der Apartheitspolitik. Nach 1994 zeigte sich allerdings die Rechte stark gespalten und desillusioniert, so daß ein Staatsstreich wegen mangelnder Unterstützung unwahrscheinlich sei.

Die extreme Rechte, die soziale Frage und Argentiniens Arbeiterklasse im 20. Jahrhundert lautete die von *Daniel Lvovich* (Argentinien) in Zusammenarbeit mit *Mariela Rubinza* behandelte Thematik. In Argentinien standen der mit der Wahlreform von 1912 eingeleiteten Demokratisierung wiederholt rechtsextremistische Bestrebungen und Versuche, Linkskräfte gewaltsam auszuschalten, entgegen. Vor allem in den dreißiger Jahren erfolgte eine Orientierung auf den italienischen Faschismus, wenngleich die mit sozialpopulistischer Rhetorik verbundene Politik eher als nationalistisch, denn als faschistisch zu charakterisieren sei. 1943 gewannen nationalistische Militärs die Übermacht und versuchten, ein an Franco und Salazar ausgerichtetes antiliberales, autoritäres Regime zu installieren. Doch mit dem Wahlsieg von Oberst Peron verloren die Nationalisten an Einfluß. Argenti-

nien prägte eine bereits auf früheren Tagungen der ITH erörterte spezifische Form sozialer und politischer Verhältnisse aus, den Peronismus.

Die Aussagen über den Anteil von Arbeiterorganisationen (besonders in Südafrika) an rassistischen und extremistischen Bestrebungen und Aktivitäten boten Ansätze für Diskussionen. So vertrat *Marcel van der Linden* (Niederlande) den Standpunkt, daß es keinen logischen Grund gäbe, rassistische oder rechtsradikale Positionen verfechtende Organisationen von Arbeitenden nicht zur Arbeiterbewegung zu zählen. *Hofmann* stellte dies zwar nicht in Frage, plädierte aber für das Beibehalten der Grenzziehung zwischen Arbeiterbewegung und rechtsextremer Bewegung. *Visser* bezweifelte, daß Instabilität immer eine Basis für den Vormarsch der Rechtsextremisten bilde.

Aktuelle Entwicklungen des Rechtsextremismus in Westeuropa und deren historische Wurzeln wurden im nächsten Komplex mit Beiträgen zu Deutschland, Frankreich und Griechenland aufgegriffen. *Fabian Virchow* (Deutschland) sprach zu „Volks- statt Klassenbewegung. Weltanschauung und Praxologie der extremen Rechten in Deutschland seit 1990 am Beispiel der ‚sozialen Frage'". Er ging vor allem darauf ein, wie von rechtsextremistischen Kräften die soziale Frage aufgegriffen und instrumentalisiert wird, teils in Form eines autoritären Neoliberalismus, teils auch mit dezidiert antikapitalistischer Rhetorik, wobei jedoch die Arbeiterbewegung immer als Gegner und Feind angegriffen wird. Sein sehr konkreter, die Parolen der NPD und anderer Rechtsextremisten oft undistanziert wiedergebender Vortrag, fand keinen ungeteilten Beifall. So hatte sich der Referent des Vorwurfes von *Henryk Skrzypczak* (Deutschland) zu erwehren, neonazistische Parolen zu kolportieren, was sicher nicht seine Absicht gewesen ist. Aber dies berührt eine berechtigte Frage: Wie exakt hat die Darstellung der neonazistischen Argumentationen zu erfolgen, und wann schlägt sie in einen Objektivismus um, der sich von der gebotenen Auseinandersetzung und Zurückweisung entfernt.

*Sylvian Crépon* (Frankreich/Belgien) befaßte sich vor allem mit der französischen Front national de la jeunesse und den Positionen Le Pens, die einen „differenzierten Rassismus" vertreten, die gegen den „Nachtwächterstaat" und den Konsumismus sind, „weder rechts noch links, sondern Franzosen". Le Pen – ursprünglich ein Anhänger Reagans – entwickelte sich zum Kritiker der USA und Gegner des Irakkrieges und der Globalisierung. Dieser Wandel und die Tatsache, daß sich Arbeiter von den regierenden Sozialisten und Kommunisten schlecht vertreten sahen, vermag zum Teil zu erklären, wieso die Front national jene Organisation wurde, die bei Wahlen den höchsten Anteil von Arbeiterstimmen verbuchen konnte, auch im sogenannten Roten Gürtel von Paris. Ihr Versuch, eine eigene Gewerkschaft zu gründen, scheiterte dennoch.

Mit der extremen Rechten im heutigen Griechenland beschäftigte sich *Lampros Flitouris* (Griechenland). Griechenland, das lange die Nachwirkungen des Bürgerkrieges verspürt hat, kennt keine Traditionen in Gestalt rechtsextremer Organisationen, wohl aber patriotisch-nationalistische Ansatzpunkte. Rechte Kräfte hatten eher Unterschlupf in demokratischen Parteien gefunden. Inzwischen

formieren sich jedoch auch hier derartige Gruppierungen mit orthodoxen, völkischen und monarchistischen Positionen, die Ähnlichkeiten mit Le Pen aufweisen. Bei Wahlen erreichte die LAOS, die der Referent als ein neues Phänomen in Griechenland bezeichnete, teils zweistellige Stimmenanteile.

In der Diskussion fand die Ausstrahlungskraft des Rechtsextremismus auf die europäische Arbeiterschaft ihre Bestätigung, was wesentlich auch durch ungelöste Probleme der Immigration und Integration bedingt ist. Es mußte konstatiert werden, daß Rechtsextremisten ins Arbeitermilieu eindringen und mit ihren griffigen Parolen und ihrer einfachen Sprache die Arbeiter teils besser erreichen als die Linken. Nicht zu unterschätzen sind intellektuelle Kreise, die rechtsextremen Postulaten und völkischen Argumentationen ein theoretisches Fundament zu verschaffen versuchen.

Schließlich wandte sich die Tagung auch dem Rechtsextremismus und seinem Bezug zur Arbeiterbewegung in den sogenannten Transformationsländern zu. *Karl-Heinz Gräfe* (Deutschland) vermittelte mit einer vergleichenden Betrachtung einen Einblick in die Wiedergeburt rechtsextremer Ideologien, Bewegungen und Parteien in Osteuropa seit 1989. Er erinnerte an die Existenz faschistischer und nationalistischer Bewegungen und Regime im Europa der zwanziger und dreißiger Jahre – vom Baltikum bis zum Balkan – und an deren Anlehnung an Nazideutschland. An handgreiflichen, erhebliche Besorgnisse auslösenden Beispielen wies er den gegenwärtigen Vormarsch rechtsextremistischer Bewegungen und Organisationen in diesen Ländern nach, begünstigt durch den Geschichtsrevisionismus, wie er auch von den durch Wahlen legitimierten neuen oder erneuerten Eliten betrieben wird. Dies äußert sich nicht zuletzt in der Verharmlosung des eigenen Anteils am Holocaust und der Kollaboration mit den deutschen Okkupanten. In den mit der ökonomischen Transformation und der EU-Anpassungsstrategie vertieften sozialen Klüften und nationalen Konflikten entstand ein Nährboden für rechtsextremistische Strömungen. Es ließ sich nachweisen – je schwächer die Linke, desto einflußreicher sind Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

*Marianne Hausleitner* (Deutschland) verdeutlichte diese generellen Trends anhand des rumänischen Rechtsextremismus vor 1945 und seiner Rezeption in Rumänien nach 1990. Ihr Urteil fiel begründeter Weise ziemlich hart aus. Ideen der Rechtsextremisten der dreißiger Jahren werden erneut propagiert, der ermordete Führer der Eisernen Garde, Corneliu Codreanu, und Marschall Antonescu erfahren ihre Rehabilitierung oder werden gar zu Idolen erhoben. Antonescu, der als Kriegspartner des Deutschen Reiches eine ethnische „Säuberung“ initiierte, erscheint als Opfer des Kommunismus, nach dem Straßen benannt und dem Denkmäler aufgestellt wurden. Erst mit der Orientierung auf die NATO und die Bemühungen um den EU-Beitritt trat dieser Kult in der Öffentlichkeit etwas zurück.

In der Diskussion wurde auch auf die bedenklich stimmende Entwicklung in anderen Ländern – wie Ungarn oder Polen – verwiesen, gefährliche Prozesse, die von den auf Ausdehnung der EU bedachten, die europäische Wertegemeinschaft

beschwörenden Politikern offenbar nicht zur Kenntnis genommen werden. Der Versuch von *Marjanusz*, die Rolle des ungarischen Diktators Horthy zu verharmlosen, stieß auf unüberhörbare Ablehnung der Tagungsteilnehmer. So verwies *Janos Jemnitz* (Ungarn) darauf, daß im Westen immer nur von der demokratischen Wende des Jahres 1989/1990 gesprochen, aber negiert wird, daß der Kollaps des „Staatssozialismus" auch mit dem Wiederaufleben und dem Vormarsch reaktionärer und rechtsextremistischer Kräfte verbunden war und fortwirkend ist.

Bilanzierend ließe sich sagen: Die Konferenz hat unser Wissen über Wesen und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus erheblich erweitert und hat, indem sie dessen Erscheinungsformen in verschiedenen Perioden und Regionen, dessen Wesen, Rolle und Einfluß analysierte, die von dieser Strömung ausgehenden Gefahren sehr ernst genommen. Eine erfolgreiche Gegenstrategie vermochte sie nicht anzubieten; das hat auch eine am Rande der Konferenz veranstaltete Podiumsdiskussion nicht geleistet. Daß dem Problem vornehmlich mit Verboten beizukommen wäre, hat keiner der Anwesenden angenommen. Wenn wir indes davon ausgehen, daß Gegenstrategien voraussetzen, erst einmal die Dimension des Problems, Wurzeln und Langzeiterscheinungen, Gemeinsamkeiten und nationale Besonderheiten zu erfassen, hat die Tagung durchaus Resultate gezeitigt; denn davon sind die aktionistischen, kurzzeitig auf Wahlergebnisse oder rechtsextremistische Gewalttaten reagierenden und dann rasch wieder zur Tagesordnung übergehenden Politiker regierender Parteien in der Regel weit entfernt. Und die im Vergleich zu Zeiten des kalten Krieges geringe Aufmerksamkeit, die Tagungen der ITH gegenwärtig in den Medien finden, ist auch alles andere als zufällig.

In ihrer Summe haben die Vorträge verdeutlicht, wie fließend die Grenzen zwischen rechtskonservativen, nationalistischen, militaristischen, rechtsextremen, faschistoiden und faschistischen Bestrebungen und Bewegungen sind. Stellt man die Ränder dieses Spektrum gegenüber, zeigen sich gravierende und prinzipielle Unterschiede. Eine Unterdrückung der Linken mit den Mitteln der Politik und der Justiz ist etwas anderes als deren terroristische Verfolgung und die physische Vernichtung ihrer Funktionäre und Mitglieder; ein Juden diskriminierender und ausgrenzender Antisemitismus ist etwas anderes als ein den Holocaust betreibender Antisemitismus. Nur sollte niemand übersehen, daß die „harmloseren" Äußerungen den Keim der radikalen, brutalen „Endlösungen" in sich tragen.

Unverantwortlich wäre es, das intellektuelle Potential des Rechtsextremismus zu unterschätzen und diese Strömung auf die sich auf den Straßen austobenden gewaltbereiten und meist tatsächlich dumpfen Gefühlen folgenden Akteure zu reduzieren. Es existieren hinreichend tiefverwurzelte, hartnäckig und andauernd wirkende nationale, ethnische und soziale Traumata, die sich mobilisieren und auch zu theoretischen Konstrukten aufblähen lassen. Rechtsextremistische Gruppierungen beherrschen und nutzen zunehmend die Instrumentarien, die ihr im parlamentarischen System und im Rechtsstaat gewährt werden, und sie bedie-

nen sich wirksamer als manche andere Strömungen und Organisationen der modernen elektronischen Kommunikationsmittel.

Daß unter den gegen den Rechtsextremismus ankämpfenden Kräften der Arbeiterbewegung beziehungsweise den in ihrem Gefolge entstandenen vielfältigen sozialen Initiativen, Aktionsgruppen und Netzwerken besonderes Gewicht zukommt, sollte eigentlich keiner weiteren Begründung bedürfen. Deshalb war es wichtig, daß die Generalversammlung den in den letzten Jahren geführten Diskussionen um die Perspektive der ITH (diese reichten bis zum Vorschlag der Selbstauflösung) ein gewisses Ende setzte. Nach einem längeren Diskussionsprozeß, in dem so manche mahnende Stimme laut wurde, beschloß die Generalversammlung, gestützt auf die von einer „Zukunftskommission" unterbreiteten Überlegungen, die Fortführung ihrer Aktivitäten in Form der jährlichen Linzer Konferenzen und dazwischengeschalteter, in Kooperation mit anderen Institutionen organisierter Tagungen. Inhaltlich soll eine Konzentration auf „Global Labour History" erfolgen, d. h. auf „die Geschichte der abhängig Arbeitenden, ihrer Organisierung und verwandter sozialer Bewegungen weltweit". Für Forschungen zu diesen Themenkreisen möchte die ITH als globales Netzwerk fungieren. „Grenzüberschreitende ArbeitInnengeschichte" soll die Rahmenthematik für die Jahre 2007 bis 2009 bilden. Das Thema für 2007 lautet: „Transnationale Netzwerke der Arbeiter(Bewegung)". Im Jahre 2008 will die ITH den 40. Jahrestag der 1968er Ereignisse und Bewegungen zum Anlaß nehmen, um die internationale Vernetzung dieses historischen Geschehens zu thematisieren.

# Arbeitermilieu und Rechtsextremismus. Zu Genesis und Dimensionen eines historischen und aktuellen Problems[1]

*Jürgen Hofmann*

Die Revitalisierung rechtsextremer Ideologien, Bewegungen und Parteien in der Gegenwart verlangt danach, sich historischer Erfahrungen zu vergewissern und nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen historischen und aktuellen Erscheinungen des Rechtsextremismus zu fragen. Die diesjährige Linzer Konferenz, so hatten wir im „Call for papers" formuliert, soll „sich mit dem Rechtsextremismus als Ideologie und Massenbewegung in seinen historischen und aktuellen Erscheinungsformen, seiner Entstehung und Entwicklung im 20. Jahrhundert, seiner jeweiligen sozialen Basis, seinem Wandel, den Ursachen und Möglichkeiten seines Einflusses im Arbeitermilieu, dem Einfluß von sozialen, kulturellen und religiösen Rahmenbedingungen auf rechtsextreme Bewegungen sowie den Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen den historischen und aktuellen Formen rechtsextremistischer Ideologien, Bewegungen und Strukturen" beschäftigen.[2]

*Zur Begrifflichkeit und Genesis*

Zum Thema „Rechtsextremismus" in seinen verschiedenen Spielarten liegt eine selbst für Spezialisten kaum zu überschauende Literatur vor. Schon vor Jahren stießen Bilanzierungsversuche von Fachleuten an Grenzen.[3] Inzwischen ist es nahezu unmöglich geworden, den Forschungsstand Revue passieren zu lassen. Trotz der unübersehbaren Fülle an Publikationen muß das Thema unserer Konferenz eher als unterbelichtet gelten. Zwar streifen viele Darstellungen zur Geschichte und zur Gegenwart des Rechtsextremismus auch die Zusammenhänge zum Arbeitermilieu, aber nur wenige Autoren stellen diese Frage ins Zentrum ihrer Darstellung und Analyse.[4] Gründlicher erforscht und dokumentiert ist

---

1 Bearbeitete Fassung des einleitenden Referats auf der 42. Linzer Konferenz (14.-17. September 2006) der Internationalen Tagung der HistorikerInnen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen zum Thema „ArbeiterInnenbewegung und Rechtsextremismus" (Siehe zur Konferenz den Bericht im vorliegenden Heft).

2 [Vorbereitungsgruppe:] Call for papers, in: Internationale Tagung der HistorikerInnen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen. Rundbrief/Newsletter, Dezember 2005, Nr. 1, S.11.

3 Siehe u. a. Philip Rees: Fascism and Pre-Fascism in Europe, 1890-1945. A Bibliography of the Extreme Right, Brigthon 1984; Jürgen Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Opladen 1996.

4 Stellvertretend seien hier genannt: Kurt Gossweiler: Arbeiterklasse und Faschismus, in: Ders., Aufsätze zum Faschismus, Berlin 1988, S.439-467; Michael Schneider: Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1945, Bonn 1999; Walter Göh-

hingegen der Widerstand der verschiedenen politischen Strömungen der Arbeiterbewegung gegen die faschistische Variante des Rechtsextremismus für den Zeitraum 1933 bis 1945. Auffällig ist, daß sich die Geschichtswissenschaft vornehmlich auf den Rechtsextremismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts fokussiert. Daß der italienische Faschismus und der Nationalsozialismus in Deutschland besondere Aufmerksamkeit erfahren, erklärt sich aus ihrer exponierten Stellung in der Geschichte und den dramatischen Folgen, die diese Spielarten des Rechtsextremismus für Europa und die internationale Gemeinschaft hatten. Die Entwicklung des Rechtsextremismus nach 1945 wird im Gegensatz zu anderen Fragestellungen von der Zeitgeschichtsschreibung in der Regel noch nicht als Forschungsthema aufgegriffen. Die Zeithistoriker überlassen dieses Terrain Politikwissenschaftlern und Soziologen. Deren materialreiche Analysen zu Erscheinungsformen, Ursachen und Verbreitungsgrad von Rechtsextremismus in jüngster Vergangenheit und Gegenwart sowie die kursorischen Rückblenden ersetzen jedoch nicht historische Untersuchungen für einen Zeitraum, der inzwischen bereits sechs Jahrzehnte umfaßt.

Der Begriff des Rechtsextremismus ist den Parametern und Erfahrungen des europäischen Parteiensystems und parlamentarischer Sitzanordnungen entlehnt. Insofern macht es keinen Sinn, Rechtsextremismus auf Erscheinungen zu projizieren, die vor der Herausbildung des modernen politischen Parteiensystems angesiedelt sind. Obwohl die kulturelle und geistige Vorgeschichte des Rechtsextremismus teilweise weit in die Geschichte zurückreicht, sollte seine Entstehung in den Ereignissen und Prozessen am Beginn des 20. Jahrhunderts verortet bleiben. Wenn wir die Anfänge rechtsextremer Bewegungen in Europa Revue passieren lassen, schälen sich vor allem der Erste Weltkrieg, seine Vorgeschichte und seine traumatischen Nachwirkungen als der Hintergrund für die Entstehung des Rechtsextremismus heraus. Die tiefgreifenden sozialen Veränderungen und damit einhergehenden Verunsicherungen am Übergang zum 20. Jahrhundert sowie der Zivilisationsbruch, den dieser Krieg darstellte, erwiesen sich als die historische Gemengelage, die Konstituierung, Aufstieg und Masseneinfluß rechtsextremer Bewegungen begünstigte. Ein direkter Vergleich historischer Situationen mit der Gegenwart verbietet sich sicherlich, da er zu kurz greift. Dennoch läßt sich nicht von der Hand weisen, daß die mit der Globalisierung einhergehenden Umbrüche, sozialen Verwerfungen und die um sich greifende Orientierungslosigkeit offensichtlich erneut einen günstigen Nährboden für rechtsextreme Demagogie hergeben.

Rechtsextreme Ideologien und Organisationen instrumentalisieren in Krisen und Umbruchsituationen soziale Unzufriedenheit von Unterschichten und Abstiegsängste von Mittelschichten. Sie erlangen vor allem im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Krisen und Umbruchsituationen politischen Einfluß. Dafür

---

ring/Brigitte Pellar: Anpassung und Widerstand. Arbeiterkammern und Gewerkschaften im österreichischen Ständestaat, Wien 2001; Lisa Jandi: Vom „roten Gürtel“ zum „braunen Gürtel“? Rechtsextremismus in den Pariser Vorstädten, Berlin 2006.

lassen sich sowohl für die Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts als auch für den Übergang ins 21. Jahrhundert genügend Beispiele erbringen. Trotzdem kann weder der historische noch der aktuelle Rechtsextremismus als soziale Bewegung betrachtet werden, da seine ideologischen Prämissen, sein „Wertekanon" – falls überhaupt von Werten gesprochen werden kann – und seine politischen Zielsetzungen einer solchen Charakterisierung widersprechen. Dies ist festzuhalten, um Rechtsextremismus und Arbeiterbewegung voneinander abzugrenzen. Bekanntlich hat die sogenannte nationalsozialistische Revolution in Deutschland trotz umfangreicher staatlicher Eingriffe in Wirtschaft und Gesellschaft zwischen 1933 und 1945 an den grundlegenden sozialen Verhältnissen nichts geändert.

An dieser Stelle soll nochmals erwähnt werden, wie die Vorbereitungsgruppe zu dieser Tagung Rechtsextremismus gefaßt wissen wollte. Wir gingen „von einem Begriff des Rechtsextremismus aus, der aggressiven Nationalismus und Rassismus mit antiliberalen, pluralismusfeindlichen und antisozialistischen Orientierungen sowie autoritären Strukturen verbindet."[5] Je nachdem, ob Rechtsextremismus aus dem Blickwinkel politischer Zuordnung, politikwissenschaftlicher oder historischer Analyse definiert wird, wäre er um einzelne Merkmale zu ergänzen. Auf eine allgemein anerkannte Definition von Rechtsextremismus kann nicht zurückgegriffen werden.[6] Dennoch gibt es unstrittige Charakteristika, die in unterschiedlicher Ausprägung bei der Mehrzahl der als rechtsextrem einzustufenden Einstellungen, Organisationen und Regime nachweisbar sind. Für das Thema unserer Tagung schienen uns die oben erwähnten Merkmale besonders wichtig. Sie erheben aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Rechtsextremismus umfaßt ein breites Spektrum von Ideologien und Organisationen, die ideell und personell bis in das etablierte rechtskonservative Parteienspektrum hineinwirken. Grauzonen zum rechtskonservativen Milieu erschweren oft die Zuordnung. Wesentlich deutlicher zeigen sich die Konturen bei rechtsextremistischen Bewegungen faschistischen Typs. Deshalb dürfte es zweckmäßig sein, auf den Sammelbegriff des Faschismus in der Rechtsextremismus-Debatte nicht zu verzichten. Obwohl nicht der namengebende Prototyp, der italienische Faschismus, zum Inbegriff dieser Strömung und Herrschaftspraxis in der Geschichte wurde, sondern der deutsche Nationalsozialismus, gibt es keinen Grund, über die erheblichen Unterschiede die Gemeinsamkeiten dieser Spielart des Rechtsextremismus zu übersehen. Das gilt m. E. auch für die Nachahmerbewegungen und Nachahmerregime, die meist unter dem Begriff „pro-faschistisch" gefaßt werden. Ideologien, Bewegungen und Regime faschistischen Typs bilden faktisch den Kernbereich des Rechtsextremismus. Es ist aber auch nicht zweckmäßig, Rechtsextremismus auf seine faschistische Variante einzugrenzen. Damit würden viele Spielarten des Rechtsextremismus aus der Betrachtung herausfallen.

---

5 Call for papers, S.11.

6 Zur Diskussion um definitorische Merkmale siehe u. a. Falter/Jaschke/Winkler, Rechtsextremismus; Christoph Butterwegge: Rechtsextremismus, Freiburg-Basel-Wien 2002; Richard Stöss: Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2005.

Rechtsextremistische Organisationen sind kein genuines Produkt der Arbeiterbewegung. Selbstbezeichnungen als „Arbeiterpartei“ und die Übernahme des Sozialismusbegriffs in eine pseudorevolutionäre Programmatik sowie einzelne Führungspersonen aus der Gründungs- und Aufstiegsphase des europäischen Rechtsextremismus faschistischen Typs könnten einen solchen Zusammenhang auf den ersten Blick vermuten lassen. In Wirklichkeit handelte es sich um Parteigründungen, die sich bewußt von der traditionellen Arbeiterbewegung abgrenzten und als Gegengewicht zu deren wachsendem Einfluß verstanden. Während es sich bei Kommunisten und Sozialdemokraten bei aller Gegnerschaft um Strömungen bzw. Aufspaltungen der historisch gewachsenen Arbeiterbewegung handelte, sind die als Arbeiterparteien deklarierten rechtsextremen Bewegungen Gründungen, die aus gänzlich anderen Quellen schöpften. Ihre Grundsätze und Ziele sind ein eindeutiger Bruch mit der Arbeiterbewegung. Wenn einzelne Führungspersonen vorher in der Arbeiterbewegung eine Karriere durchliefen, so hatten sie sich in der Regel bereits von Zielen und Inhalten der Arbeiterbewegung abgenabelt. Ihr Führungspersonal rekrutierte sich in der Masse aus Kreisen des Militärs sowie monarchistischer und vaterländischer Verbände. Frontkämpfer des Ersten Weltkrieges waren in der ersten Garde der europäischen faschistischen Bewegungen der Zwischenkriegszeit überproportional vertreten.

Bei Benito Mussolini, der Führungsfigur des italienischen Faschismus, läßt sich z. B. recht deutlich nachvollziehen, wie eine Abkehr von den Idealen der klassischen Arbeiterbewegung seinem Aufstieg in der Fasci d'Azione Rivoluzionaria vorausging. Der ehemalige sozialistische Spitzenfunktionär wurde schon 1914 aus seiner Partei, die der Ablehnung des Krieges verpflichtet blieb, ausgeschlossen. Es waren zum Nationalismus konvertierte Sozialisten um Mussolini, die gemeinsam mit anderen nationalistischen Gruppierungen und Mitgliedern von Armeekommandos im März 1919 in Mailand die Fasci Italiani di Combattimento aus der Taufe hoben und sich schon ein Jahr später mit Gewalt- und Strafaktionen gegen Sozialisten und Gewerkschafter hervortaten. Unter den Teilnehmern der Gründungsversammlung der „Fasci“ lassen sich nur 14 Prozent Arbeiter ausmachen. Selbst nach dem großen Mitgliederzulauf, dem Regierungseintritt und der Umwandlung in eine reguläre Partei 1921 waren Arbeiter, gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil, gegenüber den Mittelschichten in der Partito Nazionale Fascista (PFN) deutlich unterrepräsentiert. Józef Piłsudski, der seine politische Karriere als Sozialist begann und dessen Regime nach dem Staatsstreich in Polen 1926 unter der Losung der Sanierung bald rechtsextreme, diktatorische und repressive Züge annahm, war eigentlich Nationalist gewesen. Die 1893 gegründete Polnische Sozialistische Partei (PPS) war stark vom Kampf um nationale Unabhängigkeit geprägt. In diesem Zusammenhang gewannen auch nationalistische Positionen an Einfluß.

Die 1919 in München gegründete Deutsche Arbeiterpartei, Vorläufer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), war von Beginn an völkisch-nationalistisch orientiert. Anton Drexler, ein Werkzeugschlosser, wurde durch Mitgliedschaften und Funktionen im Alldeutschen Verband und in der

Deutschen Vaterlandspartei, deren Spitzen eine Militärdiktatur zur Sicherung der Kriegsziele vorschwebte, politisch sozialisiert. Angesichts des Ausgangs des Ersten Weltkrieges und der revolutionären Erschütterungen wollte Drexler die Arbeiterschaft stärker „‚deutschen Interessen' zugänglich [...] machen".[7] Die späteren Führungsgrößen der NSDAP Rudolf Heß, Alfred Rosenberg und Gottfried Feder begannen ihre politische Laufbahn in der germanisch-völkischen und rassistisch-antisemitischen Thule-Gesellschaft, die nur Mitglieder nachgewiesener reinblütiger deutscher Abstammung aufnahm.

Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte sich in Rußland in Reaktion auf die Revolution von 1905 der Bund des Russischen Volkes formiert, der einen autoritären Monarchismus mit rechtsextremer Tendenz anstrebte. Die Beispiele für das Aufkommen von rechtsextremen Organisationen als Gegenbewegungen zur traditionellen Arbeiterbewegung und zu vermuteten oder tatsächlichen revolutionären Gefahren lassen sich problemlos fortsetzen. Auch die Verquickung mit ultranationalistischen und ultramonarchistischen Vorläufern ist in Europa offensichtlich. In Österreich entstand 1919/1920 als Antwort auf die Revolutionsereignisse die nationalistisch, paramilitärisch und antimarxistisch ausgerichtete Heimwehr. Sie fand vor allem in Kleinstädten und auf dem Land ihre soziale Basis. In Ungarn stehen Admiral Horthy und die Szegeder Faschisten für die rechtsextreme, in der Offizierskaste verwurzelte Bewegung gegen die kurzlebige, 1919 gestürzte sozialistische Rätemacht. In der Tschechoslowakei formierte sich 1926, inspiriert vom italienischen Faschismus, die Nationalfaschistische Gemeinschaft (NOF) unter General Rudolf Gajda. Eines ihrer Hauptziele war die Vernichtung des Sowjetkommunismus.

Rechtsextreme Bewegungen konnten in ihrer Entstehungsphase auf reaktionäre, konservative und nationalistische Ideologien und deren Strukturen zurückgreifen, die bereits seit längerem verbreitet und auch in der Arbeiterschaft nicht ohne Einfluß geblieben waren. Die Welle des Nationalismus und Chauvinismus, die 1914 bis in die sozialistische Arbeiterbewegung hineinreichte, ist dafür signifikanter Ausdruck. Nationalismus, Rassismus, Kolonialismus, Sozialdarwinismus, Autoritarismus und Militarismus boten hinreichend Quellen für rechtsextreme Weltbilder, die zugleich Herrschaftsentwürfe bzw. Herrschaftspraktiken zum Ausdruck brachten. Sie bilden noch heute die Schlüsselideologien des Rechtsextremismus. Der Übergang vom monarchistisch geprägten Untertanengeist und der Königs- bzw. Kaiserverehrung zum rechtsextremen „Führerkult" konnte sich vielfach gleitend vollziehen. Der Antisemitismus hatte eine jahrhundertelange Tradition in fast allen Ländern Europas. Nationalistische Herrschaftsansprüche, die Unterdrückung bzw. gewaltsame Assimilierung von Minderheiten und koloniale Ausbeutung waren und sind immer noch weltweit verbreitet.

---

7 Anton Drexler: Mein politisches Erwachen. Aus dem Tagebuch eines deutschen sozialistischen Arbeiters, München 1919, S.12.

*Ideologien des Rechtsextremismus*

Rechtsextreme Ideologien sind keine originären Schöpfungen. Sie sind eklektizistisch und irrational. Sie schöpfen aus einem Reservoir, das eindeutig nicht zu den geistig-philosophischen Grundlagen der klassischen Arbeiterbewegung und ihrer Nachfolgeorganisationen zählt. Auffällig ist ebenfalls, daß die Versatzstükke, aus denen sich Rechtsextremismus bediente, sich nicht auf deutsche oder italienische Geistesgeschichte eingrenzen lassen. Die Betonung jeweils nationaler Quellen sollte nicht über die Bandbreite hinwegtäuschen, die rechtsextremem Gedankengut in Europa und auf anderen Kontinenten den Weg bahnte. Der Sozialdarwinismus erlebte in vielen Ländern Europas bereits im späten 19. Jahrhundert eine Blüte. Zu den Wegbereitern des modernen diskriminierenden Rassismus müssen der Franzose Arthur de Gobineau und der Engländer Housten Stewart Chamberlain gezählt werden. Während der eine die Überlegenheit der weißen, respektive der arischen Rasse suggerierte, popularisierte der andere einen mystischen Rassismus, der sich auch in der nationalsozialistische Ideologie und ihren Ritualen wiederfindet. Hinter der – Ausgang des 19. Jahrhunderts – als „Protokolle der Weisen von Zion" in Umlauf gebrachten Publikation, die dem Antisemitismus neuen Auftrieb verliehen, steckten Agenten der russischen Geheimpolizei. In Südosteuropa gab teilweise auch religiös verbrämter Mystizismus und Nationalismus den ideologischen Hintergrund für rechtsextreme Strömungen und Organisationen ab. Die Legion des Erzengels Gabriel in Rumänien ist dafür ein markantes Beispiel. In den USA und in Südafrika bildete militanter Rassismus den Hintergrund für rechtsextremistische Geheimbünde und Organisationen wie den 1865 gegründeten Ku-Klux-Klan bzw. die Grauhemden, die sich 1949 als „Weiße Arbeiterpartei" deklarierten. In Japan prägten Ultranationalismus, Militarismus und expansive Ambitionen in Verbindung mit einem traditionell restriktiv und autoritär ausgerichteten Gesellschaftssystem die tendenziell rechtsextreme bzw. faschistoide Entwicklungsphase vor 1945.

In Deutschland konnte die völkische Ideologie, die vor allem in den bürgerlichen Mittelklassen große Resonanz fand, u. a. auf den Philosophen Friedrich Nietzsche und den prominenten Historiker Heinrich von Treitschke zurückgreifen. Treitschke, der Repressivmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie befürwortete, mauserte sich zu einem Wortführer des Antisemitismus, des Machtstaates und imperialer Politik. Seine These „Männer machen Geschichte" wurde mehreren Generationen in den Schulen eingetrichtert. Sein Einfluß auf die geistige Elite des deutschen Kaiserreiches und dessen Nachfolger sowie seine Breiten- und Langzeitwirkung dürfen nicht unterschätzt werden. Nicht von ungefähr betont die mehrbändige biographische Sammlung der „Großen Deutschen" 1936, Treitschke sei in „einem durch eine nationalsozialistische Revolution gereinigten und verjüngten Deutschland [...] zu neuer Wirkung berufen".[8] Hannah Arendt hat dagegen den Bruch mit allen Werten und geistigen Traditionen als Voraus-

8 Die Großen Deutschen. Neue Deutsche Biographie, 3. Bd., Berlin 1936, S.648.

setzung für den Nazismus bezeichnet.[9] Für eine Kennzeichnung der Naziideologie und ihren Masseneinfluß müssen m. E. sowohl Bruch wie Kontinuität in Anschlag gebracht werden.

Neben den in das Alltagsdenken eingegangenen nationalistischen, rassistischen, militaristischen und autoritären Orientierungsmustern, aus deren Konglomerat sich rechtsextreme Wortführer bedienen konnten, spielten pseudosozialistische Demagogie und rassistisch bzw. nationalistisch kanalisierte Kapitalismuskritik eine besondere Rolle. Der Mißbrauch von Begriffen und die Verfälschung von Zielen der traditionellen Arbeiterbewegung war beabsichtigt. Ihrer Anhängerschaft sollte der Wechsel zur rechtsextremen Bewegung erleichtert werden. Ohne Resonanz in der Arbeiterschaft, dies war rechtsextremen Führern klar, war eine Massenmobilisierung nicht möglich. Im Gegensatz zu elitären rechtskonservativen oder monarchistischen Zirkeln waren rechtsextreme Bewegungen auf Massenmobilisierung zur Durchsetzung ihrer Ziele ausgerichtet. Als typisches Beispiel kann die NSDAP gelten.[10] Adolf Hitler hatte bereits 1919 die Masse als „Quelle aller Kraft" bezeichnet. „Diese breite, sture Masse, die vernarrt und verbohrt für den Marxismus kämpft, ist die einzige Waffe für die Bewegung, die den Marxismus brechen will",[11] ließ er ein ausgewähltes Hamburger Publikum wissen. „Der Sozialismus ist die Befreiungslehre des Arbeitertums", argumentierte Joseph Goebbels 1928. Er erhalte „seine eigentliche Formgebung erst durch seine bedingungslose Waffenbrüderschaft mit den vorwärtsstrebenden Energien eines neu erwachenden Nationalismus". Der nationale Sozialismus richte sich „innerpolitisch gegen die Bürgerparteien und gegen den Marxismus zugleich", "außenpolitisch gegen alle Mächte, die unsere völkische Existenz [...] bedrohen".[12] Der Marxismus wurde als „jüdische Lehre" abgestempelt, die negativen Folgen kapitalistischer Ausbeutung dem ausländischen – vor allem jüdischen – Finanzkapital zugeordnet. Der Versailler Vertrag und daraus abgeleitete Abkommen boten dafür willkommene Anknüpfungspunkte. Im 25-Punkte-Programm der NSDAP vom Februar 1920 war jedoch – vom Parteinamen abgesehen – von Sozialismus noch keine Rede. Andeutungen über die „Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens" oder die „Gewinnbeteiligung an Großbetrieben" blieben vage. Die nationalistische, expansionistische und antisemitische Ausrichtung war dafür an Deutlichkeit kaum zu überbieten.

Trotz Demagogie hielt sich der Einfluß der NSDAP auf die Arbeiter zunächst in Grenzen. Bis zum Ende der Weimarer Republik blieb die Arbeiterschaft, gemes-

---

9 Siehe Hannah Arendt: Das „deutsche Problem". Die Restauration des alten Europa, in: Dies.: Zur Zeit – Politische Essays. Hrsg. Marie Luise Knott, Hamburg 1999.

10 Siehe u. a. Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker: Geschichte der NSDAP. 1920-1945, Köln 1998.

11 Zit. nach: Werner Jochmann: Im Kampf um die Macht. Hitlers Rede vor dem Hamburger Nationalklub von 1919, Frankfurt/M. 1960, S.116.

12 Joseph Goebbels: Der Angriff. Aufsätze aus der Kampfzeit, München 1936, S.222, 224.

sen an ihrem Bevölkerungsanteil, in der Mitgliedschaft unterrepräsentiert. Daran vermochte auch die Bildung eigener Nationalsozialistischer Betriebszellenorganisationen (NSBO) nicht zu ändern. Eine Ausnahme bildeten lediglich die Sturmabteilungen (SA), die vor dem Hintergrund von Arbeitslosigkeit und sozialer Deklassierung Zulauf erhielten. Für die Jahre 1925 bis 1929 ist ein Anteil von fast 17 Prozent ungelernten Arbeitern und ca. neun Prozent Facharbeitern in der Mitgliedschaft der NSDAP ermittelt worden. Dem steht ein Anteil von fast 27 Prozent Handwerkern, über 13 Prozent Kaufleuten sowie ebenso vielen Angestellten gegenüber.[13] Der Anspruch, Arbeiterpartei zu sein, wurde bei der sozialen Zusammensetzung der Mitgliedschaft nicht erfüllt. Eher kann für diesen Zeitraum von einer Kleinbürgerpartei bzw. von einer Partei der unteren Mittelschichten gesprochen werden. Dennoch gelang der NS-Bewegung ein stärkerer Einbruch in das Arbeitermilieu als allen anderen Parteien außerhalb des Spektrums der traditionellen Arbeiterbewegung. Außerdem verfügte keine andere Partei am Ende der Weimarer Republik über eine vergleichbare klassen- und schichtenübergreifende Mitgliedschaft. Auf dem Höhepunkt ihrer Wahlerfolge 1932 konnte die Hitler-Partei zwar aus proletarischen Kreisen Wähler anziehen, in die Stammwählerschaft der Sozialdemokraten und Kommunisten aber nicht signifikant einbrechen.[14] Erkenntnisse über den Charakter der NSDAP lassen sich jedoch aus der Analyse der Gefolgschaft und der Wähler allein nicht ableiten. Gesellschafts- und wirtschaftspolitische Ziele sowie die Resultate der von 1933 bis 1945 praktizierten Innen- und Außenpolitik müssen in die Bewertung einfließen. Festzuhalten gilt aber auch, daß die relative Schwäche der Arbeiterbewegung den Erfolg rechtsextremer Bewegungen begünstigte.

Das diffuse Erscheinungsbild der rechtsextremen Bewegungen faschistischen Typs nach dem Ersten Weltkrieg, das hinsichtlich der Adressaten, der Ziele und der Träger vom gewohnten Bild der traditionellen Parteienlandschaft abwich, erschwerte die Analyse und Einordnung durch die Arbeiterparteien und die Erarbeitung einer effektiven Gegenstrategie. Weder die Deutung als „nationalistische Kleinbürgerpartei“ noch die Reduktion auf ein Instrument der Bourgeoisie, die sogenannte „Agententheorie“, vermochte den Charakter der rechtsextremen Parteien hinreichend zu erfassen. Auch der Vergleich mit dem Bonapartismus blieb hinter der Realität zurück. Obwohl Georgi Dimitroff vor einer allgemeingültigen Charakteristik des Faschismus warnte und dazu aufforderte, die Eigenarten und die „verschiedenen Formen der faschistischen Diktatur in den einzelnen Ländern und in verschiedenen Etappen konkret zu studieren und

13 Siehe Michael Kater: Sozialer Wandel in der NSDAP im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung, in: Wolfgang Schieder (Hrsg.): Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich, Hamburg 1976, S.30. Weitere Berechnungen zur sozialen Zusammensetzung der NSDAP siehe Peter Manstein: Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919-1933, Frankfurt/M. 1988.

14 Siehe Jürgen Falter: Hitlers Wähler, München 1991.

zu berücksichtigen",[15] reduzierte sich die Rezeption seiner Analysen auf die Faschismusdefinition von 1935. Diese benannte zwar durchaus zutreffend die hauptsächlichen Nutznießer, wurde aber dem Gesamtphänomen nur teilweise gerecht. Aus der Reihe der Interpretationsversuche heben sich die von Antonio Gramsci und Palmiro Togliatti ab. Bei ihnen zeichnet sich eine komplexere Sicht ab, die die Rolle des extremen Nationalismus als Ideologie und Massenbewegung in den modernen Gesellschaften und den Zusammenhang zur Schwäche der Linken einbezieht.[16]

Der Einfluß des Rechtsextremismus auf die Bevölkerung und das Arbeitermilieu ist nur aus der Gesamtheit sozialer und politischer Konflikte, kultureller und historischer Prägungen sowie ideologischer Deutungsmuster zu erklären. Historische wie aktuelle Erfahrungen weisen darauf hin, daß vorwiegend materielle und soziale Ängste, Verunsicherungen und Perspektivlosigkeit die Annäherung an Rechtsextremismus begünstigen. An die Stelle tatsächlicher, in sozialen und politischen Herrschaftsverhältnissen begründeter, Ursachen treten „Sündenböcke", deren Ausgrenzung und Bekämpfung die angebliche Lösung verspricht.

Als konstitutiver Bestandteil des europäischen Rechtsextremismus muß der Antisemitismus hervorgehoben werden. Er war in unterschiedlichen Ausprägungen charakteristisch für rechtsextreme Bewegungen und Regime in Vergangenheit und Gegenwart. Die Politik der Diskriminierung und Vernichtung von Juden konnte auf über Jahrhunderte tradierte antisemitische Denkmuster bauen, die auch in der Arbeiterschaft offen bzw. latent wirkten. Einerseits ragt die „Endlösung der Judenfrage" als singuläres Verbrechen aus den Genoziden in der Geschichte heraus, andererseits kann sie trotz ihrer Ungeheuerlichkeit nicht aus der jahrhundertelangen Tradition des Antisemitismus herausgelöst werden.

Rechtsextremismus an der Macht, dies zeigen u. a. die historischen Beispiele in Italien, Deutschland und Südamerika, setzt gezielt Maßnahmen um, Arbeiterschichten an das Regime zu binden. Dies verfehlt in der Regel seine Wirkung nicht und erklärt sich zum Teil auch aus dem Anspruch und dem Selbstverständnis, eine Massenbewegung zu sein.

Zu beleuchten wären für unser Thema auch Funktion und Verläufe militärischer Aggressionen, bei denen Arbeiterschichten in „nationale Schicksalsgemeinschaften" eingebunden werden. Während der Erste Weltkrieg überwiegend zu einer schrittweisen Destabilisierung der Herrschaftsverhältnisse in Europa führte und die Throne wackeln ließ, ist während des Zweiten Weltkrieges eine Stabilisierung der faschistischen Regime zu beobachten. Die Regime wurden in der Regel von

---

15 Georgi Dimitroff: Ausgewählte Schriften in drei Bänden, Bd. 2, Berlin 1958, S.630. Zur Analyse des Faschismus durch Dimitroff und durch die Komintern siehe auch Georgi Dimitroff: Gegen Faschismus und Krieg. Ausgewählte Reden und Schriften, hrsg. v. Rolf Richter, Leipzig 1982; Elfriede Lewerenz: Die Analyse des Faschismus durch die Kommunistische Internationale, Berlin 1975.

16 Siehe Antonio Gramsci: Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften, Leipzig 1980; Palmiro Togliatti: Lektionen über den Faschismus, Frankfurt/M. 1973.

außen zerbrochen. Auch dort, wo eine starke Widerstandsbewegung mit Elementen des Bürgerkrieges wirkte, bedurfte es des Zusammenwirkens mit den militärischen Schlägen von außen.

*Internationale Dimension*

Rechtsextremismus ist eine internationale Erscheinung. Dies gilt für den historischen Rückblick wie für den aktuellen Befund. Bereits bei einer flüchtigen Übersicht für die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts stoßen wir in der Mehrzahl der europäischen Länder und auch auf anderen Kontinenten auf Bewegungen und Regime, die wichtige Merkmale des Rechtsextremismus erfüllen.[17] Läßt man Gruppierungen der konservativen Rechten außer Acht, so lassen sich neben Deutschland und Italien auch in Belgien, Estland, Frankreich, Jugoslawien, Lettland, Litauen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Spanien und Ungarn signifikante rechtsextreme Bewegungen nachweisen. Doch auch in Bulgarien, Finnland, Griechenland, Großbritannien, den Niederlanden, Norwegen, der Tschechoslowakei tauchen rechtsextreme, teilweise sogar offen faschistische Parteien und Bewegungen auf. In Südafrika wären die Grauhemden und die Ochsenwagen-Brandwache in diese Kategorien einzuordnen. Für die USA muß der Ku-Klux-Klan, der in den 1920er Jahren zeitweise fast neun Millionen Mitglieder zählte und neben Massakern an Farbigen auch Gewaltakte gegen Politiker, Intellektuelle und Gewerkschafter zu verantworten hat, in diese Reihe gestellt werden. In Lateinamerika zeigte sich Argentinien bis in die jüngste Zeit besonders anfällig für rechtsextremistische Regime. Aber auch in Chile konnte sich 1932 eine nationalsozialistische Bewegung etablieren. In Peru imitierten die Schwarzhemden der Revolutionären Union (Unión Revolucionaria) faschistische Vorbilder. In Bolivien entstand 1937 eine Falange nach spanischem Vorbild. In Mexiko griffen die antisemitisch und gegen Linke ausgerichteten Goldhemden des Generals Nicolás Rodrices gewalttätig in politische Auseinandersetzungen ein. In China ließen die Blauhemden, eine 1932 entstandene geheime Eliteorganisation der Kuomintang, deutliche Verwandtschaft zu den faschistischen Bewegungen in Europa erkennen. Japan erlebte ab 1931 eine Welle rechtsradikaler Morde. Inwieweit nationalistische Gruppierungen im arabischen Raum unter rechtsextreme Bewegungen eingeordnet werden können, soll hier nur als Forschungsfrage und Diskussionsproblem aufgeworfen werden. Bekannt ist, daß die etablierten faschistischen Regime unter weltpolitischem Machtkalkül versuchten, Einfluß auf diese Bewegungen zu nehmen, die sich ihrerseits am europäischen Faschismus orientierten.

Das Salazar-Regime in Portugal und die Franco-Diktatur in Spanien überdauerten die meisten vergleichbaren pro-faschistischen Regime, die sich unter dem Einfluß des italienischen und deutschen Faschismus etabliert hatten, bis in die jüngere Vergangenheit. In Griechenland lösten sich noch in der zweiten Hälfte

17 Einen kenntnisreichen Überblick liefert Stanley Payne: A History of Fascism 1914-1945, London 1995 (deutsch unter dem Titel: Geschichte des Faschismus. Aufstieg und Fall einer europäischen Bewegung, München-Berlin 2001).

des 20. Jahrhunderts verschiedene rechtsextreme Militärdiktaturen ab. Für Chile ist die Phase der Pinochet-Diktatur, dessen Terrorregime bereits in den ersten Wochen etwa 23.000 Menschen zum Opfer fielen, in schrecklicher Erinnerung. Die antiliberale und antisozialistische Stoßrichtung des Militärputsches sowie die Praktiken des Terrors zeigten, daß selbst in scheinbar gefestigten Demokratien die Gefahr rechtsextremer Regime nicht auszuschließen ist.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatten – von Ausnahmen abgesehen – rechtsextreme Ideen und Bewegungen in den meisten Ländern zunächst keine nennenswerten Wirkungsmöglichkeiten mehr. Sie waren durch historische Erfahrungen diskreditiert. Das galt vor allem für die rechtsextremen Parteien und Bewegungen, die sich am Vorbild des italienischen und deutschen Faschismus ausgerichtet, mit ihm kooperiert und ihn teilweise nachgeahmt hatten. Die reorganisierte Arbeiterbewegung gewann an politischem und gesellschaftlichem Einfluß. Rechtsextreme Nachfolgeparteien und Auffangorganisationen fristeten meist eine marginale Existenz. Das änderte sich in Europa schrittweise seit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts.

Für internationales Aufsehen sorgte die 1964 gegründete Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), die bereits ein Jahr später bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag auf Anhieb 2,1 Prozent der Stimmen verbuchen konnte und in den Folgejahren vorübergehend in sieben Länderparlamente der Bundesrepublik Deutschland einzog. Das Selbstverständnis als „nationale Sammlungsbewegung“ und die Vorgeschichte etlicher Funktionäre als Mitglieder und Aktivisten der NSDAP machten die Versicherung, eine national-konservative Partei sein zu wollen, von Beginn an unglaubwürdig. Dies bestätigte sich in den 1970er Jahren, in denen eine Radikalisierung einsetzte. Seitdem wird das völkisch-nationalistische Profil immer deutlicher. Pseudosozialistische Propaganda, die Integration rechtsextremer, aktionistischer und gewaltbereiter Gruppen sowie verbotener Neonazi-Organisationen belegen das. Die Schürung und Instrumentalisierung von Ausländerhaß gehören bis heute zum selbstverständlichen Wahlkampfrepertoire. Der Einfluß der rechtsextremen Parteien in Deutschland, zu denen auch die Deutsche Volksunion (DVU) und die Republikaner gezählt werden müssen, auf die Arbeiterschichten ist territorial unterschiedlich zu bewerten. Als sicher kann hingegen gelten, daß rechtsextreme Einstellungen in sozialen Problemgebieten, bei Männern, Arbeitslosen und bei Bevölkerungsteilen mit geringer Bildung am stärksten verbreitet sind.[18]

In Frankreich vermochte die 1972 gegründete Nationale Front (Front National, FN) unter Jean-Marie Le Pen, an der Wende zum 21. Jahrhundert Wähleranhang aus dem Arbeiter-, Angestellten- und Mittelschichtenmilieu zu gewinnen. In der FN treffen sich Anhänger der ehemaligen faschistischen Französischen Volkspartei (Parti Populaire Français, PPF) aus den 1930er Jahren, Nostalgiker des Vichy-Regimes mit einer durch die Kolonialkriege in Indochina und Algerien

18 Siehe Oliver Decker/Elmar Brähler: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2005, Nr. 42, S.8-17.

geprägten Generation sowie den Intellektuellen der Neuen Rechten (Nouvelle Droite). Die Wahlerfolge der Front National in den großstädtischen Ballungsgebieten sind eine Bestätigung dafür, wie anfällig soziale Problembereiche für Rechtsextremismus sind. Links orientiertes Klientel war 2002 unter den Wählern Le Pens nur geringfügig vertreten. Dafür kam fast jeder dritte FN-Wähler aus dem Heer der Arbeitslosen und jeder fünfte aus dem Bereich der Selbständigen.[19]

In Italien konnten faschistische Veteranen in der 1946 gegründeten Italienischen Sozialbewegung (Movimento Sociale Italiano, MSI) die Nachkriegsjahre überdauern. Deren Umwandlung in die Nationale Allianz (Alleanza Nazionale, AN) und das Bündnis mit der Forza Italia (FI) unter Berlusconi sowie mit der Lega Nord (LN) brachte erstmals wieder eine rechtsextreme Partei in eine nationale Regierung. Ob die vorsichtige Distanzierung zur Politik Mussolinis eine Abkehr von rechtsextremen Positionen bedeutet, bleibt abzuwarten. In Österreich kamen mit den Wahlerfolgen der Freiheitlichen Partei (FPÖ) unter Jörg Haider in den 1990er Jahren Befürchtungen über ein Wiedererstarken rechtsextremer Tendenzen auf, zumal Erklärungen des FPÖ-Frontmannes auf eine Affinität zu rechtsextremen Positionen schließen ließen.

In den 1960er Jahren entstand in Großbritannien die Skinhaed-Subkultur, die sich in ihrem Erscheinungsbild bewußt am Arbeitermilieu orientierte. Etliche Skinheads verstehen sich heute noch als „Redskins" – als Linke. Andere Teile dieser Skinhead-Szene drifteten in den Rechtsextremismus ab und erhielten Zulauf aus der Neonaziszene.[20] In den 1980er und 1990er Jahren haben sich aus der Skinhead-Subkultur heraus international agierende rechtsextremistische Netzwerke gebildet. Dem 1986 in Großbritannien gegründeten neonazistischen Skinhead-Zusammenschluß „Blood & Honour" gelang es, in vielen europäischen Ländern und in den USA Fuß zu fassen. Rechtsextremistische Ideologie wird über Musik[21] und Outfit transportiert. Eigene Codes und ein spezifischer Slang dienen als Signale der Zugehörigkeit und festigen die Gruppenidentität. Ihr Einfluß auf die Jugendkultur darf nicht unterschätzt werden. Die „Hammerskins" entstanden Mitte der 1980er Jahre in den USA. Sie verstehen sich als Elite-Organisation mit klarem rassistischem Weltbild. Ihr Ziel ist, die „weißen" Skinhaeds über Ländergrenzen hinweg zu einer „Hammerskin-Nation" zu vereinen. Die Symbolik ist dem Arbeitermilieu entlehnt: zwei gekreuzte Zimmermannshämmer. Seit 1994 agiert diese Skinhaed-Gruppierung auch in Deutschland. Obwohl diese Netzwerke über vergleichsweise wenig feste Mitglieder verfügen, ist ihr Mobilisierungspotential wesentlich größer.

Die Implosion des Realsozialismus im ehemaligen sowjetischen Macht- und Bündnisbereich und die Transformation der osteuropäischen Gesellschaften seit

19 Siehe Jandi, Vom „roten Gürtel", S.47-49, 144.

20 Siehe Christian Menhorn: Skinhaeds. Portrait einer Subkultur, Baden-Baden 2001.

21 Siehe u. a. Dieter Baacke/Klaus Farin/Jürgen Laufer (Hrsg.): Rock von Rechts. Milieus, Hintergründe und Materialien, Bielefeld 1999.

1989 hat zu einer deutlichen Stärkung antimarxistischer und konservativer Kräfte sowie zu einer Belebung nationalistischer und rechtsextremer Strömungen in diesen Ländern geführt. Mit dem Umbau der Gesellschaften gingen enorme soziale Verwerfungen einher. Dazu kamen weitverbreitete Tendenzen der Desorientierung, die durch die Diskreditierung sozialistischer Ziele noch verstärkt wurden. Lernprozesse der ehemals staatstragenden kommunistischen und Arbeiterparteien sowie ihrer Nachfolger erweisen sich als langwierig. Das minderte ihren Einfluß auf die Lösung gesellschaftlicher Konflikte. Die Meinungsführerschaft in den Transformationsgesellschaften ging meist an konservative Kräfte über, in deren Kielwasser auch rechtsextreme Gruppierungen um Einfluß buhlen. Die Verklärung vorsozialistischer Zeiten und die Instrumentalisierung nationalistischer Stimmungen bieten einen guten Nährboden für rechtsextremes Gedankengut. Oft zeigt sich, daß selbst unter den Bedingungen sozialistischer und antifaschistischer Staatsdoktrinen rechtsextreme Tendenzen einschließlich einzelner Träger „überwintern" und im Alltagsbewußtsein tradiert werden konnten. Nationalismus und soziale Ängste machen auch vor den Arbeiterschichten dieser Länder nicht halt. Im Gegenteil: Sie sind besonders nachhaltig von sozialen Verwerfungen und Ausgrenzungen betroffen.

Mit wachsendem Abstand zum Zweiten Weltkrieg verstärkt sich die Tendenz geschichtsrevisionistischer Entschuldung des Rechtsextremismus und der Wiederbelebung ideeller und struktureller Traditionen aus der Zeit vor 1945. Dies ist in West- und Osteuropa zu beobachten. In Japan ist die Auseinandersetzung mit den Kriegsverbrechen und den rechtsextremen Terrorwellen ohnehin nie konsequent geführt worden.

In Deutschland macht sich die „Revisionismuskampagne" rechter Kreise vor allem an der Bewertung des Zweiten Weltkrieges und der Rolle der deutschen Wehrmacht fest. Die Weigerung, die bedingungslose Kapitulation am 8. Mai 1945 auch als Zäsur der Befreiung zu akzeptieren, die Betonung der deutschen Bombenkriegsopfer und Vertriebenen sowie die Pflege des Bildes einer unbescholtenen Wehrmacht sind nur einige Facetten, die den Stammtischerinnerungen der Kriegsgeneration entgegenkommen. Nicht nur Rechtsextremisten wünschen sich die Überwindung der „Denkmuster der Belehrung, der Fokussierung auf Auschwitz als Erinnerungsreligion" und fordern „Schluß mit dem Schuldkult". Das machte die Debatte zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges deutlich und läuft auf Relativierung historischer Verantwortung hinaus.[22] Vergleichbare Revisionsdebatten sind auch in anderen Ländern zu beobachten, wo die Beteiligung an faschistischen Verbrechen verdrängt und eigene rechtsextreme Bewegungen verharmlost werden. Wenn zum Beispiel lettische Nachah-

22 Siehe dazu Jürgen Hofmann: Erinnerung contra Selbstentschuldung, in: Utopie kreativ (Berlin) 2005, H. 175, S.436-444; Zum aktuellen Umgang mit der Nazizeit. Beiträge einer multidisziplinären Geschichtswerkstatt (Pankower Vorträge 57, Hrsg.: Helle Panke e.V.), Berlin 2003; Zum aktuellen Umgang mit der Nazizeit. Multidisziplinäre Geschichtswerkstatt II (Pankower Vorträge 79, Hrsg.: Helle Panke e.V.), Berlin 2006.

mer und Helfer der deutschen Besatzer oder ungarische Pfeilkreuzler in den Rang von Patrioten aufsteigen, ist Widerspruch geboten.

Unter den Bedingungen der Globalisierung und neoliberalen „Modernisierung" haben sozialwissenschaftliche Analysen eine Differenzierung des Rechtsextremismus in einen traditionalistischen und einen eher modernistischen Flügel ausgemacht.[23] Während der eine auf die Globalisierungsverlierer reflektiert, sieht der andere eher in den Gewinnern und Aufsteigern sein Klientel. Inwieweit sich diese Hypothese mit Beispielen aus dem Generalthema unserer Konferenz untermauern läßt, wird die Diskussion zeigen. An dieser Stelle kann nur ein Brükkenschlag von der historischen Rückschau über Gegenwartsbefunde in zukünftige Entwicklungstendenzen angedeutet werden. Sicher scheint aber: Die enormen sozialen Polarisierungen innerhalb und zwischen den Gesellschaften bilden einen neuen Nährboden für Extremismus und Demokratieabbau. Die Gefahr eines „Jahrhundert des Autoritarismus" (Dahrendorf) ist deshalb für das 21. Jahrhundert nicht auszuschließen.

23 Siehe Butterwegge, Rechtsextremismus, S.136-138.

# Revolutionärer und faschistischer Syndikalismus in Italien (1920-1945)[1]

Luigi Ganapini

Am Ende seiner Abstiegsphase im Herbst 1944 gab der Faschismus der Italienischen Republik die Losung von der „socializzazione" (Sozialisierung) aus. Die Arbeiter sollten an der Führung der Unternehmen beteiligt und ihnen ein Anteil am Gewinn gewährt werden. Anders als damals behauptet wurde und heute noch von manchen nachgebetet wird, war dies keine Rückbesinnung Benito Mussolinis auf die Träume seiner revolutionären Jugend. Vielmehr handelte es sich um den letzten Versuch, dem Regime auch nach der unweigerlich bevorstehenden Niederlage eine Überlebenschance zu geben. Darin besteht der wirkliche und tiefer liegende Sinn der „Italienischen Sozialen Republik" (RSI) – kein heroisches Abenteuer zur Verteidigung von Italiens Ehre, wie die geschlagenen extremen Anhänger der Republik in Italien bis heute behaupten, auch kein letztes Aufbäumen des Patriotismus, sondern der Versuch, eine totalitäre, rassistische Diktatur zu errichten, die alle Klassen in ihre Organisationen einband. Die Exponenten des faschistischen Syndikalismus strebten in diesem Rahmen eine Schlüsselrolle an. Zum letzten Mal suchten sie ihr Projekt einer Nationalgewerkschaft durchzusetzen, das eine lange Geschichte hat und mit seinen Anfängen bis in die Zeit vor dem Aufkommen des Faschismus zurückreicht.

Der revolutionäre Syndikalismus vom Anfang des 20. Jahrhunderts muß als Quelle des faschistischen Modells der korporativen Organisation des italienischen Staates angesehen werden, dem Vorstellungen ähnlich denen von Zeev Sternhell zu Grunde liegen. Sein revolutionärer Charakter, die Verneinung der liberalen Werte der bürgerlichen Gesellschaft, fand Eingang in das Modell, das dann vom Faschismus realisiert wurde.

Um das faschistische korporative Modell zu vollenden, waren aber weitere Schritte nötig. Der erste und entscheidende erfolgte im Ersten Weltkrieg. Die revolutionären Syndikalisten sahen im Krieg einen Weg, die bürgerliche Ordnung zu überwinden und dem Kapitalismus einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Sie verließen die neutralen Positionen der Mehrheit der Arbeiterbewegung und unterstützten die Beteiligung an diesem Krieg. Das Umschwenken von der Neutralität zum Interventionismus hatte eine Bedeutung, die alles andere als zeitweilig war. Für die Mehrheit der revolutionären Syndikalisten bedeutete dies, von pazifistischen und antimilitaristischen Positionen zur Unterstützung nationalistischer Doktrinen überzugehen, an die Stelle des Klassenkampfes den Kampf

---

1 Deutsche Fassung des Referats auf der 42. Linzer Konferenz (14.-17. September 2006) der Internationalen Tagung der HistorikerInnen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen zum Thema „ArbeiterInnenbewegung und Rechtsextremismus" (Siehe zur Konferenz den Bericht im vorliegenden Heft).

zwischen den Nationen zu setzen, die Arbeiterklasse auf Ziele der nationalen Größe einzuschwören. Der Begriff der Arbeiterklasse wurde durch den der „Produzenten" ersetzt. Dies aber war ein Schlüsselbegriff im Wortschatz Mussolinis und seines nationalen Syndikalismus. Er bezeichnete nicht nur den Lohnarbeiter, sondern war eine nebulöse, vieldeutige Kategorie, die sowohl den Lohnarbeiter, als auch den Techniker und sogar den Unternehmer einschloß. Er enthielt ein hierarchisches Element, das im Gegensatz zu dem von der Definition behaupteten egalitären Anspruch stand. Kurz gesagt, dieses Wort bezeichnete einen großen Plan von Klassenkollaboration, eine neue Ordnung zur maximalen Stärkung der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Macht des Vaterlandes. Das war der letzte Schritt zur Vollendung des Modells. Diese Ideen fanden im italienischen Faschismus ihre Umsetzung.

Zugleich sei darauf hingewiesen, daß das proletarische und antifaschistische Italien während der gesamten Zeit der Diktatur sowohl auf dem Lande als auch in den Industriezentren die Erinnerung an die heroischen Kämpfe der Entstehungszeit der sozialistischen und Arbeiterbewegung sowie der unmittelbaren Nachkriegsjahre wach hielt. Dieses Gedächtnis zu bewahren, bedeutete einen eindeutigen Affront gegen den *fascio*, den Faschisten, den Agenten des Unternehmers, der nicht nur den revolutionären Traum in weite Ferne gerückt, sondern den Arbeitern vor allem die Möglichkeit genommen hatte, sich selbst zu verteidigen, Tarifkämpfe zu führen und so bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erreichen.

Jedoch exakt dieses Bedürfnis nach Selbstverteidigung konnte der Faschismus nutzen, um eine Klasse zu integrieren, die sich während der ganzen zwanzig Jahre seiner Existenz für die vom Regime verbreitete Begeisterung und seine Ideen als weitgehend unempfänglich erwiesen hatte. Vor allem die Industriearbeiter lehnten sie ab. Sie blieben eine stumme, feindselige Masse, wenn bei Besuchen des Duce Ovationen angesagt waren, wie es zum Beispiel bei Fiat und auch in den großen Industriebetrieben von Sesto San Giovanni bei Mailand geschah, das als Wiege des Faschismus galt. Von den Massen auf dem Lande kamen weniger eindeutige Signale, was wohl daran lag, daß die Bevölkerung verstreut war und finanzielle Erpressungsmanöver angesichts extremer Armut sowie der Klientelpolitik der faschistischen Landarbeiterorganisation ihre Wirkung nicht verfehlten.

Der nationale Syndikalismus war das Banner, unter welchem das Regime die Arbeitermassen, die Proletarier in Stadt und Land, zu sammeln, zu disziplinieren und zu organisieren gedachte. Er gründete sich auf Korporatismus und verschmolz mit ihm. Im Unterschied zu diesem besaß er jedoch eine eigene Substanz, die es ihm ermöglichte, Tarifmacht zugunsten der Arbeiterklasse zu simulieren und zeitweilig auch auszuüben, was nach der Theorie vom faschistischen Staat eigentlich nicht zulässig war. Er war ein Kapitel im schwierigen und widerspruchsvollen Prozeß der faschistischen Modernisierung und an der komplizierten Grenzlinie verortet, an der in Frankreich, vor allem aber in Italien eine beun-

ruhigende Verflechtung zwischen den Kulturen der destruktiven Rechten und der revolutionären Linken stattfand.

In den Jahren der Diktatur waren die faschistischen Gewerkschaften eine imposante Massenorganisation, sehr bürokratisch und nicht immer effektiv beim Schutz der Interessen ihrer Mitglieder. Sie waren dem Willen des Duce weitgehend untergeordnet, wenn es um den verdeckten politischen Kampf verschiedener Organisationen – der Nationalfaschistischen Partei (PNF), der Gewerkschaften und anderer Vereinigungen – ging, die den Konsens in der Gesellschaft herzustellen und Propaganda zu verbreiten hatten.

In der faschistischen Zeit hatten die Gewerkschaften die Aufgabe, Forderungen ökonomischer oder rechtlicher Natur zu stellen und sich an der Indoktrinierung der Massen zu beteiligen. Enge Grenzen setzten ihnen jedoch die Unternehmer, die sich strikt weigerten, bei Tarifen, Löhnen oder Gesetzen Zugeständnisse zu machen. Mussolini stellte sich dabei gern als der oberste Vermittler der Arbeiterforderungen dar, ohne einen Konflikt mit der Wirtschaft zu riskieren und damit die Vereinbarungen in Frage zu stellen, auf denen seine Diktatur beruhte. Als Vermittler hatte er die Wahl, entweder rhetorisch die nationalen Interessen zu beschwören oder, wenn das fehlschlug, zur Waffe der politischen Repression zu greifen. In solchen Zeiten wie den dramatischen zwanziger Jahren, der Elendsperiode, die auf die Weltwirtschaftskrise von 1929 folgte, oder in den Jahren der Autarkie nach der Aggression gegen Äthiopien 1935 war es vor allem die Aufgabe von Justiz und Polizei, die Unzufriedenheit des Volkes zu unterdrücken (ein Fakt, den Renzo De Felice, der wichtigste Mussolini-Historiker, stark unterschätzt).

Als aber Ende der dreißiger Jahre der Weltkrieg, den Mussolini selbst international anstrebte, unmittelbar bevorstand, änderten sich die Dinge. Die Forderungen des Volkes konnten nicht länger mit dem Polizeiknüppel oder mit rhetorischem Zuckerbrot zum Schweigen gebracht werden. Der Faschismus mußte seinen Gewerkschaften die Genugtuung einiger Siege verschaffen. So wurde 1939 der Posten des (allerdings nicht gewählten) *fiduciario*, des „Betriebsvertrauensmanns", wieder eingeführt, die Gewerkschaften konnten in der Industrie neue und relativ bessere Tarifbedingungen durchsetzen. Das war allerdings der Augenblick, da das gesamte Gebäude bereits zu zerfallen begann.

Zu bestimmten Zeiten beschränkte sich die Funktion der Gewerkschaften nicht allein darauf, Forderungen zu stellen oder Propaganda zu verbreiten. Besonders auf lokaler Ebene waren sie auch für den Schutz des einzelnen Arbeiters da. Diese Rolle (die wir durchaus als klientelistisch definieren können) war nie völlig frei von diskriminierender Erpressung. Bedenken wir nur, daß die Mitgliedschaft in der faschistischen Gewerkschaft über Einstellung oder Ablehnung eines Arbeiters entscheiden konnte. Die faschistische Gewerkschaft erwies ihren Mitgliedern auf jeden Fall Unterstützung und Beratung seitens ihrer Funktionäre (ca. 210.000 im Jahre 1940), die sie durch den bürokratischen Dschungel geleiteten, um an die einfachen „Wohltaten" des Regimes zu gelangen: Ferienlager für ihre Kinder, medizinische Behandlung, Renten und Versicherungen, Unterhaltung,

Veranstaltungen und Reisen. Die „Opera Nazionale Dopolavoro“ (OND), das – wenn auch bescheidener angelegte – italienische Äquivalent für die deutsche „Kraft durch Freude“, band die Arbeiter in ein Netz kleiner Vorteile ein und stand ab 1939 unter direkter Leitung der Gewerkschaften.

Diese Umarmungsstrategie konnte die Feindseligkeit jener nicht erschüttern, die durch persönliche Erlebnisse oder Familientradition die Erinnerung an die Gewalt wach hielten, mit der die faschistischen Schlägertrupps einst gegen die Arbeiter vorgegangen waren. Sie hatten sich jedoch des subtilen Drucks und der sanften Korrumpierung zur Schwächung ihres Bewußtseins zu erwehren. Über Einzelbefragungen haben Historiker versucht, die schwer zu überwindende Schwelle zur Privatsphäre und zu den innersten Überzeugungen zu überwinden. Das hat ein realistisches und vielfältiges Bild ergeben. Der Beitritt zu den faschistischen Jugendorganisationen „Balilla“ oder „Piccole Italiane“ brachte eine Uniform samt Unterwäsche ein, wenn diese auch nicht immer komplett war. Das konnte im notleidenden, hungernden und zerlumpten Italien der Zwischenkriegsjahre ein kleines Vermögen bedeuten. Wenn der Eintritt in eine faschistische Organisation auch einen Kniefall vor der Diktatur bedeutete, fiel es manchem schwer, der Verführung zu widerstehen, Bedürftigkeit zu negieren oder den eigenen Kindern weitere Opfer aufzuerlegen.

Es bildete sich eine Situation heraus, die in den von totalitären Diktaturen beherrschten Ländern weit verbreitet war. Der italienische Faschismus war nie imstande, alle Lebensbereiche abzudecken. Wie Nazismus und Stalinismus war auch er nicht in der Lage, das Modell eines „perfekten“ Totalitarismus zu schaffen. In den Nischen der Diktaturen konnten Überzeugungen, Verhaltensweisen und Existenzformen überleben, die heute nur schwer zu definieren sind. Arbeiter und Arbeiterklasse hatten mit denselben widersprüchlichen Bedingungen fertigzuwerden wie die Mehrheit der Bürger. Akzeptanz des Regimes existierte neben verdeckter Skepsis, Verachtung für die provozierende Dummheit der Parteiführer, Wut über den Verrat, als dessen Opfer sich viele empfanden.

Als das faschistische Regime dann in die Krise geriet, schlug das Klima um. Soziale Konflikte brachen auf, die als Sehnsucht nach akzeptablen und humanen Lebensbedingungen immer geschwelt hatten. Sie brachten das Gewebe der bisher im Untergrund wirkenden antifaschistischen Verschwörung ans Licht. Das geschah bekanntlich im Frühjahr 1943 in der Zeit des Zerfalls, die der militärischen Niederlage und dem Sturz Mussolinis vorausging, und setzte sich nach der deutschen Besetzung und in der faschistischen Republik ab Herbst 1943 fort, da sich im Lande der Partisanenkampf organisierte. Die Streiks der Arbeiter in den Industriebetrieben des Nordens waren der Kern des Aufruhrs, der sowohl die deutschen Besatzungstruppen als auch die Faschistenführer in Angst und Schrecken versetzte. Den Deutschen ging es dabei vor allem darum, die öffentliche Ordnung und die Produktion aufrechtzuerhalten. Die Faschistenführer hatten andere Gründe für ihre Sorge. Die Streiks bedeuteten nicht nur ein Nein zu Krieg und kapitalistischen Strukturen, sondern auch zum ganzen Projekt der

Errichtung eines neuen Staates und einer neuen Zivilisation, wie sie der Faschismus proklamierte.

Den Kämpfen der italienischen Arbeiterklasse von 1943 bis 1945 kommt somit eine weitergehende Bedeutung zu. Diese zeigt sich darin, daß die Arbeiter nicht nur gegen Hunger und Naziterror, für ihre Befreiung von der Diktatur und für die Machtergreifung, beginnend mit den eigenen Betrieben, stritten, sondern sich auch direkt gegen die Konzeption von nationalen Gewerkschaften wandten und dieser eigene ethische und humanistische Vorstellungen entgegensetzten.

In den letzten beiden Kriegsjahren wurde das faschistische Projekt unter die Losung der „socializzazione" (Sozialisierung) gestellt. Es war ein konfuses, unklares Unterfangen, das sich nicht mehr recht entfalten konnte. Die „socializzazione" der Unternehmen wurde von den deutschen Besatzungstruppen, von den Unternehmern und führenden Teilen des faschistischen Apparates verhindert. Manche ihrer Vertreter, insbesondere Wirtschaftsminister Angelo Tarchi, tendierten zu einer moderaten Lösung auf der Grundlage des Modells des katholischen Korporatismus, der das Privateigentum und zugleich die Selbständigkeit der gesellschaftlichen Klassen respektiert.

Die letzten Repräsentanten des faschistischen Syndikalismus forderten die Gründung eines einzigen nationalen Dachverbandes, der alle Beteiligten am Produktionsprozeß einschließen sollte, sowie die Bildung von Unternehmensvorständen, in denen die Arbeiter den Besitzern gleichgestellt sein sollten. Letztere galten danach lediglich als ein Bestandteil des Produktionsprozesses. Noch mehr als bei der „socializzazione" der Wirtschaft, die zwar formal verkündet, aber kaum umgesetzt wurde, kam es diesen Gewerkschaftsvertretern bei der politischen Repräsentation in einem künftigen Staatswesen darauf an, daß diese auf der Mitgliedschaft in den verschiedenen vom Staat anerkannten Organisationen beruhen sollte. Das hätte die radikalste Umsetzung des Projekts des nationalen Syndikalismus bedeutet, das auf dem vom *Gran Consiglio del Fascismo* im Oktober 1925 beschlossenen Modell einer juristischen Anerkennung der Gewerkschaften beruhte.

Vom Herbst 1944 bis zum Frühjahr 1945 häuften sich die Fälle, da Arbeiter aufgefordert wurden, sich an den podestá, den Lokalregierungen, zu beteiligen. Mussolini persönlich bewertete diese Maßnahmen in seiner letzten öffentlichen Rede im Mailänder Teatro Lirico am 16. Dezember 1944 als einen Beweis für das triumphale Voranschreiten seines Projektes. Wenn man von den Ansprüchen der „socializzazione" ausgeht, dann waren dies sehr bescheidene Ergebnisse, die lediglich eine Beteiligung an der Verwaltung ohne jeden politischen Einfluß beinhalteten.

Ihre Bedeutung lag jedoch darin, daß sie eine grundlegende Alternative aufzeigten, das Gewicht gesamtnationaler Gewerkschaften bestimmten, die Ziele und Projekte offenbarten, die hinter der Kompromißfassade des Regimes in den vergangenen zwanzig Jahren gereift waren. Diese konnten erst zum Tragen kommen, so behaupteten die Apologeten und Propagandisten der „sozialen" Lösung in den letzten Monaten der Republik, als nach „dem infamen Verrat des

Hauses Savoyen“ und der „Kehrtwendung“ der kapitalistischen Bourgeoisie der wirkliche, originäre Faschismus im von Katastrophen geschüttelten Italien des Zweiten Weltkrieges Einzug halten konnte. So trat das antikapitalistische Gesicht, der plebejische Antikapitalismus des italienischen Faschismus wieder in den Vordergrund, nachdem er in den zwanzig Jahren zuvor in die fast komplette Impotenz getrieben worden war.

Dazu gehört auch als unbestreitbares Zeichen des totalitären Charakters des ganzen Projekts die Zuspitzung des Krieges der Kulturen – Europa gegen den Bolschewismus, gegen die Korruption des „jüdisch-freimaurerischen Kapitalismus“, Italien gegen die „Völker der Wilden“, die es von Süden zu überrennen drohten. Der Appell, den Kampf bis zum bitteren Ende zu führen, war von rassistischen und antisemitischen Untertönen begleitet. So entstand ein sehr geschlossenes Projekt, durchaus keine Improvisation, wenn wir zum Beispiel bedenken, daß es von Beginn des Zweiten Weltkrieges an vor allem die faschistischen Gewerkschaften waren, die zu den überzeugendsten Propagandisten von Kriegsthemen mit eindeutig antisemitischer Zielrichtung gehörten.

Der Faschismus, der aus dem Krieg geboren wurde und sich in den zwanzig Jahren seiner Existenz dem Krieg verschrieben hatte, enthüllte hier den tiefsten Sinn seiner Politik: Wie der Nationalismus betrachtete auch der republikanische Faschismus Arbeit nicht als einen Wert an sich. Sie war für ihn stets ein Instrument, die Größe der Nation zu erringen. Andererseits war für die Ideologien, die sich dem Faschismus entgegenstellten, vor allem die marxistischer oder christlich-sozialer Ausprägung, Arbeit die Vollendung und der Ausdruck der Persönlichkeit des Menschen. Ein Konzept, das in allen Aussagen von Arbeitern aufscheint, die im Widerstand gekämpft haben. Mag dieses auch nicht das Leitmotiv des standhaften Widerstandes so vieler Menschen gewesen sein, wie die Mythologie des demokratischen und republikanischen Italien uns glauben machen will, langfristig ist es der Schlüssel, um die ethische und historisch-politische Bedeutung des Verhältnisses zwischen Faschismus und Arbeiterklasse zu verstehen.

Aus dem Englischen übersetzt von Helmut Ettinger.

# Biographisches

## Klavdija Kirsanova – Rektorin der Internationalen Leninschule in Moskau

Julia Köstenberger

Die Internationale Leninschule (ILS)[1] in Moskau war von 1926 bis 1938 die wichtigste Kaderausbildungsstätte der Kommunistischen Internationale. Von Mai 1926 bis Mitte 1938 studierten etwa 3.500 Personen aus 59 Ländern[2] in der „Roten Hauptstadt" Moskau die ideologischen Grundlagen des „Marxismus-Leninismus", erfuhren hier eine politische Sozialisierung und Disziplinierung und wurden in das sowjetische Weltbild eingeführt. Die Aufgabe der AbsolventInnen bestand darin, die „Generallinie" in allen Kommunistischen Parteien der Welt umzusetzen. Das bedeutete zu dieser Zeit nichts anderes, als die kommunistische Bewegung in den Dienst Stalins zu stellen: d. h. die innerparteiliche Opposition zu bekämpfen und die politischen Interessen der Sowjetunion bedingungslos zu verfolgen.

Die Kaderschule stellte somit einen wichtigen strategischen Posten dar. Daher war es von großer Bedeutung, daß der Rektor der Leninschule die Interessen der Führung der Komintern und VKP(b) durchsetzen konnte. Die Vorherrschaft und der Führungsanspruch der VKP(b) innerhalb der Komintern spiegelten sich auch in der Besetzung dieser Funktion wider: Mit Nikolaj Bucharin (1926-1930) und Klavdija Kirsanova (1930-1931; 1933-1937) standen die meiste Zeit russische Funktionäre – „alte Bolschewiki" mit langjähriger Erfahrung als Berufsrevolutionäre – an der Spitze der internationalen Kaderschmiede. Während Bucharin 1911 bis 1917 in mehreren Ländern Europas und in den USA in der Emigration gelebt hatte,[3] verfügte Kirsanova über keinerlei politische Erfahrung außerhalb Rußlands und haderte immer wieder mit ausländischen Parteifunktionären.

---

1 Zur Institutionsgeschichte der ILS siehe: Barry McLoughlin: Stalinistische Rituale von Kritik und Selbstkritik in der Internationalen Lenin-Schule, Moskau, 1926-1937, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2003, S.87-94. Der Tagungsband zur internationalen wissenschaftlichen Konferenz in Hannover „Die Kommunistische Internationale: Personen, Apparate und Strukturen" (28.-30.4.2004) ist in Vorbereitung und wird meinen Beitrag „Die Internationale Leninschule 1926-1938" enthalten.

2 Die angegebenen Zahlen beruhen auf Auswertung der Statistiken der Verwaltungsakten der Leninschule (Fonds 531) aus dem Rußländischen Archiv für sozial-politische Geschichte (im weiteren: RGASPI) v.a. aus den Beständen 531/1/29; 531/1/39; 531/1/47; 531/1/56; 531/1/62; 531/1/84; 531/1/103; 531/1/106.

3 Siehe Kurzbiographie in: V. A. Torčinov/A. M. Leontok: Vokrug Stalina. Istoriko-biografičeskij spravočnik, Sankt-Peterburg 2001, S.106f.

Beide gehörten 1918 der parteiinternen Oppositionsgruppe der „Linken Kommunisten“[4] an.
Nur verhältnismäßig kurze Zeit stellten Vertreter anderer KPs als die der VKP(b) den Rektor der ILS: 1932/33 leitete Wilhelm Pieck[5] als Spitzenfunktionär der KPD die Kaderschmiede. In dieser kurzen Periode erlebte diese einen wichtigen Strukturwandel: Bei der Organisation der neuen Schulleitung und des Unterrichts erhielten die Komintern und die Parteienvertreter mehr Einfluß, so daß die Ausbildung inhaltlich den Bedürfnissen der KPs etwas mehr entgegenkam. In der Endphase 1937/38 verwaltete das Mitglied des Politbüros der KP Bulgariens Vylko Červenkov[6], der Schwager des Generalsekretärs der Komintern Georgi Dimitrov, die Leninschule. Červenkov lebte zu diesem Zeitpunkt schon über zehn Jahre als Emigrant in der UdSSR, war selbst an mehreren Kaderschulen in Moskau ausgebildet worden und unterrichtete bereits seit 1933 an der ILS.[7]
Die Geschichte der Leninschule ist jedoch sehr stark von der Person Klavdija Kirsanovas geprägt. Sie war bereits an der Gründung der Kaderschmiede führend beteiligt. Nachdem der V. Weltkongreß (17.6.-8.7.1924) der Komintern die Notwendigkeit der Einrichtung von Kaderschulen als Instrument zur Bolschewisierung der Parteien in einer Resolution festgestellt hatte,[8] initiierte im Oktober 1924 der ehemalige Führer der ungarischen Räterepublik Béla Kun als nunmehriger Leiter der Agitpropabteilung des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) die Vorbereitungsarbeiten für die „Internationalen Lenin-Kurse“.[9] Das ZK der VKP(b) unterstützte das Vorhaben durch die Bereitstellung von Personal und durch die Beteiligung an der Ausarbeitung der Lehrpläne.[10] Schließlich wurde im Juni 1925 Klavdija Kirsanova aufgrund ihrer Erfahrungen im Bereich der Parteischulung als Verantwortliche der Organisationskommission des EKKI zur Gründung der „Lenin-Kurse“ eingesetzt. Sie war damals Leiterin der Kurse für Kreisparteiarbeiter beim ZK und brachte als ehemalige stellvertretende Rektorin

---

4 Die „Linken Kommunisten“ traten 1918 gegen den Abschluß des Friedens von Brest-Litovsk ein und standen damit in Opposition zur Politik Lenins. Sie waren der Ansicht, daß mit dem Fortgang des Krieges die Revolution in den Westen getragen werden könnte.
5 Kurzbiographie siehe z. B.: Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004, S.564-566.
6 Kurzbiographie siehe z. B.: Milorad M. Drachkovitch/Branko Lazitch (Hrsg.): Biographical Dictionary of the Comintern. New, Revised and Expanded Edition, Stanford 1986, S.70f.
7 RGASPI 531/1/125,81-88: Zamestitelju zavedujuščego otdelom agitacii i propagandy pri CK VKP/b/, tov. Rubinštejnu. Dokladnaja zapiska; 2.12.37.
8 G. M. Adibekov/E. N. Šachnazarova/K. K. Širinja: Organizacionnaja struktura Kominterna 1919-1943, Moskva 1997, S.127.
9 Ebenda, S.114. RGASPI 531/1/1,3-5: V Politbjuro CK RKP/b/ ot Zav. Agit. Propotdelom IKKI Bela Kun, 3.2.1925.
10 RGASPI 531/1/1,8: Materialy ob organizacii meždunarodnych leninskich kursov v Moskve, 1925.

der Sverdlov-Universität[11] in Moskau entsprechende Voraussetzungen mit.[12] Auch der Mitbegründer der KP Ungarns und Lektor der Kommunistischen Universität der nationalen Minderheiten des Westens (KUNMZ)[13] Laszlo Rudas und der ehemalige Führer der litauischen Sowjetrepublik und Leiter der Orgabteilung des EKKI Vincas Mickevicius-Kapsukas bereiteten den Beginn der Schulungen entscheidend vor.[14] Nachdem der Eröffnungstermin schon so oft aufgrund von organisatorischen Schwierigkeiten verschoben worden war, begannen Mitte Mai 1926 die ersten „Internationalen Leninkurse".[15]

Obwohl Nikolaj Bucharin als führender Kominternfunktionär offiziell zum Rektor der ILS bestimmt wurde,[16] führte von Anfang an Klavdija Kirsanova als seine Stellvertreterin das Tagesgeschäft. Auf Kirsanova und Rudas lastete die gesamte Aufbauarbeit der ersten Monate. Beide dachten aufgrund dieser Überlastung bereits im Herbst 1926 daran, diese Tätigkeit zu beenden. Rudas fühlte sich von anderen Schulleitungsmitgliedern im Stich gelassen; Kirsanova hielt sich selbst aufgrund ihrer fehlenden internationalen Erfahrung dieser Aufgabe nicht ausreichend gewachsen. Außerdem leitete sie gleichzeitig noch immer die Kreisparteiarbeiterkurse beim ZK.[17] Diese Doppelbelastung wurde erst im Frühjahr 1928 durch die Einstellung dieser Kurse beseitigt.[18] Kirsanova blieb schließlich mehr als zehn Jahre de facto die wichtigste Funktionärin der Leninschule. Bucharin verlor nach der Niederlage im parteiinternen Machtkampf gegen Stalin 1929/30 seine wichtigsten Funktionen in der Partei und in der Komintern. Nach der politisch bedingten Absetzung Bucharins im Februar 1930

---

11 Die Sverdlov-Universität (1919-1937) war die erste Kommunistische Universität und galt als Vorbild für andere höhere Parteischulen. Sie basierte auf mehrwöchigen Kursen für Agitation und Propaganda, die bereits im Juni 1918 unter der direkten Kontrolle der Parteiführung organisiert worden waren.

12 RGASPI 531/1/1,19-20: Vypiska iz protokola No 86 zasedanija Orgbjuro CK RKP/b/ ot 19/VI 1925.

13 Die Kommunistische Universität der nationalen Minderheiten des Westens (KUNMZ) existierte zwischen 1921 und 1936. Sie war grundsätzlich für die Ausbildung der Kader innerhalb der UdSSR zuständig, doch von Anfang an studierten auch Ausländer an dieser Insititution. Zur Geschichte der KUNMZ siehe: Julia Köstenberger: Die Geschichte der 'Kommunistischen Universität der nationalen Minderheiten des Westens' (KUNMZ) in Moskau 1921-1936; in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2000/2001, S.248-303.

14 RGASPI 531/1/1,26: Protokol Zasedanija Komissii po organizacii Meždunarodnych Leninskich Kursov, 1925.

15 RGASPI 531/1/3,2-5: Protokol zasedanija pravlenija MLK ot 6-go maja 1926 goda; J. T. Murphy: Das erste Jahr der Lenin-Schule und ihre Perspektiven, in: Kommunistische Internationale 1927, H. 37, S.1806.

16 RGASPI 17/112/701,91: Spravka iz protokola 109 zasedanija Sek-ta CK ot 18/IX-25 goda.

17 RGASPI 531/1/3,20-21 Protokol zasedanija pravlenija MLK ot 2 /VIII -26 g.

18 RGASPI 531/1/11,8: Protokol No 32 zasedanija pravlenija MLK ot 6 marta 1928.

als Rektor der ILS[19] übernahm Kirsanova nun auch offiziell den Posten. Der kurzen Unterbrechung 1932/33 folgte eine zweite „Amtszeit" bis November 1937.

Die Akten der ILS vermitteln ein interessantes Bild von der Persönlichkeit Klavdija Kirsanovas. Sie scheint der „Prototyp" der sowjetischen Frau und Berufsrevolutionärin gewesen zu sein. Der Ruf von Unnahbarkeit, Strenge und Streitbarkeit haftete ihr an. Parteidisziplin und auch Machtbewußtsein gehörten zu den wichtigsten Eigenschaften der Rektorin. Sie war Mitglied der „Gesellschaft der alten Bolschewiki" und der „Gesellschaft der ehemaligen Polithäftlinge und -verbannten". Ihre Biographie war tatsächlich jene einer „alten Bolschewikin".

Klavdija Kirsanova wurde am 4. April 1888 als Tochter einer wohlhabenden Familie in Kulbaki in der Nähe von Nižnij Novgorod geboren. Die Familie hatte durch den Bruder Klavdijas, Aleksej Kirsanov, Kontakt zu revolutionsgesinnten Studenten. Die Verhaftung Aleksejs 1896 beeinflußte Klavdija in ihrer weiteren Entwicklung entscheidend. Schon in ihrer Jugend, die sie im Ural verbrachte, leitete sie eine politische Schülerorganisation, weshalb sie nur mit Mühe das Gymnasium abschließen konnte. Bereits mit 16 Jahren (1904) trat sie der RSDRP[20] in Kungur bei Perm bei. Ab 1906 wurde sie immer wieder wegen ihrer illegalen Tätigkeit verhaftet, 1907 gemeinsam mit Jakov Sverdlov und Evgenij Preobraženskij. Schließlich mußte Kirsanova 1913 für vier Jahre in die Verbannung in das Gebiet von Jakutsk in Ostsibirien, wo sie sich bis zur Februarrevolution 1917 aufhielt. Nach der bolschewistischen Machtübernahme baute Kirsanova im Ural die Sowjetmacht auf. Sie wirkte als Vorsitzende des zentralen Sowjets im Bogoslovsker Kreis und des Parteikomitees in Nadeždinsk (heute: Serov).

Obwohl sie aktives Mitglied der Opposition der „Linken Kommunisten" war, wurde sie vom ZK mit verantwortlichen Arbeiten beauftragt. Während des Aufstandes der Sozialrevolutionäre im Juli 1918 in Moskau mobilisierte und führte sie nach den Anweisungen des Stabes eine Truppe lettischer Schützen. Danach kehrte Kirsanova in den Ural zurück, wo sie im Bürgerkrieg als Vorsitzende des Militärsowjets eines nördlichen Bezirks tätig war und selbst an der Front kämpfte. Ihr wurde sogar die Organisation der Verhaftung des Zaren übertragen. Kirsanova wurde später für ihre Verdienste im Bürgerkrieg mit einer Ehrenurkunde ausgezeichnet. Nach einem kurzen Aufenthalt in Moskau als Sekretärin im Bezirk Chamovničeskij[21] und als Vorsitzende der Frauenkommission beim ZK führte sie ihre Arbeit im September 1919 im Ural fort, zunächst in Ekaterinburg, dann in Perm als Leiterin der Politabteilung des Gouvernementsmilitärkommis-

19 RGASPI 495/4/12,157-159: Protokoll Nr. 40 der Sitzung der Politischen Kommission des Politsekretariates des EKKI am 3. Februar 1930.

20 RSDRP – russische Abkürzung für Rußländische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Rossijskaja social-demokratičeskaja rabočaja partija).

21 Der Bezirk wurde später in Frunzenskij umbenannt.

sariats. Schließlich wurde sie in Sibirien in der Stadt Omsk als Sekretärin des Stadtkomitees eingesetzt.

Ab 1920 sammelte Kirsanova Erfahrungen im Bereich der Kaderschulung. In Omsk organisierte sie als Rektorin die Gebietsparteischule in die Kommunistische Arbeiter- und Bauernuniversität Sibiriens um. Danach etablierte sie sich in Moskau 1922 bis 1924 als stellvertretende Rektorin und faktische Leiterin der Sverdlov-Universität und 1924 bis 1928 als Rektorin der Kurse für Kreisparteisekretäre beim ZK der VKP(b). Damit empfahl sie sich für die verantwortliche Position bei der Planung und Gründung der Leninschule 1925/26.[22]

Kirsanova verstand es sehr gut, die Interessen der ILS immer wieder durchzusetzen. Denn aufgrund des chronischen Mangels an qualifizierten und politisch immer auf der aktuellen Generallinie der Partei stehenden Lektoren gab es zwischen den einzelnen Kaderschulen einen regelrechten Konkurrenzkampf um Ressourcen. Deshalb tauchte 1929 im Zuge der Planungen zur Zentralisierung des sowjetischen Parteischulsystems die Idee auf, die Schulung ausländischer Kader an einer Institution zu konzentrieren und die ILS von einer kleinen exklusiven Kaderschmiede in eine Internationale Kommunistische Universität (IKU) umzuwandeln. Darin sollten die Kommunistische Universität der Werktätigen Chinas (KUTK)[23] und die entsprechenden „ausländischen" Sektoren der Kommunistischen Universität der Werktätigen des Ostens (KUTV)[24] und der KUNMZ aufgehen.[25] Kirsanova begründete 1931 die Notwendigkeit einer Internationalen Universität damit, daß es politisch „schädlich" wäre, die Schulung von Kadern aus Ost und West zu trennen. Eine gemeinsame Schulung würde „chauvinistischem und kolonisatorischem Verhalten" in den Parteien der imperialistischen Länder entgegenwirken. Das Hauptmotiv stellte aber sicher das finanzielle und personelle Problem dar. Kirsanova versuchte, Geldmittel und Lehrkader an

22 Die Biographie Kirsanovas wurde zusammengestellt aus: RGASPI 531/1/238,78-81: Avtobiografija, 14.4.1932. RGASPI 531/1/238,95-96: Anketa, 27.4.1932. RGASPI 531/2/24,166-172: Protokol No 20 zasedanija komissii po cistke partkollektiva MLŠ ot 28/X-33r. Kirsanova Klavdija. RGASPI 495/65a/9236: Kaderakte Klavdija Kirsanova.

23 Die KUTK wurde 1925 gegründet und bildete Kader für die Chinapolitik der Komintern aus, die eine Einheitsfront zwischen der KP Chinas und der bürgerlich-nationalen Kuomintang vorgab und den Kampf gegen die britische Herrschaft unterstützen sollte. 1930 wurde die Schule aufgrund starker oppositioneller Strömungen geschlossen.

24 Die KUTV wurde im April 1921 für die Ausbildung von Mitgliedern der RKP(b) aus Mittelasien, dem Kaukasus und den östlichen Regionen Sowjetrußlands gegründet. In einem „internationalen Sektor" wurden auch Vertreter ausländischer Parteien und Mitglieder revolutionärer Bewegungen u. a. aus Afghanistan, China, Korea, der Mongolei, der Türkei und den Kolonialländern ausgebildet. Die Schule existierte bis 1938, der 1936 ausgegliederte ausländische Teil bis 1941.

25 RGASPI 531/1/21,2-3: Protokol No 54 zasedanija pravlenija MLŠ ot 1-fevralja 1930.

der ILS zu konzentrieren.[26] Angesichts der schnellen Expansion der ILS war dies ein verständliches Anliegen. Bereits Ende 1930 studierten hier 570 Personen aus 51 Parteien, dabei waren die 104 chinesischen Studenten der ehemaligen KUTK noch nicht eingerechnet.[27] Nachdem die KUTK 1930 aufgrund der „Entlarvung einer trotzkistischen Organisation"[28] geschlossen worden war, beauftragte die Politkommission des EKKI die ILS mit der parteipolitischen Erziehung der Chinesen,[29] und die beiden Institutionen wurden fusioniert.[30] Im Laufe des Jahres 1931 erwartete die Schulleitung sogar einen Stand von 1.200 Personen.[31] Diese Verdoppelung ist allerdings nicht nachvollziehbar, denn niemals befanden sich auch nur annähernd so viele Studenten an der ILS. Die Hochrechnung auf 1.200 Personen dürfte wohl als vorgetäuschtes Argument in der Diskussion um die IKU zu werten sein. Auch wenn im Frühjahr 1931 das Projekt einer Internationalen Universität aufgrund des Widerstands der KUNMZ (und wahrscheinlich auch KUTV) offiziell aufgegeben wurde, versuchte Kirsanova durch Installierung neuer nationaler Sektoren die ILS de facto als solche zu etablieren. Die Entwicklung verlief vor allem zuungunsten der KUNMZ, die einige Abteilungen schließen mußte.[32] Die Einrichtung indischer und arabischer Kurse an der ILS[33] kam mangels Interessenten nicht zustande. Die Leninschule konnte der KUTV keine Konkurrenz machen.

*Die Ab- und Wiedereinsetzung Kirsanovas 1931 bis 1933*

1931 war ein einschneidendes Jahr in der Parteikarriere Kirsanovas. Die Diskussion über einen Brief Stalins an die Redaktion der wissenschaftlichen Zeitschrift

---

26 RGASPI 531/1/27,51-55: Dokladnaja Zapiska delegacii VKP/b/ v Komintern po voprosu ob ukreplenii Meždunarodnoj Leninskoj Školy v svjazi s usileniem podgotovki kadrov dlja Kominterna, 1931.

27 RGASPI 531/1/18,28: Dokladnaja Zapiska v Sekretariat CK VKP o nabore studentov VKP/b/ v meždunarodnuju leninskyju školu, 26.11.1930.

28 RGASPI 495/4/12,157-159: Protokoll Nr. 40 der Sitzung der Politischen Kommission des Politsekretariates des EKKI am 3. Februar 1930.

29 RGASPI 495/4/358,243-246: Protokoll Nr. 49 der Sitzung der Politischen Kommission des Politsekretariats am 3. April 30.

30 RGASPI 531/1/21,2-3: Protokol No 54 zasedanija pravlenija MLS ot 1-fevralja 1930.

31 RGASPI 531/1/27,51-55: Dokladnaja Zapiska delegacii VKP/b/ v Komintern po voprosu ob ukreplenii Meždunarodnoj Leninskoj Školy v svjazi s usileniem podgotovki kadrov dlja Kominterna, 1931.

32 Zwischen 1930 und 1932 wurden an der ILS ein italienischer, spanischer, ungarischer, finnischer, tschechischer, skandinavischer, polnischer und rumänischer Sektor installiert. RGASPI 531/1/47,22: Svedenija o nacional'nom sostave sektorov v 1931/32 uč. godu. In der Folge wurden an der KUNMZ im Herbst 1931 der italienische, schwedische und norwegische Sektor aufgelöst und geschlossen an die ILS überführt. RGASPI 495/4/362,406-410: Protokoll Nr. 152 der Sitzung der Politischen Kommission des Pol. Sekr. am 3. Juli 1931.

33 RGASPI 495/4/123,83-86: Entwurf der Resolution zum Bericht der Genossin Kirsanova, 18.7.1931.

„Proletarskaja Revoljucija“[34] Ende 1931 bildete den Hintergrund für die Absetzung Kirsanovas als Rektorin. Stalin legte mit diesem Brief die ideologische Grundlage für die Theorie des Sozialfaschismus, die die Sozialdemokratie als einen Flügel des Faschismus definierte. Gleichzeitig gab Stalin endgültig eine unversöhnliche Linie gegenüber Trotzki vor. Eine liberale Haltung gegenüber der „Vorausabteilung der konterrevolutionären Bourgeoisie“ wäre Verrat an der Arbeiterklasse.[35] An der Leninschule verstanden die Schulleitung und einige Lektoren die politische „Bedeutung des Stalinbriefs“ bzw. den Kampf gegen die „trotzkistische Kontrabande“ und den „faulen Liberalismus“ nicht rechtzeitig. Es herrschte z. B. große Verunsicherung in der Bewertung bzw. Verurteilung eines vierteiligen Sammelbandes zur Geschichte der VKP(b), der an der ILS unter der Redaktion von Emel'jan Jaroslavskij entstand, in dem nun politische Fehler aufgefunden worden waren. Jaroslavskij genoß ein großes Ansehen als „alter Bolschewik“ und Parteiideologe und war zudem mit Klavdija Kirsanova verheiratet. Schließlich griff Anfang Dezember 1931 das für die ILS zuständige Bezirkskomitee der Partei an der Leninschule ein und sorgte für eine bedingungslose Umsetzung der politischen Linie. Einige Lektoren und wissenschaftliche Mitarbeiter wurden entlassen, umfassende Überprüfungen der Arbeit der ILS eingeleitet.[36] In der Folge geriet die Situation an der Kaderschmiede außer Kontrolle. In einer turbulenten Versammlung des Parteikollektivs der ILS am 9. und 10. Dezember 1931 gerieten Kirsanova und einige Mitglieder der Schulleitung stark unter Druck. Ihre Absetzung wurde von den Studenten gefordert. Nach einer Sitzung der Schulleitung, in der in Anwesenheit von Wilhelm Knorin als Vertreter der Komintern diese Ereignisse diskutiert wurden, verfaßte der chinesische Aspirant Čugunov[37] einen Resolutionsentwurf, in dem auch die aufgetretenen „Überspitzungen“ bei der Selbstkritik während der Parteiversammlung problematisiert wurden.[38] Dieses Schriftstück stellte den Auslöser für die Absetzung Kirsanovas dar und sorgte auch noch 1937 für Diskussionen. Das Bezirkskomitee warf der Rektorin vor, daß an der ILS die „Überspitzungen“ bei der Selbstkritik als „Hauptgefahr“ angesehen und „philosophische Diskussionen“ geführt würden, statt politische Fehler im Sinne des Stalinbriefes auszumerzen.[39] Nach

34 I. Stalin: O nekotorych voprosov istorii bolševizma. Pis'mo v redakciju žurnala „Proletarskaja Revoljucija“, in: Proletarskaja Revoljucija 1931, Nr. 6, S.3-13.

35 Ebenda, S.10f. Zu den Auswirkungen des Stalinbriefs an den Kaderschulen siehe: Leonid Babitschenko: Die Kaderschulung der Komintern, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 1993, S.49.

36 RGASPI 531/2/15,26-30: Proekt. Rezoljucija bjuro jačejki VKP/b/ Meždunarodnoj Leninskoj Školy (zasedanija 5-6 dekabrja), 11.12.1931.

37 Schreibweise aufgrund der Transliteration aus dem Russischen. Bei dem Namen handelt es sich höchstwahrscheinlich um ein Pseudonym.

38 RGASPI 531/2/15,112-113: O realizacii direktiv Rajkoma VKP/b/ po voprosu o likvidacii dopuščennych obščim sobraniem perechlestyvanij [ca. 14.12.1931].

39 RGASPI 531/2/15,46-111: Protokol No 7 Ekstrennogo zasedanija Bjuro jačejki ot 20 dekabrja 31 goda.

diesen Auseinandersetzungen bat Kirsanova in selbstkritischer Manier am 27. Dezember 1931 bei der Politkommission des EKKI selbst um die Absetzung als Rektorin.[40]

In einem persönlichen Brief an Stalin versuchte sie, die sogar der Bildung eines „Gruppenwesens"[41] beschuldigt worden war, ihre politische Ehre zu retten, und stellte ausführlich ihre Parteiergebenheit bzw. ihre Treue zu Stalin seit 1918/19 dar.[42] Sie schrieb: „Genosse Stalin, ich schreibe Ihnen diesen Brief, nachdem es schon den Beschluß über meine Absetzung von der Arbeit der Leninschule gibt, nachdem ich schon von dort mit Schimpf und Schande hinausgejagt worden bin, eine tiefere Wunde habe ich während der gesamten Arbeit in der Partei nicht erlitten. Folglich schreibe ich Ihnen nicht, um für meine Fehler um Verzeihung zu bitten, nicht um zu versuchen, an der Schule zu bleiben. Nein. Nur, damit Sie nicht der Verleumdung meiner Person glauben.

Ich bitte Sie, empfangen Sie mich, hören Sie mich an. Entziehen Sie mir nicht Ihr Vertrauen. Ich verehre Sie innig und bin Ihnen grenzenlos ergeben."[43]

Immerhin fiel Kirsanova nicht ganz in Ungnade. Sie wurde 1932 mit dem Leninorden ausgezeichnet, übernahm eine führende Position in der Orgabteilung des EKKI bis 1933 und leitete gleichzeitig die Internationale Frauenabteilung des EKKI noch bis November 1935. 1934 reiste sie als Teilnehmerin des Internationalen Frauenkongresses gegen Krieg und Faschismus nach Paris.[44]

Nach einer „Bewährungszeit" von etwa einem Jahr konnte Klavdija Kirsanova am 10. Januar 1933 bei Stalin persönlich vorsprechen. Für sie stellte dies den Wendepunkt ihrer politischen Karriere dar, denn Stalin schien ihr vermittelt zu haben, daß kein Mißtrauen ihr gegenüber vorhanden wäre. Kirsanova bat Stalin daraufhin, der Komintern in einem Brief an Dmitrij Manuil'skij und Jossif Pjatnickij mitzuteilen, daß von seiten des ZK keine Bedenken gegen sie bestünden. Stalin war damit einverstanden, was ein handschriftlicher Vermerk auf diesem Brief beweist.[45]

Schließlich beschloß das Politsekretariat des EKKI am 21. Februar 1933, Klavdija Kirsanova ab 1. März 1933 wieder in ihrer alten Funktion als Rektorin

---

40 RGASPI 495/4/159,1-5: Protokoll (A) Nr. 204 der Sitzung der Politischen Kommission des Pol. Sekr. EKKI am 27.XII.31.

41 Die „Bildung eines Gruppenwesens" wurde als Vorstufe zur politischen Opposition angesehen.

42 RGASPI 558/11/735,124-136: Pis'mo Kirsanovoj Stalinu po povodu raboty v Leninskoj škole i o prieme [Ende 1931].

43 Ebenda, Bl. 127. Übersetzung durch Autorin.

44 RGASPI 495/4/364,248-253: Protokoll (A) Nr. 224 der Sitzung der Politischen Kommission des Pol. Sekr. EKKI am 21.II.1932. Kirsanova Klavdija. RGASPI 531/1/238,101: Prikaz ob uvol'nenii, 9.11.1935. RGASPI 495/65a/9236: Kaderakte Klavdija Kirsanova.

45 RGASPI 558/11/735,139-143: Pis'mo Kirsanovoj Stalinu o preddannosti partii i dal'nejšej rabote s resoljuciej Stalina, 11.1.1933.

der ILS einzusetzen.[46] Sie schien sich als völlig rehabilitiert gefühlt zu haben, denn in weiterer Folge stellte sie die Fehler im Zusammenhang mit dem Stalinbrief 1931 als völlig zufällig dar. In einem Schreiben an Stalin im Dezember 1933 versuchte sie, dies noch mit dem Hinweis auf die aktuelle verantwortungsvolle Parteiarbeit der Personen, die gleichzeitig mit ihr entlassen worden waren, zu untermauern. Die Rückkehr Kirsanovas an den Rektorposten bedeutete auch für jene eine Art Rehabilitierung. Kirsanova drückte nochmals deutlich ihre Dankbarkeit aus: „Gen. Stalin, wenn es notwendig wäre, für Sie zu sterben – ich würde sterben."[47]

*Die letzten Jahre der Leninschule*

In der zweiten „Amtsperiode" Kirsanovas setzte sich aufgrund des Ausbaus weiterer Sektoren an der ILS die Konkurrenz zur KUNMZ fort. Im Februar 1935 argumentierte Kirsanova bei der Kul'tprop-Abteilung des ZK der VKP(b) gegen die Existenz der noch an der KUNMZ bestehenden Sektoren, die ausländische Studierende ausbildeten. Es handelte sich dabei um Kurse für die Parteien Litauens, Lettlands, Bulgariens, Rumäniens und Polens. Auch den deutschen Sektor der KUNMZ, inzwischen fast völlig zu einem ausländischen Sektor mutiert, wollte Kirsanova übernehmen. Sie behauptete, daß die ILS besser auf die Bedürfnisse der Parteien eingehen könnte. Am Ende unterstrich sie noch den elitären Anspruch der ILS: „Auf der anderen Seite nimmt die KUNMZ vor allem Politemigranten auf. Allgemein gesagt, ist die Aufnahme in die KUNMZ nicht genügend schwer. Das ist daraus ersichtlich, daß einzelne Genossen, die nicht in die ILS gepaßt haben, nach der Ablehnung ihrer Aufnahme durch die Mandatskommission an die KUNMZ geschickt werden."[48]

Mit der Liquidierung der KUNMZ Anfang Mai 1936 war für Kirsanova dieses Problem endgültig beseitigt. Doch auch das Ende der Leninschule ließ nicht mehr lange auf sich warten.

Ab 1934/35 erschütterten immer wieder politische Fälle, Parteiausschlüsse und Entlarvungen von „Volksfeinden" das Leben an der Kaderschmiede. In dieser Atmosphäre vermischten sich persönliche Antipathie, Denunziantentum und Machtkämpfe mit „Parteiwachsamkeit". Den Höhepunkt dieser Entwicklung vor dem Hintergrund des stalinistischen Terrors bildete die endgültige Demontage der eisernen Rektorin im November 1937. Immer deutlicher zeigten sich die Probleme, die Kirsanova mit ausländischen Lektoren und in der Zusammenarbeit mit Parteivertretern hatte. Ihrer Autorität als „alte Bolschewikin" war sie sich wohl sehr bewußt, was ihr schließlich als „Überheblichkeit" ausgelegt wurde. Ihr Umgang mit Mitarbeitern und Parteivertretern wurde mehrfach als sehr grob

46 RGASPI 495/3/362,3: Geschlossene Sitzung des Politsekretariats, 21.2.1933.

47 RGASPI 558/11/735,144-151: Pis'mo Kirsanovoj Stalinu o rabote lic, osvobožděnnych vmeste s neju ot raboty v Leninskoj Škole, 4.12.1933. Übersetzung durch Autorin.

48 RGASPI 531/1/71,1: Kul'tprop CK VKP/b/, tov. Cejmal, 10.2.1935. Übersetzung durch Autorin.

und unnahbar beschrieben,[49] im Parteijargon hieß das: „mangelnder Kontakt zu den Massen".

Kirsanova mißtraute besonders ausländischen Funktionären, die sie grundsätzlich aufgrund mangelnder bolschewistischer Erfahrung für nicht ausreichend qualifiziert hielt. So ging sie z. B. gegen zwei Lektoren, die 1935 von der KPD an die ILS empfohlen worden waren, vor: Fred Oelßner („Fritz Larev"), selbst ein ehemaliger Leninschüler und Absolvent des Instituts der Roten Professur in Moskau,[50] und Christoph Wurm („Karl Werner"), der bis September 1937 auch als Leiter des deutschen Sektors an der ILS fungierte.[51] In einem Brief an den damaligen Vorsitzenden der Kontrollkommission der VKP(b) Nikolaj Ežov im September 1935 machte Kirsanova Mitteilung über angebliche antiparteiliche Äußerungen der beiden. Zudem unterstellte sie ihnen Sympathien für die Faschisten. Die Rektorin wußte jedoch, daß die KPD gegen eine Absetzung ihrer Funktionäre auftreten würde, und so verlangte sie eine strenge Kontrolle der beiden.[52] Ein Jahr später, am 1. Oktober 1936, entließ Kirsanova Fred Oelßner aus politischen Gründen.[53]

Besonderes Aufsehen erregten die „Entlarvungen" von leitenden Mitarbeitern der Schule als Partei- und Volksfeinde: Der stellvertretende Rektor und Leiter der Lehrabteilung Zinovij Serebrjanskij wurde von seiner trotzkistischen Vergangenheit eingeholt. Mit Lev Sunica, dem Verantwortlichen für die Praxis, und Lev Segal, dem Leiter des Lehrstuhls für politische Ökonomie, erfaßte der stalinistische Terror langjährige Vertraute Kirsanovas. Selbst Mitarbeiter der Kaderabteilung der ILS wurden verhaftet.[54] So schien es, als ob Kirsanova die konspirative Kaderschmiede über Jahre hinweg umgeben von „feindlichen Elementen" geleitet hätte. Das Parteikomitee der Leninschule beließ es im März 1937 bei der Feststellung des „Mangels an Wachsamkeit" bei der Rektorin. Der „Fall Kirsanova" kam schließlich im Oktober 1937 ins Rollen, als der chinesische Sektor-

---

49 Siehe z. B. RGASPI 495/199/2680,72-76: Kaderakte Gustav Ol'dner (d.i. Géza Goldhammer); Brief an Moskvin, 23.11.1937, über das schlechte Verhältnis zu Klavdija Kirsanova und über seine Gesundheitsprobleme. Goldhammer war 1932 bis 1937 Leiter des tschechischen Sektors der ILS.

50 Siehe Kurzbiografie in: Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S.545f.

51 Siehe Kurzbiografie in: ebenda, S.888f. RGASPI 531/1/121,98: Prikaz No 97 po Leninskoj Škole, 29.9.1937.

52 RGASPI 531/1/76,32-33: Tov Ežovu, sent. 1935.

53 RGASPI 531/1/73,114: Prikaz No 109 po MLŠ, 1 oktjabrja 1936. Nach den Aufzeichnungen der Kaderabteilung des EKKI hätten Teile des Lehrmaterials Oelßners antisemitische und faschistische Tendenzen aufgewiesen. Oelßner wurde in den Monaten nach seiner Entlassung wie ein Parteifeind behandelt, konnte keine Arbeit finden und verlor seine Wohnung. Oelßner selbst erhielt nie eine Erklärung über die Gründe seiner Entlassung. RGASPI 495/205/198 (I) (Kaderakte Fred Oelßner), Bl.: 76: Müller über Larew, Fritz, 29.12.1937; Bl.: 86: Fritz Larew an Dimitroff, 27.2.1937.

54 RGASPI 531/1/45,225-229 Rezoljucija obščego sobranija členov VKP/b/ partsobranii Leninskoj Školy po delu Kirsanovoj K.I. 19-20 nojabrja 1937.

leiter Sjuj-De[55] der Komintern-Leitung von Verfehlungen der Rektorin berichtete: Gemäß seiner Darstellung hätte Kirsanova dem chinesischen Sektor einen neuen Übersetzer aufgezwungen, dessen politische Verläßlichkeit stark zu bezweifeln wäre: einen ehemaligen Studenten der KUTK, der als Trotzkist verhaftet und zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war. Zudem wurden ihm Kontakte zu japanischen Spionen nachgesagt. Nach seiner vorzeitigen Entlassung konnte der ehemalige Trotzkist aufgrund dieser Vergangenheit keine Arbeit finden, nur Kirsanova hielt es für vertretbar, ihn an der Leninschule zu beschäftigen. Nach den Angaben Sjuj-Des erweise Kirsanova chinesischen Trotzkisten nach deren Entlassung immer wieder Hilfe, auch ihr Chinesisch-Lehrer war angeblich ein Trotzkist.[56]

Zur gleichen Zeit beschwerte sich auch der Parteivertreter der KPÖ Ernst Fischer („Wieden") bei der Führung der Komintern über Kirsanova: Sie hatte völlig eigenmächtig und ohne Rücksprache mit der KPÖ den Leiter des österreichischen Sektors an der ILS Alfred Klahr („Pohl") abgesetzt. Auf eine schriftliche Anfrage über die Gründe dieser Vorgangsweise erhielt Fischer[57] von Kirsanova keine zufriedenstellende Antwort. Darüber hinaus setzte die Rektorin den Italiener Giuseppe Berti („Jakopo"), der weder die deutsche Sprache beherrschte noch über Kenntnisse über die Verhältnisse in Österreich verfügte, provisorisch an die Spitze des Sektors. Dieser Schritt mußte von der Parteivertretung als Provokation aufgefaßt werden. Zwischen der KPÖ und Kirsanova herrschte schon seit Monaten ein gespanntes Verhältnis. Anfang 1937 war der damalige Sektorleiter Arnold Reisberg („Bruno Braun") als „Trotzkist" entlarvt worden.[58] Im Zuge dieser Diskussionen hatte Kirsanova die KPÖ-Leitung angegriffen, um – so Fischer – die eigenen Fehler zu verwischen. Die Bestellung Klahrs zum Nachfolger in dieser Funktion war nur provisorisch geplant, bis ein besser geeigneter Parteifunktionär zur Verfügung stünde. Da sich Klahr nach Meinung der KPÖ bewährt hatte, konnte die Parteivertretung dessen Entlassung nicht nachvollziehen.[59] Fischer schrieb: „Wir betrachten das alles als das genaue Gegenteil von Wachsamkeit und machen darauf aufmerksam, daß dieses ständige Bestreben, die Partei von der Kadererziehung der Schule fernzuhalten, die ungenügende Sicherung einer ernsthaften Erziehungsarbeit im Geiste des VII. Weltkongresses, die unkameradschaftliche Behandlung von Genossen, die ohne Zweifel Gutes

55 Der Name ist höchstwahrscheinlich ein Pseudonym.

56 RGASPI 531/2/44,7-12: Spor meždu direktorom Leninskoj školy t. Kirsanovoj i partgruppoj kitajskogo sektora, 13.9.1937. RGASPI 531/2/44,1: V partkom. Ot zavedyjuščego sektorom C Sjuj-De, 531/2/44,6: Zajavlenie. V Komintern, Oktober 1937.

57 RGASPI 495/20/25,37: Brief Wiedens [d.i. Ernst Fischer] an Kirsanova, 16.10.1937.

58 Siehe dazu Hans Schafranek: Die Internationale Lenin-Schule und der Fall „Reisberg", in: Wolfgang Neugebauer (Hrsg.): Von der Utopie zum Terror. Stalinismus-Analysen, (=Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik; Bd. 59), Wien 1994, S.135-156.

59 RGASPI 495/20/25,40: Brief Wiedens [d.i. Ernst Fischer] an Dimitrow, Manuilsky, Gottwald, 26.10.1937.

geleistet haben, eine Lage schaffen muß, wo der Kampf gegen feindliche Einflüsse und Elemente erschwert wird."[60]

Die schwierige Situation an der Leninschule führte dazu, daß Klavdija Kirsanova am 16. November 1937 in einer Sitzung des Sekretariats des EKKI als Rektorin der Leninschule abgesetzt und aus der Partei ausgeschlossen wurde. Vor allem die Vorwürfe in bezug auf die chinesischen Trotzkisten waren sehr schwerwiegend. Der bisherige Leiter des bulgarischen Sektors Vylko Červenkov („Andrej Vladimirov") übernahm provisorisch die Funktion des Rektors.[61]

An der Leninschule wurde der „Fall Kirsanova" zunächst am 19. und 20. November 1937 in Parteiversammlungen diskutiert, die zur regelrechten Abrechnung mit der unbeliebten Rektorin ausarteten. Kirsanova mußte sich selbstkritisch zu den Vorwürfen äußern, sie hätte freundschaftliche und persönliche Verbindungen zu den inzwischen als „Volksfeinde" verhafteten Mitarbeitern wie Serebrjanskij und Segal gepflegt. Ihr wurde die Schuld an der „Vollstopfung" des Apparates durch „Spione" gegeben. Für diesen Zustand fand man in der Parteiversammlung ein eigenes Wort: „Kirsanovščina". So wurden seit Anfang der Überprüfung (proverka) der Parteibücher 1935 20 Personen als „Volksfeinde" entlarvt, 22 weitere aus der Partei ausgeschlossen. 17 Personen erhielten Parteistrafen und wurden von der Arbeit suspendiert.

Ein besonderes Verhältnis verband Kirsanova ausgerechnet mit chinesischen Studenten, die politisch unter Druck gerieten. Eine herausragende Rolle in diesem Szenario spielte der Chinese Čugunov, der 1931 im Zusammenhang mit der Diskussion um den Stalinbrief die umstrittene Resolution verfaßt hatte, die die Grundlage für die Absetzung Kirsanovas gewesen war. Auch nach diesen Ereignissen hielt Kirsanova über Jahre hinweg offensichtlich einen engen persönlichen Kontakt zu Čugunov aufrecht, der 1937 als ihr Chinesisch-Lehrer arbeitete und zeitweise sogar bei ihr wohnte. Inzwischen hatte ihn das NKVD als „Haupt einer japanischen Spionageorganisation" verhaftet.

Das Verhalten Kirsanovas nach ihrer Rückkehr an die Leninschule 1933 wurde als „Politik der Revanche" bezeichnet.[62] Bei der Sitzung war der für die Kaderschulung zuständige Sekretär der Komintern Manuil'skij anwesend. Er schob die Schuld an der Wiedereinsetzung Kirsanovas als Rektorin der „alten Leitung" der Komintern zu. Doch „vergaß" er dabei, daß er selbst immer zu den wichtigsten Funktionären im organisatorischen Bereich des Komintern-Apparates gehört hatte. Er beschwor nun die „Gesundheit" der Partei als das oberste Gebot.[63]

---

60 Ebenda.

61 RGASPI 531/2/45,23-26: Zasedanija partkoma ot 17/11-1937.

62 RGASPI 531/1/45,225-229: Resoljucija. Obščego sobranija členov VKP/b/ - Partsobranie Leninskoj Školy po delu Kirsanovoj K.I. 19-20 nojabrja 1937. (Okončatel'naja redakcija prinjataja na partsobranii ot 3-go dekabrja 1937 g.); RGASPI 531/2/45,33-165 Stenogramma Zakrytogo Partsobranija L.Š., 19./20. 11.1937.

63 RGASPI 531/2/45,77-165: Stenogramma Zakrytogo Partsobranija L.Š. ot 20/XI-37g. [Rede Manuil'skijs Bl. 147-151].

„Für die Partei wird es leichter, wenn sie sich von Schmutz säubert, wenn die Partei jetzt Spione hinausjagt, wenn die Partei in ihrem eigenen Haus Ordnung macht."[64]

Kirsanova unterwarf sich in ihrer Stellungnahme völlig dem bolschewistischen Ritual der Selbstkritik, flehte aber darum, nicht ausgeschlossen zu werden: „Ich bitte, mich in den Reihen der Partei zu belassen. Ich erkenne alle meine Verbrechen an, aber ich führte niemals einen Kampf gegen die Kommunistische Internationale, gegen die chinesische kommunistische Partei, gegen andere Parteien, ich führte niemals irgendeinen Kampf. Niemals. Diese Beschuldigung ist falsch."[65]

Das Parteikollektiv der Leninschule schloß sich erwartungsgemäß den Entscheidungen der Komintern an und unterstützte den Parteiausschluß der ehemaligen Rektorin.[66] Die Absetzung Kirsanovas setzte die aufgestaute Unzufriedenheit von Lektoren und Studenten gegenüber der Schulleitung, dem Parteikomitee und der Kaderabteilung frei. Es folgten Parteiversammlungen mit heftigen Auseinandersetzungen und gegenseitigen Anschuldigungen, so daß eine eigene Untersuchungskommission des EKKI eingesetzt wurde.[67] Die Kaderschule ging ab diesem Zeitpunkt – so wie schon andere internationalistisch geprägte Organisationen in der UdSSR – nur noch ihrer Auflösung entgegen. In der Atmosphäre der „Wachsamkeitshysterie", der geschürten Angst vor ausländischer Intervention und Unterwanderung durch faschistische Agenten bildeten Kaderschulen wie die Leninschule in den Konstrukten des NKVD einen Hort von Spionen. Die letzten Kurse liefen im Frühjahr 1938 aus.

Trotz der ungeheuerlichen Anschuldigungen und ihrer politischen Fehler in der Vergangenheit blieb Kirsanova auf dem Höhepunkt des staatlichen Terrors im Gegensatz zu vielen ehemaligen Schülern und Lektoren der Leninschule von der Verhaftung durch das NKVD verschont. 1938 leitete sie die Abteilung der Höheren Lehranstalten des Allunionskomitees für die Angelegenheiten der Höheren Schulen beim Rat der Volkskommissare.[68] Ab 1941 arbeitete sie wieder in der Agitpropabteilung des ZK der VKP(b), 1945 in der Internationalen Demokratischen Frauenföderation. Klavdija Kirsanova starb im Oktober 1947.[69]

---

64 Ebenda, Bl. 151.

65 RGASPI 531/2/45,77-165: Stenogramma Zakrytogo Partsobranija L.Š.ot 20/XI-37g. [Rede Kirsanovas Bl. 162].

66 RGASPI 531/1/45,225-229 Resoljucija. Obščego sobranija členov VKP/b/ - Partsobranie Leninskoj Školy po delu Kirsanovoj K.I. 19-20 nojabrja 1937. (Okončatel'naja redakcija prinjataja na partsobranii ot 3-go dekabrja 1937 g.).

67 RGASPI 531/1/120,1-14: Protokol obščego sobranija studentov Leninskoj Školy ot 22-23.XI-1937 g.

68 http://www.oval.ru/enc/33909.html (26.3.2006). Diese Kurzbiographie beruht auf: Gromova, Klavdička: Ženščiny russkoj revoljucii, Moskva 1968. Darin wird die Tätigkeit Kirsanovas als Rektorin jedoch mit keinem Wort erwähnt.

69 Siehe Drachkovitch/Lazitch, Dictionary, S.216f.

# Marta Strasser – Eine Zeitzeugin des 20. Jahrhunderts (1910-2002)

Hermann Drumm

Marta Strasser, geb. Decker, verw. Drumm, war Zeit ihres Lebens eine einfache Frau, die weder hohe Schulen besucht hat noch mit Titeln oder hohen Funktionen glänzen konnte. Ihre Einstellung zu den Problemen dieser Welt, ihr Wissen und ihre Überzeugungen kamen von Herzen und aus dem, was sie selbst erlebt hatte. Die einfachsten Schlußfolgerungen aus ihrem langen Leben lauteten: Es darf nie wieder Krieg geben, und zwar nirgends auf der Welt, und – es muß alles getan werden, damit es den Kindern gut geht.

*Kinder- und Jugendzeit*

Marta[1] wurde am 21. November 1910 in der Familie des Bergmannes Wilhelm Decker und seiner Ehefrau Wilhelmine in Wiebelskirchen im Saarland geboren.[2] Obwohl Bergleute damals zu den „besserverdienenden" Proletariern gehörten, war ihre Kindheit ärmlich, bedingt durch den damals üblichen Kinderreichtum, durch die zeitige Erkrankung des Vaters an Silikose und insbesondere durch den Ersten Weltkrieg und seine Folgen. Hunger war ein ständiger Begleiter, der nur dank eines Gartens, einer kleinen Obstwiese und der sogenannten „Bergmannskuh", d. h. einer oder mehreren Ziegen, etwas gemildert werden konnte. Um der ständig wachsenden Familie ein ordentliches Dach über dem Kopf zu sichern, wurde der Bau eines Siedlungshäuschens begonnen. Marta hat dieses Häuschen nie geliebt, weil sein Bau viel zusätzliche Arbeit und Entbehrungen für die ganze Familie mit sich brachte. Vater Wilhelm war politisch interessiert und Mitglied der SPD, geprägt insbesondere durch August Bebel. Den politischen Ansichten des Vaters schlossen sich insbesondere seine fünf Töchter an, während seine vier Jungen eher unpolitisch blieben. Mutter Wilhelmine gebar neun Kinder und hielt die Familie zusammen.

Marta, die zu den älteren Kindern gehörte, besuchte die evangelische Volksschule in den Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren. Kaum hatte sie die Schule nach der 8. Klasse verlassen, mußte sie zum Lebensunterhalt der Familie beitragen. Eine Lehre kam damals für Mädchen aus Arbeiterkreisen kaum in Frage. Ihr blieben die Möglichkeiten, in der Landwirtschaft zu arbeiten oder bei Reichen „in Stellung zu gehen". Beides hat sie in den zwanziger Jahren kennengelernt, was ihr späteres, insbesondere ihr politisches Leben stark beeinflußte. In der Landwirtschaft arbeitete sie vor allem auf einem Gut in der näheren Umgebung

---

1 Der Vorname wurde später meist als Martha mit h geschrieben.

2 Die biographische Skizze basiert auf Dokumenten, Erinnerungen, Gesprächsnotizen und anderen Materialien aus dem Privatarchiv des Autors.

ihres Heimatortes. „In Stellung“ war sie sowohl im Ort als auch bei einer Familie im Berliner Grunewald.

Die Zeit in der Hauptstadt weitete wesentlich ihren politischen Horizont, und sie nutzte sie, um sich ein wenig Kultur anzueignen. „Ausgang“ hatte sie vor allem sonntags, um in die Kirche zu gehen. Da ihr Vater schon während des Ersten Weltkriegs aus Protest gegen das von den Kirchen sanktionierte „Schlachten“ mit der ganzen Familie aus der evangelischen Kirche ausgetreten war, nutzte sie die ihr gebotene Zeit, um Berlin kennenzulernen. Das großstädtische Leben gefiel ihr. Sie besuchte schöne Parks, Kinos und Theater, aber auch größere politische Kundgebungen. Besonders der Tiergarten zog sie immer wieder an. Sie sah in Berlin, wie schön das Leben sein konnte. Aber sie sah auch die Kehrseite des hier angehäuften Reichtums.

Schon kurz nach Abschluß der Schule war sie in die SPD-nahe Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) eingetreten. Mit ihrer Gruppe in Wiebelskirchen ging sie fast jedes freie Wochenende auf Wanderschaft. Dabei wurde viel musiziert und gesungen, aber auch viel über „Gott und die Welt“ diskutiert. Bei diesen Wanderungen waren meist ihre Schwester Liesel und ihr späterer erster Ehemann Hermann Drumm dabei. Hermann hatte die Wiebelskirchener Ortsgruppe der SAJ 1927 als Siebzehnjähriger gegründet. Es bildete sich eine verschworene Gemeinschaft. Eine Besonderheit in Wiebelskirchen war, daß diese Wanderungen oft gemeinsam mit den örtlichen Freunden vom Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD) durchgeführt wurden. Einer von diesen war der zwei Jahre jüngere Erich Honecker. Um bei kleineren Wanderunfällen helfen zu können, wurde Marta auch Mitglied des SPD-nahen Arbeiter-Samariter-Bundes.

Nach dieser Gemeinschaft, nach den daheim gebliebenen Freunden und auch nach „ihrem Hermann“ im Saarland hatte sie im fernen Berlin immer Sehnsucht. So kehrte sie eines Tages wieder nach Wiebelskirchen zurück, auch wenn wegen der Weltwirtschaftskrise hier besonders bittere Not herrschte.

Hermann hatte in der Zeit ihrer Abwesenheit seine Berufsausbildung als Hauer im Steinkohlebergbau abgeschlossen, war seit 1925 Mitglied im Bergarbeiterverband (BAV) und von 1927 bis 1933 Jugendobmann auf der Grube Kohlwald. Marta und Hermann waren inzwischen auch beide Mitglieder der SPD. 1933 heirateten sie in Wiebelskirchen.

Die politischen Auseinandersetzungen spitzten sich Anfang der dreißiger Jahre immer mehr zu. Das Saarland war durch den Versailler Vertrag unter das Mandat des Völkerbunds gestellt worden war. Dennoch konnte sich die NSDAP frei entfalten, dies verstärkte sich, nachdem „im Reich“ die Nazipartei die Macht an sich gerissen bzw. übertragen bekommen hatte. Immer mehr, vor allem linke, politische Flüchtlinge kamen in das Saarland. Man erfuhr hier sehr schnell vom Umgang der Faschisten mit jedem, der nicht ihrer Meinung war, wenn man es denn wissen wollte. Nun konnte man auch hören, was Konzentrationslager sind und was Gestapo bedeutet. Aber, wie vor 1933 im „Reich“, gelang es vor 1935 auch im Saarland lange nicht, die Einheit der Linken, insbesondere zwischen KPD und SPD herzustellen, obwohl es in beiden Parteien im Saarland eine star-

ke Strömung dafür gab, was zu vielen gemeinsamen Aktionen führte. Der linken Strömung in der SPD gehörten auch Marta und Hermann an, was ihnen manchen Rüffel von den örtlichen Leitungsgremien einbrachte. Eine Einigung mit anderen demokratischen Kräften schien von vornherein aussichtslos.
Die Rechten hatten sich dagegen längst in der „Deutschen Front" unter Führung der NSDAP zusammengefunden. Im Zuge der Revision der Ergebnisse des Versailler Vertrages gelang es, im Völkerbund eine Volksabstimmung im Saarland über den Erhalt des „Status quo", d. h. den Verbleib unter Völkerbundsmandat, oder den Anschluß an „das Reich" durchzusetzen. Die mit beispielloser Demagogie, Nationalismus sowie faschistischem Straßenterror vorbereitete Abstimmung am 13. Januar 1935 brachte das von den Faschisten gewünschte Ergebnis: 90,4 % für den Anschluß an Hitler-Deutschland.
Hermann, der sich zusammen mit Marta aktiv gegen den Anschluß eingesetzt hatte, war in Wiebelskirchen Beisitzer in einem Wahllokal und erfuhr das Ergebnis der Abstimmung aus erster Hand. Bereits am Abend der Abstimmung, insbesondere aber nach Veröffentlichung des Abstimmungsergebnisses am 15. Januar 1935, wurden im ganzen Land faschistische Jubelfeiern mit viel Freibier, Aufmärschen und Fackelzügen veranstaltet. Einer dieser, z. T. in SA-Uniformen durchgeführten, Fackelzüge kam auch direkt am kleinen Elternhaus der Drumms vorbei, in dessen umgebautem Hochkeller Marta und Hermann mit direktem Eingang von der Straße her wohnten. Die Marschierer führten eine Puppe am Galgen mit, die den Namen Hermann trug, blieben stehen, schrieen Hetzparolen und drohten, das Haus anzuzünden. Da beiden bewußt war, was in den nächsten Tagen folgen würde, verließen sie noch in derselben Nacht Deutschland in Richtung Frankreich, gemeinsam mit vielen anderen links eingestellten Saarländern sowie im Saarland seit 1933 angekommenen Flüchtlingen.

*Erste Emigration in Frankreich*

Der Anschluß des Saarlandes an Deutschland erfolgte erst am 1. März 1935, so daß das Übertreten der saarländisch-französischen Grenze noch kein großes Problem darstellte. Die Flüchtlinge aus Deutschland wurden zunächst in Forbach interniert und erfaßt. Marta und Hermann kamen danach in die Festung Carcassonne im Süden Frankreichs.
Im Juli 1935 wurden sie nach Blaye an der Gironde geschickt, um dort bei der Weinlese zu arbeiten. Ende September 1935 wurden unter den Emigranten Bergleute für die Arbeit in den Kohlegruben des Puy-de-Dome gesucht. Hermann meldete sich, und Marta ging mit ihm dorthin. So kamen sie nach La Combelle in ein Baracken-Lager, wo sie auf eine ganze Reihe saarländischer Landsleute, Emigranten wie sie, trafen. Darunter waren auch Martas Schwester Liesel mit ihrem Ehemann Ernst August Klug (beide ebenfalls SPD-Mitglieder) und ihre kleine Tochter „Mädi", die später hier verstarb. Im selben Lager war auch die Familie Schlosser (KPD-Mitglieder) aus der Kreisstadt Ottweiler mit ihrem damals 14jährigen Sohn Fritz, der nach dem Kriege Martas jüngste Schwester Margot heiratete. Fast alle Männer arbeiteten unter Tage in den Gruben von

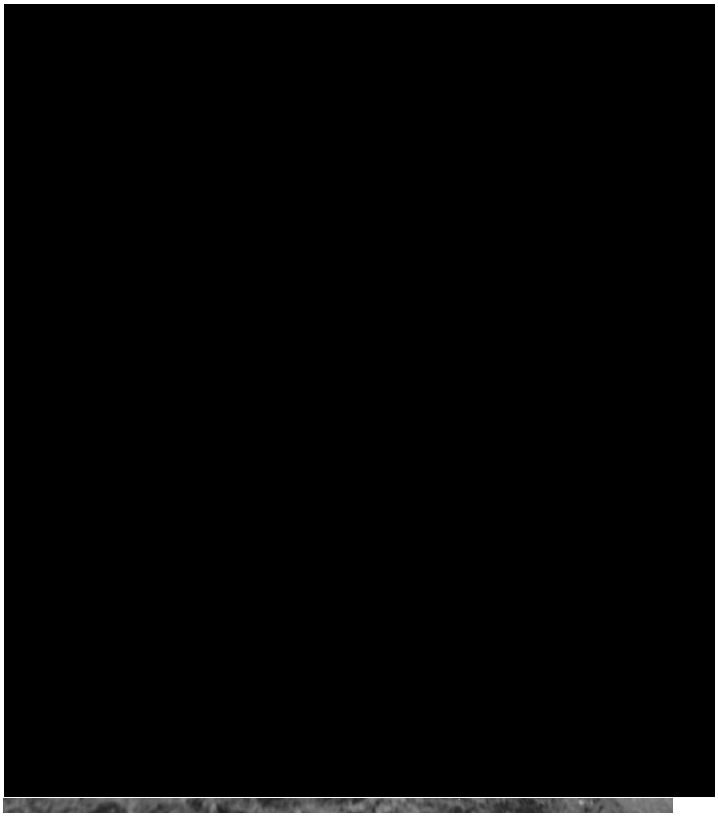
Charbonnier-les-Mines. Die Lebensbedingungen waren einfach und ärmlich, die hygienischen Bedingungen schlecht, man hatte mit Wanzen zu kämpfen, aber man hatte ein Dach über dem Kopf, hatte zu essen und war vorerst vor den deutschen Faschisten sicher.

Die Emigranten aus Deutschland, die hier zusammenkamen, trafen sich entsprechend ihrer politischen Herkunft auch in Partei- und Diskussionsgruppen, tauschten Meinungen über Gründe, Ursachen und Umstände ihrer Flucht, zur Lage in Deutschland und zu Möglichkeiten einer Rückkehr nach Deutschland aus. Natürlich interessierten sie sich für das aktuelle politische Leben in Frankreich und in der Welt. Mit besonderer Besorgnis verfolgten sie Versuche der weiteren Faschisierung Europas, wie z. B. in Holland, England und Frankreich, ebenso wie den Widerstand der antifaschistischen Kräfte dagegen. Sie waren sich wohl überwiegend darin einig, daß dieser Weg weiterer europäischer Länder in den Faschismus verhindert werden kann, wenn alle demokratischen Kräfte, und vor allem die Linken, sich im Kampf gegen den Faschismus vereinigen. Der Gedanke einer „Volksfront gegen den Faschismus“ war besonders unter den Saarländern verbreitet, obwohl es auch hier starke gegenseitige Vorwürfe bei SPD- und KPD-Mitgliedern gab. Keiner wollte schuld sein am Sieg der Faschisten in Deutschland und an der Niederlage bei der Abstimmung im Saarland. Dessen ungeachtet war die Zustimmung für die Bildung der Volksfront-Regierung 1936 in Frankreich fast einheitlich. Ebenso waren auch ihre Hoffnungen auf den Bestand sowie auf eine aktive antifaschistische Innen- und Außenpolitik dieser Regierung groß. Um so enttäuschter waren sie über deren schnellen Zerfall. Dieser hatte auch Auswirkungen auf ihre ganz persönliche Lage. Solidarität und Hilfe, die sie zeitweilig von staatlichen Institutionen erhalten hatten, reduzierten sich bald wieder auf die Hilfe von Parteien, Organisationen und Einzelpersonen. Sie wurde natürlich gerne angenommen und um so höher geschätzt.

So wurden die deutschen und anderen Immigranten in Frankreich nach dem Sturz der Volksfront wegen ihres antifaschistischen Engagements verdächtigt, Gegner der Französischen Republik zu sein, und staatlicherseits feindselig behandelt, wie es linke Intellektuelle erfahren mußten (Lion Feuchtwanger hat dies 1942 in „Unholdes Frankreich“ beschrieben; später erschienen unter dem Titel „Der Teufel in Frankreich“). Die Tausenden „einfachen“ Flüchtlinge hatten allerdings kaum oder weit weniger Mittel und Möglichkeiten, um sich erneuter Verfolgung zu entziehen.

Marta und Hermann haben all das miterlebt. Sie suchten gemeinsam nach Wegen, um gegen den sich ausbreitenden Faschismus zu kämpfen. Als im Juli/August 1936 die spanische Republik dazu aufrief, ihr gegen die Putschisten zu Hilfe zu kommen, zögerten sie keine Minute. Sie waren jung und gesund und wollten endlich gemeinsam etwas Wirksames tun. Dabei stand der bewaffnete Kampf zunächst im Hintergrund. Sie machten sich auf den Weg nach Paris, um dort über ihre Partei einen Weg zu finden, ihre Absicht zu verwirklichen. Aber

die Auslandsorganisation der SPD hatte sich noch nicht entschieden, ob dem spanischen Volk geholfen werden sollte oder nicht.



Alicante/Spanien: April 1937, Marta und Hermann (sen.) Drumm[3]

*Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939*

Bei der Roten Hilfe in Paris fanden Marta und Hermann Gehör. Aber nur Hermann durfte im Dezember 1936 nach Spanien. Marta wurde zunächst wegen fehlender Qualifikation abgelehnt. Daraufhin belegte sie beim Roten Kreuz einen Sanitätskurs. Sie wollte nach Spanien und war bereit, in Spanien jede Arbeit zu verrichten, die man ihr dort auftragen würde. Am liebsten wollte sie Samariterin werden. Nachdem sie im Februar 1937 den Sanitätskurs abgeschlossen hatte, durfte sie nach Spanien. Noch im Februar kam sie über Perpignan nach einem

3 Alle Abbildungen dieses Beitrages sind aus dem Privatarchiv des Autors.

illegalen Grenzübertritt zusammen mit einer größeren, vorwiegend aus Männern bestehenden Gruppe, in Figueras an. In dieser Gruppe befand sich auch ihr späterer zweiter Ehemann, Josef Strasser, ein bayerischer Kommunist, der die Jahre seit 1933 in der sowjetischen Emigration verbracht hatte.

Einen ersten Eindruck von der Lage in Spanien erhielt Marta schon auf dem Wege nach Figueras, als die „Neuen" von vielen Menschen an den Straßen freudig begrüßt wurden. Dies zeigte ihr, daß ihre Ankunft als Hilfsangebot und nicht als Einmischung angenommen wurde. In der Festung von Figueras wurden die ankommenden Hilfswilligen zunächst erfaßt und dann für die verschiedenen Verwendungen ausgewählt. Für die meisten Männer stand fest, daß sie in den noch im Aufbau befindlichen Internationalen Brigaden kämpfen würden. Für die Frauen war der Fronteinsatz nicht vorgesehen. Ihnen wurden Aufgaben in der Etappe zugewiesen. Besonders gesucht war medizinisches Personal. Aber auch Dolmetscher und Schreibkräfte wurden benötigt. Marta hatte keine berufliche Ausbildung, und es gab Probleme, sie einzusetzen. Man schickte sie zur Basis der XI. Internationalen Brigade (IB) in Albacete. Dort schlug man ihr eine Büroarbeit vor, die sie jedoch ablehnte. Sie hatte ihr Leben bisher mit körperlicher Arbeit verbracht. Das würde sie am liebsten weiter tun. Ihre bescheidene Ausbildung im Sanitätsdienst müßte doch genügen, um in einem Krankenhaus zu beginnen. Sie wurde im zentralen Lazarett der XI. IB am Ort eingesetzt, wo sie unverzüglich ihre Arbeit als Hilfsschwester aufnahm.

Vom ersten Tag an bekam Marta mehr Not und menschliches Leid zu sehen als vorher in ihrem ganzen Leben. Sie begriff, daß die größte aller menschlichen Sünden der Krieg ist. Und sie lernte diejenigen hassen, die für diesen Krieg verantwortlich waren: die verräterischen spanischen Generale und deren Auftraggeber und Helfer, die adligen Granden und die Spitzen der katholischen Kirche, aber vor allem die deutschen und italienischen Soldaten, die, mit ihren modernen Fugzeugen, Kanonen und anderen Waffen, Franco in Hitlers und Mussolinis Auftrag zu Hilfe gekommen waren, als die demokratischen Kräfte sich weigerten, den Putsch zu akzeptieren. Im Krieg der Putschisten gegen die Zivilbevölkerung erreichte die deutsche „Legion Condor" zweifelhaften Ruhm, wovon die Zerstörung der baskischen Stadt Guernica zeugte.

In Albacete wurde Marta, trotz fehlender Ausbildung, dringend gebraucht. Was gemacht werden mußte, würde sie lernen. Zunächst wurde sie in der Wäschekammer eingesetzt, um für Bettwäsche und anderes Material zu sorgen. Aber schon nach wenigen Tagen wurde sie als Pflegerin zur Betreuung der Verwundeten eingesetzt. Auf diese hatte sie mit ihrer Ruhe ausstrahlenden, offenen und stets optimistischen Art einen sehr guten Einfluß. Mit ihren braunen mitfühlenden Augen, mit einem Streicheln und ihrer dunklen Stimme machte sie sich ihren Patienten verständlich, auch wenn sie meist deren Sprache nicht verstand. Aufgrund des chronischen Mangels an ausgebildetem medizinischem Personal wurde sie bald auch als OP-Schwester eingesetzt und mußte schon nach kurzer Zeit an Operationen wie z. B. Beinamputationen teilnehmen. Sie konnte dabei nur als

Hilfskraft wirken. Aber ihre Einstellung zum Leben und zur Gesundheit wurde hier für ihr gesamtes weiteres Leben maßgebend.

Nachrichten von Hermann, der im Thälmann-Bataillon kämpfte, kamen selten. Bei jedem Krankentransport, der von der Front kam, fragte Marta nach, ob jemand etwas von ihm wüßte. So erfuhr sie, daß ihr Mann am 27. Februar verwundet worden war und in einem Lazarett in Murcia behandelt werde. Sie bekam Anfang März 1937 einen Kurzurlaub von 36 Stunden, um ihn zu besuchen. 20 Stunden konnte sie bei ihm bleiben. Zum Zwecke der Rekonvaleszenz erhielt Hermann Anfang April noch 14 Tage Urlaub, die Marta mit ihm in Alicante verbringen durfte. Es waren die schönsten und gleichzeitig die letzten Tage, die beide miteinander verbrachten. Hermann kam anschließend auf einen sechswöchigen Offizierslehrgang in Poso Rubio, unweit von Albacete. Danach sollte er eventuell zu einer weiteren militärischen Ausbildung in die Sowjetunion geschickt werden, ging aber statt dessen wieder an die Front. Er wurde erneut im Thälmann-Bataillon eingesetzt und fiel als Hauptmann und Chef der 3. Kompanie am 1. September 1937 an der Aragonfront beim Sturm auf das von den Francotruppen gehaltene Kloster Belchite. Er ist gerade mal 28 Jahre alt geworden. Zu diesem Zeitpunkt wußte Marta schon, daß sie (Folge des ersten Besuches bei ihrem Mann) ein Kind bekommen würde.

Nach dem Urlaub war sie mit anderen Kämpfern nach Villanueva de la Jara geschickt worden, um ein neues Lazarett einzurichten. Es war das zweite Mal, daß sie an einer solchen Aktion beteiligt war. Bereits in Albacete hatte sie geholfen, ein zweites Lazarett in einem leeren Bürgerhaus einzurichten. Sie wußte also, was auf alle Beteiligten zukam. Damals hatte sie das große Engagement der spanischen Frauen, mit denen sie zusammenarbeitete, schätzengelernt. Jetzt mußte es mit deren Hilfe wieder gelingen, die Aufgabe in kürzester Zeit zu erfüllen. Und es gelang. Die Spanierinnen waren bereit, für ihre Republik alles zu geben, was sie nur irgendwie in den Familien entbehren konnten: Stühle, Betten, Bettwäsche u.a.m. Besonders Bettwäsche wurde dringend benötigt, weil man daraus auch Binden machen konnte, wenn wieder einmal das Verbandsmaterial knapp wurde.

Zur Entbindung ihres Kindes kam Marta Anfang Dezember 1937 wieder nach Albacete. Es wurde ein Junge geboren, der nach seinem gefallenen Vater den Vornamen Hermann erhielt. Natürlich war ein Militärlazarett der denkbar ungünstigste Ort für eine Entbindung. Eine fast zwangsweise Folge war Martas Erkrankung am Kindbettfieber. Kaum hatte sie diese überstanden, erkrankte sie an Typhus. Aber in all der Zeit, in der sie krank war, kümmerten sich andere Krankenschwestern sowie genesende Verwundete um den kleinen Hermann, der für alle im Hospital eine Art Wechsel auf die Zukunft, eine Motivation für ihre Arbeit und ihren Kampf in Spanien war. Sie alle konnten aber, trotz ihres guten Willens, nicht verhindern, daß er wegen der mangelhaften Ernährung bald Anzeichen von Rachitis trug.

Nachdem Marta halbwegs genesen war, wurde sie aus dem unmittelbaren Sanitätsdienst herausgenommen. Man übertrug ihr die Leitung eines vom Sanitäts-

dienst der Internationalen Brigaden eingerichteten Heimes für spanische Kinder, die im Bürgerkrieg ihre Eltern verloren hatten. Diese Aufgabe erfüllte sie bis zu ihrer Evakuierung nach Frankreich im August 1938. Ein Bericht bestätigt ihr zu diesem Zeitpunkt eine absolute Auszehrung durch den schweren Dienst, den Verlust ihres Mannes, die Geburt des Kindes und die nachfolgenden Krankheiten. Sie wurde auf direktem Wege nach Paris zu Bekannten aus der Zeit vor Spanien geschickt.

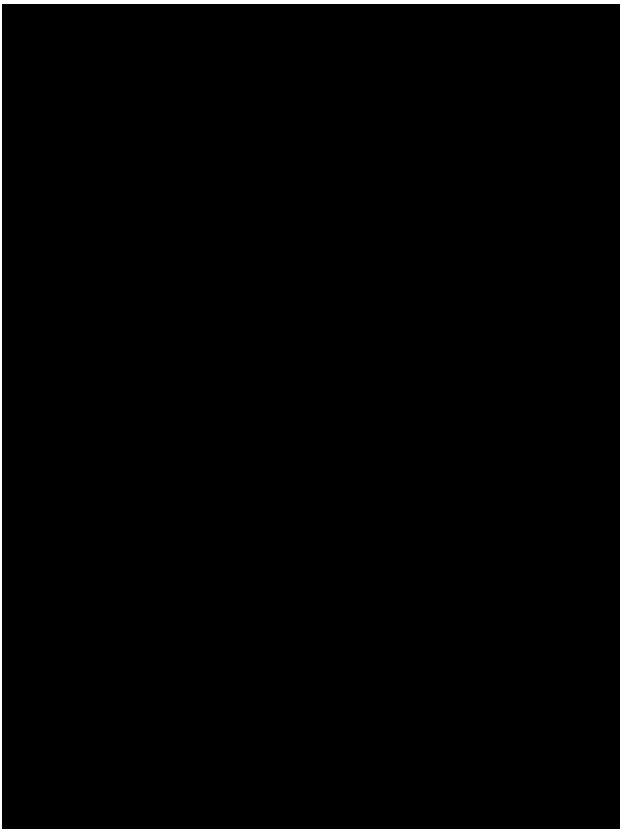
*Zweite Emigration in Frankreich – Teilnahme an der Résistance*

Diese Bekannten konnten Marta und ihrem Kinde den Aufenthalt in einem der berüchtigten Auffanglager für Flüchtende aus Spanien in Frankreich ersparen, indem sie behaupteten, daß der Vater des Kindes ein in Spanien gefallener Franzose sei. Die Familie, die Marta und ihrem Kind Unterkunft und Hilfe gewährte, hieß Tanguy. Nach Kriegsende meinte Martas Familie, es habe sich dabei um die Familie des Befreiers von Paris, Henri Rol-Tanguy, gehandelt. Der Sohn Hermann erfuhr aber sehr viel später bei einem Gespräch mit Rol-Tanguy im Jahre 1996 in Barcelona, daß es nicht so war. Aber er sagte auch in etwa: „Weißt Du, der Name Tanguy ist in Paris so verbreitet wie Müller in Berlin. Ich aber bin stolz auf alle Tanguys, die den Mut hatten, sich für die deutschen und anderen politischen Emigranten einzusetzen, was schon zu der Zeit und erst recht später nicht einfach, ja sogar mit persönlichen Gefahren verbunden war."

In Paris verfolgte Marta das weitere Geschehen in Spanien und noch mehr die Entwicklung in Europa. Das Wichtigste war aber ihr kleiner Sohn. Mit Hilfe der französischen und deutschen Freunde stabilisierten sich langsam ihre eigene und die Gesundheit ihres Kindes. Seine ersten Schritte machte der kleine Hermann bei Spaziergängen auf dem Friedhof „Père La Chaise", in dessen Nähe die Wohnung der Freunde lag. Über diese Zeit in Paris liegen weder Dokumente noch schriftliche persönliche Aussagen von Marta vor. Aus persönlichen Gesprächen mit ihr ging hervor, daß sie mit ihrem Kind und vielen anderen Emigranten beim Einmarsch der deutschen Wehrmacht Paris in Richtung Süden verlassen hatte. Der Transport erfolgte u. a. in einem geschlossenen Fleischereiauto, das mit Schweine- und Rinderhälften vollgepackt war, so daß es eines großen Aufwandes bedurft hätte, um das tiefe Innere des Wagens zu kontrollieren. Bei mehreren Straßenkontrollen mußte vor allem verhindert werden, daß die mitfahrenden Kleinkinder, zu denen auch Hermann gehörte, irgendwelche Laute von sich geben. Der Transport gelang, und Marta kam mit ihrem Kind in Montluçon, Département Allier, an. Auch dort soll ihr ein Mitglied der Familie Tanguy weiter geholfen haben. In Montluçon traf sie auch wieder auf eine starke Gruppe saarländischer Emigrantenfamilien (z. B. die Familien Petri und Karr). Und sie wußte sich gleichzeitig nicht allzuweit weg von Mitgliedern der eigenen Familie, die noch im Puy-de-Dôme waren.

Hier traf sie bald auf Josef Strasser, den sie von ihrem Übergang nach Spanien her kannte. Seit er Spanien im August 1938 mit einem Krankentransport verlassen hatte, lebte er zunächst frei in Paris und Montluçon. Ab September 1939

wurde er aufeinanderfolgend in den Lagern Bourg-Lastiq (Puy-de-Dom), Huriel (Allier) und zuletzt in Guerigny (Nièvre) interniert. Er hatte sich nach der Bildung der sogenannten „Freien Zone“ im Südteil Frankreichs unter dem Kollaborateur Marschall Pétain aus dem Lager abgesetzt und wieder nach Montluçon begeben. Von da an waren Marta und Sepp ein unzertrennliches Paar. Sepp übernahm einen Großteil Verantwortung für Hermann, den er nur frère (französisch: Bruder) nannte.



Kopie des Personalausweises von Marta mit gefälschter Indetität
aus der Zeit der Illegalität in Frankreich

Marta und Sepp fanden ein kleines Zimmerchen in einem Hinterhaus der Rue de la République. Sie nannten sich fortan Familie Hilt. Aus Hermann wurde Armand. Marta arbeitete zu dieser Zeit in verschiedenen Haushalten als Putzkraft, um den Lebensunterhalt mit zu sichern. Sie beherrschte die französische Sprache nur wenig. Armand dagegen wurde angehalten, vorrangig französisch zu spre-

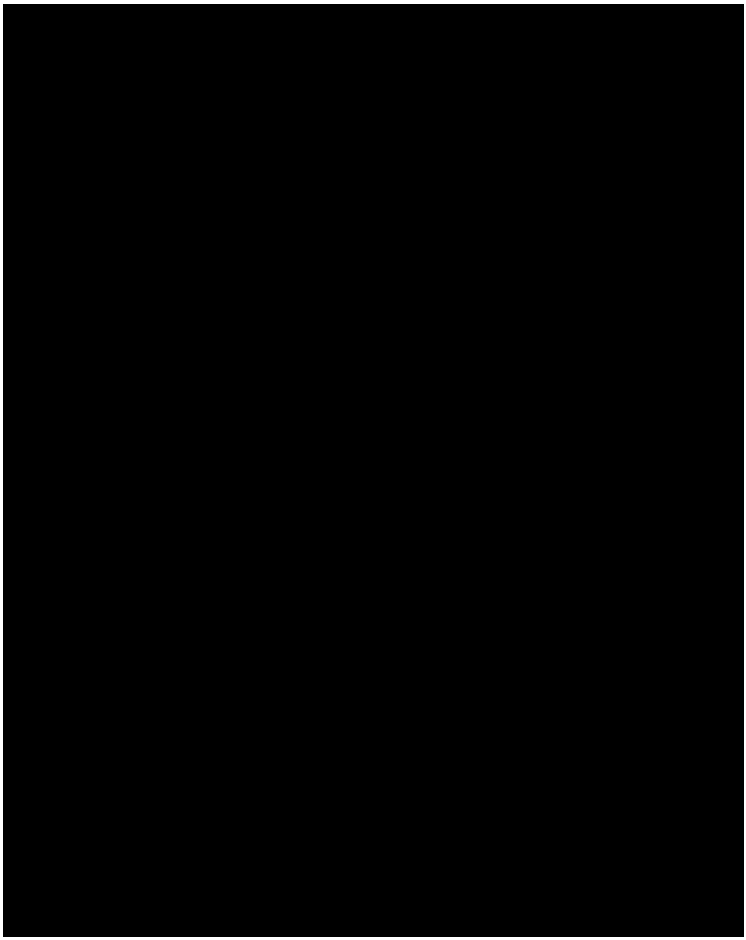
chen, verstand aber auch deutsch im Rahmen der kindlichen Konversation. Sein Französisch verbesserte sich schnell, seit er 1942 in die Vorschule ging.
Sepp arbeitete in einem Betrieb, wahrscheinlich bei Dunlop, von wo er Armands wichtigste Spielsachen mitbrachte: Kugellager der verschiedensten Größen. Gleichzeitig war er im Quartier sehr beliebt, weil es wegen seiner handwerklichen Fähigkeiten keine Reparaturarbeit gab, die er nicht gemacht hätte. In einer kleinen Werkstatt unterhalb des Wohnraumes der Familie beschlug er abgetretene Schuhe ebenso, wie er Löcher in Töpfen und Bratpfannen flickte sowie Scheren und Messer schliff. Er setzte elektrische Geräte wie Bügeleisen, Heizspiralen, elektrische Kocher, Ventilatoren ebenso instand wie Radios. Für Armand bastelte er aus einem Fahrrad für Erwachsene ein Kinderfahrrad, auf dem dieser beizeiten lernte, Fahrrad zu fahren und Sepp bei Ausflügen in die Umgebung zu begleiten. Diese Ausflüge hatten unter den gegebenen Bedingungen immer zwei Aufgaben: erstens die Verpflegungslage der Familie zu verbessern, sei es auch nur indem z. B. im Herbst 1942 reichlich Haselnüsse gesammelt wurden, und zweitens die Umgebung zu erforschen, wobei fast jeder am Wege liegende Bauernhof besucht wurde, um den Betreiber kennenzulernen, was sich wenig später als eine ganz wichtige Überlebenschance erwies.
Am 13. April des Jahres 1943 klopften drei Gestapoleute früh um 6 Uhr an Martas Zimmertür. Die Gestapo hatte aus Kreisen deutscher Emigranten einen Hinweis auf den Aufenthaltsort des gesuchten deutschen Kommunisten Josef Strasser erhalten. Marta bewies in dieser Situation eine Kaltblütigkeit, die man ihr nicht zugetraut hätte. Um den Ablauf der wenigen Minuten dieses Überfalls zu verstehen, müssen ein paar Worte zur Lage der Örtlichkeit gesagt werden: Das genannte Zimmerchen gehörte zu einer kleinen ausgebauten Dachwohnung mit einem kurzen Flur, von dem links zwei in Flurrichtung hintereinander liegende winzige Zimmerchen über eine Tür erreichbar waren. Hier wohnte eine Mutter mit drei Töchtern. Alle Zimmer lagen unter dem Dach und hatten je eine Dachgaube mit Fenster. Auf der rechten Seite des Flurs gab es auf gleicher Höhe wie links eine Tür, die in Martas Zimmer führte, und ebenfalls eine Dachgaube auf den Innenhof hinaus. Am Ende des Flurs, direkt unter dem Dachfirst, führte eine dritte Tür in ein etwas größeres Zimmer, das ein republikanischer Spanier bewohnte. Zu dem zentralen Flur gelangte man nur über eine außen am Haus emporführende Holztreppe. Um ihren Auftrag erfüllen zu können, teilten sich die drei Gestapomänner die Aufgaben: Einer kam an die Zimmertür und verlangte energisch deren Öffnung, der zweite blieb außen auf dem Treppenabsatz stehen, während der dritte unten inmitten des Hofes Posten bezog. Auf die energische Forderung, endlich die Tür zu öffnen, antwortete Marta hinhaltend auf französisch, daß sie nicht einfach öffnen könne, da sie zur Arbeit müsse und noch nicht angezogen sei, aber sie würde gleich öffnen. Dem Gestapomann dauerte das zu lange, er versuchte die Tür aufzudrücken, aber die massive Tür mit noch handgeschmiedetem Schloß hielt stand. Sepp stand derweil am Fenster und beobachtete die Szene. Da der Gestapomann die Tür nicht öffnen konnte, rief er seinen Kumpan vom Treppenabsatz zu Hilfe. Dieser verließ seinen Po-

sten, um sich ebenfalls gegen die Tür zu stemmen. In diesem Moment öffnete Sepp das Fenster, schwang sich mit geübtem Griff über die Dachgaube und verschwand hinter dem Dach. Gleichzeitig hatte Marta die Tür geöffnet, so daß die zwei Gestapomänner in das Zimmer fielen. Armand stand auf dem Bett der Eltern, wo er angezogen werden sollte, und betrachtete die Szene mit großen Augen. Der dritte Gestapomann hatte die Hand mit dem Revolver aus der Tasche gezogen und auf Sepp geschossen, zum Glück, ohne zu treffen. Da die Gestapoleute sofort begriffen, daß ihnen ihre „Beute" entwischt war, nahmen sie die Verfolgung auf, wobei sie Marta noch mit ihren Revolvern bedrohten und giftig auf deutsch sagten: „Und wir kriegen ihn doch!" Diese Worte hat Marta nie vergessen, insbesondere den haßerfüllten Ton, mit dem sie ihr ins Gesicht geschleudert wurden.

Durch die Schüsse aufgeschreckt, erschienen überall in den anliegenden Hinterhöfen Männer und Frauen in Pyjamas oder Bademänteln an den Fenstern und auf Balkonen. Man fragte sich gegenseitig, was denn passiert sei? Und die Antwort verbreitete sich in Windeseile: Die Bosch (Schimpfwort für die Deutschen – d. A.) waren da. Sie haben auf Josef geschossen. Jetzt jagen sie ihn.

Marta nahm ihren Sohn und seine Kleidung, wickelte ihn in eine Decke und reichte dem Spanier den kleinen Koffer mit Papieren sowie Erinnerungsstücken aus den vorangegangenen Jahren in Frankreich und Spanien. Sepp gelang die Flucht zur Familie Karr im Camp Kissel. Deren Kinder machten sich auf Fahrrädern auf die Suche nach Marta und ihrem Kind. Diese wurden inzwischen von einer zur anderen französischen Familie übergeben, bis ein sicherer Platz mit verstecktem Blick auf die Rue de la République gefunden schien. Die suchenden Kinder der Familie Karr wurden in der Straße bemerkt und als Fremde verscheucht, waren aber auch von Marta bemerkt und erkannt worden. Unter vielen Vorsichtsmaßnahmen folgte sie mit ihrem Kind dieser Spur und fand ihren Sepp wirklich bei der Familie Karr. Von nun an begann eine intensive Suche nach einer sicheren Unterkunft im Umland von Montluçon. Während dieser Zeit war Hermann sechs Wochen lang bei einer polnischen Bergarbeiterfamilie in Commentry untergebracht. Diese hatte ein etwa gleichaltriges Mädchen, das in dieser Zeit aber bei seiner Tante wohnte, so war keine allzugroße Veränderung in der Familie zu bemerken. Danach fand Marta einen Unterschlupf auf dem Dachboden eines Bauernhauses, bis eine noch bessere Gelegenheit gefunden wurde, bei der keine unmittelbare Bedrohung der gastgebenden Familie gegeben war. Als solches Versteck stellte sich der sogenannte Lamperiot im kleinen Dorf Arpheuilles-Saint-Priest, ca. zehn km südlich von Montluçon entfernt, heraus: eine Scheune mit angebauter Gesindewohnung aus Ministube und -küche, etwas abseits des Dorfes und der Verkehrswege, mit einer ständig murmelnden sauberen Quelle hinter dem Haus. Das Dach war dicht, die Türen und Fenster waren zu schließen. Selbst die im Gebälk bohrenden Holzwürmer und die unter dem Dach sich jagenden Mäuse und erst recht das Feuer eines kleinen Kanonenofens gaben hier der Familie ein gewisses Sicherheitsgefühl.

Sepp wurde bald als Waldarbeiter angestellt und hatte wiederum schnell Kontakt zu den Dorfbewohnern wegen seiner handwerklichen Fertigkeiten. Durch seine Arbeit und ständige Fahrten mit dem Fahrrad lernte er die unmittelbare Umgebung mit möglichen Fluchtwegen und Verstecken kennen. Im Herbst 1943 wurde Armand Hilt hier in der einklassigen Dorfschule eingeschult, in der sich täglich, außer mittwochs und sonntags, Kinder von der ersten bis zur sechsten Klasse in einem Raum mit einer Lehrerin zusammenfanden, um erstes Wissen zu erwerben.



Beglaubigte Übersetzng einer Bestätigung, daß Marta bei den FTPF als Krankenschwester tätig war

Marta bemühte sich ständig, selbst zur Sicherung des Lebensunterhalts mit beizutragen. Sie arbeitete wieder in verschiedenen Haushalten, wo immer ein paar Lebensmittel abfielen, da es vorrangig entweder Bauernfamilien oder Arbeiterfamilien mit kleiner Landwirtschaft waren, die sie beschäftigten. Dabei lernte sie auch jüngere Frauen kennen, die sie eher als Freundin denn als Bedienstete ansahen. Man muß auch bedenken, daß das Decken einer deutschen antifaschistischen Flüchtlingsfamilie zu dieser Zeit unter harter Strafandrohung bis hin zum Tode stand. Um so höher ist die damalige Solidarität der einfachen französischen Menschen in dieser Gegend, die durchgängig katholischen Glaubens waren, zu werten. Die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zur Dorfbevölkerung führte dazu, daß Marta mit ihrer Familie bald ein kleines Häuschen direkt im Dorf beziehen konnte, was das Gefühl des Geborgenseins noch verstärkte. Sobald sich verdächtige Personen oder gar deutsche Soldaten dem Dorf näherten, wurden Marta oder Sepp gewarnt. Mehr als einmal flüchteten sie daraufhin in die Felder und Wälder der Umgebung, einmal sogar für drei Tage, bis die „Bosch" wieder verschwunden waren.

In dieser Zeit gelang es Sepp, Verbindung zu den französischen Partisanen, zum Maquis, zur örtlichen französischen Widerstandsbewegung kommunistischer Prägung, den FTPF (Francs Tireurs et Partisans Français), aufzunehmen. Sepp wurde, vor allem aufgrund seiner technischen Kenntnisse, aber auch wegen seines vergleichsweise hohen Alters (43/44 Jahre) und seiner Erfahrungen aus dem Spanienkrieg bei den Partisanen bald zum Verantwortlichen für die Waffen und die Ausbildung der jungen, völlig unerfahrenen Maquisarden im Umgang mit und in der Anwendung der verschiedensten Waffen bis hin zur Panzerfaust verantwortlich gemacht. Marta wurde die Sanitäterin dieser Gruppe. Mehrmals mußte die Gruppe ihre Verstecke im Wald wechseln, weil ihnen deutsche Einheiten oder französische Milizen der Petain-Regierung auf den Fersen waren. Der Gruppe gelang es aber immer wieder, sich sowohl verlustreichen Kämpfen zu entziehen als auch deutsche Lager anzugreifen und auszuräumen. Ihr größter Erfolg war im Jahre 1944 die Befreiung der Stadt Montluçon im Verbund mit anderen Partisaneneinheiten. Vorher schon wurde die Kurstadt Néris-les-Bains, zwischen Arpheuilles und Montluçon gelegen, befreit und der Partisanenstab dorthin verlegt. Nun zog auch Marta mit ihrer Familie hierher.

*Rückkehr nach Deutschland und Aufenthalt in Westdeutschland bis 1957*

Im Oktober 1945 kehrte die Familie zunächst in das Saargebiet, nach Wiebelskirchen, die Heimat von Marta, zurück. Alle waren froh, daß der Krieg nun zu Ende war, viele hatten ihn nicht überlebt. Martas erster Mann war schon vor dem großen Krieg in Spanien gefallen. Der jüngere Bruder ihres Mannes war der Euthanasie zum Opfer gefallen. Ihr ältester Bruder, Willi, hatte Glück, nicht in den Krieg zu müssen. Er überlebte, während zwei der Brüder, Hans und Hermann, zunächst an der Ostfront vermißt, aber wahrscheinlich gefallen waren. Sie kehrten nie zurück. Martas jüngster Bruder Kurt kam etwas später, als immer noch überzeugter Nazi, aus der Gefangenschaft zurück und wurde aus der Fami-

lie „ausgeschlossen“. Martas Schwester Liesel hatte ihren Mann in den letzten Tagen des Krieges verloren. Er kam aus dem KZ nicht zurück, in dem er als überzeugter Sozialdemokrat und Antifaschist eingesperrt worden war. Ihre anderen Schwestern Minna und Selma hatten den Krieg mit ihren Familien überlebt, ihre jüngste Schwester Margot war noch bei den Eltern zu Hause.

Die Überlebenden, die fast alle physisch und psychisch traumatisiert waren, hofften, daß nun eine Zeit des Friedens für immer anbrechen würde. Die Linken unter ihnen glaubten aber auch, daß der Faschismus mit seinen Wurzeln ausgerottet und ein neues, friedliches Deutschland aus den Ruinen aufgebaut würde. Die Trennung in Besatzungszonen schien vorrübergehend zu sein. Die unmittelbaren Handlungen richteten sich vor allem darauf, Essen, Unterkunft, Bekleidung und Heizmaterial zu besorgen, das normale Leben wieder in Gang zu bringen. Die konkreten Aufgaben waren kaum überschaubar, geschweige denn lösbar. Jeder Tag war Kampf, und in diesen Kampf stürzte sich Marta gemeinsam mit Sepp. Im Elternhaus saß die Familie gemeinsam mit Freunden häufig zusammen und diskutierte, wie es nun weitergehen sollte. Und wieder prallten die Ansichten darüber oft hart aufeinander. Außerhalb der Familie wurde Marta mehrfach von ihren früheren sozialdemokratischen Genossen dafür angegriffen, daß sie sich nach Hermanns Tod mit einem Kommunisten „eingelassen“ hatte. Ihr wurde auch vorgeworfen, Mitschuld an Hermanns Tod zu tragen, weil sie ihn nicht davon abgehalten hatte, nach Spanien zu gehen und auch noch selber mitgegangen war. Das war letztlich zuviel von seiten ihrer früheren Genossen. So trat sie noch 1945 der Kommunistischen Partei Deutschlands bei. Sie hatte die Kommunisten im Widerstandskampf als mutige, kameradschaftliche, auch bis zur Selbstaufopferung konsequente Genossen kennengelernt. Sie wußte, daß sie und ihr Kind ohne den Schutz durch den Kommunisten Josef Strasser kaum überlebt hätten. Von ihm bekam sie am 14. November 1945 in ihrem Elternhaus eine Tochter, die sie Katja nannte.

Sepp zog es zurück nach Rosenheim in Oberbayern, das er Anfang 1933 verlassen hatte. Auch er wollte wissen, wie seine Eltern mit der großen Familie, aber auch seine früheren Genossen, Freunde und Kollegen den Krieg überstanden hatten. Er wollte endlich seine geliebten Berge und die Flüsse Inn und Mangfall wiedersehen. Der Umzug fand auf einem offenen Lastkraftwagen mit Holzvergaser im März 1946 statt. Sepp hatte in Rosenheim als Rückkehrer aus der Emigration eine Zweiraumwohnung mit Küche und Bad zur Verfügung gestellt bekommen. Sie wurde das neue Zuhause der Familie bis zum Jahresende 1957. Es wurden für Marta schwere Jahre, die mit viel Hoffnung begannen und mit viel Enttäuschung, aber nicht in Hoffnungslosigkeit, endeten. Marta lebte hier das normale Leben vieler „Linker“ in der amerikanischen Besatzungszone und dann in der Bundesrepublik.

Zunächst mußte die Wohnung zumindest notdürftig eingerichtet werden. Marta hatte sich vor allem um ihre kleine Katja zu kümmern. Sie mußte sich in die ihr recht fremden Verhältnisse in Bayern einleben, was ihr weder in der Familie noch in der Umgebung leichtgemacht wurde. Mit den Nachbarn kam sie bald

klar, weil ihre freundliche Art sie für sie gewann. Aber daß sie als ehemalige Sozialdemokratin Mitglied der Kommunistischen Partei geworden war und sich in die Politik einmischte, noch dazu gegen den Strom der Zeit, der da schon hieß „laßt uns die Dinge von gestern vergessen", nahm man ihr übel; auch, daß sie nicht in die Kirche ging.

Marta und Sepp heirateten am 20. Dezember 1946 um des lieben Friedens in Sepps Familie willen, denn eigentlich hielten sie nicht viel von dieser „bürgerlichen" Institution. Aber auch für die Kinder war es besser. Katja erhielt den Familiennamen ihres Vaters, Hermann behielt den seines Vaters. Alles war somit formell im gutbürgerlichen Lot. Das Familienleben war von der Liebe und Sorge der Eltern getragen. Gleichzeitig wurde vor allem der heranwachsende Hermann in die politischen Auseinandersetzungen der Zeit einbezogen.

Sepp arbeitete, nachdem er als Kommunist bald aus allen öffentlichen Funktionen vertrieben und arbeitslos geworden war, als Funktionär der KPD, zunächst als Literaturobmann in der Landesleitung Bayern und dann als Instrukteur im Bundesvorstand in Düsseldorf. Das bedeutete, daß Marta meist mit den Kindern alleine zurechtkommen mußte. Als Arbeitsloser hatte Sepp eine wöchentliche Unterstützung von 45 DM bekommen, und das bei zwei Kindern. Marta trug zur Ernährung der Familie bei, indem sie zusammen mit einer anderen Genossin auf einem Kleinmotorrad durch die ländlichen Gegenden fuhr und Bettwäsche, Frauen- und Herrenunterwäsche, warme Socken usw. als Kommissionshändlerin versuchte, an die Bäuerinnen zu bringen. Der Ertrag war minimal. Der private Handel entwickelte sich nach der Währungsreform schnell, so daß sie diese Beschäftigung bald wieder aufgeben mußte. Danach arbeitete sie als Reinemachfrau in einem kleinen Kino, das auf der anderen Straßenseite lag. Gleichzeitig war sie stets gesellschaftlich aktiv. Sie verteilte und verkaufte die kommunistische Zeitung sowie Literatur, die Sepp vom Landesvorstand mitbrachte, in Rosenheim und umliegenden Dörfern. Die Belieferung der Dörfer übernahm des öfteren Hermann mit seinem Fahrrad. Sie klebte Plakate und half auch, Aktionen der Jugend vorzubereiten, wie das Schreiben von Losungen an Häuser, Brücken und Wände gegen den Koreakrieg oder für die Ächtung der Atombombe. Für letzteres sammelte sie Unterschriften. Sie wurde bekannt, sogar einmal als Kommunistin in Rosenheim in den Stadtrat gewählt. Mehrmals fuhr sie in die DDR zu Treffen der ehemaligen Spanienkämpfer, aber auch zu Jugendtreffen, wie den III. Weltfestspielen der Jugend und Studenten 1951 in Berlin, wo der Übertritt wegen des Verbots der Bundesregierung, an diesen teilzunehmen, illegal erfolgte. Marta, Sepp und auch Hermann kamen auf unterschiedlichen Wegen in Berlin an, wo sie in verschiedenen westdeutschen Gruppen an den Veranstaltungen teilnahmen. Marta und Sepp hatten hier als ehemalige Widerstandskämpfer der Kriegs- und Nachkriegsjugend viel aus ihren Kämpfen in den zwanziger und dreißiger Jahren, im Spanienkrieg, in der französischen Résistance und in Westdeutschland in den ersten Nachkriegsjahren zu erzählen.

Anfang der fünfziger Jahre hatte die antikommunistische Hysterie ständig zugenommen. Das Verbot der KPD und der ihr nahestehenden Organisationen,

insbesondere der Freien Deutschen Jugend (FDJ), des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD) und der Deutsche-Sowjetischen Freundschaft (DSF), wurde von den Herrschenden mit Hilfe der Medien systematisch vorbereitet. Die faschistischen Eliten, die nun zu „Demokraten" mutierten, hatten den Antikommunismus tief verinnerlicht und verrichteten in vielen Ämtern und Verwaltungen ihre Arbeit in diesem Sinne. So führten auch das Verbot der KPD, die Verurteilung und Inhaftierung ihrer Führungsspitzen, die vorher z. T. viele Jahre in KZ und Strafanstalten der Nazis gesessen hatten, zu keinen wesentlichen Protesten. Man wollte die neuen Freiheiten und den neuen Reichtum genießen, ohne ständig durch „diese Querulanten" an die schlimmen Dinge dieser Welt erinnert zu werden. Und jeder, der daran erinnerte, wurde zum Kommunisten gestempelt und als „Agent Moskaus" diffamiert und so behandelt.

Hermann, der 1951 die Volksschule abgeschlossen hatte, fand danach weder eine Lehr- noch eine Arbeitsstelle und wurde im Mai 1952 zu Freunden, ehemaligen Spanienkämpfern, in die DDR gebracht, wo er im September eine Lehre begann.

Anfang der fünfziger Jahre verschlechterte sich Sepps Gesundheitszustand. Seine Magengeschwüre wurden immer schlimmer. Er hatte ständig mit blutigen Auswürfen von offenen Geschwüren zu tun. Eine regelmäßige Arbeit war fast nicht mehr möglich. So mußte er, während eines Besuchs bei Hermann, am 11. Juni 1953 in Berlin-Buch eine totale Magenresektion über sich ergehen lassen. Er erlebte dadurch den 17. Juni hautnah als Patient in einem Krankenhaus der DDR-Hauptstadt. Er war sich durchaus der Fehler der SED-Führung in ihrer politischen und Regierungstätigkeit bewußt. Und er hatte darüber oft mit seinen Genossen in der DDR debattiert. Aber er hatte auch keinerlei Zweifel daran, daß vom Westen her versucht wurde, das Volk der DDR, insbesondere durch den nicht zu verhindernden Einfluß der Medien, zum Aufstand zu treiben.

Marta war derweil in Rosenheim in großer Sorge um ihren geliebten Sepp. Sie war sehr froh, daß er sowohl die Operation als auch die Ereignisse in Berlin gut überstanden hatte. Ihr Leben veränderte sich stark, als er wieder nach Hause kam. Von nun an mußte sie sich verstärkt um seine Gesundheit kümmern. Er machte ihr das nicht leicht, denn er arbeitete wieder für die KPD und war viel unterwegs.

Das Verbot der KPD 1956, verbunden mit vielen familiären Problemen, wie erneuter Verlust des Arbeitsplatzes bei gleichzeitiger Unmöglichkeit, aus gesundheitlichen und politischen Gründen einen neuen zu finden, oder auch Besuche und Hausdurchsuchungen durch Orts- und Landespolizei, machten Marta das Leben schwer. Zugleich erfuhr sie auch Mitleid und Solidarität der Genossen der KPD und der Nachbarn. Trotzdem bat sie 1957 Sepp darum, eine Möglichkeit zu finden, in die DDR umziehen zu können. Sein Gesuch an den illegalen Parteivorstand der KPD wurde mit dem ZK der SED abgesprochen und positiv beschieden. Das war damals durchaus nicht alltäglich, da ein Weggang der Kommunisten aus dem Westen in den Osten von der Bundesrepublik in der Partei selbst oft als Fahnenflucht gewertet wurde. Der Umzug erfolgte zu Silvester 1957.

*Aufenthalt in der DDR und neuen Bundesrepublik bis zu ihrem Tode*

Vor ihrem Umzug waren Marta und Sepp gefragt worden, wo sie denn in der DDR hin möchten. Sie entschieden sich nicht für Berlin, wo die meisten ihrer früheren Mitkämpfer wohnten. Sie wollten nach Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), das nach ihrer Ansicht einen proletarischen, d. h. pro-sozialistischen Hintergrund hatte. Diese Entscheidung zeigt u. a. auch vorhandene Illusionen. Denn das politische Klima, das Verhältnis der Bevölkerung zur SED und ihrer Führungsrolle in der DDR, zur Sowjetunion und zu den hier stationierten sowjetischen Soldaten war durchaus ähnlich dem in anderen großen Städten der DDR, d. h. vorwiegend negativ, oder im besseren Falle loyal. Sicher war die Lage in dieser Hinsicht in Berlin durch die offene Grenze etwas komplizierter, wo viele Bürger der DDR-Hauptstadt in Westberlin arbeiteten und den Umtauschkurs und die Einkaufsmöglichkeiten in beiden Teilen Berlins ausnutzten. Es zeigte sich für beide bald, daß auch hier die politische Arbeit nicht einfach sein würde. Aber erstens waren beide bereit, auch an dieser „Front des Klassenkampfes" ihr Bestes zu geben, und zweitens war hier zumindest ihre materielle Existenz nicht mehr bedroht. Sie hatten als Veteranen der Arbeiterbewegung eine kleine, aber ordentliche Neubauwohnung erhalten. Marta und Sepp wurden als Opfer des Faschismus anerkannt und erhielten die dafür vorgesehene Opferrente. Auch war hier die Zukunft ihrer Kinder gesichert. Hermann hatte gerade eine eigene Familie gegründet und wohnte nicht weit weg ebenfalls in Karl-Marx-Stadt. Er diente in den Luftstreitkräften (LSK) der Nationalen Volksarmee und durfte nun, nach dem Umzug seiner Eltern, auch die Technische Offiziersschule der LSK besuchen. Katja beendete die 10-Klassen-Oberschule und wurde danach Kindergärtnerin. Der einzige negative Gesichtspunkt des Umzugs war, daß nun eine streng bewachte Grenze zwischen Martas Familie und ihren Angehörigen im Westen lag. Es war wieder eine Front, die sie trennte, wenn auch vorerst keine „heiße", sondern die Front des kalten Krieges auf seinem Höhepunkt.

Sepp begann, seinen Wünschen und Möglichkeiten entsprechend, in der Kader- bzw. Personalabteilung eines Großbetriebes zunächst als einfacher Mitarbeiter zu arbeiten. Später wurde er dann Leiter einer Kaderabteilung in einem Betrieb. Diese Arbeit führte sehr bald zu einer gewissen Desillusionierung über den Bewußtseinzustand der Arbeiterklasse in der DDR. Dazu trugen viele Debatten in den Parteiorganisationen, aber auch in unzähligen Schulen sowie in den Massenorganisationen, bei Einheiten der bewaffneten Kräfte wie Bereitschaftspolizei, Grenztruppen und Nationale Volksarmee bei, zu denen Marta und er als Veteranen der Arbeiterbewegung häufig eingeladen wurden. Positiv registrierten sie, daß der Friedensgedanke und auch die internationale Solidarität im Denken vieler Menschen Fuß gefaßt hatten. Sie stellten fest, daß die Bürger der DDR weniger großspurig auftraten, bescheidener, offener und herzlicher gegenüber fremden Menschen waren, auch daß sie Wert auf gutes und reichliches Essen und Trinken legten und gerne feierten.

Sepp reiste aufgrund seiner Sprachkenntnisse, immerhin beherrschte er sowohl die russische als auch die spanische und die französische Sprache zumindest

mündlich fließend, viel als Begleiter von westlichen Delegationen, bestehend meist aus Gewerkschaftern, aber auch aus Mitgliedern kommunistischer und sozialistischer Parteien sowie aus ehemaligen Widerstandskämpfern, in der DDR umher. Dies war besonders der Fall, nachdem er 1961 aus dem Berufsleben ausgeschieden war. Viele seiner Gäste nahm er, wenn es die Reiseroute erlaubte, mit nach Hause, wo Marta immer eine gute Gastgeberin war, aber auch stets an den politischen Gesprächen aktiv teilnahm. Martas und Sepps politische Vergangenheit sowie deren umfangreiche und stets aktive gesellschaftliche Arbeit wurde, wie in der DDR üblich, gewürdigt: Beide erhielten u. a. die Medaille für Teilnahme am antifaschistischen Widerstandskampf, die Hans-Beimler-Medaille für die Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg 1936-1939 auf seiten der Republik und zuletzt den Vaterländischen Verdienstorden in Bronze. Eine besondere Würdigung für Marta stellte die Verleihung der Florence-Nightingale-Medaille durch das Internationale Rote Kreuz auf Vorschlag des Nationalen Roten Kreuzes der DDR im Jahre 1972 für ihre aufopfernde Arbeit als Sanitäterin im Spanienkrieg dar.

Ab 1965/1966 verschlechterte sich sowohl Sepps als auch Martas Gesundheitszustand. Seine Magenprobleme erwiesen sich später als fortschreitender Speiseröhrenkrebs, dem er am 10. Juli 1968 erlag. Der Gesundheitszustand von Marta, die zunächst auf Angina pectoris behandelt wurde, besserte sich erst nach Entfernung der Gallensteine spürbar.

Sie setzte auch nach Sepps Tod ihre umfangreiche gesellschaftliche Arbeit fort. Da sie große Auftritte und Reden nicht gewöhnt war, hatte sie bei jedem Auftritt Lampenfieber, das sie immer wieder überwand. Besonders in Schulen wurde sie gerne gesehen, weil sie mit ihrer warmen, mütterlichen Art die Kinder erreichte. Sie verstand es, mit einfachen Worten, Zusammenhänge der „großen Politik“ so klarzumachen, wie sie selbst diese mit ihrer langen Lebenserfahrung sah.

In den folgenden Jahren zog sie mehrmals um. Zunächst in Karl-Marx-Stadt, dann folgte sie ihrer Tochter Katja nach Berlin. Ihr Interesse verlagerte sich zusehends auf die Entwicklung ihrer drei Enkel. Da sie auch hier mehrmals die Wohnung wechselte, gingen viele Kontakte mit Freunden verloren.

Mit fast achtzig Jahren erlebte sie die Veränderungen der „Wende“ vor dem Fernseher, ohne voll zu begreifen, was eigentlich vor sich ging. Sie war überrascht und enttäuscht wie Tausende, die sich für ein besseres Deutschland, für eine bessere Welt eingesetzt hatten. Aber sie stellte auch fest, daß gesellschaftliche Umbrüche immer wieder geschehen werden, es jedoch gut ist, wenn solche Veränderungen ohne Blutvergießen und Krieg vor sich gehen. Der Krieg zwischen den Völkern Jugoslawiens machte sie sehr unglücklich, weil sie gerade in Spanien viele prächtige Menschen aus Jugoslawien kennengelernt hatte.

Letztlich blieb ihr nichts anderes übrig, als sich auf den Standpunkt zurückzuziehen, daß ihre Generation das ihre getan hat, um in Europa den Faschismus zu besiegen und für fast fünfzig Jahre den Frieden zu sichern. Jetzt sei es an der Zeit, daß die nächsten Generationen sich die Welt so einrichten, wie sie diese haben wollen.

Am 19. Januar 2002 verstarb Marta in Berlin. Sie wurde mit einer würdigen Feierstunde geehrt und unter Vorantragen der Fahne der XI. Internationalen Brigade im Ehrenhain auf dem Friedhof Pankow III beigesetzt.

Eine spannende Dokumentation
über ein Tabu-Thema

Frauen aus Deutschland
in der französischen Résistance

Korrigierte und stark erweiterte Auflage

Hrsg. Ulla Plener
· ISBN 978-3-929390-90-2 ·
· edition bodoni ·

info@bodoni..org · Tel: 030 2 82 51 37, Fax: 030 28 38 75 68

# Französische Gefangenschaft – 28.8.1944 bis 24.8.1948. Erinnerungen

Werner Berthold

*Zur Entwicklung von 1938 bis 1944*

1938/39 hatte ich zu einem antinazistischen, aber vorwiegend nichtkommunistischen, pazifistischen und ausgeprägt francophilen Leipziger Kreis von Intellektuellen Verbindung gewonnen, in dem der Komponist Joachim Kötschau eine wesentliche Rolle spielte. Unter dem Einfluß dieses Kreises begann ich mich von der nazistischen Ideologie zu lösen. In der Folge trennte ich mich auch von der HJ, indem ich ihren Aufforderungen zu Veranstaltungen und Aussprachen nicht mehr folgte. Auch die politische Atmosphäre in dem Betrieb Meißner und Buch, wo ich den Beruf des Lithographen erlernte, begünstigte diese Entwicklung. Der Inhaber war Jude und nicht wenige Lithographen, Drucker und Schleifer waren als aktive Sozialdemokraten und Kommunisten bekannt.

In der Zeit des Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrags, den Kötschau ablehnte, entstanden auch Verbindungen zu kommunistischen Widerstandsgruppen in Leipzig und Dresden, in denen Herbert Bochow und der Maler Fritz Schulze einen wesentlichen Einfluß ausübten. Kötschau ließ den Versuch Bochows, im Sinne der Volksfrontpolitik zu unserem Kreis Kontakt zu gewinnen, scheitern. Trotz seiner Warnung folgte ich aber den Einladungen zu Aussprachen mit Kommunisten in Leipzig und Dresden.

Ich bewunderte die Haltung und Bildung der Antifaschisten, die mir als einem jungen Mann von 15/16 Jahren mit einem großen Vertrauen begegneten und – im Falle der Kommunisten – ihren kämpferischen Einsatz. Über diesen informierte mich Fritz Schulze im Dresdner Atelier, das er sich mit seiner Frau Eva teilte. Zugleich schockierte er mich durch seine Absichtserklärung, er wolle sich freiwillig zur Wehrmacht melden. Auf meine verwunderte Frage antwortete er, man müsse doch schießen lernen.

Schon am oder kurz nach dem 22. Juni 1941 war die Mehrheit der mir bekannten Kommunisten verhaftet worden. Darunter auch Fritz Schulze, der sich in der Wehrmacht vor dem Zugriff der Gestapo geschützt wähnte. Im Unterschied zu dem Leipziger Graphiker Heinz Völkel irrte er sich jedoch hierin. Meine nichtkommunistischen Freunde waren aber der Einberufung schon zuvor gefolgt. In unseren Diskussionen hatten mich die Begründungen ihrer Gegnerschaft zum „Dritten Reich“ überzeugt. Die Literatur und Musik, die mir vermittelt und nahegebracht wurde, erschloß mir eine neue Welt, wenn ich auch Werke – wie den „Zauberberg“ von Thomas Mann – in den Grenzen meiner Volksschulbildung noch nicht voll verstehen konnte. Letzteres galt aber nicht für die moderne Malerei, mit der ich durch Kötschau u. a. sowie durch einen für mich noch unerlaubten Besuch der Ausstellung „Entartete Kunst“ in Leipzig 1938 bekanntge-

worden war. Ein geringes Verständnis gewann ich jedoch für Schriften wie „Die Goldene Kette“ von Upton Sinclair, die mir kommunistische Diskussionspartner in Leipzig nahebringen wollten. Der Malerei voll ergeben, vermochte ich einer ökonomistischen und klassenkämpferischen Interpretation der Kunst im Sinne Sinclairs nicht zu folgen.

Aus meiner Sicht gewann die antifaschistische Gegnerschaft meiner Diskussionspartner leider keine politische Wirkung. Und nachdem sie der Einberufung gefolgt oder verhaftet worden waren, blieb ich vollkommen isoliert. So sah ich auch keine Möglichkeit, der Einberufung zunächst zum RAD auf die Insel Sylt, die mich kurz nach meinem 18. Geburtstag (15.9.1941) erreichte, nicht zu folgen.[1] Hier kam ich mit meiner Generation wieder in Verbindung, die ich mit dem Ausscheiden aus der HJ weitgehend verloren hatte. Ein anfängliches verbales Opponieren führte nach pazifistischen Äußerungen zur Denunziation, der scharfe Verwarnungen und Drohungen mit dem Kriegsgericht folgten. So erschien mir die Anpassung als einzige Möglichkeit, zumal ich weder Partner fand, noch eine realisierbare Alternative und erfolgreiche Gegenkräfte zu der exististierenden faschistischen Macht zu erkennen vermochte, die bis dahin an allen Fronten siegte.

Mit dieser Haltung folgte ich auch der Einberufung zum 51. Luftnachrichtenregiment nach Königsberg, die mich im Frühjahr 1942 erreichte. Nach der infanteristischen und nachrichtentechnischen Ausbildung in Lettland kam ich nach Reims zu einer weiteren Ausbildung als Radarspezialist und dann zum Einsatz in „Nachtjagdstellungen“ bei Beauvais und bei Mons in Belgien. Im Frühjahr 1944 wurde meine Einheit nach Südfrankreich ins Massiv des Maures zum Aufbau einer solchen Stellung verlegt. Deren Vollendung wurde aber durch Luftangriffe und die Invasion amerikanischer und gaullistischer französischer Truppen vereitelt, die am 15. August 1944 erfolgte. Zwischen Le Lavandou und Cannes landeten drei amerikanische Infanteriedivisionen und eine französische Armee. Mit Panzern und motorisierten Fahrzeugen stießen sie durch das Massiv des Maures, wo ich mich als Obergefreiter einer Luftnachrichten-Einheit befand, in Richtung Toulon und Marseille vor.

---

1 Siehe dazu: Werner Berthold: Erinnerungen. Über Nazismus und Antinazismus in Leipzig in den Jahren 1933 bis 1941, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1996, H. 3, S.89-103. Wie hier wird – nun auch in Kenntnis der neueren Diskussion über das Erinnerungsproblem – versucht, den Bewußtseinszustand und seine Entwicklung so genau wie möglich zu rekonstruieren. Dabei konnte ich mich auf Tagebuchaufzeichnungen sowie auf Stellungnahmen von Kurt Friedrichs (Berlin), Robert Schönberger (Karlsruhe-Durlach) und Walter Kaste (Hannover) stützen, die von ihnen im Zusammenhang mit der Streichung meiner SED-Mitgliedschaft 1951, für die jene Aktivitäten eine wesentliche Rolle spielten, den zuständigen Kontrollorganen übersandt wurden. Zur faktologischen Kontrolle wurde das mehrbändige Werk genutzt: Erich Maschke (Hrsg.): Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs, 22 Bde., München 1962-1974. Dr. Kurt Ettig danke ich für Präzisierungen hinsichtlich des Abschnitts über das „Engländer-Kommando“.

*Gefangennahme und Gefangenenlager bei Hyères 1944 bis 1946*

Im Resultat sinnloser Rückzugsgefechte gelangte ich mit einem zusammengewürfelten Haufen aus verschiedenen Wehrmachtseinheiten in die Kasematten eines Forts auf der Halbinsel Saint Mardnier bei Toulon und nach dessen Kapitulation in französische Gefangenschaft. In unseren verdreckten Uniformen traten wir aus den dunklen Kasematten ins grelle Sonnenlicht eines heißen provencalischen Sommertages. Am Ausgang wurde uns von französischen Soldaten befohlen, die Waffen auf einen Haufen zu werfen und eine Marschordnung zu bilden.

Doch bald trauten wir unseren Augen nicht. In einem PKW stand ein französischer General und salutierte nach militärischer Sitte vor unserem abgerissenen Haufen. Später erfuhr man, es sei General Jean de Lattre de Tassigny gewesen, der Oberbefehlshaber der französischen Landungsarmee. Diese stellte zunächst auch das Bewachungspersonal. Ohne Offiziere, für die besondere Lager vorgesehen waren, ging der Marsch auf einer Höhenstraße unter Vermeidung des Zentrums von Toulon in östliche Richtung. Unsere gaullistische Gewahrsamsmacht, die sich offensichtlich an die Genfer Konvention von 1929 zum Schutz der Kriegsgefangenen zu halten suchte, ging zu Recht davon aus, daß wir in Toulon attackiert worden wären. Die Massenmorde an der Zivilbevölkerung von Tulle am 8. Juni durch die Wehrmacht und von Oradour am 10. Juni 1944 durch die SS lagen nur 2 ½ Monate zurück. Sie waren mir und gewiß auch vielen anderen Mitgefangenen nicht bekannt. Ich konnte mir aber vorstellen, wie die französische Bevölkerung – einschließlich jener, die ihre bisherige Kollaboration vergessen machen wollten – nach einer vierjährigen deutschen Besatzung und deren Terroraktionen reagieren werde. So wunderte es mich nicht, daß unser Zug bei der Berührung eines östlichen Vororts von Toulon von der Bevölkerung laut beschimpft und angegriffen wurde. Mit der Frage, „wo ist der Führer“, riß mir ein Mann die Mütze vom Kopf. Andere erhielten auch Schläge und Tritte.

Zunächst wurden wir außerhalb von Toulon, an der Straße von Toulon nach Hyères, auf einem unbebauten Feld untergebracht, das mit Stacheldraht umzogen worden war. Da wohl jede Gewahrsamsmacht von Kriegsgefangenen darauf angewiesen ist, daß diese an ihrer Organisation mitwirken, ertönte bald der Ruf: „Ou sont les sous-officiers?“ Diese Frage, wo die Unteroffiziere sind, war durchaus berechtigt; denn viele Lamettaträger (so wurden die Unteroffiziere und Feldwebel infolge der silbernen Streifen am Kragen und an den Schulterstücken genannt) hatten sich selbst degradiert. Das war aus der Befürchtung erfolgt, sie könnten entgegen der Genfer Konvention, die ihnen in der Gefangenschaft bestimmte Rechte gewährt und sie als Vorgesetzte der Mannschaftsdienstgrade weiterhin anerkennt, der Rache des Siegers in besonderem Maße anheimfallen. Doch nun begannen vor allem einstige „Zwölfender“ (so wurden jene genannt, die sich für eine zwölfjährige Dienstzeit im Reichsheer der Weimarer Republik, das bis 1935 existierte, verpflichtet hatten) nebst Ihresgleichen Morgenluft zu wittern. Jene, die ihre „Lametta“ weggeworfen hatten, wurden von denen, die diese Streifen nur versteckten, teilweise versorgt. So entstand eine reduzierte Kennzeichnung von Dienstgraden. Angesichts dieser Selbstdegradierung und

ihrer partiellen Korrektur büßten sie damit bei den Mannschaftsdienstgraden jede moralische Autorität ein. Ein neues Regime, das auf der Grundlage einer Kollaboration zwischen deutschen und französischen Militaristen niederen Grades – im doppelten Sinne des Wortes – beruhte, begann aber erst voll zu funktionieren, als vor Wintereinbruch das Gefangenenlager in eine Halle des unbenutzten Flughafens von Hyères verlegt worden war.

Noch vom Feldlager aus wurden wir bald als Arbeitskommandos eingesetzt. Hierbei bewachten uns auch Maquisards aus dem Maquis Rouge, d. h. in der Regel Kommunisten. An einem sehr heißen Tag gehörte ich einem Kommando an, das in Obstplantagen Pferdekadaver vergraben sollte. Unser Bewacher stellte sich als kommunistischer Arbeiter vor. Nachdem die Arbeit weitgehend getan war, gestattete er uns, Obst zu pflücken, warnte aber vor Fluchtversuchen, da er dann schießen müsse. In dem Gespräch, an dem ich aber erst teilnehmen konnte, als es seinem Ende entgegenging, habe er nach den Berichten meiner Mitgefangenen zunächst nach unseren Berufen gefragt. Nachdem er erfahren hatte, daß die meisten von uns zur Arbeiterklasse gehören, habe er – sicher auch in Erinnerung an deutsche Maquisards – versucht, an das Klassenbewußtsein der deutschen Arbeiter zu appellieren, die er als Kriegsgefangene zu bewachen hatte. Wenn ihm auch viele nicht zu folgen vermochten, waren doch alle froh, daß sich ihnen ein französischer Arbeiter, Kommunist und Widerstandskämpfer zugewandt und das Gefangenendasein für einige Zeit erleichtert hatte.

Es wurde aber bald deutlich, daß diese Haltung, die gewiß einen politisch-pädagogischen Zweck erfüllen sollte, die nationale Politik der Französischen Kommunistischen Partei (PCF) nicht bestimmte. Diese, bis 1947 Regierungspartei, konnte in den Mannschaftsdienstgraden der faschistischen Wehrmacht, ihrem Todfeind im Maquis, keine Klassengenossen erkennen. Sie vertrat vielmehr die verständliche Meinung, diese sollten zum Wiederaufbau Frankreichs in einer angemessenen Zeit in Gefangenschaft verbleiben. Das war auch die Auffassung der großen kommunistisch orientierten Gewerkschaft Confédératíon générale du travail (CGT). Eine andere Haltung begann sich abzuzeichnen, als französische Arbeiter erfahren mußten, daß Unternehmer PGs (PG: Abkürzung für Prisonnier de guerre [Kriegsgefangener] – mit einem PG wurden auch die allierten Uniformstücke gekennzeichnet, die wir nach dem Verschleiß der deutschen erhielten) als Lohndrücker einsetzten. Sehr früh begann auch die Werbung für die Fremdenlegion und später für den Verbleib in Frankreich als „freier Arbeiter". Im Sommer 1945 – ich glaube noch vor der Potsdamer Konferenz – sollten sich jene melden, die aus dem Rheinland stammten. Wie es hieß, wären sie als Polizisten für ein rheinisches Staatsgebilde vorgesehen, das unter französischem Patronat entstehen sollte. Sie wurden in der Tat zusammengefaßt und abtransportiert. Doch das erfolgte erst nach Einquartierung in der Flugzeughalle bei Hyères.

Mit Stroh, Gras und Brettern konnten wir uns hier Schlafstellen schaffen. Die Verpflegung bestand vorwiegend aus dünnen Suppen und knappen Brotrationen. Doch auch Zigaretten – vorwiegend Marke „Troupe" – wurden gelegentlich

verteilt. Damit setzte ein Tauschhandel ein: Brot gegen Zigaretten. Vor allem ältere PGs tauschten Brot gegen Tabakrationen, was in einigen Fällen zu ihrem Tode führte. Dazu kamen Diebstähle und Lynchjustiz gegenüber ertappten Dieben. In dieser Zeit herrschte aber auch in der französischen Bevölkerung ein großer Mangel an Lebensmitteln. Daher war die Nachricht völlig unverständlich, PGs wären zur Vernichtung unverdorbener Nahrungsmittel aus amerikanischen Beständen eingesetzt worden.

Da in den Wintermonaten die Anforderungen für Arbeitskommandos sehr spärlich waren und kaum eine wesentliche Verbesserung der Ernährung mit sich brachten, war diese Zeit besonders düster. Im November oder Dezember 1944 kam ich aber mit einem Arbeitskommando auf einen Berg bei Saint-Maximin. Ein Unternehmer hatte ein Waldstück gepachtet, um hier Bäume fällen zu lassen. Zu diesem Zweck holte er sich einen Trupp Gefangene. Die Unterbringung erfolgte in halb zerfallenen Berghütten. Die Verpflegung war nicht anders als im Lager, obwohl wir den ganzen Tag Bäume zu fällen hatten. Der Versuch, mit dem Verzehr von Eicheln den Hunger zu bekämpfen, scheiterte bald. Wenn man die Axt erhob, wurde einem schwarz vor den Augen. Ein ostpreußischer Unteroffizier, der unaufhörlich über seine Erlebnisse als Knecht auf ostpreußischen Bauernhöfen redete, meinte aber, man müsse es den Franzosen zeigen, wie ein Deutscher arbeiten könne. Darüber freute sich natürlich der Unternehmer und machte die Leistungen des Ostpreußen zur Norm. Dieser bedauerte aber zugleich, daß der alliierte Nachschub auf einer einsehbaren Straße im Tal nicht zu unterbinden sei.

Noch vor Weihnachten wurden wir ins Lager zurückgebracht. Es war die Zeit der Ardennen-Offensive, die am 16. Dezember begonnen hatte. Im Lager gab es einen Wehrmachtspfarrer, der offensichtlich zu den „Deutschen Christen“ zählte. Mit der kaum verhüllten Absicht, die Wehrbereitschaft der Gefangenen anzufachen, stellte er seine Predigten unter das Christuswort: „Ihr sollt nicht wähnen, daß ich kommen sei, Frieden zu senden auf die Erde. Ich bin nicht kommen, Frieden zu senden, sondern das Schwert.“ (Evangelium Matthäi. 10.34)

In der Zwischenzeit hatten aber die Machtverhältnisse im Lager Gestalt angenommen. Eine Clique von Feldwebeln hatte die Verwaltung an sich gerissen und kollaborierte mit den französischen Militärs, die für das Lager zuständig waren. Das ging so weit, daß Mittel für die ohnehin spärliche Verpflegung unterschlagen wurden. Im Rahmen dieser neuen deutsch-französischen Kollaboration fanden außerhalb des Lagers Saufgelage statt, und schließlich wären auch Prostituierte aus Toulon mit Taxis eingetroffen, wie wir erfuhren. Den Gefangenen wurde es dagegen infolge Hungers schwarz vor den Augen, wenn sie sich erhoben.

Unter ihnen befanden sich aber Gewerkschaftler, Mitglieder und Sympathisanten der KPD und SPD sowie antinazistische Intellektuelle, die gegen ihren Willen einberufen worden waren. Als Angehörige der Wehrmacht hatten sie keine Möglichkeit gesehen, gemäß ihren antinazistischen und -militaristischen Auffassungen zu handeln. Zum Teil hatten sie angesichts der Erfolge des Faschismus auch resigniert und waren – wie ich – zum Werkzeug seines Krieges geworden. In der

Gefangenschaft erwachten sie gewissermaßen zu einem neuen politischen Leben. Eine besondere Rolle spielte dabei Willi Pretzsch, ein Tischler aus Halle. Als aktives Mitglied der Gewerkschaft und kritischer Sympathisant der KPD verfügte er über ein beeindruckendes politisches und historisches Wissen, eine überzeugende Rhetorik sowie über organisatorische Fähigkeiten. Um ihn bildete sich eine Gruppe, zu der ich mich hingezogen fühlte. Sie erstrebte eine Änderung der gravierenden Mißstände. Als ersten Schritt faßte sie eine Ablösung der Feldwebel-Clique ins Auge. Das war nur auf der Grundlage der Genfer Konvention und im Zusammenwirken mit Vertretern der französischen Gewahrsamsmacht möglich.

Unter dieser Voraussetzung war die Entwicklung von Bedeutung, die sich schon im Herbst 1944 in den französischen Streitkräften zu vollziehen begann. De Gaulle hatte sich zunächst genötigt gesehen, im September 1944 Einheiten der Inlandsstreitkräfte, der Forces françaises de l'interieur (FFI), in die „reguläre" Armee zu übernehmen. Résistance-Offiziere, unter denen sich viele Kommunisten befanden, behielten dabei ihre Dienstgrade. Angesichts der Bedeutung der FFI in der Résistance, bei der Befreiung Frankreichs und der Fortführung des Krieges war dies unvermeidlich. Danach begann aber deren Entfernung aus der Armee. Und schon am 28. Oktober bewirkte de Gaulle einen Kabinettsbeschluß zur Entwaffnung von selbständigen Widerstandsgruppen. Da diese vornehmlich kommunistisch orientiert waren, sollte der Gefahr eines „kommunistischen Umsturzes" begegnet werden, die aber nicht existierte.[2] Diese auch nach dem Mai 1945 nachwirkenden Konflikte und die politische Entwicklung, die selbst bei unseren damals dürftigen Informationsmöglichkeiten in etwa zu registrieren waren, schienen einen Ansatzpunkt für positive Veränderungen im Gefangenenlager zu bieten. Mitgefangene mit ausgezeichneten Französischkenntnissen informierten darüber an Hand von französischen Zeitungen, die sie sich beschaffen konnten. Ein anderer Weg führte über die Wahl eines „Vertrauensmanns" („l'homme de confiance") durch die Gefangenen, die in der Genfer Konvention vorgesehen war. Dafür kandidierte Pretzsch. Er rechnete überzeugend mit Faschismus und Krieg ab, trat für eine demokratische Entwicklung ein und kritisierte die Zustände in der deutschen Lagerverwaltung. Obwohl er und seine Freunde von fanatischen Nazis bedroht wurden, erfolgte seine Wahl zum Vertrauensmann. Damit wurde er zum Interessenvertreter der Gefangenen gegenüber der Gewahrsamsmacht. Als Zeichen seiner Stellung erhielt er eine weiße Armbinde. Nach seiner Wahl fand zwischen ihm und einstigen kommunistischen Maquisards eine Unterredung statt. Diese hätten zunächst die Frage gestellt, weshalb er als Antinazi nicht vor der Gefangennahme den Weg zu ihnen gefunden habe. Sie hörten ihn jedoch an. Gewiß im Resultat dieses Gesprächs wurde die korrupte Feldwebel-Clique abgelöst. Auch die französische Lagerleitung änderte sich. Ein älterer Elsässer namens Schäffer mit dem Dienstgrad eines Adjutant-Chef, der wie viele Elsässer ein vorzügliches Deutsch sprach, trat be-

2 Siehe u. a. Peter Schunk: Charles de Gaulle, Berlin 1998, S.295ff.

sonders in Erscheinung. Der Vertrauensmann bildete nun im Einverständnis mit der Gewahrsamsmacht eine neue Lagerleitung. Lagerleiter wurde ein Kommunist aus Düsseldorf namens Hans (?) Eisenhut, der den Dienstgrad eines Feldwebels hatte. Die eigentliche Leitung lag aber beim Vertrauensmann. Da gemäß französischer Weisung Kompanien formiert worden waren, wurden z. T. auch neue Kompanieführer eingesetzt. Trotz Bedenken fand ich mich zur Übernahme einer solchen Aufgabe bereit, obwohl ich unter diesen der Jüngste und der einzige Obergefreite war. Angesichts der geschilderten Zustände und der Lynchjustiz gegenüber ergriffenen Brotdieben bildeten wir eine Lagerpolizei. Als ihr Leiter wurde der Berliner Kurt Friedrichs vorgeschlagen, der sich als ein engagierter Sympathisant der KPD erwies und allgemeine Achtung gewonnen hatte. Wir hatten uns in längeren Gesprächen kennengelernt und waren Freunde geworden. Diese „Polizei" bestand nur aus respektierten Mannschaftsdienstgraden. Lange wurde darüber diskutiert, wie dem anhaltenden Diebstahl zu begegnen sei. Er war ebenso zu bekämpfen, wie das Lynchen von ertappten Dieben. Mit Skrupeln wurde schließlich ein Beschluß gefaßt, verkündet und ausgeführt: Ein ertappter Dieb wurde in „polizeilichen" Gewahrsam genommen und vor dem Lynchen geschützt. Am Abend des gleichen Tages erhielt er öffentlich mehrere Stockschläge auf das Gesäß. Vorschläge, ihn statt dessen oder zudem Pranger stehen zu lassen, und noch schärfere Maßnahmen wurden abgelehnt. Wenn er sein Diebesgut schon konsumiert hatte, mußte er Schadenersatz leisten. Dieses Strafverfahren fand allgemeine Billigung. Es war nicht durch die Geschädigten zu vollziehen und brauchte nur ein- oder zweimal angewandt zu werden, da nun die Diebstähle beträchtlich zurückgingen. Sie waren kaum noch zu verzeichnen, als mit dem Frühjahr wieder lohnende Arbeitskommandos anfielen und die Küche zudem mit Maismehl beliefert wurde. Der dicke Brei, der daraus gekocht wurde, bewirkte das Ende des Hungerns.

Die Erfahrung, daß mit der Bedürfnisbefriedigung die Kriminalität abnimmt, hat mein Menschenbild lange mitbestimmt. Allerdings wurde dabei jene Erkenntnis ungenügend beachtet, die – wie ich viel später feststellte – sich auch in der „Deutschen Ideologie" findet, daß nämlich „das befriedigte erste Bedürfnis selbst" – nebst Aktion und Mittel der Befriedigung – zu „neuen Bedürfnissen führt".[3] Das ergibt eine Bedürfniseskalation, zu deren Befriedigung nicht wenige Individuen asozial verfahren.

Nach meiner Erinnerung wurde der 8. Mai 1945 nicht als das gravierende Ereignis empfunden. Einerseits fühlten sich viele schon vor der Gefangennahme in Südostfrankreich als ein verlorener Haufen, und seit dem Scheitern der Ardennenoffensive verbreitete sich die Meinung, der Krieg sei verloren. Andererseits meinten nicht wenige, die westlichen Alliierten würden mit einstigen Wehrmachtskräften nun den Krieg gegen die „Russen" aufnehmen, eine Auffassung, die mit Beginn des Kalten Krieges erneut an Einfluß gewann.

3 MEW, Bd. 3, S.28.

Über die Diskussionen mit älteren Kameraden, die sich als Genossen erwiesen, gewann ich seit Ende 1944/Anfang 1945 unter anderen historischen Bedingungen wieder Verbindungen zu deutschen Kommunisten, die durch deren Verhaftung im Juni 1941 einen abrupten Abbruch erfahren hatten.
Während der Jahre beim RAD und in der Wehrmacht hatte ich zwar stets daran gearbeitet, meine Schulkenntnisse zu vertiefen und zu erweitern. Wenn meine Kameraden Skat spielten, saß ich zu ihrem Mißvergnügen über Lehrbüchern für Mathematik, Geographie, deutsche und französische Grammatik sowie historischen Schriften. Nun begann aber ein Lernen von anderer Qualität und Intensität. Unter den begrenzten Möglichkeiten französischer Kriegsgefangenschaft war ich bemüht, Kenntnisse des Marxismus zu gewinnen, um zum Verständnis der radikal veränderten Welt zu gelangen. Auch die ästhetische Francophilie, die ich in einer Gruppe von Leipziger Intellektuellen mit der Begeisterung für die französische Malerei gewonnen hatte, erweiterte sich historisch und politisch. So suchte ich mit Eifer Kenntnisse über die Geschichte Frankreichs und vor allem der französischen Revolutionen zu gewinnen. Das galt gleichermaßen für die russische Oktoberrevolution und die Sowjetunion. Die deutsche Geschichte begann ich dagegen als einen Irrweg zu betrachten, der im Nazismus kulminierte. Der Misere-Begriff von Friedrich Engels wurde mir aber erst 1949/50 während des Studiums in Leipzig bekannt. Mit der Niederlage des Faschismus wurde aber die Chance erblickt, diese Misere zu beenden. Neben dem Wissen, das mir meine politisch erfahrenen und gebildeten Freunde vermittelten, waren Kenntnisse auch aus Büchern zu gewinnen. Diese fanden sich erstaunlicherweise in Wehrmachtsbibliotheken, die uns zur Verfügung gestellt wurden. Darunter waren auch Veröffentlichungen von Karl Kautsky. Zudem erhielten wir marxistische Literatur aus einem Verlag in Singen am Hohentwil, das in der französischen Besatzungszone lag. Sein Leiter Karl Bittel wurde später Professor in der DDR und Direktor des Berliner Instituts für Zeitgeschichte. Später gelangten auch Skripten über den Historischen Materialismus und die Geschichte der Arbeiterbewegung aus französischen Gefangenenlagern in Nordafrika zu uns. Andererseits erhielten wir Schriften aus der SBZ. Darunter war die „Einheit. Monatsschrift zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei. Gemeinsame theoretische Zeitschrift“ der SPD und KPD von besonderer Bedeutung. Vor allem die in ihr enthaltene Arbeit von Anton Ackermann „Der besondere deutsche Weg zum Sozialismus“ rief lebhafte Diskussionen hervor. Wir hatten auch Gelegenheit, mit einem alten Radioapparat die Rede von Wilhelm Pieck auf dem Vereinigungsparteitag im April 1946 zu hören. Ein Mitgefangener, der offensichtlich als ehemaliger Nazi eine neue Orientierung suchte, meinte ganz fasziniert, die Kommunisten hätten hinsichtlich der nationalen Frage von den Nazis gelernt. In diesen Zusammenhängen begann mir aber auch deutlich zu werden, daß viele Mitglieder der KPD mit der strategischen Neuorientierung, die hier sowie in anderen Schriften Ausdruck fand, noch nicht vertraut waren. Erst nach der Gefangenschaft wurden sie – wie auch ich – mit den Dokumenten des VII. Weltkongresses der Komintern (1935) sowie der Brüsseler und Berner Parteikonfe-

renz der KPD (1935 und 1939), die auf breite antifaschistsche Volksfront-Bündnisse orientierten, bekannt. Der Sache nach war jedoch im Lager eine Art Volksfrontpolitik bestimmend, obwohl dieser Begriff keine Rolle spielte. Das galt auch für den kulturellen Bereich.

Mit dem Umzug in ein Barackenlager – in der zweiten Hälfte des Jahres 1945 oder Anfang 1946 – hatten sich die Bedingungen für die kulturelle Tätigkeit verbessert. Dieses Lager lag wiederum bei Hyères und nannte sich Blocarde. Es erfüllte die Funktion eines Dépôts für die Gefangenen im Département Var. Das bedeutete, daß die meist aus der Landwirtschaft angeforderten Arbeitskommandos hier zusammengestellt, von hier aus entsandt wurden und daß sie nach Erfüllung ihrer Aufgaben auch hierher zurückkehrten. Auch Gefangene aus anderen Lagern fanden im Dépôt Aufnahme und wurden in den Kreislauf Arbeitskommando – Lager – Arbeitskommando einbezogen. Mit Gefangenen, die aus englischer Gewahrsamsmacht in Norwegen in französische Gefangenschaft überstellt wurden, kam Robert Schönberger, ein Tischler, aktiver Gewerkschaftler und Sympathisant der KPD aus Karlsruhe, mit dem mich bald eine enge Freundschaft verband, die bis zu seinem Tode 1989 währte. Er informierte darüber, daß wir bereits in Nordfrankreich den Ruf eines „Roten Lagers" gewonnen hätten.

Der Lagerleiter, der Vertrauensmann, die Kompanieführer, die Gefangenen im Schreibbüro, in der Küche und der Lebensmittelverwaltung (die „Last" nach Marine-Terminologie) waren in der Regel das Stammpersonal. Es bestand aber auch die Möglichkeit, geeignete Gefangene für die kulturelle Arbeit zurückzuhalten. Auf diese Weise konnten im Laufe der Zeit Schauspieler, Sänger, Musiker und Maler ihre Mitgefangenen erfreuen. Von den Schauspielern ist mir nur Ernst Dorn in Erinnerung geblieben, der später in der BRD die Sängerin Erika Köth heiratete; von den Musikern ein Komponist namens Oeser aus Leipzig, der eine Gefangenen-Symphonie komponierte und deren Aufführung vorbereitete und dirigierte; ein Maler namens Springer stammte aus Süddeutschland. Sie teilten keineswegs die politischen und weltanschaulichen Auffassungen von Pretzsch, meiner anderen Freunde und von mir. Es gab jedoch einen Konsens, der für eine gemeinsame kulturelle Arbeit tragfähig war. Im Zentrum stand die Schauspielkunst. In einer besonderen Kulturbaracke führten wir das Drama Shakespeares „Julius Cäsar", das Schauspiel „Der Revisor" von Gogol, Komödien von Curt Goetz und andere Stücke auf, an die ich mich nicht mehr erinnern kann. Ein Schauspieler, dessen Name mir auch entfallen ist, hatte die Texte der meisten Stücke in seinem Gedächtnis. Die Schauspieler gaben den Laiendarstellern, zu denen auch ich gehörte, phonetischen Unterricht. Zum „Julius Cäsar" und anderen Schauspielen verfaßte ich zudem Einführungen, die in den Baracken verlesen wurden. Bei einer beträchtlichen Vergewaltigung historischer Realität, die aus defizitären Geschichtskenntnissen resultierte, benutzten wir jenes Drama zu einer Abrechnung mit dem Hitlerfaschismus. Die Ermordung Cäsars erschien fast wie ein gelungener 20. Juli. Die Überzeugung, daß die wesentliche Basis des Faschismus und damit Hitlers in mächtigen Gruppen des Kapitals zu finden war,

wirkte dem entgegen. Die Haltung der Mehrheit unserer Mitgefangenen machte allerdings deutlich, daß diese Basis weit über das Kapital hinausging.

Doch bis 1946 dominierte der Eindruck der Niederlage des Faschismus, des Sieges der Sowjetunion, der Entstehung von Volksdemokratien in Osteuropa und auf dem Balkan, der großen Erfolge der kommunistischen Parteien in Frankreich und Italien sowie der Entwicklung in Ostdeutschland. Da wir neben Zeitungen aus der französischen Besatzungszone und neben den Heften der „Einheit" auch Tageszeitungen aus der SBZ erhielten, was wahrscheinlich durch solche Kulturoffiziere ermöglicht wurde, die der PCF angehörten oder ihr nahestanden, konnten wir die Entwicklung in der SBZ, in Deutschland und der Welt verfolgen. Unter Auswertung der Zeitungen, die wir bekamen, und der Rundfunksendungen, die wir empfangen konnten, organisierten wir einen Nachrichtendienst, der das ganze Lager erfaßte. Da nur eine geringe Anzahl von Zeitungen verfügbar war, wurden in den einzelnen Baracken die wichtigsten Nachrichten und Beiträge verlesen. Besonders W. Pretzsch, K. Friedrichs und ich suchten die Diskussion mit unseren Mitgefangenen. Dabei prallten nazistische, bürgerlich-konservative, -liberale und -demokratische, sozialdemokratische und kommunistische Meinungen aufeinander. Wie auch in Deutschland, ging es um das Potsdamer Abkommen, besonders um die Oder-Neiße-Grenze, die Aussiedlungen aus Polen und der ČSR, die Rolle der UdSSR und ihrer Armee und die Deutschland-Politik der Alliierten. Ältere Gefangene, die sich gut an die Weimarer Republik erinnerten, brachten ihre Erfahrungen aus dieser Zeit ein. Jene, die sich als Kommunisten verstanden, hatten wie die meisten ihresgleichen keine Vorstellungen von dem, was heute Stalinismus genannt wird. Die Haltung der KPD gegenüber der Sowjetunion sahen wir durch deren Sieg über die faschistische Wehrmacht, in der wir eingezogen worden waren, vollkommen bestätigt. Anfängliche Untaten von Rotarmisten, mit denen wir konfrontiert wurden, suchten wir vor allem aus der Reaktion auf deutsche Verbrechen in ihrem überfallenen Land und die Behandlung ihrer kriegsgefangenen Kameraden in Deutschland zu erklären. Die Deutschlandpolitik der UdSSR schien uns im Unterschied zum Besatzungsregime der Westmächte jene grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen zu ermöglichen, die wir für erforderlich hielten. Nur dadurch, so meinten wir, sei ein neuer Faschismus und ein dritter Weltkrieg zu verhindern.

Abgesehen von Konfrontationen mit fanatischen und gewaltbereiten Nazis, die eine sachliche Diskussion unmöglich machten, war es die Regel, auch bei schärfsten Auseinandersetzungen den Respekt vor dem Gegner zu wahren. Das galt für organisierte Diskussionsrunden mit akademisch gebildeten Mitgefangenen in besonderem Maße. Hier vertrat ein katholischer Oberstudienrat die Auffassung, daß sich vor allem Christen, Marxisten und Existentialisten um die Erklärung und Gestaltung der Welt nach 1945 bemühen und daß sie dabei zusammenwirken sollten. Ein anderer Pädagoge erntete jedoch mit der Meinung wenig Beifall, Deutschland werde zwar politisch keine Rolle mehr spielen, es genüge aber, wenn die Deutschen biologisch weiter existieren. Eine besondere Bedeutung

gewann die Diskussion um die katholische Soziallehre, wie sie in den Enzykliken „Rerum Novarum“ (1891) und „Quadragesimo anno“ (1931) formuliert worden war. Der katholische Lagerpfarrer, der durch den Besuch eines französischen Bischofs eine starke Position gewonnen hatte, lieh sie uns aus. Wir gingen aber anfangs zu sektiererisch an sie heran und legten das Schwergewicht auf die scharfe Kritik jener Auffassungen, die dem Marxismus widersprachen und die ihn angriffen, statt uns auf die Kritik des Kapitalismus zu konzentrieren, die in den Rundschreiben enthalten ist, und von hier aus die Frage seiner Überwindung zu stellen.

Es kam aber auch unter den Linken zu jenen Auseinandersetzungen, die für diese wohl charakteristisch sind. Den antifaschistischen und demokratischen Kurs, den Willi Pretzsch vertrat und der durch Lagerleiter und Kompanieführer bei Billigung einer Mehrheit der Gefangenen weitgehend verwirklicht wurde, wollte der kommunistische Arbeiter Artur Höffken durch eine Art kommunistische Diktatur ersetzen. So sollte eine KPD-Zelle, die er bilden wollte, die Lagerleitung faktisch übernehmen. Auf Grund seiner Konflikte mit Eisenhut – beide stammten aus Düsseldorf – schlug er sogar vor, diesen aus der KPD auszuschließen und mich durch Handschlag aufzunehmen. Da sich jedoch niemand bereitfand, diesen ebenso linksradikalen, sektiererischen wie irrealen Bestrebungen zu folgen, gab er sie auf. Unsere fast freundschaftlichen Beziehungen kühlten sich damit beträchtlich ab.

Diese Konfrontationen erledigten sich damit, daß Höffken wie Pretzsch, Eisenhut und andere Gefangene, die um die 40 Jahre alt waren, entlassen wurden. Darunter war auch mein Freund Robert Schönberger. (Von 1954 bis zu seinem Tode 1989 besuchte ich ihn mehrfach in Karlsruhe. Durch ihn gewann ich wichtige Verbindungen zu kommunistischen Funktionären und Intellektuellen in Baden-Württemberg. Auch für Literaturbeschaffung und Kontaktvermittlungen hinsichtlich meiner Dissertation bin ich ihm dankbar. Mit Pretzsch hatte ich 1954 und mit Eisenhut in den 60er Jahren Kontakte). Diese Entlassungen gingen der Auflösung des Lagers voraus. Die jüngeren Gefangenen aber auch einige Ältere, die aus irgendwelchen Gründen nicht entlassen wurden, kamen auf verschiedene Arbeitskommandos. Mit Kurt Friedrichs wurde ich dem sogenannten „Engländerkommando“ zugeteilt.

### *„Engländerkommando“ bei La Crau 1946/47*

Dieses Kommando existierte schon einige Zeit. Bislang wurden die Gefangenen, die dort arbeiteten, morgens abgeholt und abends ins Lager zurückgebracht. Nun wurden sie in ihrer Arbeitsstelle einquartiert. Die Aufgabe bestand darin, in einem Transit-Camp der Royal Army bei La Crau, östlich von Toulon, die dreckigsten Arbeiten, wie Toiletten- und Kanalisationsreinigung, Müllabfuhr usf., auszuführen. Großbritannien hatte im Einvernehmen mit der französischen Regierung dieses Camp 1945 oder 1946 errichtet. Es sollte Soldaten zeitweilig aufnehmen, die nach Südfrankreich befördert worden waren, bevor ihr maritimer Weitertransport von Toulon nach Indien und anderen überseeischen Kolonien und

Mandatsgebieten erfolgte. Das galt umgekehrt auch für die Rückführung. In oder bei Calais befand sich das Gegenstück zum südostfranzösischen Camp, und bei Bram, westlich von Carcassonne, existierte ein Zwischenlager. Die Royal Army bzw. die zuständigen Regierungsstellen in London hatten die französische Gewahrsamsmacht um die zeitweilige Überlassung deutscher Kriegsgefangener ersucht. Neben diesen waren ca. 30 deutsche Gefangene der britischen Gewahrsamsmacht für Dienstleistungen in Küchen, Messen und bei Reparaturarbeiten eingesetzt. Gegenüber den ausgeliehenen PGs stellten sie eine Art „Arbeiteraristokratie" dar. Sie waren als „Dienstgruppe" formiert worden. Zu dieser gehörten auch zwei deutsche Offiziere, die aber kaum in Erscheinung traten. Für die Gefangenen, die aus Hyères kamen und die gröberen Arbeiten verrichteten, nahm ein Obergefreiter, der sich zur SPD bekannte, eine sehr lockere Leitung wahr.

Das Camp wurde von einem kleinen untersetzten Colonel befehligt, der nur mit einem Schottenrock zu sehen war. Sein Stellvertreter, ein Captain, trat uns gegenüber nur selten in Erscheinung, während wir einem Sergeant-Major, der als „Spieß" fungierte, häufig begegneten. Zur Arbeit wurden wir von Mannschaftsdienstgraden eingeteilt. Zu einem jungen Soldaten, der für die Ausgabe von Arbeitsgeräten zuständig war, fanden wir bald ein vertrautes Verhältnis. Als wir ihn auf Grund von Nachrichten über eine Begünstigung einstiger Nazis in der britischen Zone durch Vertreter der Besatzungsmacht informierten, hatte er zunächst das Gegenteil verstanden. So erklärte er wütend, die britische Armee würde solange in Deutschland bleiben, bis es keine Nazis mehr gebe. Als er schließlich verstanden hatte, worum es ging, wollte er es nicht glauben. Die Unterkünfte und viele andere Einrichtungen bestanden aus halbrunden Wellblechbaracken, sogenannten Nissenhütten.

Sie waren durch Betonwege und -straßen miteinander verbunden. Wir wurden in ca. zehn solcher Baracken, die sich zu beiden Seiten eines Betonweges befanden, untergebracht. In jeder Baracke standen ca. sechs Doppelstockbetten. Auch ein Duschraum sowie eine Art Aufenthaltsraum und eine Bibliothek, die ich aus Wehrmachtsbeständen einrichten konnte und verwaltete, befanden sich in solchen Nissenhütten. Die deutschen Gefangenen aus Hyères unterstanden nun nicht mehr der französischen, sondern der britischen Armee. Demgemäß lautete unsere Bezeichnung nicht mehr Prisonnier de Guerre (PG) sondern Prisoner of War (PW). Wenn wir uns britischen Soldaten näherten, um eine arbeitsbedingte Auskunft einzuholen, reagierten einige mit der keineswegs unfreundlich gemeinten Frage: „What you want, you focking P-and-W-Bastard?" Der Colonel gewährte uns Ausgang, was zu verschiedenartigen Kontakten, aber auch zu Konfrontationen mit der französischen Bevölkerung führte.

Wie in jeder Kriegsgefangenschaft spielte der Dolmetscher, der zur Dienstgruppe aus Bram gehörte, eine große Rolle. Hier war es ein kommunikationsfreudiges Original. Er hörte auf den Vor- oder Spitznamen Ono. Zunächst wurde ich mit einem Hamburger namens Harry Isenbarth zum Reinigen der Mannschaftstoiletten (shitehouses) eingeteilt, was angesichts der Exkrementiergepflogenheiten

bezechter britischer Soldaten keine reine Freude war. Danach gelangte ich zur Müllabfuhr (rubbish-stroke), bei der ich zu einer Art Vorarbeiter avancierte. Es handelte sich um eine Art trinationales Unternehmen, zu dem ein französischer LWK-Fahrer, ein britischer Wächter und ca. fünf bis sieben deutsche Gefangene zählten. Der Müll gelangte aus den Schlafbaracken und Küchen in oben aufgeschnittene Benzinfässer, die auf ihrer unteren Kante in Schräglage über die Betonwege gerollt wurden, zum LKW. Zwei Gefangene hoben sie auf seine Ladefläche, zwei weitere nahmen sie in Empfang und stellten sie ab. Wenn keine Fässer mehr Platz fanden, fuhren wir zu einem Müllabladeplatz außerhalb des Lagers. Dort warteten bereits Franzosen, die den Abfall auf die Verwendbarkeit als Viehfutter und für andere Zwecke untersuchten. Zu ihrer Erleichterung begannen wir schon auf der Fahrt die Inhalte der Müllbehälter zu sortieren, um sie den Interessenten separat zu übergeben. Diese revanchierten sich dafür mit Rotwein. Im Laufe der Zeit wurde die Müllhalde auch zu einem florierenden Schwarzmarkt. Gefangene, die in Bekleidungsmagazinen arbeiteten, stahlen dort unter Mitwirkung bzw. Tolerierung britischer Soldaten Decken und Bekleidungsstücke aller Art. Diese gelangten, in den Müllbehältern verborgen, an der Lagerwache vorbei zur Müllhalde. Hier wurde die Hehlerware an französische Interessenten verkauft, die sie in der Regel mit beträchtlicher Handelsspanne weiterverkauften. Sowohl die deutschen Gefangenen als auch die britischen Soldaten hatten vor und nach dem 8. Mai 1945 erlebt, in welchem Maße solche Bestände verschleudert, verdorben oder vernichtet worden waren. Daher konnten kaum Gewissensbisse aufkommen. Jene Gefangenen, die weiterhin die Alliierten als Feinde betrachteten, sahen in diesem Agieren zudem eine Art nationalistische Revanche.

Die größere Bewegungsfreiheit bot günstigere Bedingungen für die politische und kulturelle Tätigkeit. Kurt Friedrichs und ich waren von Anfang an bestrebt, in Gesprächen mit unseren neuen Mitgefangenen jene zu ermitteln, die vor 1933 der KPD oder SPD angehört, mit ihnen sympathisiert hatten oder die im Ergebnis ihrer Kriegserlebnisse Antifaschisten geworden waren und gleichfalls eine antikapitalistische und sozialistische Entwicklung auch in Deutschland als notwendig ansahen. Wir fanden sie bald vor allem in Reinhold May aus Berlin, in Walter Kaste aus Hannover, in Anton Tritschler aus Mannheim, in Kurt Ettig aus Leipzig und in Karl (?) Naujoks, der als Sudetendeutscher Mitglied der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei gewesen war. (Mit den drei Erstgenannten hatte ich in den 50er Jahren bzw. bis zu ihrem Tode Kontakt, mit Kurt Ettig, der diese Erinnerungen gelesen, sachlich ergänzt und z. T. auch korrigiert hat, stehe ich noch heute in Verbindung. ) Auch ein einstiger sozialdemokratischer Abgeordneter, dessen Name mir entfallen ist, schloß sich uns an. Nach mehreren Gesprächen schlugen wir vor, gemäß der bisherigen Organisationsstruktur und Terminologie der KPD eine Zelle zu bilden, was dann im Herbst 1946 auch erfolgte. R. May wurde als Ältester (damals in den Vierzigern) zum Zellenleiter gewählt. Die Verantwortung für Propaganda und Agitation wurde mir übertragen. Dabei ging es um unsere eigene Schulung für die politische Tä-

tigkeit in der Gefangenschaft sowie – nach unserer Entlassung – in Deutschland. Weiter um die Einflußnahme auf unsere Mitgefangenen in Auseinandersetzung mit faschistischen und anderen antikommunistischen und -sozialistischen Auffassungen, sowie – in Verbindung damit – um eine kulturelle Arbeit unter den neuen Bedingungen der Gefangenschaft. Auch Kontakte zu Mitgliedern und Organisationen der PCF und der CGT wurden angestrebt. Für die eigene Schulung gewannen die Erinnerungen von R. May und W. Kaste, die der KPD vor 1933 beigetreten waren, sowie von K. Friedrichs und A. Tritschler, die zu ihren aktiven Sympathisanten zählten, eine besondere Bedeutung. Doch auch ihnen war die Entwicklung der Komintern und KPD seit dem VII. Weltkongreß und der Brüsseler Parteikonferenz 1935 weitgehend unbekannt geblieben. Und zwischen R. May und K. Friedrichs, der Ruth Fischer im Gegensatz zu May positiv bewertete, gab es einen heftigen Streit. So wurde mit der Übernahme ihrer Terminologie und Ministruktur teilweise auch die Situation in der KPD und in ihrem Umfeld vor 1933 sowie die Streitmanie innerhalb der Linken übernommen. Der Sozialdemokrat hatte sich ohne Bedenken unserer Gruppe angeschlossen, da er sich wie wir, die aus der KPD kamen bzw. sich ihr verbunden fühlten, zur SED bekannte. Er verteidigte aber sozialdemokratische Auffassungen über die Rolle von SPD und KPD in der Novemberrevolution und der Weimarer Republik. Das führte immer wieder zu Auseinandersetzungen vor allem zwischen ihm und Reinhold. Dieser vertrat aber dabei noch jene sektiererischen Positionen, die von der Brüsseler und Berner Parteikonferenz z. T. überwunden worden waren.

Hinsichtlich der Bewertung der Rolle der UdSSR im Zweiten Weltkrieg und des beginnenden Kalten Krieges gab es aber kaum Differenzen. In theoretischer Hinsicht standen neben den schon genannten Schriften der SED die Arbeiten von Lenin über den Staat und von Stalin „Über Dialektischen und Historischen Materialismus“ zur Verfügung. Mit K. Ettig, der noch jünger war als ich, studierte ich diese Schriften, wobei wir als Lernende und in der damaligen Situation die kritische Sicht, die nach dem Tode Stalins aufkam, nicht gewinnen konnten. Mit dem Studium der Geschichte und der Rezeption jener Schriften, die uns vor allem aus der SBZ erreichten, begannen wir in Frankreich zu begreifen, daß in Deutschland sowohl die Französische Revolution von 1789 als auch die russische Revolution vom Oktober 1917 substantiell nachzuholen und die deutschen Revolutionen von 1848 und 1918 zu vollenden seien, um eine neue faschistische Diktatur und einen dritten Weltkrieg zu verhindern. Die im Gegensatz zu den Westzonen in der SBZ eingeleitete Entwicklung erschien uns als ein Beginn dieses Weges. Die Resultate des Sächsischen Volksentscheides (30.6.1946) sowie die Erfolge der SED bei den Gemeinde- und Landtagswahlen (1.-15.9. und 20.10.1946) schienen uns von der Bereitschaft einer Mehrheit bzw. großer Teile der Bevölkerung zu zeugen, nach den Erfahrungen mit Faschismus und zwei Weltkriegen, die aus dem Kapitalismus hervorgegangen waren, diesen Weg mitzugehen.

Die Zusammenkünfte unserer „Zelle“, deren Existenz natürlich bekannt wurde, fanden in einer kaum genutzten Nissenhütte am Ende der Unterkunftshütten

statt. Nach unserer Konstituierung luden wir auch Mitgefangene dazu ein. Wenn wir uns trafen, hieß es bei diesen mit ironischen, aber auch mißbilligenden Untertönen: „Dahinten tagt wieder die KPD“. In kontroversen Diskussionen zeigte sich, daß sich viele mit dem Nazismus weiterhin identifizierten. Das wurde während des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozesses besonders deutlich. Offene Sympathie und Bewunderung erfuhren vor allem das Auftreten und der Selbstmord Görings. Ein älterer Katholik, der der Nazipartei seit 1932 angehörte, gab mir den „väterlichen“ Rat, von meinem Wege abzugehen und „kommunistische Propaganda“ zu unterlassen. Er fügte hinzu: „Glaube ja nicht, daß es mit dem Kommunismus etwas wird. Wenn es im Augenblick auch nicht mehr ‚Heil Hitler‘ heißt – aber etwas Ähnliches kommt wieder.“ (Tagebuchaufzeichnung Ende 1946/Anfang 1947) Wie er sahen auch viele andere nazistische Gefangene in der westzonalen Entwicklung und in der CDU Adenauers ihre Chance, während sie den Weg der SBZ ablehnten. Es gab auch einen aktiven Nazi, der uns direkt bedrohte und attackierte. Er wurde aber aus einer Baracke hinausgeworfen, als er tätlich werden wollte. Und als er einen älteren Gefangenen beschimpfte, der als Arbeiter im Ruhrgebiet der KPD beigetreten war – sein Vorname war Max, den Familiennamen habe ich vergessen –, schritten auch Mitgefangene ein, die der SPD angehörten oder mit ihr sympathisierten. Wir bedauerten sehr, daß sich Max unserer Gruppe nicht anschließen wollte, zumal er bei vielen Mitgefangenen und auch bei britischen Soldaten sehr geachtet war. Offenbar ahnte er jene Entartung in der kommunistischen Bewegung, die später Stalinismus genannt wurde. Er verfolgte aber unsere Aktivitäten mit Interesse und Sympathie und bezeichnete uns achtungsvoll als Genossen. Nicht wenige Gefangene zeigten aber keinerlei politisches Interesse. Sie erklärten, daß sie sich nach ihrer Entlassung vollkommen ins Privatleben zurückziehen werden. Einen dritten Weltkrieg könne man doch nicht verhindern. (An diese dachte ich, als ich 1958 den westdeutschen Film „Wir Wunderkinder“ sah und den Song hörte, „Kinder genießt die Nachkriegszeit, bald wird sie wieder zur Vorkriegszeit“. Auch auf Grund dieser Erfahrungen konnte ich mich über die Entwicklung und die Wahlergebnisse in den Westzonen und später in der BRD nicht wundern. Andererseits war ich bereit, in der SBZ und der DDR Maßnahmen hinzunehmen, die nicht als demokratisch im üblichen Sinne bezeichnet werden konnten.)

Das Auftreten eines Wehrmachtspfarrers, der etwa im Abstand von zwei bis drei Wochen das Kommando besuchte, stellte eine besondere Herausforderung dar und bot zugleich Möglichkeiten einer Erweiterung der Diskussion. Zumindest mir war er durch sein Wirken im Gefangenenlager in den Flugzeughallen von Hyéres bekannt. Es war jener, der die Ardennenoffensive im Dezember 1944 mit einer Predigt unter dem militanten Wort aus dem Matthäus-Evangelium (10.34) begleitet hatte.

Seine Predigten in der Kapelle des Camps fanden aber kaum Zuhörer. So verlegte er sich vornehmlich darauf, Vorträge über verschiedene Themen zu halten. Auch an diesen nahm aber neben ein bis zwei anderen Gefangenen zunächst nur unsere kommunistische Gruppe teil. Über die päpstlichen Sozialenzykliken, die

der protestantische Pfarrer im wesentlichen akzeptierte, kam es aber zu einem heftigen Streit, in dem ich jedoch wieder sektiererisch auftrat. Ich war damals und zunächst auch noch in der SBZ und DDR der Meinung, daß der christliche Glaube an ein „Jenseits", das Erfüllung bringe, die Energien für die positive Veränderung des „Diesseits" wesentlich lähmt. Erst die Kenntnis der Arbeiten von Marx, Engels, Kautsky, Lenin und anderen sozialistischen Theoretikern zu Fragen der Religion und endgültig das Buch des Leipziger Theologen Emil Fuchs „Marxismus und Christentum" (Leipzig 1952) brachten mich von dieser Meinung ab. Im Ergebnis der Diskussionen schlugen wir dem Pfarrer vor, im nächsten Vortrag das Verhältnis von Staat, Religion und Kirche zu behandeln, worauf er auch einging. An Hand der verfügbaren Literatur begannen wir, uns darauf vorzubereiten.

Etwa drei Stunden vor Beginn des Vortrags traf ich jedoch den Lagerdolmetscher, mit dem wir angesichts der Bedeutung seiner Funktion in Verbindung treten wollten. Ich schlug ihm für die nächsten Tage eine Zusammenkunft vor. Da Ausgangszeit war, lud er mich aber sofort zum Besuch einer düsteren Kneipe ein, in deren Hinterzimmer er zwei Flaschen weißen Bordeaux auf den Tisch stellte. Er wußte schon von der Existenz unserer Gruppe und erklärte : „Ihr schwärmt heute genauso für den Kommunismus, wie wir in unserer Jugend (er war etwa Mitte 30) für den Nationalsozialismus geschwärmt haben." Etwas später meinte er jedoch: „Ich bin immer knapp am KZ vorbeigerutscht. Es hätte ja keinen Zweck gehabt, mich schnappen zu lassen. Ich wollte warten, bis das Kämpfen wieder Erfolg gehabt hätte." (Tagebuchaufzeichnung Mitte Januar 1947). Ono hatte aber gar kein Verständnis dafür, daß ich mich verabschieden wollte, um mir einen Vortrag des „Pfaffen" anzuhören und mit ihm zu diskutieren. Allenfalls wollte er mich ohne Trübung unserer angeknüpften Beziehungen erst dann gehen lassen, wenn ich meine Flasche Bordeaux ausgetrunken hätte. Da er mich genötigt hatte, schon zwei bis drei Gläser zu trinken, versuchte ich infolge reduzierter Selbsteinschätzung, den Konflikt dadurch zu lösen, daß ich die halbleere Flasche in einem Zug leerte. Als ich in meiner Baracke eintraf, hatte der Vortrag des Pfarrers, für den wir geworben hatten, schon begonnen. Er war hier im Einverständnis mit meinen Mitbewohnern anberaumt worden, da aus irgendwelchen Gründen andere Räume nicht verfügbar waren. Die Zuhörer saßen oder lagen infolge Platzmangel auf den Doppelstockbetten. Ich murmelte eine Entschuldigung und schwang mich in das obere Teil des Bettes, in dem ich schlief, und fiel sofort in den Schlaf. Bald mußte ich mich jedoch übergeben. Daraufhin verließ ich die Baracke und versuchte im Duschraum wieder zu mir zu kommen. Die gut vorbereitete Diskussion fiel damit aus, und wir hatten durch mich eine politisch-moralische Niederlage erlitten. Daher wurde ich in der Zelle mit großem Recht kritisiert. Bei dem nächsten Besuch des Pfarrers entschuldigte ich mich bei ihm. Er nahm die Entschuldigung zwar an. Schlimm sei aber, daß ich im Schlaf von dem „verfluchten Pfaffen" gesprochen hätte. Das entsprach jedoch schon damals nicht meiner Terminologie, und die Mitbewohner der Baracke hatten auch dergleichen nicht gehört. Der Pfarrer kam auch nicht wieder.

Das Vorkommnis wirkte sich aber entgegen ursprünglicher Befürchtungen kaum zu unserem Nachteil aus. Teilweise erntete es sogar eine fragwürdige Sympathie.
Kritisiert wurde ich erneut, als ich unter dem Verdacht der Verhöhnung des Captains direkt von der Arbeit in der Müllabfuhr durch einen bewaffneten Soldaten in den Camp-Arrest (calaboose) abgeführt worden war. Dies hätte neben einer disziplinarischen Bestrafung zur Entfernung aus dem Kommando und damit zu einer Beeinträchtigung unserer politischen Arbeit führen können. Die Inhaftierung war im Resultat des folgenden Vorgangs veranlaßt worden: Während wir im Begriff waren, die Müllbehälter auf den LKW zu laden, näherte sich ein Jeep mit dem Colonel und dem Captain von hinten. Bevor der LKW-Fahrer zu einer Ausweichstelle vorfahren konnte, um den Jeep passieren zu lassen, kam der Captain zu mir. Er befahl, die Arbeit zu vollenden und erst dann den Weg freizugeben. Dabei hatte ich die Mülltonne in den Händen und eine Pfeife zwischen den Zähnen. Er fuhr mich daraufhin an, ich solle diese aus dem Mund nehmen, wenn ein britischer Offizier mit mir spreche. Als ich dies getan hatte, ging er zum Jeep zurück. Offensichtlich mußte ich in Erinnerung an ähnliche Vorgänge in der Wehrmacht lächeln. Das bemerkte jedoch der Colonel, der im Wagen verblieben war, was zur Arretierung und Abführung durch einen bewaffneten britischen Soldaten führte. Die wachhabenden Soldaten im calaboose behandelten mich jedoch recht freundlich, was offensichtlich auch daraus resultierte, daß der Captain und der Colonel unbeliebt waren. Diese Antipathie schien sogar eine Sympathie gegenüber dem inhaftierten Exfeind zu erzeugen. Ich wurde auch darüber informiert, daß mich am nächsten Morgen der offenbar angesehene Sergeant-Major hier verhören und anschließend mit britischen Delinquenten nach einem Strafexerzieren dem Colonel zur Aburteilung zuführen würde. Die Aussage des Sergeant-Major sei dabei von ausschlaggebender Bedeutung. Meine Wächter verhalfen mir sogar zu meinem Deutsch-Englischen Wörterbuch und zu meiner englischen Grammatik. Mit deren Hilfe stoppelte ich mir nachts eine Verteidigungsrede zusammen.
Im Bestreben, den Befehl des Captains umgehend auszuführen, so versuchte ich zu erklären, hätte ich die Pfeife nicht aus dem Mund nehmen können, und infolge Kriegseinwirkungen leide ich unter nervösen Gesichtszuckungen, die einem Grinsen gleichen, was schon in der Wehrmacht zu ähnlichen falschen Verdächtigungen geführt habe. Morgens erstattete ich dem Sergeant-Major mit strengem militärischen Reglement, das er liebte, Meldung und radebrechte diese Version, die übrigens gar nicht allzuweit von der Wahrheit entfernt war. Er schien mich aber verstanden zu haben, ersparte mir das Strafexerzieren und trat gegenüber dem Colonel vermutlich als mein Verteidiger auf. Im Laufe des Vormittags erschien er wieder und verfügte mit einer scharfen Verwarnung meine Entlassung aus dem calaboose.
Da ich die Bibliothek verwaltete und infolge meines Interesses für Malerei fand ich nicht nur einen guten Kontakt zu den kulturell interessierten und engagierten Mitgefangenen, sondern auch zu einem Leutnant, der zur britischen Dienstgruppe gehörte. Es handelte sich um einen gebildeten jungen Mann. Nur wenige

Jahre älter als ich, war er als Abiturient oder Student in die Wehrmacht gelangt. Er ging offensichtlich mit sich ins Gericht, suchte nach einem neuen Weg und trat mir nicht als Vorgesetzter, sondern als Kamerad entgegen. Das fiel um so mehr ins Gewicht, als er über unsere kommunistische Gruppe und ihre Aktvitäten informiert war. Gemeinsam bereitete ich mit ihm eine Ausstellung von Zeichnungen und Aquarellen vor, die im Lager entstanden waren. Wir hatten Informationen über das Nationalkomitee „Freies Deutschland" und die antifaschistisch-demokratische Blockpolitik der SED in der SBZ erhalten. In diesem Sinne begrüßte bis auf Reinhold die „Zelle" die Kooperation mit dem deutschen Offizier. Als Zellen-Leiter respektierte Reinhold aber die Meinung der Mehrheit. Er erklärte jedoch, er sei nicht imstande, mit Offizieren zu diskutieren.

Im Kommando entstand schließlich eine gewisse Toleranz im Meinungsstreit, die mit der Forcierung des Kalten Krieges zwar brüchig wurde, jedoch nicht völlig zerbrach. Bei allen Gegensätzen, die den Antagonismen in Deutschland und in der Welt entsprachen, verband die große Mehrheit doch das Grundinteresse, die Gefangenschaft zu überstehen und nach Deutschland zurückzukehren.

Die meisten Gefangenen hielten sich zudem zurück. In der Dienstgruppe spielte dabei die Einteilung in Entlassungsstufen durch einen vernehmenden britischen Offizier, die schon in Bram erfolgt war, eine Rolle. Ein Bekenntnis zur Demokratie im britischen Sinne – jüngere nazistische Gefangene sprachen sie „democrazy" aus – war dafür von wesentlicher Bedeutung. Andererseits führte schon die Erklärung Ettigs, daß er keiner Religion angehöre und sein Vater aktiver Kommunist sei, zu seiner Eingliederung in die niedrigste Stufe.

An manchen Sonntagen suchten wir andere Gefangene in der Umgebung des Transit-Camps auf. Besondere Verbindungen entstanden zu einigen Gefangenen, die in der Landwirtschaft sowie in einem Ersatzteillager für Kraftfahrzeuge arbeiteten, das der Royal Army unterstand. Wir erfuhren, daß die Besitzer der ausgedehnten Obst- und Gemüsefelder, die „Patrons", die französischen Landarbeiter beim Streit um Löhne und Arbeitsbedingungen mit den Drohungen erpreßten, auf ihre Arbeit zu verzichten und PGs heranzuholen. Diese seien bedeutend fleißiger und anspruchsloser und obendrein viel billiger. Auch im industriellen Bereich wurde deutlich, daß die Unternehmer deutsche Gefangene als Lohndrücker und selbst als Streikbrecher einzusetzen suchten. Andererseits hatten sich PGs auch in den Schwarzen Markt (marché noire) und selbst in die Kriminalität eingebracht. Das regionale Organ der PCF „Le rouge midi" (Der rote Süden) prangerte dies an.

Die Gefangenen im Ersatzteillager wurden aus folgendem Grund zu Haftstrafen verurteilt, die sie im Zuchthaus „Lyautey" bei Marseille absitzen mußten. Sie waren in Kooperation mit Angehörigen der Royal Army – darunter die sogenannten Anders-Polen – und französischen Zivilisten an Verschiebungen ganzer LKWs beteiligt gewesen. Dieser kriminelle Handel war durch die Aussage einer Prostituierten aufgeflogen. Sie hatte von diesen PWs als Honorar einen jener falschen Franc-Scheine erhalten, die damals in Frankreich kursierten. Beim Ein-

kauf in Toulon wäre dieser entdeckt worden, und durch das Verhör der Frau sei alles ins Rollen gekommen.
Nach Beginn des Indochinakrieges (Dezember 1946), der Gründung der „Rassemblement du Peuple Français“ (RPF) durch de Gaulle (April 1947), und der Verdrängung der kommunistischen Minister aus der Regierung Ramadier im Zuge der Forcierung des Kalten Krieges (Mai 1947) diskutierten wir in unserer Gruppe über die Möglichkeit, daß dieser in einen dritten Weltkrieg umschlagen könnte. In diesem Falle, so meinten wir, wäre damit zu rechnen, daß die deutschen Gefangenen in Frankreich von einer antikommunistischen Regierung ebenso in den Kampf gegen die Kommunisten im Inneren und gegen die UdSSR einbezogen werden könnten, wie sie als Fremdenlegionäre bereits gegen die Demokratische Republik Vietnam eingesetzt waren. Um dem zu entgehen und in der Annahme, daß die PCF wieder ins Maquis gehen wird, wollten wir dann aus dem Camp ausbrechen und uns dem neuen Maquis anschließen. In heutiger Sicht mag das phantastisch erscheinen. Damals fanden sich jedoch analoge Erwägungen auch bei anderen Motivierungen und Zielstellungen. Die Befürchtung, daß mit einem neuen Krieg zu rechnen sei, wurde auch in der Kriegsgefangenen-Zeitung „Neuer Kurier“ vom 9.8.1947 angesprochen, die dem Arbeitsministerium unterstand und von der Direction Générale des Prisonniers de Guerre kontrolliert wurde. Sie fand auch unter deutschen Gefangenen in den USA und England Ausdruck.[4] Wir begannen jedenfalls, uns unter diesen Aspekten einen Vorrat von Konserven anzulegen. Die Mittel dafür gewannen wir aus dem Handel, an dem sich mit anderen Motivierungen nahezu alle Gefangenen beteiligten. Eine Verbindung zu Organisationen oder Mitgliedern der PCF und der CGT vermochten wir aber damals noch nicht herzustellen.
Anläßlich des 1. Mai 1947 übersandten wir aber Briefe an das ZK der PCF und an die Leitung der CGT, in denen wir als eine Gruppe kommunistischer deutscher Gefangener unsere Solidarität mit dem politischen und gewerkschaftlichen Kampf übermittelten, den die französischen Kommunisten und Gewerkschaftler führten. Wir verzichteten aber nicht auf den Hinweis, daß deutsche Gefangene als Lohndrücker und Streikbrecher gegen französische Arbeiter eingesetzt werden. Wie die Briefe aufgenommen wurden, ist nicht bekanntgeworden. Für die kühne Idee, nachts aus dem Camp auszubrechen und Mauern und Häuser in Toulon mit analogen Losungen zu beschriften, fand sich aber keine Mehrheit. Mit der Auflösung des Camp im Sommer 1947 mußte sich auch unsere Gruppe auflösen. Ettig, Mai, Kaste und Tritschler wurden als die ursprünglichen POWs – ungeachtet der zuvor festgelegten Kategorien – entlassen. Als zeitweilige POWs stellten Friedrichs und ich nun als Gründer der Zelle deren Rest dar. Wir wurden in das Dépôt Toulon verbracht.

4 Siehe Maschke, Zur Geschichte, Bd. XIV, 1968, S.107.

*Straßenausbesserungskommando der Bürgermeisterei Toulon im Sommer 1947*

Kurt und mir war durch die Lektüre von „Le rouge midi“ und aus anderen Quellen bekanntgeworden, daß der gewählte Bürgermeister von Toulon Mitglied des ZK der PCF war. Sein Name war Bartolini. Mit dem Ziel, Kontakte zur PCF zu gewinnen, meldeten wir uns daher für ein Straßenausbesserungskommando der Bürgermeisterei. Da solche Kommandos nicht begehrt waren, hatten wir Erfolg. Wir konnten auch bald feststellen, daß sein französischer Chef ein Kommunist war. Sein Name war François. Er trieb nicht zur Arbeit an und war um ein gutes Verhältnis zu seinen Gefangenen bemüht. In einem der schöneren Vororte besserten wir die Straßen aus. Schon am ersten Tag führte François eine lebhafte Diskussion mit einem Polizisten. Es war bald zu erkennen, daß beide befreundete Genossen waren. Heftig kritisierten sie de Gaulle und dessen RPF. Sie akzeptierten, daß ich mich ihnen näherte und ihrem Gespräch folgte. Nach einer Weile schaltete ich mich mit der Erklärung ein, de Gaulle wolle für Frankreich das werden, was Hitler für Deutschland und Mussolini für Italien waren und was Franco für Spanien noch ist. Diese falsche Einschätzung, die damals unter Linken verbreitet war, fand den vollen Beifall der beiden französischen Kommunisten. Der Kommandochef stellte sich als Leiter einer kommunistischen Zelle vor, und wir, Kurt und ich, bekannten uns als deutsche Kommunisten. Das mißfiel jedoch vielen Mitgefangenen. Am gleichen oder am nächsten Tag trat der Besitzer einer Villa an François heran. Dieser sagte uns nach der Unterredung, sein Gesprächspartner, der auch in der Kommunalpolitik eine Rolle spiele, hätte gewünscht, daß einige Gefangene in seinem Grundstück Ausbesserungsarbeiten verrichten. Er habe ihm zwar zu verstehen gegeben, daß wir für die Bürgermeisterei und nicht für die Bourgeoisie arbeiten. Im Interesse der Bündnispolitik, die auch in der Bürgermeisterei verwirklicht werde, wolle er ihm aber entgegenkommen.

Wir baten schließlich François um Literatur über die Politik und Geschichte der PCF. Diese erreichte uns auch, aber nicht mehr auf seinem Kommando. Denn als unsere Kontakte im Lager bekanntgeworden waren, wurden wir nicht mehr für das Kommando der Bürgermeisterei eingeteilt. Es ist sehr wahrscheinlich, daß dies unter dem Einfluß von sozialdemokratischen Gefangenen geschah, die in der deutschen Lagerleitung Einfluß besaßen. Wir hatten mit ihnen eine Diskussion begonnen und dabei auch – naiverweise, wie sich herausstellte – über unseren Kontakt zu François informiert. Bald erfolgte auch unsere Versetzung in ein Kommando im Lager der Kolonialarmee bei Cais, nördlich von Frejus, was den Charakter einer Abschiebung besaß. Zuvor überreichte mir aber ein Mitgefangener, der weiterhin im Kommando von François arbeitete, einen großen Packen Broschüren der PCF. Mit der Miene größter Mißbilligung begleitete er die Übergabe mit der Erklärung, der Franzose habe ihm die Schriften mit der Aufforderung übergeben, sie den deutschen Kommunisten auszuhändigen. Diese Haltung erklärte sich bei vielen Gefangenen nicht nur aus dem Verhaftetsein in der faschistischen Ideologie und aus traditioneller Francophobie. Mehr oder weniger bekannt war, daß sich die kommunistische Presse, der regionale „Le

rouge midi“ und auch die „Humanité“, gegen bürgerliche und christliche Organe gewandt hatte, die sich für die deutschen Gefangenen einsetzten. Eine Veränderung der Haltung der PCF war hierin nach dem Ausscheiden der kommunistischen Minister aus der Regierung Ramadier im Mai 1947 zu spüren. Diese neue Situation wird auch die Kontaktbereitschaft von François mitbestimmt haben.

*Militärlager Cais – Hoch- und Spätsommmer 1947*

Für das Lager der französischen Kolonialtruppen bei Cais, nördlich von Frejus, wurde ein Kommando von ca. 30 PGs zum Bau einer Wasserleitung eingesetzt. Hier befanden sich neben französischen Einheiten auch Soldaten aus den französischen Kolonien in Afrika und Martinique, die im „sale guerre“, im Schmutzigen Krieg in Vietnam, zum Einsatz kommen sollten. Wir wurden am Rande des Lagers in einer Holzbaracke untergebracht. Wie seit Beginn der Gefangenschaft teilten wir sie mit Flöhen, Läusen und Wanzen. Mäuse und Ratten wurden aber von zahlreichen Katzen gejagt. Ein Vorzug war, daß sich ganz in der Nähe eine geräumige Waschanlage befand. Auch wurde uns in der arbeitsfreien Zeit Ausgang in die Umgebung sowie nach Frejus und St. Raphael gewährt. Die Nahrung entsprach etwa der Verpflegung französischer Soldaten. In provenzalischer Sommerhitze waren Erdarbeiten zu leisten und Wasserleitungsrohre zu verlegen.

In politischer Hinsicht unterschieden sich die Ansichten unserer Mitgefangenen kaum von den Meinungen im „Englandkommando“. So fanden Kurt und ich mit unseren Auffassungen zunächst kaum Resonanz. Neu war aber, daß wir nun einer französischen Aggressionsarmee zu dienen hatten, die einen ungerechten und barbarischen Krieg führte, um eine einstige Kolonie wieder unter französische Herrschaft zu zwingen. Aus diesem Grunde erschien es uns trotz Skrupeln gerechtfertigt, die Francophobie und den teutonischen Nationalismus, die einen großen Teil der Gefangenen mehr oder weniger bestimmten, gegen diese französische Aggression zu wenden. Als ich später den Begriff Nationalbolschewismus kennenlernte, begriff ich, daß wir versucht hatten, in seinem Sinne zu agieren. So wandten wir uns einem angesehenen Fahnenjunker-Feldwebel zu, den wir bereits vom Englandkommando her kannten. Wir schlugen vor, ihn als Vertrauensmann und Leiter des Kommandos zu wählen, da der bisherige Inhaber dieser Funktion völlig versagt hatte und unter dem Eindruck massiver Kritik zurückgetreten war. Der Fahnenjunker wurde auch gewählt, und wir mußten seine nationalistische und schlechthin antifranzösische Antrittsrede schlucken. Doch dieses fragwürdige Bündnis bewährte sich bei einem Streik der Gefangenen. Er richtete sich gegen Maßnahmen, die nach dem Fluchtversuch eines Gefangenen durch den zuständigen Offizier verfügt worden waren. Der Ausgang wurde gestrichen, und um unsere Baracke wurde ein Stacheldrahtverhau gelegt. Der Vorschlag von Kurt und mir, die Baracke erst nach Entfernung des Stacheldrahts zu verlassen und die Arbeit wieder aufzunehmen, wurde angenommen. Doch nach den ersten Drohungen kapitulierte die Mehrheit. Der Stacheldraht wurde aber entfernt.

Auch durch diese Vorkommnisse wurden Kurt und ich in unserer Absicht bestärkt, beim Beginn eines neuen Krieges aus der Gefangenschaft auszubrechen.

Da wir uns nicht mehr sicher waren, daß wir an ein neues Maquis Anschluß gewinnen könnten, wenn es sich bilden sollte, faßten wir den Plan, uns im Kriegsfall nach der SBZ durchzuschlagen. Da wir nun Italien näher waren, erwogen wir, den Weg dahin über die Meeralpen, Norditalien, Österreich und die Westzonen zu finden. Die Route durch das Rhonetal, das hatten mißlungene Fluchtversuche von Mitgefangenen gezeigt, war dafür kaum geeignet. Um die Mittel für eine solches abenteuerliches Unternehmen zu gewinnen, gründeten wir mit einem Ingenieur namens Irmscher eine Art Wäscherei- und Bügelunternehmen für die Soldaten der Kolonialarmee. Mir fiel neben Waschen und Bügeln die Aufgabe zu, mit den Kunden zu verhandeln, ihre schmutzige Wäsche anzuliefern, gereinigt und gebügelt zurückzubringen und zu kassieren. Der dritte Partner scheute sich, diese Aufgabe zu übernehmen, obwohl er viel besser französisch sprach als ich. Anfangs gab es manchmal Schwierigkeiten, die Bezahlung einzutreiben. Im äußersten Fall pokerte ich dann hoch und drohte mit einer Meldung an den Lagerkommandanten. Zumeist unterlagen die Zahlungsunwilligen aber einer wirksamen Kritik ihrer Kameraden.

Ein sehr gutes Verhältnis gewannen wir zu den farbigen Soldaten aus Martinique, die sich durch eine hohe Intelligenz und ein taktvolles Benehmen auszeichneten. Sie gaben auch zu verstehen, daß sie den Vietnamkrieg nicht billigen. Für einen Teil des verdienten Geldes erwarben wir Konserven, die wir an sicheren Stellen außerhalb des Lagers vergruben. Doch am Ende des Sommers war der Bau der Wasserleitung beendet. Wir kamen aber nicht nach Toulon zurück, sondern gelangten in das Dépôt von St. Marthe, einen Vorort von Marseille. Es war für das Département Bouches du Rhone zuständig.

*„Kriegsgefangenen-Universität" St. Fons – Oktober/November 1947*

Im Dépôt St. Marthe wurden wir nur zu kurzfristigen Arbeitseinsätzen im Stadtgebiet und im Umfeld von Marseille eingesetzt. Kurt, der damals Ende 30 war, wurde auch bald entlassen. Zuvor berieten wir uns über folgende Möglichkeit: Wir hatten erfahren, daß in St. Fons bei Lyon eine „Kriegsgefangenen-Universität" existiert. Die offizielle französische Bezeichnung lautete „Ecole d' Orientation Culturelle", und ein dort durchgeführter Lehrgang nannte sich „Cours orientation culturelle et d' information". Wie ich später erfuhr, existierten solche „Ecoles" auch in St. Denis und Orléans. Ihr Zweck bestand wohl vornehmlich darin, Gefangene, die dafür geeignet und bereit waren, zu „Kulturreferenten" auszubilden. Die französische Bezeichnung lautete „Rééducateur" (Wiedererzieher bzw. Umerzieher). Sie sollten in die französische Version der angloamerikanischen reeducation einbezogen werden.

Solche Kulturreferenten waren uns bereits als Besucher von Arbeitskommandos und im Lager von Toulon begegnet. Auch in Marseille trafen wir sie an. Nicht selten hatte sich bei ihnen ein nazistischer Antikommunismus im Zuge des Kalten Krieges lediglich „demokratisiert". Bestenfalls waren sie – wie in Toulon – sozialdemokratisch orientiert. Wie wir erfuhren, konnte sich jeder Gefangene zum Besuch eines Kurses in St. Fons bewerben. Teilweise unterzog der zustän-

dige Officier de Renseignement – ein für die „rééducation“ zuständiger Nachrichtenoffizier, der dem Nachrichtendienst der Armee unterstand – oder ein von ihm damit Beauftragter die Bewerber einer Art Intelligenz-, Bildungs- und Gesinnungsprüfung. Wesentlich war eine antinazistische und bürgerlich-demokratische Grundhaltung. Doch auch ohne solche Prüfungen erfolgten Delegierungen von Bewerbern nach St. Fons.

Kurt und ich kamen zu der Auffassung, daß der erfolgreiche Besuch eines solchen Kurses große Möglichkeiten für eine antifaschistische Wirksamkeit bieten konnte. Diese Meinung vertrat auch ein Gefangener, den wir im neuen Lager kennengelernt und als Kommunisten erkannt hatten. Sein Name war Heinz Dyduch. Er war in der Schreibstube des Officier de Renseignement tätig. Mit lebhafter Zustimmung von Kurt und Heinz bewarb ich mich. Nach einer kurzen Befragung gelangte ich mit Bewerbern aus anderen Lagern im bewachten Waggon eines Güterzuges nach St. Fons. Es war der 5. Kurs, der vom 14. Oktober bis zum 22. November 1947 anberaumt war.

Die „Kriegsgefangenen-Universität“ war in mehreren Baracken untergebracht, die sich im hinteren Teil eines „normalen“ Gefangenlagers befanden. Eine Baracke war den Lehrkräften vorbehalten, in einer weiteren fanden die Lehrveranstaltungen statt, und in einer dritten (es könnte auch noch eine vierte gewesen sein) wurden die Kursteilnehmer auf gefangenenübliche Art untergebracht. Die Lehrkräfte waren Universitätsdozenten, Juristen und andere Akademiker, die als Angehörige der Wehrmacht in französische Gefangenschaft geraten waren. Auch von Professoren der Universität Lyon wurden Vorlesungen gehalten. Der deutsche Leiter war ein Jurist namens Nerz, von dem es hieß, er wäre vor seiner Einberufung als Richter oder Staatsanwalt tätig gewesen.

Wie in einer Universität bestand der Lehrbetrieb aus Vorlesungen und Seminaren. Wichtige Fächer waren: Theorie und Geschichte des Staates und des Rechts, Ökonomische Theorien, Geschichte, Literaturgeschichte und Psychologie. Die Vorlesungen und Seminare hatten in der Regel ein gutes Niveau, und es wurde intensiv gearbeitet. Die politische Grundorientierung war auf eine parlamentarische Republik ausgerichtet, die auf der Gewaltenteilung beruhte. Daher spielte die Staatstheorie von Montesquieu eine besondere Rolle. Ebenso wurden die Menschenrechte unter besonderer Betonung der individuellen Freiheiten und des Eigentums hervorgehoben. Obwohl der Ökonom auf den Neoliberalismus von Wilhelm Röpke eingeschworen war, trat bei ihm eine antikommunistische und antimarxistische Linie nur indirekt in Erscheinung. Das kann auch für die anderen Lehrveranstaltungen gelten. Der Psychologe kam immer wieder auf das Problem der Fehlleistungen zu sprechen, wofür er auch Äußerungen von Nerz als Bespiele anführte. Stellungnahmen zur Tagespolitik wurden vermieden. Neben der gründlichen Vor- und Nachbereitung der Vorlesungen und Seminare studierte ich vor allem marxistische Arbeiten, die sich in der Bibliothek oder im Besitz von Dozenten befanden. Darunter war auch das „Kommunistische Manifest“, das ich hier zum ersten Mal in den Händen hielt und ausführlich exzerpierte. Es stammte übrigens aus einer Druckerei im sächsischen Wurzen. Wie

Millionen vor, mit und nach mir wurde ich vom Inhalt, der Logik und Sprache gepackt. Weiter befaßte ich mich mit dem Existentialismus. Ich konnte bald feststellen, daß ich der einzige unter den Kursteilnehmern war, der sich als Kommunist verstand. Unter den „normalen" Gefangenen begegnete ich aber zwei kommunistischen Genossen, die Kontakt zu Gleichgesinnten unter den Kursteilnehmern suchten. Es waren Werner Senfklarer aus Hamburg und Kurt Günther aus Berlin. Sie billigten meine Motive für die Teilnahme am Kurs voll und ganz. Ich verdanke ihnen wichtige Hinweise und Ermutigungen. Im Kurs hielt ich mich bei aktuellen politischen Diskussionen, die abends in den Baracken geführt wurden, zurück. Ich wollte Konfrontationen vermeiden, die mein Ziel gefährden konnten, das Prädikat und die Wirkungsmöglichkeiten eines Kulturreferenten zu gewinnen. Doch meine politische und weltanschauliche Position wurde bald erkannt. Obwohl mir nun einige Kursteilnehme*r* und Dozenten mit Distanz begegneten, wurde ich doch im wesentlichen toleriert.

Das um so mehr, da ich zwei Aktionen mitinitiierte und -organisierte, die von einem elementaren Interesse aller Kursteilnehmer bestimmt waren. Die erste bezog sich auf das Essen, die zweite auf die Heizung. In dem häufigen Bohneneintopf, den es zum Mittagessen gab, schwammen mitgekochte Maden in reicher Zahl obenauf. Als sich trotz Beschwerden nichts änderte, traten wir in einen Vorlesungsstreik. „Kamerad Nerz", wie er genannt wurde, stellte zwar im Dozentenkreis die Frage, wer denn die „Rädelsführer" seien. Er protestierte aber beim Lagerkommandanten immerhin so wirksam, daß künftig das Essen madenfrei war. Als es im November auch um Lyon ziemlich kalt wurde und wir weder Kohle noch Holz bekamen, organisierten wir eine Holzbeschaffungsaktion. In einem anderen Teil des Lagers waren in der Nähe eines Wachpostens Bretter für Bauvorhaben gestapelt. Um Mitternacht bildeten wir eine lange Kette und beförderten die Bretter in unsere Baracke. Hier rissen wir die Diele auf und verstauten das requirierte Holz. Da der Transportweg durch einen großen Teil des Lagers führte, hielten einige von uns die Türen der anderen Baracken zu, um möglichen Denunzianten die Sicht zu nehmen. Auch fluchenden Gefangenen, die ihre Notdurft verrichten wollten, wurde der Weg zu den Latrinen erst freigegeben, als das letzte Brett sein Ziel erreicht hatte.

Am Ende des Kurses war eine Arbeit zu schreiben und ein Vortrag zu halten. Die Arbeit widmete ich dem Vergleich der Staatstheorien von Montesquieu und Rousseau, wobei ich dessen radikale Gesellschaftskritik und den Gedanken der „volonté générale", der Bedeutung des Willens und der Souveränität des Volkes bei Rousseau besonders hervorhob. Für den Vortrag wählte ich als Thema: „Die moderne Malerei, ein Spiegelbild der Zeit". Während man die Arbeit abgeben mußte, ist die Vortragsdisposition in meinem Besitz. Mit Erinnerungen an die Kunstgeschichte von Richard Hamann, an andere Werke und Reproduktionen sowie auf die sehr dürftige kunstgeschichtliche Literatur gestützt, die verfügbar war, versuchte ich eine kultursoziologische Interpretation, die – wie ich später erkannte – etwas holprig ausfiel. Nach einer historischen Einführung, die mit dem Mittelalter begann, konzentrierte ich mich auf Impressionismus, Expressio-

nismus und Neue Sachlichkeit sowie auf die gesellschaftskritische Kunst in Frankreich und Deutschland an den Beispielen von Daumier, Kollwitz, Zille, Grosz und Dix. Kurzschlüssig fielen auch die Folgerungen aus, in denen es hieß: „Wir können also durch eine gründliche Betrachtung der modernen Kunst nur in der Erkenntnis bestärkt werden, daß eine grundlegende Änderung unseres Lebens erfolgen muß, wenn es erhalten bleiben soll." Einige Zuhörer werden begriffen haben, daß ich „Leben" an Stelle von Gesellschaft gewählt hatte. Für das Prädikat eines Kulturreferenten reichte der Vortrag offenbar aus. Zudem befand sich unter den Prüfern kein Kunst- und auch kein Fachhistoriker. Auch die schriftliche Arbeit wurde positiv bewertet. Ich kam nach Marseille zurück, um im Departement Bouches du Rhone als Kulturreferent zu wirken. Zunächst mußten wir aber angesichts des großen Streiks, der Ende 1947 schließlich 2,5 Millionen Werktätige erfaßte, noch einige Tage in St. Fons bleiben.

*„Rééducateur" im Departement Bouches du Rhone Dezember 1947 – August 1948*

Im Dépôt St. Marthe wurde mir ein Arbeitsplatz in der „Kulturbaracke" zugewiesen. In ihr waren der Rééducateur en Chef und zwei Redakteure der Kriegsgefangenenzeitung für den Dépôt-Bereich untergebracht. Sie arbeiteten und wohnten hier. Ich mußte mir aber eine Schlafgelegenheit in einer Lagerbaracke suchen. Der leitende Kulturreferent bzw. Rééducateur en Chef hieß De Sombre. Mutmaßlich hatten ihn die zuständigen Franzosen vornehmlich auf Grund seines französischen Namens eingesetzt. Denn er tat fast nichts. Dem entsprach ein großes Defizit im autodidaktischen Streben nach Wissen und Bildung. Er konnte aber nichts dagegen haben, daß ich mich auf die verfügbaren Zeitungen stürzte, im Lager sowie auf verschiedenen Außenkommandos Vorträge hielt und die Lagerkapelle als Conférencier begleitete. Als ich Anfang 1948 von einer solchen Vortragstour zurückkam, erfuhr ich zu meiner Überraschung, daß De Sombre seines Postens enthoben worden war, auf ein Außenkommando strafversetzt werden sollte und daß ich für seine bisherige Funktion vorgesehen sei. Als Gründe wurden neben seiner ungenügenden Aktivität „Orgien" genannt, die er in der Kulturbaracke veranstaltet habe. Auch sei von französischen Offizieren beobachtet worden, daß er mit einem marokkanischen Bewacher in Marseille ein Bordell aufgesucht habe. Ich hatte nicht nach seiner Funktion gestrebt. Doch mit ihrer Übernahme gewann ich erweiterte Wirkungsmöglichkeiten. Ich begann sofort, die Vortragstätigkeit zu intensivieren und auf alle Kommandos auszudehnen. Bei der Themenwahl konnte davon ausgegangen werden, daß bei meinen Mitgefangenen alle politischen Ereignisse und Entwicklungen von Interesse waren, die ihre gegenwärtige Situation, ihre baldige Entlassung aus der Gefangenschaft und ihre künftige Existenz in Deutschland wie auch in Frankreich positiv oder negativ beeinflussen konnten. Das betraf auch die Überprüfung der Angebote, als „freier Arbeiter" zeitweilig oder für immer in Frankreich zu bleiben. Andererseits war zu berücksichtigen, daß in der französischen Armee und damit auch im Nachrichtendienst, der für die „Rééducation" zuständig war, de Gaulle und seine RPF gewiß einen großen Einfluß besaßen. Man konnte aber

auch einkalkulieren, daß trotz des Kalten Krieges selbst in der RPF an der Verurteilung des Nazismus festgehalten wurde und ungeachtet des Antikommunismus die Sowjetunion weiterhin als Verbündeter Frankreichs galt. Auch war nicht zu ignorieren, daß die PCF als „Partei der Füsilierten" immer noch einen großen Einfluß besaß.

Diese widerspruchsvollen Komponenten waren auch für die Haltung des Officier de Renseignement bestimmend. Er war ein Elsässer namens Flammang und sozusagen mein Chef. Wenn ich ein Außenkommando aufsuchen wollte, war für mich und einen Tirelleur marocain, einen marokkanischen Soldaten, der mich als Wächter zu begleiten hatte, eine Art Marschbefehl von ihm einzuholen. Im gaullistischen Sinne war er antikommunistisch, aber zugleich antinazistisch orientiert. Als im Laufe des Jahres 1948 die antikommunistischen und -sowjetischen Kommentare in westdeutschen Sendern, die in der Kulturbaracke empfangen und auf das Lager ausgestrahlt werden konnten, zunahmen, war Flammang davon zu überzeugen, daß dadurch nur die nazistischen Gefangenen Auftrieb erhalten. Er war daher damit einverstanden, solche Sendungen nicht mehr ins Lager zu übertragen. Allerdings gab es auch andere Gaullisten. Der französische Leiter der Poststelle – auch ein Elsässer – war als ein engagiertes Mitglied der RPF bekannt. Als Unteroffizier hatte er viele Jahre in Nordafrika zugebracht. Eines Tages kam er in die Kulturbaracke und betrachtete eine Europakarte, die an der Wand hing. Er zeigte auf Moskau und erklärte, hierher müsse eine Atombombe fallen. Als Begründung führte er an: Jahrzehntelang habe er für Frankreich Militärdienst geleistet, sei er auf dem Kamel Hunderte von Kilometern durch die Sahara geritten. Nun werde er sich von den Kommunisten seine Rente nicht kürzen lassen. Sein deutscher Gehilfe, der ihn begleitete, sah durch ihn seinen nazistischen Antikommunismus vollkommen bestätigt. So erklärte er, die RPF verfolge nun die gleichen Ziele wie einst Hitler. Sein Vorgesetzter reagierte darauf nur mit einer hilflosen Aufforderung zu mehr Respekt, die auf seinen Untergebenen ohne jeden Eindruck blieb. Offenbar befanden sie sich auch auf dem Gebiet von unsauberen Geschäften in einer neuen collaboration franco-allemande.

Nach einer Wiederholung des Vortrags über „Die moderne Malerei..." galt das erste neue Thema, das ich im Lager und auf einer Reihe von Außenkommandos behandelte, der Konferenz des Rates der Außenminister, die unter der Teilnahme Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR und der USA in London vom 25. November bis zum 15. Dezember 1947 zum deutschen und österreichischen Problem stattgefunden hatte. Die Methode konnte unter Berücksichtigung der charakterisierten Situation nur „objektivistisch" sein. Dabei versuchte ich, die Vorschläge der UdSSR so zu plazieren, daß sie – gemäß meiner Überzeugung – als die günstigste Variante für Deutschland erschienen. In den Aussprachen, die in kleinen Kreisen nach den Vorträgen stattfanden, äußerte ich dann meine Meinung deutlicher. Auch bei folgenden Vorträgen wandte ich die gleiche Methode an.

Mit der dramatischen Entwicklung im Jahre 1948, die mit der vollen Entfaltung des Kalten Krieges, mit dem Marshallplan und dem Kurs der Westmächte auf

die Bildung eines westdeutschen Separatstaates („Londoner Empfehlungen"), zum Anschluß der französischen Besatzungszone an die schon Ende 1946 entstandene Bizone und schließlich hier und in den Westsektoren von Berlin zur separaten Währungsreform führte, verstärkte sich das politische Interesse der Gefangenen, aber zugleich die Polarisierung ihrer Meinungen. Das um so mehr, da mit dem Jahre 1948 das Ende der Gefangenschaft abzusehen war. Ein großer Teil sympathisierte mit dem Kurs der Westmächte und der von Adenauer repräsentierten Konzeption. In dieser Konstellation wurde es immer schwieriger, die gewählte Methode der indirekten Befürwortung sowjetischer und sowjetzonaler Vorschläge und Maßnahmen durchzuhalten und die ihrer Gegner in Frage zu stellen. Es gab auch Versuche, mich zu einer direkten Parteinahme zu provozieren, deren Offenbarung natürlich das Ende meiner Tätigkeit bedeutet hätte.

Eine wichtige Stütze war für mich neben Dyduch in einem anderen Sinne unser Chef Flammang. Ich gewann zu ihm ein immer besseres Verhältnis. Wie jeder Berufssoldat war er vor allem auf seine Karriere bedacht. Dieser war ich aber förderlich. Durch die zahlreichen Vorträge, die stattfanden, konnte er seinen Vorgesetzten demonstrieren, mit welchem Eifer er seine Aufgaben erfüllt. So berührten sich – wenn auch aus sehr unterschiedlichen Motiven – unsere Interessen. Ich konnte mich ihm auch noch auf andere Weise nützlich machen. Nachdem ich erfahren hatte, daß er für sich und seine Familie noch Möbel benötigt, informierte ich ihn bei Auflösung von Kommandos über das Mobiliar, das sich die Gefangenen organisiert hatten und nun zurücklassen mußten. Er ging auch auf den Vorschlag ein, davon Gebrauch zu machen.

Auch zu den Tirelleurs marocains, die als Wache vor dem Lager – ganz in der Nähe der Kulturbaracke im Lager – untergebracht waren, fand ich ein gutes Verhältnis. Da mir weiterhin ein Tirelleur als Bewacher zugeteilt wurde, wenn ich ein Kommando aufsuchen wollte, fragte ich die Marokkaner, wer dazu Lust habe. Wenn ich dann zu Flammang ging, der den Schein für den Begleiter und mich auszustellen hatte, konnte ich ihm mitteilen, daß ein Tirelleur schon bereitsteht. Mit manchen Marokkanern gab es aber Probleme. Sie wollten mit mir sofort ins Bordell gehen. Nicht nur in Erinnerung an das Schicksal meines Vorgängers ging ich darauf nicht ein. In einem Fall, als ein Vortrag in einem Kommando anstand, das in einer Marseiller Kaserne untergebracht war, schlug ich meinem Bewacher vor, dahin zu gehen, wohin er wolle und in drei Stunden wiederzukommen. Da er auf sich warten ließ, erklärte ich der marokkanischen Kasernenwache die Lage. Ich wurde daraufhin eingeladen, mit ihnen auf der Pritsche zu ruhen und die Rückkehr ihres Kameraden zu erwarten. Erst nach Mitternacht kam mein Posten stark blutend zurück. Er habe in einem Lokal gesessen, als es von der Militärpolizei betreten wurde. Die für uns beide ausgestellte Bescheinigung hatte ich ihm aber nicht mitgegeben. Sie hätte ihm zudem nichts genutzt, da bei einer Kontrolle die Frage aufgetreten wäre, wo sich denn sein PG befinde. Natürlich hatte ich nicht damit gerechnet, daß er in eine solche Situation geraten kann. Nach einem Handgemenge, in dem er verletzt worden war, sei er entflohen und habe seine Verfolger abschütteln können. Wir brachen

auf, und ich versicherte ihm, daß ich bei einer Untersuchung aussagen würde, daß wir uns nicht getrennt haben und er uns bei einem Überfall verteidigt habe. Glücklicherweise gab es aber kein Nachspiel. Die Marokkaner sahen jedoch nun in mir einen der ihren. Unter anderem erhielt ich eine freundliche Einladung nach Marrakesch.

Bei aller Sympathie für die Marokkaner wollte ich aber künftig solche Vorfälle vermeiden. Ich berichtete daher Flammang, daß meine Kameraden, denen ich die französischen Kultur nahebringen und für die Freundschaft mit Frankreich gewinnen will, was ja unter kommunistischen Aspekten in der Tat meine Absicht war, immer wieder bemerken, mit dem Vertrauen der Franzosen zu mir könne es nicht allzuweit her sein, wenn ich immer unter Bewachung käme. Sie könnten sich dagegen über ihren Arbeitsbereich hinaus frei bewegen. Auch Probleme mit den Tirreleurs deutete ich an, ohne konkret zu werden. Flammang konnte sich diesen Argumenten nicht verschließen. Er wollte aber nicht riskieren, selbst eine Entscheidung zu treffen. Vielmehr benutzte er dafür eine Inspektion durch den General Buisson, der im Rahmen des Verteidigungsministeriums für die Kriegsgefangenen zuständig war.

Flammang stellte mich dem General vor, lobte mich und holte die Genehmigung für postenfreie Kommandobesuche ein. In der Überzeugung, daß ich nun noch intensiver kontrolliert werde, hielt ich mich weiterhin an die gebotenen Verhaltensnormen. So verzichtete ich auch auf einen Besuch des Büros der PCF in Marseille. Zudem war ich mir nicht sicher, wie man dort auf den völlig unerwarteten Besuch eines PG reagieren würde.

Ich nutzte aber die gewonnene Bewegungsfreiheit auch, mich im Zusammenhang mit meinen Vortragsreisen mit Marseille, Aix, das damals durch eine Straßenbahn mit Marseille verbunden war, mit Arles und der überwältigenden Landschaft der Provence vertraut zu machen. Vieles erinnerte an die Motive von van Gogh, Cezanne, Pissaro. Am 24. Mai gelangte ich durch eine Fehlinformation von Arles nicht nach Salin-de-Giraud, wo ich ein Gefangenenkommando besuchen wollte, das in der Salzgewinnung arbeitete, sondern nach Saintes-Maries-de-la Mer, dessen Strand mit Booten van Gogh gemalt hatte. Hier fand aber gerade jene jährliche Festlichkeit statt, die auf die legendäre Überlieferung zurückgeht, nach der in frühchristlicher Zeit drei Frauen, zwei namens Maria und ihre Dienerin Sara, aus Palästina kommend, gelandet seien. Da es an diesem Nachmittag keine Zugverbindung nach Salin-de-Giraud mehr gab, die nur über Arles führte, und die dortigen Gefangenen mich abends zu einem Vortrag erwarteten, trat ich einen abenteuerlichen Gewaltmarsch durch die Camargue an. Trotz des Gewaltmarschs im sumpfigen Terrain erreichte ich aber erst gegen Mitternacht das Kommando. Zum Vortrag und zu den Diskussionen kamen wir dann erst am Abend des nächsten Tages. Die etwa im Mai erteilte Erlaubnis, meine Tätigkeit als Kulturreferent ohne einen bewachenden Begleiter auszuüben, wurde übrigens wieder annulliert. Das blieb aber ohne eine wesentliche Auswirkung. Denn im August erfolgte meine Entlassung aus einer vierjährigen Gefangenschaft.

Es bestand die Möglichkeit zu wählen, in welche Zone man entlassen werden wollte. Da meine verwitwete Mutter in Leipzig wohnte sowie auf Grund der politischen Überzeugung, die ich gewonnen hatte, wählte ich natürlich die SBZ. Ich hatte zudem in Leipzig Freunde, war hier verwurzelt und sah auch die besten Möglichkeiten für Bildung und Berufe, die mir erlaubte, im Sinne meiner Überzeugungen zu wirken.
So kam ich über die Lager in Sarralb und Eisenach wieder nach Leipzig. In Bebra, der letzten Station vor der SBZ, kamen Zivilisten auf den Bahnsteig, die uns bewegen wollten, doch in den Westzonen zu bleiben. Es war jedoch nicht zu erkennen, daß sie Erfolg hatten, denn jeder hatte schon in Frankreich seine Entscheidung getroffen.

Rita Kindler

Landschaftsfraß.
Flächenwende in Sicht?

Die Autorin ist in ihrer Arbeit
als landwirtschaftliche Sachverständige
fast täglich mit den Problemen
des überdimensionalen Verbrauchs
offener Landschaften konfrontiert.

Sie fragt nach den Ursachen dieses sozialen,
ökonomischen und ökologischen Dilemmas.
Die Antwort findet sie in den Interessen
und Zwängen des marktwirtschaftlichen Systems.

ISBN: 978-3-929390-79-7 / EUR 16,50

edition bodoni
e-mail: info@bodoni.org

# Dokumentarisches

## Vier Wochen in Sowjetrußland. Bericht des Berliner Neurologen Louis Jacobsohn-Lask über seine Reise in die Sowjetunion 1927

Ulrike Eisenberg

Der Berliner Neurologe, Psychiater und Neuroanatom Louis Jacobsohn-Lask (1863-1940)[1], einer der Begründer der Neurologie in Deutschland am Rande der Universität, baute schon früh wissenschaftliche Kontakte nach Rußland auf: Während seiner Ausbildung bei dem Neurologen Emanuel Mendel (1839-1907) und dem Anatom Wilhelm Waldeyer (1836-1921) lernte er den polnischen Neurologen Edward Flatau (1869-1932) kennen. Bereits 1897 besuchte er mit Flatau den XII. Internationalen Kongreß für Innere Medizin in Moskau, wo Flatau ihm seinen Lehrer, den Moskauer Neurologen Lazar Minor (1855-1942), vorstellte. In den nächsten Jahren entwickelte sich eine Freundschaft zwischen Minor und Jacobsohn-Lask; es folgten gemeinsame wissenschaftliche Veröffentlichungen. Während des Ersten Weltkriegs waren die Kontakte weitgehend unterbrochen, danach lebten sie jedoch wieder auf, man traf sich Anfang der 1920er Jahre in Berlin. Auf eine Einladung Minors fuhr Jacobsohn-Lask im Winter 1927/28 als Ehrengast zum 1. Allunionskongreß für Neuropathologie nach Moskau. Insgesamt hielt er sich vier Wochen in der Sowjetunion auf; vor und nach dem Kongreß besichtigte er zahlreiche medizinische Einrichtungen in Leningrad und Moskau. Außerdem traf er sich mit seiner Frau, der Schriftstellerin Berta Lask, die sich gleichzeitig zu Studienzwecken für einige Monate in der Sowjetunion aufhielt, um sich von ihr in das „neue Rußland" einführen zu lassen.

Berta Lask (1878-1967), Tochter einer Lehrerin und eines Papierfabrikanten aus Falkenberg/Mark, war seit früher Jugend an sozialen Fragen interessiert. Das Paar heiratete 1901, die vier Kinder wurden bis 1906 geboren. Schon vor dem Ersten Weltkrieg schrieb sie Sozialdramen über Berliner Arbeiterfamilien. Während des Krieges veröffentlichte sie Gedichte über die Frau im Krieg und wurde unter dem Eindruck des Todes ihrer beiden Brüder als Soldaten zur überzeugten Pazifistin. 1917 trat sie in die freideutsche Jugend ein und beschäftigte sich autodidaktisch mit dem Antimilitarismus, Karl Marx und den Syndikalisten.[2] 1919 nahm sie erste Kontakte zu kommunistischen Künstlerkreisen auf, wurde wegen ihrer gewaltfreien Überzeugung jedoch zunächst nicht Parteimitglied. Sie veröf-

---

1 Siehe Ulrike Eisenberg: Vom „Nervenplexus" zur „Seelenkraft". Werk und Schicksal des Berliner Neurologen Louis Jacobsohn-Lask (1863-1940), Frankfurt/Main 2005, zugl.: Berlin, Freie Univ., Diss., 2005.

2 Der Syndikalismus war eine Ende des 19. Jahrhunderts entstandene anarchistische Gewerkschaftsbewegung, die den Kapitalismus ohne marxistische Partei stürzen wollte.

fentlichte Gedichte, Dramen und eine Sprechchordichtung zur Jugendweihe in linksbürgerlichen und anarchistischen Verlagen. 1923 schließlich trat sie in die KPD ein, 1924 in den Schutzverband deutscher Schriftsteller und gehörte 1928 mit Johannes R. Becher, Karl Grünberg, Hans Lorbeer und Kurt Kläber zu den Gründungs- und Vorstandsmitgliedern des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller.[3] Seit den späten 1920er Jahren erschienen mehrere Werke Berta Lasks im Parteiverlag. Sie war Mitarbeiterin der „Roten Fahne" und des „Arbeitertheaterzirkels". Für ihre Werke recherchierte sie in Arbeiterfamilien, auch in Familien von Patienten ihres Mannes, schleuste sich für mehrere Wochen als Arbeiterin in Fabriken ein und beteiligte sich an der Organisation von Arbeiterstreiks in ganz Deutschland. Das Drama „Thomas Müntzer" wurde Pfingsten 1925 vor 15.000 Zuschauern in Eisleben uraufgeführt und danach sofort verboten, wie auch ihre Dramen „Leuna 1921" und „Giftgasnebel". In der Folge wurde Berta Lask des Hochverrats angeklagt, das Verfahren wurde allerdings niedergeschlagen.[4] 1924 begann Berta Lask, russisch zu lernen, um sich ihren Traum einer Studienreise durch die Sowjetunion zu erfüllen. Sie wollte „Kunst und Volkserziehung" kennenlernen und diese Erfahrungen in Deutschland „im Dienst des Proletariats" für Bildungsarbeit verwenden. 1925 unternahm sie ihre erste Reise mit einer deutsch-französisch-belgischen Lehrerdelegation. Bis 1933 folgten insgesamt sechs zum Teil mehrmonatige Exkursionen in verschiedene Regionen der Sowjetunion, wo sie Arbeiter und Bauern besuchte und Material für ihre Werke sammelte.[5] Über ihre Erfahrungen berichtete sie regelmäßig in der Zeitschrift „Das Neue Rußland".

Louis Jacobsohn-Lask, selbst kein Kommunist, sondern bis 1931 weitgehend inaktives Mitglied der SPD und bürgerlicher Intellektueller, verfaßte nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion im Januar 1928 einen 40 Schreibmaschinenseiten umfassenden Reisebericht „Vier Wochen in Sowjetrussland", der bis heute unveröffentlicht geblieben ist. Insgesamt 96 ähnlich betitelte, zwischen 1921 und 1941 veröffentlichte Berichte hat Matthias Heeke in einer umfassenden Arbeit ausgewertet;[6] Jacobsohn-Lasks Schrift läßt sich jedoch keiner der von ihm aufgestellten Kategorien – Wissenschaftsreisen, Tourismus, Delegations- und Einladungsreisen, Einladungen von Schriftstellern und Künstlern – eindeutig zuordnen. Er beschreibt sowohl die von ihm besichtigten wissenschaftlichen Institute und Kliniken seiner berühmten Kollegen wie Vladimir Bechterev (1857–1927) und Ivan Petrovič Pavlov (1849-1936), den Kongreß und insbesondere dessen gesellschaftliches Rahmenprogramm, als auch die gemeinsam mit seiner Frau

3 Siehe Autobiographie Berta Lasks (unveröffentlicht); Russisches Staatliches Archiv für Sozial-politische Geschichte, Moskau (im folgenden: RGASPI), 495/205/1415, Bl. 180.

4 Siehe handschriftlichen Lebenslauf Berta Lasks; RGASPI, 495/205/1415, Bl. 170.

5 Siehe Zeitungsausschnitte 1925-1933, Stiftung Akademie der Künste (SAdK) Berlin, Sammlung Berta Lask, Nr. S33.

6 Siehe Matthias Heeke: Reisen zu den Sowjets. Der ausländische Tourismus in Rußland 1921-1941, Münster-Hamburg-London 2003.

unternommenen Besuche von Arbeiterfamilien, Fabriken, deutschen Emigrantenfamilien sowie sozialen Einrichtungen wie Kindergärten, Gefängnissen und Arbeiterklubs.

Vor allem Arbeiterklubs scheinen in den meisten publizierten Reiseberichten keine Rolle gespielt zu haben. Über sie gibt es bisher nur ein 1990 von Gabriele Gorzka veröffentlichtes Standardwerk.[7] Gorzka bezeichnet die betrieblichen Arbeiterklubs als „Nahtstelle zwischen Arbeits- und Privatsphäre"[8]; sie dienten zur Freizeitgestaltung, wurden aber in den späteren 1920er Jahren auch zunehmend für Parteipropaganda genutzt. Die Proletkult-Bewegung[9], die die Klubs aufgebaut hatte, wurde durch Kürzung der Finanzmittel an den Rand gedrängt und war nur noch beratend tätig; die ihrer wirtschaftspolitischen Macht beraubten und nach neuen Aufgaben strebenden Gewerkschaften übernahmen die Führung.[10] Aber auch sie verloren mit zunehmendem Einfluß der Partei nach Lenins Tod ihre inhaltliche Verantwortung für die Klubs.[11] Vom Proletkult eingeführte experimentelle Kunstformen waren unerwünscht, man griff auf alte Formen zurück, die Klubs sollten der „Ausbildung eines sozialistischen Bewußtseins" dienen. Es wurden Massenveranstaltungen, aber auch kleine Zirkel angeboten. Besonders beliebt waren Theater- und Musikzirkel; sie wurden besser angenommen als politische Arbeitskreise.[12] Fest etabliert waren Agit-Theater wie die „lebende Zeitung", die „lebende Zeitschrift" oder „lebendes Kino", die antireligiöse Themen, Moralfragen, soziale und gesundheitliche Probleme oder Gerichtsszenen darstellten.[13]

Zum Ausdruck kommen in Jacobsohn-Lasks Bericht einerseits seine positiven Eindrücke von sozialpolitischen Veränderungen wie der offiziellen Gleichberechtigung der Frau, der kulturellen Angebote der Arbeiterklubs, der „Lebensverbundenheit" der Arbeitsgemeinschaften, der Versorgung Gefangener.[14] Andererseits äußert er Kritik an der beengten, teils „gefängnisartigen" Wohnungssituation mit schlechten sanitären Verhältnissen und negativen gesundheitlichen Folgen für die Bevölkerung, an dem niedrigen Lohn trotz Akkordarbeit; er

---

7 Siehe Gabriele Gorzka: Arbeiterkultur in der Sowjetunion. Industriearbeiter-Klubs 1917-1929. Ein Beitrag zur sowjetischen Kulturgeschichte, Berlin 1990. Heeke widmet den Klubs einen knapp halbseitigen Absatz: siehe Heeke, Reisen, S.220. Bei Donal O'Sullivan: Furcht und Faszination. Deutsche und britische Rußlandbilder 1921-1933, Köln-Weimar-Wien 1996, werden die Arbeiterklubs nicht erwähnt.

8 Gorzka, Arbeiterkultur, S.13.

9 Proletarische Organisation für Kulturelle Aufklärung.

10 Siehe Gorzka, Arbeiterkultur, S.200f.

11 Siehe ebenda, S.210.

12 Siehe ebenda, S.316.

13 Siehe ebenda, S.346f.

14 An der Besichtigung von Gefängnissen war Jacobsohn-Lask besonders interessiert: er selbst hatte während des Ersten Weltkriegs als psychiatrischer Gutachter jugendlicher Straffälliger gearbeitet und sich in diesem Rahmen intensiv mit Prüfungsmethoden des „sittlichen Fühlens" und Fragen der Moralerziehung beschäftigt.

spricht auch mehrfach das Problem politischer Gefangener bzw. der politischen Opposition an. Gemeint sind damit mögliche Anhänger der „Linken Opposition", deren führende Vertreter wie Trockij, Zinov'ev und Kamenev bis zum Herbst 1927 aus allen Leitungspositionen verdrängt und schließlich aus der Partei ausgeschlossen werden. Kritisch sieht er den politischen Fanatismus deutscher in der Sowjetunion arbeitender Kommunisten. Wenn Jacobsohn-Lask das Organ der SPD, den „Vorwärts", der besonders heftig gegen die Sowjetunion zu polemisieren pflegte, mit ironischen Bemerkungen bedenkt, so kann er sich für sich selbst doch ein Leben in der Sowjetunion nicht vorstellen. Er konnte nicht ahnen, daß er wenige Jahre später, 1936, gerade dorthin vor der nationalsozialistischen Verfolgung fliehen würde.[15]
Im folgenden wird ein Auszug seines Berichts wiedergegeben; Jacobsohn-Lasks Besuche der medizinischen Einrichtungen und des Kongresses werden dabei nicht berücksichtigt.[16]

Ulrike Eisenberg

[...]
*Fabriken, Arbeiterwohnungen, Arbeiterklubs.*
Es reizte mich natürlich auch, Fabriken in Moskau zu besichtigen, um davon ein Bild zu gewinnen. Ich hatte Gelegenheit zwei zu sehen, eine freie neuzeitliche und eine, welche dazu diente, Gefangene zu beschäftigen. Über letztere will ich noch einiges später sagen. Die Fabriken liegen der Mehrzahl nach etwas abseits vom Zentrum der Stadt. Eines Tages fuhr ich mit meiner Frau und mehreren ihrer Genossen weit in die Peripherie der Stadt, um dort eine Fabrik in Augenschein zu nehmen. Ein Genosse meiner Frau hatte dort eine Bekannte, durch deren Vermittelung die Besichtigung bewerkstelligt werden sollte. Wir gingen zunächst in das Arbeiterhaus, um diese Frau aufzusuchen, setzten uns in ihr Zimmer und vertieften uns so stark ins Gespräch mit ihr, dass, als wir dann noch das grosse Arbeiterhaus selbst besichtigt hatten, es inzwischen ganz dunkel geworden, die Fabrik auch nahe am Schluss ihrer Tagesarbeit war, so dass eine Besichtigung an diesem Tage nicht mehr stattfinden konnte. Am vorletzten Tage gelang es aber meiner Frau und mir doch, den Betrieb einer Textilfabrik kennenzulernen, welche ganz in der Nachbarschaft des Gelehrtenhauses lag, in dem ich wohnte. Die Fabriken sind in Russland alle staatlich. Mehrere Fabriken derselben Branche sind in einem Trust vereinigt. Der Trust ist eine Zentral- und Vermittelungsstelle für die Fabriken und staatlichen Geschäfte eines bestimmten Rayons,

15 Berta Lask emigrierte nach einer mehrmonatigen Haft im Juni 1933 über Prag nach Moskau, ihre ebenfalls in der KPD aktiven und in Deutschland verfolgten Söhne Ludwig, Herrmann und Ernst folgten in den nächsten zwei Jahren. Die Tochter Ruth ging über Holland in die USA.
16 Hiermit sei der Familie Lask, Berlin, für die Genehmigung zur Veröffentlichung des Berichts gedankt.

und diese einzelnen Trusts sind wieder unter Direktion einer staatlichen Oberinstanz. Der Trust dirigiert die entsprechenden Rohstoffe auf Anfordern in die einzelnen Fabriken und verteilt auch andererseits die fertiggestellten Fabrikate nach Bedarf in die Staatsgeschäfte, wo sie zum Absatz an die Bevölkerung gelangen. Die Einnahmen aus dem Verkauf der Waren fliessen der Staatskasse zu, die Verkäufer sind demnach Staatsbeamte, wie eigentlich auch alle in Fabriken Arbeitenden und deren Aufsichtsbeamte. Die Fabrik, welche wir uns ansahen, bestand aus mehreren sehr stattlichen Gebäuden. Wir mussten uns erst bei dem sog. Kommandanten melden. Man denkt zunächst, wunder welch hohe Persönlichkeit das ist, und erkennt dann, dass man es mit dem Portier resp. Aufseher der Fabrik zu tun hat. Dieser Kommandant führte uns, als er unser Anliegen gehört hatte, zum Direktor. Der Direktor einer russischen Fabrik ist nun auch beileibe nicht dasselbe wie der Direktor einer deutschen Fabrik. Er ist eigentlich auch nichts weiter als eine Aufsichtsperson über den gesamten inneren Betrieb der Fabrik. Er hat nur dafür zu sorgen, dass alles in der Fabrik, wie man zu sagen pflegt, klappt. Jede Initiative zur Kalkulation, zum Einkauf von Rohmaterial und zum Absatz, zum Kundenerwerb etc. ist ihm genommen, da ja die Fabrik staatlich ist und die Rohstoff- wie Warenfluktuation vom Trust erledigt wird. Dieser Direktor war nun in der von uns besichtigten Fabrik eine Direktorin. Man sieht daraus wieder, dass auch in den höheren Posten in Russland kein Unterschied zwischen Mann und Frau gemacht wird. Als sie hörte, dass ich, ein deutscher Professor, die Fabrik besichtigen wollte, gab sie sogleich die Erlaubnis dazu, und so gingen wir denn in den Arbeitsräumen unter einer sachverständigen Führung herum und sahen uns alles an. In dieser Fabrik waren die Arbeitsräume alle ohne Ausnahme ausserordentlich gross, beiderseits der Längswände mit vielen grossen Fenstern versehen, so dass alles in helles Tageslicht getaucht war. Es standen in solchem grossen Raume auf jeder Hälfte etwa 50 Webstühle, die durch einen Mittelgang getrennt waren, und auch seitlich von jeder Webstuhlreihe war ein Gang, den zwei Personen nebeneinander bequem passieren konnten. Es waren, soweit ich das im Vorübergehen beurteilen konnte, genügend Schutzvorrichtungen vorhanden, wenigstens sah ich solche gegen die Riemen der Transmissionsmaschine und an jedem Webstuhl zum Schutze gegen das Herausspringen der Webspule. In den grossen Räumen herrschte natürlich durch das Klappern der vielen Maschinen ein betäubender Lärm. Der Werkmeister sagte, dass sich die Arbeiter bald daran gewöhnten, und dass Gehörstörungen noch nicht beobachtet seien. Indessen ist die Zeit der Beobachtung wohl noch eine zu kurze, um darüber ein abschliessendes Urteil abzugeben. Was aber einen sehr guten Eindruck machte, war ausser der schon erwähnten Helligkeit der Räume deren Sauberkeit und Staubreinheit. An den Webstühlen waren in überwiegender Anzahl Frauen tätig. Ihr Aussehen war ein durchaus befriedigendes.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen werden zu diesen Webstuhlarbeiten natürlich erst eine Weile angelernt. Entlassungen finden nur statt, wenn ein Arbeiter oder eine Arbeiterin dreimal ein sehr grobes Versehen gemacht hat. Aber auch dann

kann noch an den Betriebsrat, der natürlich an jeder Fabrik von allen darin Wirkenden gewählt wird, appelliert werden, der die endgültige Entscheidung trifft. Die Arbeitszeit dauert 8 Stunden mit einer 1stündigen Mittagspause. Der Lohn ist zur Zeit ein mässiger, im Durchschnitt dürfte er 100 Rubel im Monat betragen. Er schwankt etwas, da nach Akkord gearbeitet wird. Das ist eine Entlohnung, mit der der Arbeiter gerade so notdürftig durchkommen kann, da besonders die Wohnung billig, aber unter der herrschenden Wohnungsnot auch sehr kümmerlich ist, da sonst keine Steuern zu zahlen sind und der Beitrag zur Krankenkasse und anderen Versicherungen vom Staate getragen werden. Das Verhältnis zwischen allen an der Fabrik Beschäftigten ist ein durchaus gutes. Da alle eine Gemeinschaft bilden und eine nennenswerte soziale Ungleichheit nicht besteht, da ein Betriebsrat besteht, der von allen gewählt wird, und vor dem sich der eine so gut wie der andere eventuell zu verantworten hat, so ist damit schon alles ausgeschaltet, was zu Unterdrückungen, grober Behandlung, Lohnkürzung etc. führen kann.

Eine ausserordentlich segensreiche Einrichtung sind nun die Kinderheime, deren jede grössere Fabrik eines hat. Kleinere Fabriken besitzen ein gemeinsames Heim in dem Stadtviertel, in dem sie liegen. Diese Heime sind häufig in früheren Palästen untergebracht, und die Kinder der Arbeiter verbringen dort die Tageszeit, man kann wohl mit Recht sagen, wie Prinzen und Prinzessinnen. Die Räume, in denen sie von ausgebildeten Kindergärtnerinnen abgewartet, durch Spiel und kleine nützliche Beschäftigung beschäftigt und unterhalten werden, in denen sie auch gespeist werden, sind ausserordentlich schön ausgestattet und mitunter von fürstlichem Gepränge. Die Kinder werden von ihren Müttern morgens in das Heim gebracht und nachmittags nach Beendigung der Arbeit wieder abgeholt. So verleben sie ihre erste Kindheit treu behütet und voll Freude, und die Eltern können sich unbesorgt der Arbeit hingeben.

Es scheint, dass viele Fabriken noch in sich Häuser haben, die zu Massenarbeiterwohnungen eingerichtet sind. Es sollen das noch, wie uns von alten Arbeitern erzählt wurde, Requisite aus früherer, kapitalistischer Zeit sein. Sie müssen aber vorläufig immer noch benutzt werden, weil die Wohnungsnot wenigstens in den Hauptstädten eine zu grosse ist. Ich habe zwei solcher Häuser besichtigt. Es wohnen in einem solchen Hause weit über hundert Familien, und man wird gleich fragen, wie das möglich ist. Nun, das ist dadurch möglich, dass in diesen gefängnisartigen, grossen Gebäuden jede Familie, mag sie klein oder gross sein, nur ein Zimmer hat. In dem einen Wohnhaus, das ich sah, waren die einzelnen Zimmer so gross, dass sie öfters durch einen Vorhang in zwei gute Abteile abgetrennt werden konnten, in dem anderen Wohnhaus, das zu der von uns besichtigten Textilfabrik gehörte, waren aber die einzelnen Zimmer um sicher 1/3 kleiner. Das Wohnhaus ist nur für Verheiratete bestimmt, wie es auch in der kapitalistischen Zeit gewesen ist. Aber zu jener Zeit waren diese Häuser mehr für die Beamten der Fabrik und für hochqualifizierte Arbeiter reserviert. Die übrigen Arbeiter konnten sehen, wo sie ein Unterkommen fanden, und zu jener Zeit

durften auch nur Mann und Frau ein Zimmer bewohnen; hatten sie Kinder, so erhielten sie kein Zimmer im Arbeiterhaus, und bekamen sie Kinder, so mussten sie entweder ausziehen, oder sie mussten die Kinder fortschicken. Ein solches grosses, langgestrecktes und hohes Gebäude von altem Stil macht einen recht düsteren Eindruck. In den Etagen ziehen sich lange Korridore hin. In dem einen Hause, in welchem die einzelnen Zimmer grösser waren, waren auch die Korridore breiter, und es standen keine Hausgeräte auf ihnen. In dem anderen Hause, in welchem die Zimmer kleiner waren, waren auch die Korridore schmäler, und sie waren noch dadurch beengt, dass viele Hausgeräte, die wahrscheinlich absolut nicht mehr in die Zimmer hineingingen, auf den Korridor gestellt waren. Wir fanden Zimmer, in denen nur 2-3 Personen wohnten, wir fanden aber auch solche, in denen 6-10 Personen durchhalten müssen. In einzelnen wohnen sogar mehrere Generationen von den Urgrosseltern bis zu den Urenkeln, von denen einzelne noch in Windeln liegen und deren Windeln dann auch in der vollgepfropften Stube zum Trocknen aufgehängt sind. Fragte man einzelne dieser Leute, wie sie denn nun zufrieden sind, so bekam man gewöhnlich die Antwort: ‚Ja, es ist ja gewiss noch vieles schlecht, besonders das Wohnen. Aber wir haben doch satt zu essen, fast täglich Fleisch, für unsere Kinder wird viel getan, und wir haben ständige Arbeit.' Im Zimmer jeder Familie hängt natürlich das Bild von Lenin, mitunter auch das anderer grosser Volkskommissare. In einem Zimmer wohnte eine 95jährige Frau mit ihrem Anhang. Hier in diesem Zimmer hingen an der einen Wand noch die alten Heiligenbilder, und es brannte ein Lämpchen, und auf der gegenüberliegenden Wand hing der Sowjetstern und das Bild von Lenin. Die eine Wand war das Heiligtum der alten Frau, die andere Wand dasjenige der Jugend. In der Nacht, wenn alles im Zimmer schläft, sollen diese Symbole Zwiesprache miteinander halten. Die Wand der Jugend lächelt zum Gegenüber und sagt: „Sic transit gloria mundi" [So vergeht der Ruhm der Welt.], und die andere lächelt ihrerseits und erwidert: „Ich war von Ewigkeit an und werde in alle Ewigkeit bleiben, wenn auch in verschiedener Gestalt; wie lange Du existieren wirst, das möchte ich Dir nicht prophezeien." Als wir durch die Korridore dieser Häuser gingen, begleitete uns eine Schar schon erwachsener Kinder, neugierig, was denn das für Leute seien, die da zu Besuch gekommen sind und alles so genau in Augenschein nehmen. Diese erwachsenen Kinder machten auf mich gesundheitlich keinen guten Eindruck, an vielen fiel mir ein verhältnismässig grosser, wie ich annehme, rachitischer Kopf auf, und viele andere Kinder sahen blass und krankhaft aus. Das kann ja bei diesem engen Zusammenwohnen und den sich daraus ergebenden ungünstigen sanitären Verhältnissen auch nicht Wunder nehmen. Einzelküchen bestehen nicht, sondern grosse, gemeinsame Küchen mit riesigen Backherden, in denen jede Familie einen besonderen kleinen Backraum hat.

Ausser diesen grossen Arbeiterhäusern mit den geschilderten Unzulänglichkeiten und Missständen gibt es kleinere Häuser, in welchen natürlich weniger Familien wohnen, und in diesen Häusern, die in den letzten Jahren recht zahlreich gebaut

sind und ständig vermehrt werden, hat jede Familie eine kleine selbständige Wohnung von etwa 2-3 Zimmern mit Badezimmer, Küche und was sonst noch dazugehört. Auch von solchen habe ich einige gesehen und habe von ihnen einen recht günstigen Eindruck erhalten. Sie sind recht praktisch eingerichtet, und der Arbeiter fühlt sich in ihnen recht wohl. Freilich sind sie unverhältnismässig teurer als die anderen. So kostete die kleine Wohnung mit Zubehör, in der ein uns bekannter Arbeiter wohnte, 40 Rubel im Monat. Er hatte sie genommen zu einer Zeit, als er einen guten Lohn hatte. Dann war er aber wegen Invalidität arbeitslos und pensioniert worden, natürlich mit einer kleineren Monatsrente, als vorher sein Arbeitsverdienst war. Dadurch war er gezwungen, ein Zimmer abzuvermieten. So mag es vielen gehen, ja manche müssen dann auf solche bessere Wohnung überhaupt verzichten und sich irgendwo mit einem Zimmer begnügen. In den Arbeiterhäusern mit den vorher geschilderten Massenquartieren soll das Zimmer für die einzelne Familie etwa durchschnittlich 3 Rubel im Monat kosten.

*Arbeiterklub*

In Russland bilden alle Arbeiter einer Fabrik, alle Angestellten eines Trust, alle Kranken eines Krankenhauses, alle Gefangenen einer Besserungsanstalt nicht nur eine Gesellschaft, die zusammen arbeitet, die in einem Krankenhause behandelt [wird] oder zur Besserung gemeinsam eine Strafe verbüsst, sondern alle diese Kategorien bilden jede für sich auch eine Lebensgemeinschaft. Sie wählen gemeinsam ihren Betriebsrat, der ihre wirtschaftlichen Interessen vertritt, sie haben, wie schon erwähnt wurde, ihre gemeinsamen Kinderheime, und sie haben nun auch ihre gemeinsamen Klublokale, in denen sie abends zusammenkommen, debattieren, und in denen sie mit ihren Familienangehörigen bei Theateraufführungen verweilen oder sonstige politische oder andere Feste veranstalten. Ich wohnte zwei solchen festlichen Aufführungen bei, welche von Mitgliedern des Textiltrustes veranstaltet waren. Sie boten vieles, was bemerkenswert ist. Dies Klublokal war erst vor kurzer Zeit hergerichtet worden. Es bestand im wesentlichen aus zwei grossen Räumen, einem Festsaal mit Bühne und einem anderen, auch festlich ausgeschmückten Saale, der aber mehr der einfachen Zusammenkünfte, der Beratung und Belehrung dient. Dieser letztere Raum hat einzelne Abteilungen, in welchen einzelne Dinge dekorativ zusammengestellt sind, welche zur politischen, beruflichen und allgemein kulturellen Belehrung dienen und in welche auch alles Künstlerische hineingetragen wird, was sich bei den Arbeitern regt und zum Ausdruck drängt. So sah ich in dem Raume einzelne Modelle von Maschinen, ferner Tabellen, welche Auskünfte über wirtschaftliche Verhältnisse geben. Auf einer Tabelle wurden die Mitglieder auch davon unterrichtet, wieviel politische Gefangene in ausserrussischen Gefängnissen schmachten, und als ich darauf die mich im Saale Herumführenden fragte, wo denn die Tabelle hinge, aus der ich ersehen könnte, wie viele politische Revolutionäre noch in russischen Gefängnissen oder in Sibirien wären, da wurde mir lächelnd erwidert: „Eine

solche Tabelle haben wir nicht.“ Die Wände des Raumes sind natürlich auch durch viele Bilder ausgeschmückt, unter denen der überlebensgrosse Kopf von Lenin oder der ganze Lenin immer den ersten Platz einnimmt. Auch Büsten von ihm sind aufgestellt. Man findet, nebenbei gesagt, auch in allen öffentlichen Anstalten, z. B. grossen Postämtern, Lenin auf einem mächtigen Sockel stehend, entweder nur den Kopf oder die ganze Figur in der bekannten Geste, wie er den Arm ausstreckt und zum Volke spricht. Dass natürlich auch in dem Klubraum die Wandzeitung, dieses Wunsch-, Tadel-, Kritik- und Glossierungsorgan, nicht fehlt, bedarf keiner Erwähnung. Im Theatersaal, der etwa 500 Personen fasst, fand das erste Mal, als ich im Klub war, eine Aufführung von Solisten statt. Diesen Aufführungen wohnen, wie gesagt, die Arbeiter mit ihrer ganzen Familie, also auch vielen Kindern bei. Sie beginnen, wie das bei den Russen üblich ist, immer etwas spät und enden deshalb auch erst mitten in der Nacht, was für den Schlaf der Kinder nicht gerade vorteilhaft ist. Zuerst trat ein Komiker auf, der eine lange, wahrscheinlich witzreiche Rede hielt, denn es wurde viel gelacht, besonders, wenn er in stereotyper Weise grimmassierte. Dieser Komiker kündigte dann auch immer mit ein paar witzigen Bemerkungen das Auftreten des nun folgenden Solisten an. Es waren darunter teils engagierte Kräfte, z. B. Sänger, teils Kräfte, die sich aus den Mitgliedern des Trust entfaltet hatten. So spielte ein Geiger mit einer Kraft und Virtuosität selbst in den höchsten Passagen, die geradezu staunenswert war. Dieser Geiger war Arbeiter im Trust gewesen, er ist aber dann wegen seiner musikalischen Befähigung ausgebildet worden und zeigt nun noch immer seine alte Anhänglichkeit, indem er bei festlichen Veranstaltungen seine Genossen in Entzücken versetzt.

Man konnte sich dann auch an einem Tänzer und einer Tänzerin, gleichfalls Mitgliedern des Trust, erfreuen, wie sie, Kraft und Grazie vereinend, die anmutigsten Tänze vorführten. War dieser Abend mit Solodarbietungen ausgefüllt, so sah ich an einem anderen Abend kleine Theaterstücke vom Personal des Trust. Diese Stücke sind auch für denjenigen leicht verständlich, welcher die Sprache nicht versteht, weil sie einfach gestaltet und scharf pointiert sind. In dem ersten an diesem Abend trat ein Säufer auf, der in seiner Familie ständig Krach macht, dabei, indem er ein Glas Schnaps nach dem anderen trinkt, scheinheilig auf die Verderbtheit der Menschen moralisiert, selbstverständlich dabei sich um seine Kinder nicht im geringsten kümmert, und nun stibitzen ihm diese Kinder, welche sich unter den Tisch verkrochen haben, vom Esstisch von seinem Teller das Essen herunter, bald legen sie das Gestohlene von ihrem Versteck wieder auf den Teller zurück. In seiner Trunkenheit hält er dies für ein unbegreifliches Wunder, bis seine Frau kommt und die strolchenden Kinder aus der Stube treibt. In einem zweiten kleinen Stück wurde der Schlendrian glossiert, der, wie alle fühlen, noch sehr bei den Angestellten im Büro des Trust und wohl allgemein in allen russischen Büros herrscht und unter dem, vom Chef angefangen bis zur Reinemachefrau, der Betrieb schwer zu leiden hat. Es liegt das einerseits an dem leichten russischen Naturell und an der noch gänzlich mangelnden straffen Or-

ganisation, die bei dem kameradschaftlichen System natürlich schwerer durchführbar ist als bei dem System der strengen Subordination. Dieser Schlendrian wird nun drastisch vor Augen geführt, und es wird in drolliger Weise gezeigt, wie immer der eine wegen einer Vernachlässigung auf den anderen lospoltert, wie aber sonst nichts Durchgreifendes geschieht, um dem Übel abzuhelfen. So sind diese Stücke, welche den Mitgliedern von eigenen Kräften ihrer Arbeitsgemeinschaft vorgeführt werden, sehr unterhaltsam und ergötzlich, aber auch lehrreich und nachdenklich stimmend. Im ganzen gewann ich auch dadurch einen tiefen Eindruck von der Lebensverbundenheit sämtlicher Mitglieder in solcher Arbeitsgemeinschaft.

*Ein Gefängnis*

Ich hatte natürlich auch den Wunsch, russische Gefängnisse zu sehen. Bei der Knappheit der Zeit konnte ich nur eines besichtigen, in welchem etwa 600 Gefangene untergebracht waren. Ich kann selbstverständlich nur schildern, welche Verhältnisse ich in diesem einen angetroffen habe und wage kein Urteil über andere abzugeben, die ich nicht gesehen habe. Der „Vorwärts“, der, wenn man etwas Gutes über Russland berichtet, sich immer in solcher Seelenverfassung zeigt wie der Stier, dem man ein rotes Tuch zeigt, kann also beruhigt sein. Meine Frau, ich und ein Bekannter, der leidlich russisch verstand, hatten um die Erlaubnis zur Besichtigung gebeten. Es ist ja selbstverständlich, dass nicht jeder so ohne weiteres hineingelassen werden kann. Es wurde uns aber der Tag unseres Besuches vollkommen freigestellt. Wir benutzten denn auch einen beliebigen Tag, wo ich gerade frei war, zu diesem Besuche. Das Gefängnis, welches wir besichtigten, gehört zu den strengeren Anstalten, in denen Gefangene bis zu 10 Jahren ihre Freiheit einbüssen, welche Strafe, wie mir gesagt wurde, die Höchststrafe sein soll, welche in Russland für schwerste Verbrechen verbüsst wird. Es soll ausserdem leichtere Strafanstalten geben, so nach Art von Kolonien, in welchen besonders Jugendliche ausgebildet und erzogen werden. Die Anstalten heissen übrigens in Russland nicht Gefängnisse, sondern Besserungsanstalten. Das Prinzip der Vergeltung und der entsprechenden Massnahmen ist ganz ausgeschaltet. Solche Anstalten, wie wir eine besichtigten, soll es in Moskau vier geben. Das Gebäude, oder vielmehr der Gebäudekomplex, ist altertümlicher Art. Die Korridore sind etwas düster und machen einen kalten, leeren Eindruck. Auf ihnen liegen die einzelnen Schlafsäle. Als wir in die, wie ich jetzt sagen will, Besserungsanstalt eintraten, war es gerade Mittagsessenszeit gewesen, und die Gefangenen strömten wieder alle heraus, um in die einzelnen Fabrikräume zu gehen. Sie kamen daher in Scharen an uns vorüber, und wir konnten uns gleich von ihrem Aussehen ein Bild machen. Nun, dieses Bild unterschied sich in nichts von demjenigen gewöhnlicher Arbeiter einer Fabrik. Sie gingen ganz zwanglos in ihren gewöhnlichen Kleidern zur Arbeit. Eine generelle Tracht war also nicht vorhanden, und ihr Aussehen war ein durchaus gutes. Nichts von irgendetwas Gedrücktem oder Scheuem, was sich in ihren Mienen widerspiegelte. Wir traten

nun zunächst in das Gebäude ein, in welchem die Küche, die Essräume, die Lagerstätten und die Unterhaltungsräume sich befinden. Die Küche mit ihren grossen Kesseln etc. war so, wie man sie in grossen Anstalten gewöhnlich findet. Eine besondere Beschreibung erübrigt sich daher. Die Gefangenen erhalten zweimal täglich warmes Essen. Das sind die Hauptmahlzeiten. Ausserdem natürlich ihren Morgen- und Abendtee mit Brot. Das Mittagessen an diesem Tage war gedämpfte Reissuppe in Brühe mit kleinen Fleischstückchen darin. Ich kostete davon und fand es sehr schmackhaft. Die Gefangenen bekommen reichlich zu essen, und es sahen auch alle, die nach der Mittagspause an uns vorübergeströmt waren, gut genährt aus. Wir besuchten dann einen Schlafsaal. Letzterer machte einen weniger erfreulichen Eindruck. Hier spielen wieder die Wohnungsverhältnisse, die ja auch anderwärts in Moskau sehr viel zu wünschen lassen, mit. Der Schlafsaal ist ein grosser, langer und recht heller Raum. An den beiden Längswänden stehen dicht nebeneinander etwa 10-12 einfache eiserne Bettstellen. Einzelne haben eine leichte Matratze, an anderen war eine solche nicht vorhanden. Zum Zudecken diente für alle eine wollenartige Decke. Dieses Massenschlaflager machte, wie gesagt, den einzigen ungünstigen Eindruck in diesem Gebäude. Die Mitte des Schlafsaales wird von einem ganz langen, schmalen Holztisch eingenommen, an dem zu beiden Seiten je eine ebenso lange Holzbank zum Sitzen entlangläuft. Als wir in den Saal eintraten, war derselbe natürlich leer, da ja die Gefangenen in die Fabrik gegangen waren. Nur auf einer Bettstelle lag einer und las in einem Buche. Er war ein wenig unpässlich und arbeitete nicht, ebenso waren auch noch etwa 8-10 Gefangene auf dieser Etage, die gerade Feierabend hatten. Sie begleiteten uns auf unserem Gange durch die Etage, weil sie gehört hatten, dass wir Deutsche seien und sie nun etwas von uns aus Deutschland hören wollten.

Wir setzten uns also alle vollkommen zwanglos an den langen Tisch und unterhielten uns vermittelst des Dolmetschers. Der Aufseher war auch dabei und nahm an der Unterhaltung teil. Die Gefangenen genieren sich vor ihm nicht im geringsten, und der gegenseitige Verkehr ist ein durchaus einfach natürlicher. Der Gefangene, der bei unserem Eintritt auf der Bettstelle gelegen hatte, war nun aufgestanden und zu uns an den Tisch getreten. Wir fragten ihn, ob er uns sagen wolle, weshalb er hier sei. Er war sofort dazu bereit. Er war in einem staatlichen Trust angestellt gewesen. Obwohl er ein durchaus auskömmliches Gehalt bezogen hätte, sei er doch verleitet worden, Waren an Private zu verschieben. Das sei entdeckt worden, und er wäre zu drei Jahren Besserungsanstalt verurteilt worden. Man weiss in der Anstalt nicht recht, d. h. natürlich der Uneingeweihte, ob man es in irgendeiner Abteilung mit einem Gefangenen oder Angestellten zu tun hat. Dafür ein paar Beispiele. Wir betraten den Bibliothekssaal der Anstalt, sahen uns den Raum an, in welchem auf Regalen viele Bücher stehen, die an die Gefangenen ausgeliehen werden oder die sie auch in ihrer freien Zeit dort lesen können, und sprachen mit dem im Raume befindlichen Bibliothekar. Nachher hörten wir, dass dieser Bibliothekar ein Gefangener sei. Wir kamen darauf in den grossen

Theatersaal, wo wöchentlich Aufführungen stattfinden und einer damit beschäftigt war, eine Dekoration für diese Aufführung herzustellen. Auch dieser war ein Gefangener. Wir besuchten das Lazarett der Anstalt, das eine gewisse Anzahl von kleinen, aber ganz freundlich aussehenden Krankenstuben hatte, dazu natürlich eine Apotheke, ein ärztliches Untersuchungszimmer, Baderäume etc.. Durch dieses Lazarett führte uns zunächst ein Heilgehilfe, und als der wachhabende Arzt hörte, dass ich ein Kollege sei, kam er auch hinzu, und ich unterhielt mich mit ihm. Nachher hörte ich, dass auch dieser Assistenzarzt der Anstalt ein Gefangener sei.

Ich sah auch in diesem Lazarett zwei kleine Isolierzimmer nach Art der Isolierzimmer in Irrenanstalten. Man sieht in den Raum durch ein kleines Guckloch, und ich sah nun einen kleinen, kahlen Raum; auf dem Boden am Fenster lag auf einer einfachen Matratze ein Gefangener mit einer einfachen Wolldecke zugedeckt, ohne sich zu rühren. Ich fragte den Arzt, was das bedeute. Er antwortete mir, dass der Gefangene plötzlich psychisch schwer erkrankt sei. Da er erregt wurde, sei er für kurze Zeit zur Sicherheit in diese Isolierzelle gebracht worden, und er würde noch heute in eine Irrenanstalt überführt werden. Ausser diesen beiden Isolierstuben, die zu sanitären Zwecken dienen, habe ich in der Anstalt keine Einzelräume zu Gesicht bekommen. Es wurde uns gesagt, dass es Einzelhaft in den Besserungsanstalten in Russland nicht mehr gebe, sondern dass auch überall bei den Gefangenen ein Gemeinschaftsleben herrsche. Sie schlafen in grossen Sälen zusammen, sie arbeiten in Fabrikräumen zusammen, sie können in ihrer freien Zeit ungehindert miteinander verkehren, und sie haben gemeinsamen Unterricht und gemeinsame Unterhaltungen bzw. Festlichkeiten. Die einzige Beschränkung, die ihnen auferlegt ist, ist eben, dass sie für die Dauer ihrer Verurteilung ihrer Freiheit beraubt sind. Strafen wie stundenlanges Sprechverbot, Kostentziehung oder -schmälerung, Isolierhaft, womöglich Fesselung oder gar Dunkelarrest sind vollkommen ausgeschlossen. Tagsüber arbeiten sie, wie ein Arbeiter auch sonst, 8 Stunden in den Fabrikräumen, und sie werden dafür ebenso bezahlt, nur wird ihnen für ihre Beköstigung ein entsprechender Teil abgezogen. Wenn sie lässig in ihrer Arbeit sind, so fühlen sie das an der Verringerung des Lohnes. Sie können sich dann weniger Extradinge, die sie vielleicht gern haben möchten, kaufen und können auch weniger ihrer Familie zukommen lassen. Wenn sie sich sonst etwas Gröberes zuschulden kommen lassen, so müssen sie ihre Haft einmal voll absitzen, während dem regelmässig Arbeitenden ein Drittel der Strafe erlassen wird, oder sie dürfen eine gewisse Zeit lang ihre Angehörigen nicht sehen, die sonst sie etwa jede der Wochen besuchen können, oder sie bekommen keinen Urlaub nach Hause, der den sich gut Führenden nach Verbüssung einer gewissen Strafzeit für eine bis zwei Wochen gewährt wird. Man sagte uns, dass bisher noch jeder Gefangene von solchem ihm gewährten Urlaub zurückgekehrt sei.

Die Fabrikräume und Werkstätten, in denen sie arbeiteten, waren dem alten Gebäude entsprechend nicht so hell und luftig wie diejenigen der Räume in der

Textilfabrik, welche wir vordem besichtigt hatten. Diese Fabrik war eben eine in einem neuen Gebäude befindliche, während die andere in der Besserungsanstalt in einem alten Gebäude war. Es war im Komplex der Besserungsanstalt eine Schlosserei, eine Tischlerei, eine Spinnerei und eine Fabrik, in welcher Mehl gemahlen und eingepackt wird. Wir gingen durch alle Räume und sahen, dass überall fleissig gearbeitet wurde. Es ist natürlich überall eine Beaufsichtigung und Bewachung. Ein Entweichen wird verhindert. Die Eingangs- und Ausgangskontrolle ist sehr streng. Mitten auf dem grossen Hofraum des Gebäudekomplexes ist ein hoher Wachturm, auf dem ständig ein Wächter steht und über alles Ausschau hält, wie an den Ausgangstüren Rotarmisten mit geschultertem Gewehre Wache halten.

Diebstahl und Unterschlagung bilden, wie uns gesagt wurde, auch in Russland die überwiegende Mehrzahl der kriminellen Fälle. Das ist also in Russland nicht anders als in anderen Ländern. Das ist auch einfach erklärbar. Denn die Zahl der Diebstähle und Unterschlagungen sind immer der beste Gradmesser gewesen für die materielle Not. Wir brauchen nur an unsere Kriegs- und Inflationszeit zurückzudenken, in der es kaum einen gab, der nicht gelegentlich sich eines solchen Vergehens schuldig machte, und wenn sich mal einer fand, der solchem widerstand, dann wurde er von der Allgemeinheit für anormal gehalten. In Russland herrscht zur Zeit eine allgemeine Not. Es wird daher viel gestohlen und unterschlagen. In dem Hause, in welchem meine Frau wohnt, sind einem Einwohner in wenigen Tagen kurz hintereinander Sachen aus der Wohnung entwendet worden. Mir wurde von meinen Freunden, die mich zur Bahn geleiteten, eindringlich geraten, doch ja auf meine Sachen achtzugeben, weil soviel gestohlen würde. Über das Bettelwesen in den Städten habe ich schon berichtet.

Politische Gefangene habe ich nicht gesprochen. Mir wurde gesagt, dass das, was in ausländischen Zeitungen über deren schlechte Behandlung verbreitet wird, Märchen seien. Die Regierung sei ihnen gegenüber allerdings nicht sentimental und dürfe es auch nicht sein. Sie eliminiere sie einfach entweder in ferne Orte, wo sie politisch nicht wirksam sein können, oder aber auch, und davor schrecke sie nicht zurück, indem sie die ihr am gefährlichsten Erscheinenden erschiessen lasse. Sie betrachte sie keineswegs als Verbrecher, im Gegenteil, sie hätte vor ihnen wegen der Konsequenz ihrer Gesinnung grosse Hochachtung. Aber da es sich um Sein oder Nichtsein des Sowjetstaates handele, so erfordere die Staatsnotwendigkeit derartige Massregeln.

Ich sprach auch mit mehreren Kommunisten, ob sie glauben, dass die oppositionelle Haltung vieler prominenter ehemaliger Führer eine politische Erschütterung herbeiführen könne, und ob es nicht möglich sei, dass sich einer zum alleinigen Diktator aufwerfen könnte, ähnlich wie Napoleon nach der französischen Revolution. Sie erklärten übereinstimmend, dass die Oppositionellen nur einen verhältnismässig kleinen Anhang unter den Arbeitern und vor allem in der Armee hätten, der gar keine Bedeutung hätte. Und ein Diktator nach Art eines Napoleon sei ganz unmöglich, weil das Volk, die Jugend und vor allem wiederum

die Rote Armee von den Lehren Marx' so erfüllt sei und dieser Lehre so begeistert anhingen, dass, wenn jemand wagen wollte, das zu erschüttern, man ihn einfach steinigen würde.

*Deutsche Emigranten in Moskau*

Meine Frau, die schon seit mehreren Monaten in Moskau weilt und dort schriftstellerisch tätig ist, führte mich öfters in deutsche Emigrantenfamilien ein. So lernte ich einen bayerischen Ingenieur mit seiner Familie kennen. Er ist in einer Fabrik als Leiter einer Abteilung tätig und wird recht gut besoldet. Er wohnt auch etwas ausserhalb der Stadt in einem neuen Arbeiterhaus und hat eine recht nette Wohnung. Er ist ein gemütlicher Bayer, wohl recht tüchtig in seinem Fach und ein intelligenter Kopf. Er sagte mir, dass der Rückstand in der russischen Industrie nicht allein auf dem Mangel an Maschinen beruht, sondern sehr wesentlich an der Ungelerntheit der Arbeiter und an der mangelnden Erfahrung aller in den Betrieben tätigen Menschenkräfte. Was eben in den hochentwickelten Industrieländern durch die Erfahrung von ziemlich hundert Jahren erreicht ist, die dort erlangte Durchbildung und die damit verbundene Anpassungsfähigkeit der Arbeiter, Angestellten, des ganzen grossen Apparates, das fehle noch fast gänzlich in Russland. Tausend Schwierigkeiten, die woanders spielend gelöst werden, erfordern hier in Russland unendliche Mühe, bis man ihrer Herr wird, und oft genug wird man ihrer aus den angeführten Gründen nicht Herr. Trotzdem ist er ein begeisterter Anhänger des russischen Wirtschaftssystems. Man müsse Geduld haben. Die Kräfte müssen erst alle herangebildet werden, und das sei die Aufgabe, welcher sich die Regierung mit aller Macht widme. Er hofft, dass dieses Werk in einem Jahrzehnt vollendet sein wird, und dann werde Russland der Welt zeigen, was unter dem neuen System geleistet werden kann und wie man die Bodenschätze des Landes dann zum Nutzen des Volkes verwerten wird.

An einem anderen Abend waren meine Frau und ich bei dem Sohne von Klara Zetkin. Die alte Revolutionärin lebt in Moskau im Kreml und wird dort mit derjenigen Achtung behandelt, die einer solchen Kämpferin für die Befreiung des Proletariats gebührt. Ihr Gesundheitszustand ist zur Zeit kein erfreulicher, und sie bedarf bei ihrem hohen Alter grosser Schonung und Pflege.

Es war dann auch einmal ein grösserer Kreis von deutschen Emigranten in der Moskauer Wohnung meiner Frau am Abend zusammen, darunter einer, der sich schon so ziemlich in allen Ländern der Erde herumgetummelt hatte, ein anderer, der bis vor kurzer Zeit in China gewesen war und der nun von seinen Erlebnissen und Eindrücken erzählen sollte. Es sind unter den Emigranten natürlich eine ganze Reihe von solchen, die in der Revolutionszeit in Deutschland an Kämpfen teilgenommen haben, dann aus Deutschland nach Russland geflüchtet sind, und die nun dort leben, in der Sowjetrepublik gastliche Aufnahme und Arbeit gefunden haben. Zuerst sind die Männer allein hinübergegangen resp. hinübergeflüchtet, und später haben sie Frauen und Kinder nachkommen lassen. Sie sind miteinander durch das gleiche Schicksal, durch die Abstammung vom gleichen

Mutterboden und durch das gleiche glühende Streben nach Befreiung des Proletariats verbunden. Als überzeugte Kommunisten verteidigen sie das Sowjetsystem mit aller Glut der felsenfesten Überzeugung, mit dem religiösen Fanatismus, dass nur auf diesem Wege die Menschen wirklich frei werden und von dem schweren Joche des Kapitalismus erlöst werden können. Die wirtschaftlichen Unvollkommenheiten in Russland und sonstigen Übelstände spüren sie ganz gut, aber es sind in ihren Augen nur Übergangserscheinungen und werden sich bald bessern. Vor allem fühlen sie wohltätig die Befreiung vom Klassensystem. Sie fühlen, dass ihre Person und ihre Arbeit nun ganz anders gewertet werden und dass sie die Kerntruppe des neuen Wirtschaftssystems bilden. Sie verlieren keineswegs die Hochachtung vor der geistigen Überlegenheit eines anderen, aber sie sind sich auch ihres Wertes voll bewusst, und deshalb ist der gegenseitige Verkehr ein vollkommen zwangloser und ungenierter.

Ich hatte als Nichtkommunist in diesem Kreise einen schweren Stand. Sie berücksichtigen zu wenig die Realität der Verhältnisse in den verschiedenen ausserrussischen Staaten, in denen sich nicht nach den Wünschen und nach der Energie einer Minderheit dasselbe durchführen liess und jetzt noch weniger durchführen lässt, was sich in Russland hat durchsetzen lassen, ganz abgesehen davon, ob es sich überhaupt auf die Dauer durchsetzen lässt und dem Gesamtwohl mehr Nutzen bringt als das bisherige. Aber das können sie schwer begreifen und schimpfen natürlich auf die Unfähigkeit, Blödheit und Böswilligkeit der anderen.

Obwohl sie bei ihren Zusammenkünften von einer erfrischenden Heiterkeit und Geselligkeit sind, so fühlt man doch oft genug, dass eine Wunde in ihrem Herzen nicht recht vernarben will. Und das ist trotz allem und allem die unaustilgbare Sehnsucht nach der Heimat. Das vollkommene Verschmolzensein mit dem russischen Volke, das doch ganz anders geartet ist, fehlt. Dazu kommt die Schwierigkeit der Erlernung der russischen Sprache und damit ihrer Beherrschung, die Fremdheit der ganzen Umgebung und die geringe Eingewohntheit in tausend Kleinigkeiten des täglichen Lebens. Alles dies bedrückt sie und besonders natürlich ihre Frauen. Wie gerne, glaube ich, möchten manche wieder zurück und würden es wohl auch sofort tun, wenn sie vor Verfolgungen in der Heimat gesichert wären.

[…]

*Die Rückreise*

Ich hatte eigentlich die Absicht, bei meiner diesmaligen Russlandreise noch andere Städte als Leningrad und Moskau zu besuchen. Ich wollte auch nach dem Süden gehen und Charkow, Kiew und Odessa mir ansehen. Ich hatte jedoch die Schwierigkeiten einer Winterreise nach Russland nicht ganz richtig eingeschätzt. Die grosse Kälte (es herrschten zeitweise über 25 Grad Réaumur), dazu noch der scharfe Wind sind doch für jemanden, der nicht daran gewöhnt ist, recht angreifend, zumal ich mich recht viel im Freien aufhalten musste. Aber das allein hätte mich von einer Weiterreise nicht zurückgehalten, denn ich war ja durch Unter-

kleider, einen guten Pelz und auch eine über die Ohren zu schlagende Pelzmütze einigermassen geschützt. Dieser Ohrenschutz kann nur jedem, der seine Ohren über den Winter hinaus behalten will, dringend angeraten werden. Leider sind viele Leute darin sehr unvorsichtig, und deshalb sollen immer am Morgen von den Schneeschauflern eine ganze Menge erfrorener Ohren im Schnee gefunden werden, die dann nach Vorschrift der Regierung, damit alles ausgenutzt wird, beim Konditor abgegeben werden müssen, welch letzterer aus ihnen die bekannten Schweinsohren bäckt und sie an das Publikum verkauft.

Die starke Kälte also war es nicht, die mich frühzeitiger, als eigentlich beabsichtigt war, zurückkehren liess, sondern zwei andere Umstände.

Der eine war, dass ich fast dauernd unter einer Magen-Darm-Krise stand, die einmal eine gewisse Essensscheu erzeugte und andrerseits natürlich sehr unangenehme Empfindungen im Leibe auslöste, und man war einigermassen froh, wenn man sich in nicht allzu weiter Entfernung von einem gewissen Örtchen befand. Man sagte mir, dass fast alle nach Russland Zugereisten sich in den ersten Wochen in einem solchen Zustande befinden, und dass sogar einzelne, denen dabei mitunter sogar coram publico etwas Menschliches passierte, worüber die anderen stark die Nase rümpfen mussten, fluchtartig Russland wieder verlassen haben. Mir passierte glücklicherweise nichts Derartiges, obwohl ich zeitweise in Angst schwebte, dass es sich ereignen könnte. Die Ursache dürfte wohl in der allgemein gröberen Kost liegen, an die die Russen wahrscheinlich gewöhnt sind, der Fremde sich aber erst langsam gewöhnen muss. Jeder wird aber begreifen, dass derartige Zustände auf die Dauer recht verstimmend wirken und dass man sich sehnt, von ihnen möglichst bald befreit zu sein. Indessen, ich glaube, auch dies hätte ich noch ganz gut eine Weile ertragen, wenn nicht noch etwas gewesen wäre, das mich zu der Erkenntnis zwang, mir zu sagen, dass es vorläufig genug sei.

Und dieses letztere war die fast völlige Unkenntnis der russischen Sprache. Lieber Freund, wenn Du einen solchen Zustand vollständiger Aphasie, Agraphie und Alexie [Verlust des Sprech-, Schreib- und Lesevermögens] noch nicht durchgemacht hast, so kann ich nur wünschen, dass die Götter Dich auch ferner vor einem derartigen Zustande bewahren mögen. Denn Du sinkst hinunter auf den Zustand eines Menschen, etwa des Pithekanthropus, der vielleicht vor hunderttausend Jahren gelebt haben soll, und der vielleicht so etwas zu stammeln begonnen hat, sich aber noch wesentlich wohl pantomimisch mit seinen anderen Pithekanthropoiden recht und schlecht zu verständigen versuchte. Indessen hier war die Situation eine andere und eine für mich sehr niederdrückende, denn hier war ich allein dieser Pithekanthropus, und die anderen waren mir um mindestens hunderttausend Jahre voraus. Einem so ungeheuren Fortschritt stand ich deshalb vollkommen hilflos gegenüber, konnte mich deshalb in der russischen Welt allein nicht zurechtfinden, musste fast wie ein kleines Kind ständig geführt werden, da auch wegen der Leseunmöglichkeit die Orientierung doppelt erschwert war. Nun hatten zwar in Leningrad und in Moskau meine vielen Freunde und meine Frau, die schon ganz gut russisch sprechen und verstehen konnte, sich meiner in liebe-

vollster Weise angenommen, aber nach den trotz alledem doch reichlich oft wegen dieser Sprachunfähigkeit ausgestandenen Qualen konnte ich mir lebhaft ausmalen, wie das in den anderen Städten sein würde, wo ich solche Unterstützung nicht, jedenfalls nicht in solchem Masse, haben konnte, wie es in Leningrad und in Moskau war. Ich hatte ja auch schliesslich in den beiden Hauptstädten vom Leben Russlands vieles kennengelernt; es wäre natürlich auch wünschenswert gewesen, das Leben in einer kleinen Stadt und besonders das Landleben, die bäuerlichen Dorfgemeinden kennenzulernen, aber darüber im Winter die richtige Anschauung zu gewinnen, ist wohl unmöglich und war für mich ganz unausführbar.

Schliesslich erreichten mich während meines Moskauer Aufenthaltes Nachrichten, welche meine baldige Rückkehr recht nötig erscheinen liessen, und so beschloss ich denn, einigermassen befriedigt von dem, was ich gesehen und erlebt hatte, nach Hause zurückzukehren.

Die Abschiedsstunde verlebte ich mit meinen beiden Freunden, dem älteren und jüngeren Minor, und mit meiner Frau im Bahnhofsrestaurant, und dann ging es der Heimat entgegen.

Es ist, wie jedermann weiss, vorläufig noch nicht so leicht, nach Russland hineinzukommen. Ist dies einem nun geglückt, dann ist es aber auch wiederum nicht so einfach, aus Russland herauszukommen. Als ich mir auf der deutschen Botschaft in Berlin das Visum verschafft hatte, war ich des Glaubens, dass damit alles geregelt sei, zumal ich ja auf Einladung, die von einer öffentlichen Behörde ausgestellt war, hingereist bin. Ich konnte daher wohl annehmen, dass die Russen den Gast, der sich politisch nicht im mindesten beteiligt hatte und der sich auch sonst ganz anständig benommen hatte, auch ohne weiteres wieder herauslassen würden. Es kam aber anders. Ein jeder Reisende, wenn er auch schon vor seiner Einreise ein Visum erhalten hat, muss in Russland selbst noch ein besonderes russisches Visum erhalten, damit er dort bleiben kann. Das kostet natürlich wieder Geld. Wozu dieses doppelte Visum nötig ist, ist mir nicht klargeworden. Indessen, das wurde vom Hotel besorgt, und damit war die Angelegenheit erledigt.

Ich fuhr also in froher Stimmung von Moskau ab, noch voll von alldem, was ich erlebt hatte, und kam auch sehr frohgemut an der gleichen Grenzstation, die ich bei der Hinreise abends passiert hatte, morgens an. Mein Gepäck wurde wiederum im gleichen Raum revidiert, und ich wartete nun auf den Träger, der mein Gepäck nach dem anderen Zuge, der durch Polen fährt, bringen sollte. Da nahte das böse Schicksal in Gestalt eines russischen Beamten, der deutsch sprach. Er sah mich an, schlug meinen Pass auf, der einem ja schon früher im Zuge abgenommen wird, fragte, ob das mein Pass wäre, und als ich dies bejahte, erklärte er, ich hätte kein Ausreisevisum, und deshalb könnte ich die Grenze nicht passieren. Ich war wie vom Blitz erschlagen, schlug wütend auf den Pass und suchte ihm klarzumachen, dass ich doch von der deutschen Botschaft das Visum erhalten hätte, und da müsste ich doch auch wieder herausfahren können. Er blieb ruhig

und gemessen und sagte, er bedaure sehr, mich nicht durchlassen zu können, aber es fehle in meinem Pass das Ausreisevisum, und das sei unbedingt nötig, um wieder aus Russland herausfahren zu können. Meine Stimmung, in die mich diese Erklärung versetzte, kann sich jeder vorstellen. Meine getroffenen Reisedispositionen waren plötzlich über den Haufen geworfen, und ich wusste im ersten Augenblick gar nicht, was ich tun sollte. Die Beamten hatten menschliches Erbarmen mit mir. Sie sagten mir, ich solle nach der etwas über eine Stunde entfernten Stadt Minsk, der Hauptstadt von Weissrussland, fahren. Dort könnte ich mir im Konsulat das Ausreisevisum verschaffen. Ein Beamter führte mich auch liebevoll in den Erfrischungsraum der Grenzstation und liess mir Tee geben, um meine niedergedrückten Lebensgeister wiederzubeleben. Dann verliess er mich mit wohlwollenden, mir freundlich zusprechenden Worten.

Nun war ich allein und musste versuchen, wie ich mir mit meinen russischen Kenntnissen weiterhalf. Denn ich sah ein, das Visum musste besorgt werden, sonst käme ich nicht heraus, und ich musste froh sein, dass ich es vielleicht in Minsk erlangen könnte, denn sonst hätte ich vielleicht nach Moskau zurückfahren können. Die verdutzten Gesichter dort von meiner Frau und meinen Freunden hätte ich sehen mögen, wenn ich unvermutet wieder bei ihnen ins Zimmer getreten wäre. Ich musste nun 4 Stunden auf der Grenzstation warten, denn der Zug nach Minsk hatte zwei Stunden Verspätung. Im Coupé traf ich einen sehr netten Ingenieur, der ein wenig deutsch verstand und der sich meiner in wirklich rührender Weise annahm. Als wir in Minsk ankamen, telephonierte er sofort an meinen dortigen Kollegen, Prof. Kroll, den Leiter der Universitätsnervenklinik. Dieser, ein alter Bekannter von mir, mit dem ich ja auch kurz vorher in Moskau auf dem Kongress zusammengewesen war, begrüsste mich sehr freudig. Der Ingenieur begleitete mich auch noch bis zur Nervenklinik. Dort nahm mich sofort Prof. Kroll in Empfang. Mit dem gleichen Schlitten jagten wir ins Konsulat, denn es bestand die Gefahr, dass es jeden Augenblick geschlossen werden konnte. Kroll hatte im Konsulat einen Bekannten, und mit dessen Hilfe und dem glücklichen Umstande, dass ich noch gerade ein Wertheimpassbild bei mir hatte, konnten die Formalitäten schnell erledigt werden, so dass ich nur eine Reiseverzögerung von 24 Stunden hatte.

[…]

*Schluss*

Den Gegensatz zwischen dem gesellschaftlichen Leben in Russland und demjenigen in einem kapitalistischen Staate fühlte ich sehr drastisch, als ich die polnische Grenze überschritten hatte und nun eine Weile im Wartesaal erster und zweiter Klasse mich aufhielt. In Minsk hatte mich Kollege Kroll […] in der frühesten Morgenstunde zur Bahn geleitet. Er, der Direktor der Nervenklinik und derzeitige Dekan der Medizinischen Fakultät, begrüsste an der Bahn gleich Studenten, Arbeiter und andere Leute aufs freundlichste, alle schüttelten sich die Hände sprachen scherzend miteinander, sodass man das Gefühl hatte, hier be-

steht nicht der geringste Standesunterschied. Dem einen geht es vielleicht wirtschaftlich besser als dem anderen, aber jeder steht in der Achtung des anderen gleich hoch. Im Warteraum sass alles unterschiedslos nebeneinander, und jeder trank seinen Tee. Der Kollege half mir das Gepäck in den Zug bringen, und auch im Zuge, dessen Personal er kannte, entwickelte sich sofort zwischen ihm und diesen Leuten ein einfach herzliches Gespräch. Nichts von einer äusserlich steifen Respektbezeugung oder gar Unterwürfigkeit. Ganz anders das Bild auf der ersten Station nach Überschreitung der polnischen Grenze. Der Gepäckträger führt den Reisenden sofort in das elegante Abteil des Bahnhofsrestaurants. Hier [ist] alles sehr elegant gedeckt. Der Ober von westeuropäischer Höflichkeit. An den Tischen ausser dem internationalen Reisepublikum zahlreiches polnisches Militair der Landarmee und der Marine. Während die Reisenden frühstücken, warten im Vorraum die Gepäckträger, um auf einen Wink bereit zu sein. Sowie ein Offizier durch diesen Vorraum schritt, standen die Gepäckträger auf, die unteren Militärchargen ebenso, und letztere schmissen die Hacken zusammen. Ernste Mienen der Vorgesetzten dem Untergebenen gegenüber und leichtes Anlegen eines Fingers an seine Mütze zum Danke, dass er den ihm erwiesenen Respekt quittiert. Nichts von freundschaftlicher Kameradschaftlichkeit, Händedruck oder dergl. Aber der Morgenkaffee war ausgezeichnet, er schmeckte mir mit den frischen Brötchen ganz vortrefflich, und hier erhielt ich nach wochenlanger Entbehrung auch wieder die erste Zigarre. Ich blies behaglich den Rauch in die Luft und dachte: „Russland ist vorläufig ein gutes Land für Idealisten, für Materialisten sind die anderen Länder besser.“

# 15 Jahre „Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“

## Geschichte der Arbeiterbewegung – interessant für junge Leute heute? Ein Gespräch

Harald Lange

Junge Frauen und Männer aus Berlin, Chemnitz, Erfurt, Hamburg, Kassel, Leipzig und Potsdam, die sich auf vielfältige Art mit der Geschichte der Arbeiterbewegung befassen, trafen sich am 10. November 2006 in Berlin mit Historikern zu einem Gedankenaustausch über die Popularisierung der Geschichte der Arbeiterbewegung und über die Möglichkeiten für eine stärkere Einbindung Jugendlicher in entsprechende Projekte. Eingeladen hatte der „Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ aus Anlaß seines 15jährigen Bestehens und des fünfjährigen Erscheinens des von ihm herausgegebenen JahrBuches.

Der Zuspruch war groß, und die Diskussion verlief äußerst lebhaft. Die – zumeist älteren – Historiker verzichteten auf Belehrung der Jüngeren, während diese mit großem Engagement und mit einer erstaunlichen thematischen Bandbreite über die Schwierigkeiten und über die positiven Erfahrungen in ihrer Arbeit berichteten.

Eine kurze Einführung wurde von *Helmut Bock* gegeben, der sich der Frage zuwandte, wie in den sozialen Konflikten die Erfahrungen der Geschichte aufgenommen werden könnten, wobei er die tragische Geschichte der Arbeiterrevolutionen in den Mittelpunkt seiner Überlegungen rückte.

Im wesentlichen war die nachfolgende Diskussion von zwei Gedankengängen durchzogen: Es ging um die Rolle der Zeitzeugen sowie darum, auf welche Weise heranzugehen sei, um politisch aufgeschlossene Jugendliche für die Geschichte der Arbeiterbewegung zu interessieren und für eine Mitarbeit zu gewinnen.

Zeitzeugen – so wurde übereinstimmend gesagt – würden Jugendliche besonders stark beeindrucken und helfen, sie für eine stärkere Mitarbeit an Projekten zu stimulieren. Das in der Öffentlichkeit präsente Interesse für die NS-Zeit sei gewöhnlich ein guter Anknüpfungspunkt, um über diesen Weg dann auch zu einem breiteren Themenfeld, so z. B. zur Geschichte der Arbeiterbewegung, übergehen zu können.

Die Zugänge junger Leute zur Geschichte sind vielfältig. *Enrico Hilbert*, ein junger Krankenpfleger aus Chemnitz, meinte, daß es aus seinen Erfahrungen heraus wichtig sei, die persönliche Motivation der anzusprechenden Jugendlichen herauszufinden und auch das verbreitete Interesse an der Heimatgeschichte zu nutzen. Auf der „Verpackung“ – sagte er – müsse ja nicht immer gleich „Arbeiter-

bewegung“ draufstehen. Ihm sei es gelungen, auch über die Familiengeschichte Zugang zu Jugendlichen zu gewinnen und dabei u. a. Biografien von republikanischen Spanienkämpfern zu erarbeiten. Auch andere Teilnehmer der Diskussion betonten, wie wichtig es für die Arbeit sei, an die Regional- und Lokalgeschichte anzuknüpfen. Gerade hierbei gelinge es am ehesten, bei den Jugendlichen Stolz auf eigene Arbeitsergebnisse zu erzeugen, was wiederum den Willen zur weiteren aktiven Mitarbeit stärke.

*Mirjam Sachse* aus Kassel gewann Interesse an Geschichte über Kontakte zur neuen Frauenbewegung. Seit mehreren Jahren befaßt sie sich mit Clara Zetkins „Die Gleichheit“ und deren Leserinnen. *Norbert Müller*, Student an der Universität Potsdam, kam zum Geschichtsstudium über sein Engagement in der linken Jugendbewegung, in der er sich für politische Bildung einsetzt. Über aktuelle politische Fragen – z. B. Rechtsextremimus – komme man auch zu Fragen an die Geschichte – auch an die Geschichte der Arbeiterbewegung.

*Marcel Bois* aus Hamburg, ebenfalls Student und politisch aktiv, sieht eine Ursache für das mangelhafte Interesse an der Geschichte der Arbeiterbewegung darin, daß heutzutage, nicht zuletzt unter dem Einfluß der Medien, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in der öffentlichen Wahrnehmung kaum präsent sind. Trotzdem ist er nicht pessimistisch. Viel Interesse bestünde unter jungen Leuten z. B. an den Vorgängen in Lateinamerika (Venezuela, Bolivien, Brasilien u. a.), an den vielfältigen sozialen Bewegungen über die Industriearbeiterschaft hinaus. Und so komme man dann auch auf die Geschichte der Arbeiterbewegung, auf deren Spuren (z. B. der sozialen Sicherungssysteme) man in unserem Heute immer wieder stößt.

*Cornelia Domaschke* von der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Berlin) berichtete, daß man bei Schülern in der Regel auf eine größere Aufgeschlossenheit als bei Studenten treffe, da sie weniger „festgelegt“ seien. Insbesondere dort, wo man die Schüler selbst darüber entscheiden lasse, wofür und wie sie tätig werden möchten, gewinne man Zugang zu ihnen. Immer wieder zeige es sich, daß Schüler gegebenenfalls auch über die Köpfe ihrer Lehrer hinweg von sich aus aktiv würden. Dabei müsse man sich gelegentlich mit Arbeiten anfreunden, die nicht an gewohnte Formen anknüpfen. In Niedersachsen gebe es z. B. ein erfolgreiches Projekt zur Herstellung eines „Geschichts-Comic’s“. *Steffen Kachel* aus dem Jugendbüro in Erfurt bestätigte, daß die politische Bildung dort am erfolgreichsten sei, wo es gelinge, die Projekte für die Jugendlichen interessant und spannend zu gestalten und deren Eigenverantwortung zu akzeptieren.

Schließlich ging es noch um die Bedeutung des Internets für die politische Bildung. Für alle war klar, daß das Internet für Jugendliche das Hauptmedium geworden sei, mit dem sie heute umgehen. Daher sei es überaus notwendig, die stark vernachlässigte Geschichte der Arbeiterbewegung im Internet zu präsentieren. Wie auf vielen anderen Gebieten, sei es auch hier wieder die Umsetzung, die die schwierigsten Probleme bereite. Dazu sprachen mit Nachdruck u. a. *Daniela Schmohl* aus Leipzig und *Christoph Schucherdt* aus Erfurt.

Der älteste Teilnehmer der Diskussion, *Harro Uhlmann* aus Freiberg, sprach u. a. über seine Erfahrungen als Zeitzeuge. Er hob hervor, daß es ungemein wichtig sei, den Jugendlichen nicht als jemand gegenüberzutreten, der auf Grund seines Alters und seiner politischen Erfahrung alles besser wisse. Auch sei es angebracht, die eigene Vergangenheit nicht zu verklären. Damit hatte er sicher das wichtigste zur Zeitzeugenproblematik gesagt. *Heinz Niemann* fügte hinzu, daß es gewiß richtig sei, Geschichte durch das persönliche Erleben von Zeitzeugen spannend zu gestalten; dabei sei aber auch zu beachten, daß persönliche Erinnerungen wegen der ihnen nun einmal innewohnenden Subjektivität häufig auch Quellen von Fehlern in der Geschichtswissenschaft seien.

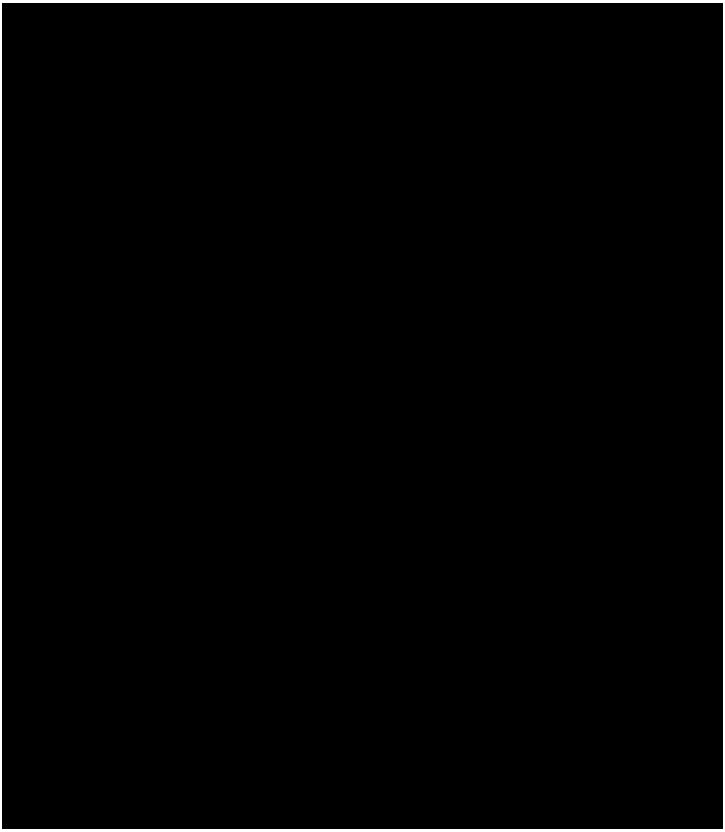
Beispiele für ein fruchtbares Zusammenwirken „gestandener" Historiker mit Jugendlichen wurden von *Gerd Kaiser* und von *Jürgen Hofmann* vorgetragen. Das m. E. interessanteste Vorhaben gibt es in Meiningen, wo junge Leute begannen, sich mit der Geschichte der dortigen Bakunin-Hütte zu befassen. Diese Gruppe, die übrigens anfänglich jeden Kontakt zu anderen abgelehnt hatte, hat die Hütte wieder hergerichtet und u. a. eine Broschüre über die mit der Bakunin-Hütte eng verbundene Geschichte der anarcho-syndikalistischen Arbeiterbewegung publiziert.

Über das ungebrochene Interesse junger Wissenschaftler an der Marx-Engels-Forschung berichtete *Rolf Hecker*. Dieses Interesse sei schon deshalb wichtig und nötig, da sich die Herausgabe der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) noch über viele Jahre hinziehen werde. Durch die Auslobung des Rjasanow-Preises habe man auf internationaler Ebene die Mitarbeit vieler junger Wissenschaftler herausfordern können. Es seien Arbeiten von beträchtlichem wissenschaftlichem Niveau entstanden. Schon jetzt seien bis zu 40 junge Wissenschaftler beteiligt, die auch untereinander in einem beständigen Kontakt stehen.

*Klaus Kinner* und *Günter Benser* hoben hervor, daß die Geschichte der Arbeiterbewegung in der öffentlichen akademischen Geschichtsschreibung kaum noch vorkomme. Es sei nötig, eine „Traditionslinie" für die politische Linke neu aufzubauen. Schließlich stünden alle sozialen Bewegungen der Gegenwart auf den Schultern der Arbeiterbewegung. Die neue Generation – meinte Benser hoffnungsvoll – werde unbefangener sein als wir, werde sich den Fragen der Geschichte mit neuer Gelassenheit stellen und konstruktive Interpretationen entwickeln, die in die Zukunft weisen.

Die von *Ulla Plener* und *Jochen Cerný* geleitete Veranstaltung war ein sehr zufriedenstellender Erfolg. Alte und Junge, die sich auf unterschiedlichste Weise mit der Geschichte der Arbeiterbewegung befassen, haben in seltener Einmütigkeit über den Stellenwert der Geschichte der Arbeiterbewegung für die politische Bildung junger Menschen, über die Rolle der Zeitzeugen und über Vermittlungsprobleme der Geschichtswissenschaft diskutiert. Ein ab und an angedeuteter Pessimismus hinsichtlich eines wahrgenommenen abflauenden Interesses an der Geschichte der Arbeiterbewegung fand letztlich keine Bestätigung. Das unverkennbare Engagement der jungen Veranstaltungsteilnehmer für ihre politische Bildungsarbeit sowie die Bereitschaft der Älteren, sich, so gut sie es können,

dabei einzubringen, waren eher geeignet, Optimismus zu wecken. Sollte *Mario Keßlers* Anregung, alle „Alten“ möchten doch ihr Wissen bündeln und noch einmal mit Veröffentlichungen hervortreten, Wirklichkeit werden, so könnte es sogar zu einer „Renaissance“ der Geschichte der Arbeiterbewegung kommen.



Von der Veranstaltung „Geschichte der Arbeiterbewegung – interessant für junge Leute heute? Ein Gespräch“ (Foto: Wolfgang Heyn)

# In der Tradition Filippo Buonarrotis an die Geschichte sozialer Kämpfe erinnern[1]

Helmut Bock

Wir sind hier ältere und junge Leute. Wenn ich sonst etwas sagen kann, dann meistens unter Menschen meiner Generation. Dort sind Begegnungen gedankenreich, aber es fehlen die Jungen und Zukünftigen. Heute haben wir die Freude, außer uns Grauköpfen auch die Jüngeren hier zu haben und vielleicht ins Gespräch zu kommen.

Von der Veranstaltung „Geschichte der Arbeiterbewegung – interessant für junge Leute heute? Ein Gespräch (Foto: Wolfgang Heyn)

Indem wir gemeinsam an Geschichte erinnern wollen, leben wir in schwierigen Verhältnissen. Ich meine, unter einer geistigen Last: der Deutungshoheit, die vom Besitzbürgertum und seinen Ideologen in allen Fragen der Geschichte, zumal der Geschichte der Arbeiterbewegung, ausgeübt wird. In Medien, Bil-

1 Einführende Worte zum Gespräch „Geschichte der Arbeiterbewegung – interessant für junge Leute heute?“

dungswesen, Bundestag, wo immer über Vergangenheit geredet und geschrieben wird, sehen wir uns selbst und diejenigen, für deren Ideen und Taten wir ein allgemeines Gedenken bereiten möchten, zurückgewiesen, verfälscht oder gänzlich vergessen gemacht. Wir – da meine ich uns, die wir mit prinzipiellem Bekenntnis für soziale Gerechtigkeit, für die Lebensrechte des arbeitenden Menschen, für die soziale Revolution gelebt haben und immer noch leben. So ist nun einmal unsere Lage: Wir sind eine kleine Minorität in dieser vom Kapital dominierten Gesellschaft, in der die Öffentlichkeit und mit ihr die historische Erinnerung von der heutigen Bourgeoisie beherrscht werden.

Wie ist damit zurechtzukommen? – Ich kann hier nicht in Kürze über aktuelle Probleme der Geschichte der Arbeiterbewegung sprechen. Vielmehr möchte ich eine Geschichte erzählen, die uns vielleicht etwas zu sagen hat.

Beinahe ein Leben lang bin ich mit den Folgen der Französischen Revolution von 1789 beschäftigt, also mit dem 19. Jahrhundert und auch dem 20. Die bürgerliche Revolution der Franzosen war ein hoffnungsvoller Anfang der Emanzipation des Menschen, angetreten mit dem Dreiklang „Liberté! Égalité! Fraternité“ – den sie aber nicht einlöste. Resultat aller Mühen und Kämpfe war der Vorrang der Reichen, die politische Macht der frühen Bourgeoisie. Wohl waren Jakobiner und Robespierre die revolutionär-demokratische Fraktion gewesen, die den bürgerlichen Standpunkt bezüglich der sozialen Fragen am weitesten nach „links“ rückte und überdies die Verteidigung der Revolution gegen innere und äußere Konterrevolution bis zum Sieg führte. Nach dem Sturz der Robespierristen (Juli 1794) aber errichteten die Kapital- und Grundbesitzer ihre gesellschaftspolitische Vorherrschaft. Und dennoch: Es verging nicht einmal ein Jahr, so erhob sich das hungernde und rechtlich benachteiligte Volk von Paris im „Germinal“ und „Prairial“ des Jahres 1795 für „Brot“ und die „Jakobinerverfassung“. Diese Massenbewegungen wurden niedergeschlagen.

Aber die soziale Frage existiert objektiv, nicht als Ausgeburt einiger überspannter Kritiker. Sie war auch damals durch Manipulation und Waffen nicht aus der Welt zu schaffen. Jetzt, angesichts des Niedergangs der Großen Revolution, der Zurückweisung des Volkes, begann die Zeit eines neuen „linken“ Denkens. Es waren zumeist Intellektuelle, die sich im geheimen trafen, um zu beraten, ob und wie gegen die besitzbürgerlichen Revolutionsresultate eine Alternative zu vertreten sei. Dabei komprimierten sie ihre politische Erfahrung in dem Satz: „Der Krieg der Reichen gegen die Armen hat begonnen!“

Der andauernd beschworene „Liberalismus“ bedeutete in Theorie und Praxis doch nur die „Freiheit“ des Privateigentums – sie verwirklichte sich in „freier“ Konkurrenz aller gegen alle, aber auch der gesetzlichen Knebelung der Arbeitenden und Besitzlosen, gegen die der Ausschluß aus Wahlen und Vertretungskörpern, das Koalitionsverbot, das Lohndiktat, die kapitalistische Ausbeutung rechtens waren. Aus dem Gedankenaustausch kritischer Köpfe erwuchs die Verschwörung. Waren die spontan agierenden Massen gescheitert, so sollte nunmehr der Aufstand einer bewußten, gut organisierten Minderheit die Initialzündung einer allgemeinen Empörung werden, die das Regime der Neureichen und Re-

volutionsgewinnler hinwegfegte. Als Ziel galt eine zweistufige Alternative. Das Minimalprogramm: eine volksnahe Republik gemäß der unterdrückten Verfassung von 1793. Das Maximalprogramm: ein sozialrevolutionärer Übergang zu einer Gesellschaftsordnung realer Gleichheit und Freiheit, wo ein jeder in produktiver Gemeinschaft planvolle Arbeit leisten und aus den Fonds des Produzierten erhalten sollte, was zum Leben nötig sei. Es war ein frühkommunistischer Entwurf in der Endzeit des Manufakturkapitalismus, als die agrargesellschaftlichen Zustände noch überwogen.

In vielen geheimen oder verfolgten Bewegungen findet sich ein Judas Ischariot. Auch in den Reihen der Verschwörer war ein Verräter, der seine Genossen ans Messer, sprich: die Guillotine, lieferte. Damit der Prozeß möglichst keine hohen Wellen in der Öffentlichkeit schlug, wurden Richter und Angeklagte im Jahr 1797 in eine französische Kleinstadt verbracht. Dort wurde die „Verschwörung für die Gleichheit" verteufelt, wurden der Organisator und weitere zum Tod durch das Fallbeil verurteilt. Die anderen fristeten ihr Leben hinfort hinter Gittern und in der Verbannung.

In der Historie vergehen alsdann die Zeiten: die bürgerliche Revolution, das Konsulat, das Kaisertum Napoleons, die Vorherrschaft Frankreichs über den Kontinent, die adlige Restauration. Idee und Tat der Verschwörer sind vergessen gemacht, schließlich auch wirklich vergessen. Doch 1828, nach 31 Jahren, erscheint plötzlich in Brüssel ein zweibändiges Buch: „Histoire de la conspiration de Babeuf". Ein Teilnehmer des Versuchs zur sozialen Revolution hat trotz aller Verfolgungen überlebt! Seine Darstellung und Dokumentation legen Zeugnis ab.

Kaum zwei Jahre später siegt die Pariser Julirevolution. Wieder einmal kämpft das Volk – schleicht die Bourgeoisie an die Macht. „Von nun an werden die Bankiers herrschen!", triumphiert der Großkapitalist und frischbackene Ministerpräsident Laffitte. Da kehrt ein Siebzigjähriger aus Belgien unbeachtet nach Paris zurück, verbirgt sich in einem Arbeiterviertel, verdient seinen Lebensunterhalt als Sprach- und Musiklehrer, nimmt insgeheim Kontakt zu oppositionellen Demokraten auf. Seine politische Konterbande ist eben das Buch, das er in Brüssel publiziert hat und das nun auch in Paris erscheint. Noch kennt in Paris niemand den Autor: Filippo Buonarroti, geboren in Italien, Nachfahre Michelangelos und ehemaliger Advokat, Freund Robespierres, dann Teilnehmer an der antikapitalistischen Verschwörung Babeufs, wofür er hat büßen müssen in Illegalität, Verbannung, Exil. Dieser Veteran lebt nun als Augen- und Tatzeuge verfolgter und verdrängter, verschwiegener und vergessener Historie. Wieder im Untergrund – gründet er die kleine und geheime Vereinigung der „Freunde der Gleichheit", die entschieden gegen die neue „Aristokratie des Reichtums" agieren. Vor dem aufwühlend tragischen Geschehen der Lyoner Weberaufstände und den weiteren Arbeiterkämpfen schüren sie im Namen der Gleichheit und der sozialen Gerechtigkeit die Glut für eine neue, bessere Revolution.

Die Spuren finden sich bald in legalen Journalen und politischen Klubs. Die jungen Republikaner des „Julikönigtums", deren Kampf und Tod späterhin von Victor Hugo in „Les Misérables" gestaltet werden, erkennen in Buonarrotis

Bericht eine brennende Wahrheit, und wenn sie dem Veteranen begegnen, fühlen sie sich berührt von politischer Erfahrung, menschlicher Würde, unbestechlicher Überzeugungstreue. Exemplare des Buches gehen von Hand zu Hand. Auch im Gefängnis verschlingen die Politischen die heiße Lektüre. Immer öfter tauchen in Reden und Zeitungsartikeln, die die „Sache des Volkes" vertreten, aus der Schrift entnommene Gedanken und Textteile auf. Ein Jahrzehnt später, der Veteran ist tot, verknüpfen Marx und Engels den Beginn der sozialen Bewegungen in Frankreich mit dem Namen Babeufs, des von ihm abgeleiteten „Neo-Babouvismus". Der Mann aber, dessen historisches Zeugnis dies alles vermittelt hat, war Buonarroti.

Muß ich die Geschichte noch interpretieren? – Ein Alter, der nicht aufgab, an Vergangenes zu erinnern und für die Idee der sozialen Befreiung zu wirken, begegnete kraft eigener Ausdauer und auch mit einigem Glück den Jüngeren, die die Fackel ergriffen und weitertrugen. Nur so kann, was unter dem Deutungsmonopol des herrschenden Kapitals ausgelöscht scheint, aus den Kerkern der Vergessenheit erlöst werden und als ein Vermächtnis fortwirken. Noch heute leben wir in den Konflikten von Kapital und Arbeit. Wir Grauköpfe – solange der Atem reicht und der Kopf willig ist – wollen gegen das Verdikt des Vergessens die geschichtliche Erinnerungsarbeit leisten und einiges davon weitergeben. Freilich wollen wir keine Lehren erteilen. Unsere geschichtliche Rückschau ist zu prüfen, denn die Zeiten verändern sich, die Köpfe auch. Wir versuchen zu tun, was Buonarroti einst tat. Und eben das ist der Grund, warum wir Alten darauf dringen, den Jüngeren zu begegnen.

Das ist die Geschichte, die ich erzählen wollte.

# Diskussion

## Prädikat: Streitbar.
## Mit seiner Studie über die Geschichte der Demokratie hat sich der Italiener Luciano Canfora zwischen alle Stühle gesetzt

Ulrich Peters

Ein „kommunistisches Pamphlet“ sei es, meinte der Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler, eine „extrem dogmatische Darstellung“, ja „eine so dumme, daß sie an keiner Stelle den Ansprüchen der westlichen Geschichtswissenschaft genügen kann“[1]. Luciano Canforas Buch „Eine kurze Geschichte der Demokratie“[2] hat, zeitgleich mit seiner Ablehnung durch den C. H. Beck Verlag im November 2005, überaus heftige Kontroversen ausgelöst. Canfora, ein international renommierter Altphilologe und Professor an der Universität Bari, sei ein „Salonkommunist“[3] und „auf dem linken Auge blind“[4], da er, wie seine Kritiker unisono behaupteten, auf unerträgliche Weise den Stalinismus beschönige und zudem das revanchistische Klima der jungen Bundesrepublik zu einseitig in den Vordergrund stelle.

Die Heftigkeit der Reaktionen beruhte auf zwei Gründen. Der erste ist inhaltlicher Natur, denn die Darstellungen des Autors kollidieren wiederholt mit zentralen Glaubenssätzen des hiesigen Geisteslebens. Dies betrifft v. a. die These von der stabilen und historisch überlegenen Demokratie des Westens, der sich Canfora verweigert, sowie dessen Haltung zum Kapitalismus und seiner herrschenden Klasse, der Großbourgeoisie. Zwar darf man zu beiden Kritisches anmerken oder irgendwelche „Auswüchse“ thematisieren, prinzipiell in Frage stellen sollte man sie jedoch nicht.

Das Gegeifere um den Stalinismus ist purer Vorwand. Zwar wirft man Canfora vor, er habe dessen Opfer nicht gezählt und, wie besonders findige Rezensenten herausfanden, die Gulags nicht erwähnt, aber daß die 50 Millionen Toten des von Hitler entfesselten Weltkriegs und die KZ der Nazis in dem Buch ebensowenig vorkommen, hat – welch ein Zufall – niemand bemerkt und etwa

---

1 Zitiert nach: Johann Schloemann: Geschichte bauen, in: Süddeutsche Zeitung, 17.11.2005, und: Wieland Freund: „Dogmatisch und dumm“, in: Die Welt, 17.11.2005.

2 Luciano Canfora: Eine kurze Geschichte der Demokratie. Von Athen bis zur Europäischen Union, PapyRossa Verlag Köln 2006, 404 Seiten. Die Seitenangaben im Text in: ebenda.

3 Schloemann, Geschichte bauen.

4 Joachim Güntner: Eine Klage über den Sieg der Freiheit, in: Neue Zürcher Zeitung, 21.11.2005.

behauptet, Canfora sei auf dem rechten Auge blind.[5] Der Vorwurf, der Autor habe die Verbrechen während der Regentschaft Stalins verharmlost, läßt eher auf eine ausgeprägte Leseschwäche seiner Gegner schließen. Und wenn Detlef Felken, der Cheflektor des Beck-Verlags, schreibt, Canfora rechne dem Westen vor, „welche Kosten an Unfreiheit, Inhumanität und Gewalt" dessen liberales System verursacht habe, während er diese Kosten-Nutzen-Rechnung für den Osten unterlasse, stimmt das in mehrfacher Hinsicht nicht. Canfora hat keineswegs die „Kosten" (lies: Schattenseiten) einer sonst begrüßenswerten bürgerlichen Gesellschaft in den Vordergrund gestellt, sondern lehnt diese vielmehr generell ab, weil er sie für undemokratisch hält. Auf den „Nutzen" bzw. die sozialen Errungenschaften des Realsozialismus geht Canfora wiederum nicht näher ein als auf dessen „Kosten". Er hat es vorgezogen, das Zustandekommen von Repression und Unterdrückung historisch zu erklären, anstatt es detailliert zu beschreiben. Zur Strafe attestiert Felken nun eine „ideologische Schlagseite des Buches", welches nur aus Teilen eines „kommunistischen Klischeebaukastens" zusammengesetzt sei.[6]

Der zweite Grund ist ein formaler: Canfora hat nämlich nicht einfach nur die fundamentalen Gewißheiten eines rechtsbürgerlichen Geschichtsbildes attackiert, sondern ein in jeder Hinsicht unorthodoxes Buch geschrieben, das auch Linken zahlreiche Anlässe zum Widerspruch bietet (und, nebenher, in der DDR wahrscheinlich nie hätte erscheinen können). Außerdem pflegt Canfora einen frischen Schreibstil, versieht vieles mit wertenden Attributen, polemischen Spitzen oder gar beißenden Kommentaren – eine Eigenart, die das Buch sehr lebendig macht, die deutschen Philister jedoch heillos überfordert. Aus der breiten Front der Gegner Canforas ragte nur die FAZ heraus, deren Autor Dirk Schümer schon im November Wehlers Befund, wissenschaftliche Standards würden unterschritten, widersprach und meinte, das Buch sei ungeachtet aller Dissense durchaus „mit Gewinn zu lesen".[7] In der „Welt" fand man dagegen, stellvertretend für den Rest der „Kritiker", hierzulande hätte der Autor nicht mal einen Proseminar-Schein erwerben können.[8]

Die meisten großen Zeitungen haben sich also auf diese elegante Art aus der Diskussion verabschiedet, während der PapyRossa Verlag das Buch im Frühjahr veröffentlichte. Nach dem Ende der Schlammschlacht bietet sich somit die Gelegenheit, Canforas Thesen in Ruhe zu debattieren.

Das Buch beinhaltet keinen einführenden Abriß zur Geschichte, sondern eine Analyse zur Aufdeckung jener Ursachen, durch welche Demokratie immer wieder verhindert wurde. Trotzdem breitet der Autor im Zuge seiner Darlegungen ein unglaublich reichhaltiges historisches Material aus, wodurch er

---

5 Siehe ebenda

6 Detlef Felken: Inszenierter Skandal, in: Konkret, 2006, H. 8, S.26f.

7 Dirk Schümer: Wer druckt hier jetzt dieses Buch?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.11.2005.

8 Sven F. Kellerhoff: Nach sowjetischem Vorbild, in: Die Welt, 12.5.2006.

seinen aufmerksamen und kritischen Lesern einiges abverlangt. Zugleich unterlaufen dem Autor, was angesichts der behandelten Zeitspanne von über 2000 Jahren kaum verwundert, verschiedene Schnitzer im Detail, auf die in einigen Fällen einzugehen sein wird.

Was ist überhaupt Demokratie? Canfora beruft sich auf Aristoteles, der hierunter keineswegs die Herrschaft der Mehrheit verstanden und „zwischen dem Mehrheitsprinzip und der Demokratie keinen substanziellen Zusammenhang" gesehen habe. Was die Demokratie und die Oligarchie unterscheide, sei die Verteilung von Armut und Reichtum, ob dabei viele oder wenige regieren, eher eine Frage des Zufalls. (S.47) Später präzisiert Canfora: Demokratie „ist die (zeitweilige) *Vorherrschaft der besitzlosen Klassen in einem unablässigen Kampf um Gleichheit* – ein Begriff, der sich seinerseits historisch erweitert und stets neue und hart umkämpfte ‚Rechte' beinhaltet." (S.325, Hervorhebung im Original) Weil die Demokratie also „keine Regierungs*form*, kein *Verfassungstyp* ist, kann sie in den unterschiedlichsten politisch-konstitutionellen *Formen* herrschen...". (S.356, Hervorhebung im Original)

Das ist eine starke These! Canfora stiftet mit ihr jedoch auch einige Verwirrung, denn für das, was er ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückt, nämlich die Herrschaft einer Mehrheit auf dem Gebiet der Ökonomie bzw. im sozialen Gefüge einer Gesellschaft, stand seit dem 19. Jahrhundert der Begriff „Sozial-Demokratie" und später, seit dem frühen 20. Jahrhundert, der Kommunismus. Nimmt man Canfora beim Wort, müßte sich die soziale Gleichheit (also der Kommunismus bzw. die Demokratie im Canforaschen Sinne) womöglich in einem politischen System realisieren lassen, das durch die Herrschaft einer Minderheit (Oligarchie) gekennzeichnet ist. Dies ist zu bezweifeln; zumindest aber bleibt Canfora einen Beweis schuldig.

Einer der wenigen welthistorischen Versuche, jene Gleichheit herzustellen, also die Herrschaft einer sozialen Klasse über andere zu überwinden, begann 1917 in Rußland und ist am Ende kläglich gescheitert. Nun wurde – z. B. von Felken – moniert, bei Canfora werde der Leser seitenlang „mit Strategiedebatten und internen Konflikten der kommunistischen Bewegung traktiert". [9] Georg Fülberth schreibt hierzu: Das russische Experiment scheiterte „an der überlegenen Feindschaft der bürgerlichen Welt in ihrer liberalen und faschistischen Form sowie an Stalin. Dieser interessiert Canfora besonders, denn hier gilt es ja zu prüfen, ob ein immanenter Defekt vorlag. So kommt es zu der von Felken beklagten Tatsache, daß Stalin im Register am meisten erwähnt wird."[10]

Dieser „immanente Defekt" ist in seiner Bedeutung hoch einzuschätzen, würde seine Offenlegung doch die theoretische Verarbeitung dessen beinhalten, was man gemeinhin als „Stalinismus" bezeichnet. Ohne diese Leistung ist heute und zukünftig kein kommunistisches Programm denkbar, denn es wird nicht siegen,

9 Zitiert in: Gerhard Hanloser: Lob auf Stalin? Gespräch mit Georg Fülberth, in: junge welt, 6.10.2006.

10 Georg Fülberth: Dreimal daneben, in: Konkret, 2006, H. 8, S.29.

wer aus früheren Niederlagen keine grundsätzlichen Lehren ziehen kann.
Canfora legt den immanenten Defekt jedoch nicht offen. Was er verhandelt, sind die jeweils möglichen Optionen und dann gewählten Strategien, die Sowjetrußland besaß, sich den Bedrohungen seitens der imperialistischen Staaten zu erwehren. Im Mittelpunkt stehen dabei zwei Optionen: die der Weltrevolution, die Trotzki verfolgte, sowie die Stalinsche, der sich dafür entschied, den „Sozialismus in einem Land" aufzubauen, d. h. unter großen Opfern einen modernen Industriestaat aus dem Boden zu stampfen, der in einer feindlichen Welt überlebensfähig ist.
Trotzki, schlußfolgert nun Canfora angesichts der damaligen Weltlage, war ein Abenteurer, Stalin ein „Realist". Dieses Urteil greift aber, so schlüssig es erscheint, in mehrerer Hinsicht zu kurz. Canforas These vom Realismus Stalins blendet die ersten Jahre des Sowjetsystems und die darin vonstatten gegangenen Umbrüche komplett aus. Ferner unterstellt sie dem Terror unter Stalin umfänglich Rationalität, weil sie impliziert, daß der Aufbau des „Sozialismus in einem Land" *notwendig* zu den bekannten Repressalien habe führen müssen, und schließlich verkennt sie den berühmten „subjektiven Faktor", namentlich die Paranoia des Generalissimus, der sich immer wieder von Feinden und Verschwörern umgeben wähnte. Unterm Strich erweist sich Canforas Resümee damit als zu wenig ausgewogen, weil er – auch unter Maßgabe des von der sowjetischen Führung eingeschlagenen Weges – nicht deren jeweilige Handlungsspielräume auslotet und vor allem die außerhalb der imperialistischen Bedrohung liegenden Ursachen für die desaströse Entwicklung des Sozialismus, eben seine *immanenten* Defekte ignoriert.
Recht fragwürdig ist zudem auch ein anderes Resümee des Autors, das er nicht nur mit Blick auf die Oktoberrevolution zieht, sondern auch hinsichtlich der Französischen Revolution, die ihn genauso interessiert: Weltpolitische Erschütterungen, die zunächst einen universalistischen Charakter zu besitzen scheinen und an deren Anfang eine universalistische Zielsetzung steht, würden letztlich „in einen Prozeß der Umformung oder Weiterentwicklung der vorgefundenen nationalen Realität einmünden". Hier sei sogar eine „historische Gesetzmäßigkeit" auszumachen. „Ideologien werden im Verlauf von Revolutionen in der Realität zur *Zutat* eines Phänomens, das zu Beginn nicht vorgesehen war und am Ende entscheidend ist: Dem Erstarken im Innern, der neuen weltpolitischen Rolle, dem Führungsanspruch oder der tatsächlichen Wiedergeburt einer Nation." (S.346f., Hervorhebung im Original) Canfora stützt sich hier auf zwei historische Beispiele. Einen wirklichen Beleg für seine These, also für die Notwendigkeit oder Unausweichlichkeit einer solchen Entwicklung, bleibt er jedoch schuldig.
Zurück zur UdSSR. Historiker müssen sich damit bescheiden, den Verlauf geschichtlicher Ereignisse, ihre Ursachen, Ergebnisse und inneren Zusammenhänge zu analysieren. Es obliegt ihnen nicht, darüber zu spekulieren, wie die Geschichte womöglich anders hätte verlaufen können; sie haben sich also stets an das wirklich Vorgefallene zu halten. Aus diesem Grund fällt es schwer,

Alternativen, die sich im Verlauf der Geschichte deren Akteuren stellten, gegeneinander abzuwägen. Nur jeweils eine wurde realisiert, ob eine andere besser gewesen wäre, weiß man kaum. Folglich läßt sich ebenso schwer ermitteln, inwieweit Stalins tatsächlicher oder vermeintlicher Realismus alternativlos war; trotzdem lohnt es aber, bei diesem noch ein wenig zu verweilen und sich mit Canfora in einige historische Details zu vertiefen.

Der Vergleich zwischen den Positionen Stalins und Trotzkis z. B. greift insofern zu kurz, als sich Canfora hier ausschließlich auf die Jahre 1939/40 konzentriert. In den späten Jahren der Weimarer Republik schätzte Trotzki die Situation und die Aufgaben der deutschen Kommunisten realistischer ein als sein Kontrahent. In der Komintern besaß zu dieser Zeit immer noch die „Sozialfaschismusthese" Gültigkeit. Sieht man einmal von den kurzzeitigen Moskauer Kurswechseln in den frühen 30er Jahren ab, wurde die KPD, wie Canfora schreibt, bis 1933 auf „eine frontale Opposition zur Sozialdemokratie" eingeschworen. (S.232) Trotzki war da bereits einen Schritt weiter. In seiner Schrift „Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland" vom September 1930 fragte er: „Soll die Taktik der kommunistischen Partei in der nächsten Periode unter dem Zeichen *der Verteidigung oder des Angriffs* geführt werden? Wir antworten: *der Verteidigung*. (...) Die Position der Verteidigung bedeutet die Politik der Annäherung an die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse und die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitermassen gegen die faschistische Gefahr. (...) Die Kommunistische Partei muss zur Verteidigung jener materiellen und geistigen Positionen aufrufen, die das Proletariat in Deutschland bereits errungen hat. Es geht unmittelbar um das Schicksal seiner politischen Organisationen, seiner Gewerkschaften, seiner Zeitungen und Druckereien, seiner Heime und Bibliotheken usw."[11] Es ist richtig, daß Trotzki auch damals die proletarische Revolution als einzig probates Mittel im Kampf gegen den Faschismus ansah. Stalin hielt aber, wie Canfora schreibt, in jenen Jahren eine Revolution ebenso noch für möglich, was freilich auf einer „kolossalen Fehleinschätzung" der politischen Lage beruhte. (S.232)

Ob es einem Trotzki eher gelungen wäre, rechtzeitig auf die Einigung der deutschen Arbeiterklasse hinzuwirken und somit eine erfolgreiche Abwehrfront gegen Hitler zu organisieren, läßt sich aus genannten Gründen nicht verifizieren. Zwar war er zeitlebens ein Gegner der Volksfront, doch wahrscheinlich ist, daß sich zumindest ein Kursschwenk hin zur Einheitsfront unter seiner Ägide schneller und leichter hätte bewerkstelligen lassen. Aber die Geschichte verlief bekanntlich anders, und Trotzki brach 1933 mit der Komintern, die er für „bankrott" und „tot" erklärte, um seine IV. Internationale aufzubauen. Hier also wechseln Trotzki und Stalin die Rollen; ersterer geht auf völlig abenteuerliche Positionen über, letzterer auf realistische.

Das Thema Volksfront ist aber damit nicht erledigt. Der weltpolitische

---

11 Leo Trotzki: Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland, in: Ders.: Porträt des Nationalsozialismus, Arbeiterpresse Verlag Essen 1999, S.33.

Höhepunkt dieser Periode war der Spanische Bürgerkrieg. Canfora nennt ihn ganz treffend „die ‚Generalprobe' für die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs". Auch hier standen sich zwei Strömungen gegenüber: Anarchisten, linke Sozialisten und die mehr oder minder trotzkistische Partei POUM wollten den Kampf gegen Franco mit der Revolution verbinden, die Kommunisten sich unter Einbeziehung auch des gemäßigten Bürgertums auf die Verteidigung der Republik beschränken. Ein starkes Argument stand auf ihrer Seite: Die Republik mit ihrer regulär gewählten Regierung mußte, da sie von Putschisten bedroht wurde, die Unterstützung zumindest der liberalen Demokratien finden; ein rotes Spanien besaß hierauf keine Aussicht. Doch wie man weiß, ging diese Strategie nicht auf, weil Großbritannien und sogar das von einer Volksfrontregierung unter Leon Blum geführte Frankreich eine Politik der Nichteinmischung betrieben, während Franco die Hilfe Hitlers und Mussolinis erhielt. Man fragt sich, weshalb Canfora – quasi als Beweis – das Argument ins Feld führt, „daß die UdSSR der einzige europäische Staat war, der fest zur spanischen Republik stand". Die Sowjetunion sowie die Interbrigaden waren, anders als die liberalen Staaten des Westens, doch wohl genau jene Kräfte, derentwegen man eine revolutionäre Entwicklung nicht hätte erdrosseln müssen. Angesichts des Ausgangs der spanischen Tragödie verwundert es also, daß Canfora unter Bezugnahme auf einen Bericht Togliattis zu dem Schluß gelangt, die Volksfrontpolitik sei dort „voll bestätigt" worden. (S.235-238)

Überhaupt stehen Canforas Darlegungen hier auf schwachen Füßen: Jenseits der Wahrnehmungen zeitgenössischer Beobachter gebe es nämlich noch eine „geheime Geschichte", die nach einem Worte des Historikers Ronald Syme die einzig „wahre" sei. In diesem Fall liefe sie auf die Quintessenz hinaus, daß Franco, wie spätere Dokumentenfunde ergeben hätten, anarchistische und trotzkistische Gruppen mit Agenten infiltriert habe, „um die Spannungen zwischen ihnen und den ‚Stalinisten' bis zum Äußersten zu verschärfen". Das mag stimmen, klingt aber trotzdem sehr nach Verschwörungstheorie und erweist sich spätestens dann als unhaltbar, wenn Canfora betont, die Linie der Komintern sei von ihren linken Gegnern bekämpft worden. Die Frage lautet also: „Wer wen?" Mit Hilfe eines Rekurses nicht auf die „geheime", sondern die schon damals „sichtbare", folglich von den Zeitzeugen beschriebene Geschichte läßt sie sich beantworten.

Daß die Volksfrontstrategie falsch gewesen ist, sei mit alledem nicht gesagt. Es fanden sich aber in den verschiedenen europäischen Ländern recht unterschiedliche Bedingungen vor, weshalb in der historischen Rückschau geprüft werden müßte, wo ihre Anwendung angebracht oder unangebracht gewesen ist. Auch hier steht also noch eine entsprechende wissenschaftliche Untersuchung aus, die sich nicht darin erschöpft, ihren Gegenstand in toto zu bejubeln oder zu verteufeln.

1939 wurde der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt unterzeichnet. Canfora sagt, daß es sich dabei nicht um einen „taktischen Schachzug", sondern um eine „strategische Entscheidung" gehandelt habe. Die liberalen Staaten des Westens

wurden nun als Hauptfeind wahrgenommen. Praktisch wirkte sich dieser schwerwiegende Fehler dahingehend aus, daß Stalin den Zusagen seiner deutschen Bündnispartner wirklich traute und die Sowjetunion, nachdem man alle Warnungen vor einem bevorstehenden Angriff der Hitlerwehrmacht ignoriert hatte, auf eine effektive Verteidigung gar nicht vorbereitet war. Eine zweite verheerende Auswirkung, liest man bei Canfora, betraf die Suche nach nichtkommunistischen Bündnispartnern im Kampf gegen den Faschismus. „Daß die Engländer und Franzosen Hitler gleich zweimal – in Spanien [durch das Appeasement] ebenso wie in der Tschechoslowakei [durch das Münchner Abkommen] – in jeder Hinsicht sekundiert hatten, wurde für die inzwischen versprengten Kräfte, die der Hauptadressat der ‚Volksfrontpolitik' waren, zweitrangig. Das Unerhörte stellte in ihren Augen die deutsch-sowjetische Übereinkunft dar. (...) Man verzieh es der UdSSR nicht, daß sie sich wie ein Staat unter Staaten verhalten hatte." (S.238)

Beides zusammen genommen, die völlig mangelhafte Vorbereitung auf den Krieg mit Deutschland sowie die zweifellos nicht beabsichtigte, aber praktisch bewirkte Demobilisierung breiter antifaschistischer Bündnisse (eingedenk der Verwirrung, die der Pakt unter den Kommunisten selbst auslöste), läßt am Ende bezweifeln, daß der Stratege Stalin hier als „Realist" handelte. Im Grunde widerspricht sich Canfora in diesem Punkt selbst.

All dies sind jedoch nur punktuelle Einwände gegen eine „große Erzählung", die im Ganzen stimmig ist und dem historischen Verlauf durchaus entspricht. Besonders hervorzuheben ist Canforas Einordnung des Stalinismus sowie des Zweiten Weltkriegs in den weiteren Kontext eines „Europäischen Bürgerkrieges" im 20. Jahrhundert. Zumindest deutsche Leser denken bei dieser Formulierung schnell an Ernst Nolte. Canfora verweist allerdings darauf, daß der Begriff bereits zwanzig Jahre früher von Isaac Deutscher geprägt worden ist. Zudem führt er die These Noltes, der Faschismus sei nur eine Reaktion auf den Bolschewismus und der „Rassenmord" der Nazis nur eine Folge des „Klassenmordes" der Roten gewesen, in aller gebotenen Kürze ad absurdum.

Canfora unterstreicht, daß der „Europäische Bürgerkrieg" keineswegs erst 1917 mit der Oktoberrevolution, sondern 1914 mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs begann. Geführt wurde er von den „Klassen, die die Opfer jenes unmenschlichen imperialistischen Krieges waren, der auf die Eroberung der Weltmärkte abzielte". Die russische und deutsche Revolution von 1917 bzw. 1918 waren also bereits eine Folge „des blutigen Gemetzels, das die imperialistischen Bourgeoisien gewollt hatten". (S.224) Canfora läßt es sich außerdem nicht nehmen, auch an die große Ouvertüre zur europäischen Tragödie zu erinnern: an die Niederschlagung der Pariser Kommune im Jahre 1871. Zirka 20.000 Kommunarden wurden im Laufe jener „Blutwoche" ermordet, und Canfora kommentiert: „Ein schönes Beispiel für einen Klassenmord mitten im ‚zivilisierten' Europa, ja in dessen unangefochtener Hauptstadt. (...) Bei der Suche nach den Ursachen des langen ‚Bürgerkriegs', der das gesamte 20. Jahrhundert durchzog, bei der Frage also, wer ihn begonnen hat,

muß die blutige Niederschlagung der Pariser Commune als wichtiger Präzedenzfall in Rechnung gestellt werden.“ (S.175)

Wichtiger noch als der Verweis auf sein Vorspiel ist der auf die Akteure des „Europäischen Bürgerkrieges“. Dies seien, betont Canfora, nicht nur zwei (Kommunismus und Faschismus), sondern drei gewesen. Als dritter Akteur fungierten die liberalen Demokratien, die schließlich auch als Sieger des großen Krieges hervorgingen – und zwar lange nach dem Ende seiner heißen Phase, nämlich 1989/90. „Wie sich auch immer die Verantwortung für den ‚Erstschlag’ im Jahr 1914 auf die Entente und die Mittelmächte verteilt – da es sich ausnahmslos um parlamentarische Regime handelte (...), kann man getrost behaupten, es war dieser ‚dritte Akteur’, der das Inferno des 20. Jahrhunderts auslöste.“ Und mehr noch: „Dieser ‚dritte Akteur’ versuchte, die Revolution gleich nach ihrem Ausbruch zu erdrosseln. Gegen Rußland wurde alles versucht. Ohne Erfolg.“ Nachdem aber diese Strategie „des ‚Erwürgens in der Wiege’ gescheitert war, stand man vor der schwierigen Aufgabe, sich des russischen Beispiels aus der Distanz heraus zu erwehren – auf heimischem Boden, hinter den eigenen Linien.“ So kam es, daß sich westliche Demokratien auf wundersame Weise in faschistische Staaten verwandelten. „Es gilt als unfein zu sagen, daß nach dem ersten Weltkrieg die ‚liberalen Demokratien’ dem Faschismus ‚die Hand reichten’, um den Linken den Weg zu versperren. Man kann es auch eleganter und sicherlich genauer formulieren. Die Klassen, welche die bis dahin regierenden Parteien (Liberale, Radikale etc.) unterstützt hatten, entzogen diesen allmählich das Vertrauen. Sie verloren den Glauben an die ‚parlamentarische Demokratie’ und optierten für den Faschismus.“ (S. 225-227)

Auf welch brutale Art einfach und durchsichtig die Geschichte doch mitunter ist! Canfora findet klare Worte zu einer durch tausenderlei Quellen und Beweise belegten Entwicklung, doch Worte zugleich, die auszusprechen heute einer Blasphemie per excellence gleichkommen und im deutschen Feuilleton schlecht gelitten sind.

Verweilen wir bei der parlamentarischen Demokratie und kehren zugleich nochmals zum Ausgangspunkt der Studie zurück: Canfora versteht unter Demokratie wesentlich ein System weitgehender sozialer Gleichheit, verwendet aber den Begriff über weite Strecken auch in einem recht gebräuchlichen Sinne, nämlich als Bezeichnung für eine Staatsform bzw. für ein System, in dem das Staatsvolk der Souverän ist. Somit stiftet er also erneut Verwirrung.

Gleich mehrere Kapitel widmet Canfora der Entwicklung des allgemeinen Wahlrechts, das hier als Synonym demokratischer Entwicklung gesehen wird. Im Vordergrund stehen dabei die Bemühungen, das Zensuswahlrecht abzuschaffen, welches die ärmeren Klassen vom Urnengang ausschloß, sowie das Mehrheitswahlrecht durch das gerechtere (weil die Mehrheitsverhältnisse adäquater widerspiegelnde) Verhältniswahlrecht zu ersetzen. (Interessant ist, daß sich Canfora auf das Wahlrecht allein beschränkt und nicht auch die sonstigen, gerade von ihren Befürwortern hervorgehobenen Merkmale der parlamentarischen Demokratie einer kritischen Betrachtung würdigt: das System

der Gewaltenteilung sowie die Gewährung politischer Rechte wie z. B. Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit.) Wichtige Ausgangspunkte sind für Canfora einige Ausführungen von Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest" sowie die Bestrebungen der damals noch jungen Arbeiterbewegung hinsichtlich der Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts: die „Eroberung der Demokratie" wurde als Bedingung für die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat angesehen.

Diese Strategie erlitt, wenn man so sagen darf, erst einen herben Dämpfer und später einen völligen Schiffbruch. Für den „Dämpfer" waren der Verlauf der Pariser Kommune sowie Marxens eigene Auswertung dieses Ereignisses verantwortlich. Canfora bezieht sich hier auf dessen Schrift „Der Bürgerkrieg in Frankreich" sowie die (es sei vorweggenommen: äußerst fragwürdige) Interpretation dieser Schrift in Arthur Rosenbergs Werk „Geschichte des Bolschewismus". In letzterer heißt es, Marx habe die Sache der Kommune zu seiner eigenen gemacht und sie somit „für sich annektiert", obwohl sie doch weder politisch noch theoretisch sein Werk gewesen sei.[12] Das stimmt natürlich nur, insofern Marx nicht als geheimer Dirigent fungierte, der im Londoner Hintergrund alle Fäden in der Hand hielt. Stellt man die Pariser Erhebung in den Kontext der vorangegangenen Jahre, d. h. des Wirkens der I. Internationale, blamiert sich dieser Befund eher vor der Wirklichkeit.

Nun wieder Rosenberg: „Marx vollbrachte hier eine folgenschwere Tat. Nur so verschaffte er dem Marxismus eine wirklich revolutionäre Tradition. Erst seitdem ist der Marxismus die Sache aller kämpfenden Arbeiter der Welt geworden. Für diesen großen Erfolg mußte Marx es in Kauf nehmen, daß er die politische Form der Kommune, also die sofortige Auflösung des zentralistischen staatlichen Gewaltapparates, als das klassische Vorbild der Arbeiterrevolution hinstellte."[13] Diese Aussagen beinhalten drei Behauptungen: 1.) Marx habe seine theoretischen Schlußfolgerungen – beinahe widerwillig („in Kauf nehmend") – nach Maßgabe taktischer Erwägungen gezogen. 2.) Wirklich revolutionär wird eine Theorie oder Strömung nicht durch die Art und Weise, in der sie die Gesellschaft reorganisieren will, sondern eher durch die anvisierte politische Form, unter der das vonstatten gehen soll. 3.) Alle „kämpfenden Arbeiter der Welt" wählen eine politische Orientierung erst nach gründlichem Studium ihrer jeweiligen theoretischen Grundlegungen. – Was Canfora an diesem Nonsens findet, bleibt doch schleierhaft.

Kehren wir von diesem Seitenpfad zurück zur Hauptlinie der geschichtlichen Entwicklung. Der „Schiffbruch" wurde erlitten, nachdem sich um die Jahrhundertwende herum in West- und Mitteleuropa (nicht in Rußland) der parlamentarische Kampf als wesentlichstes Kampfinstrument der Arbeiterklasse durchgesetzt hatte. Dieser Orientierungswechsel resultierte in starkem Maße aus

---

12 Arthur Rosenberg: Geschichte des Bolschewismus. Zitiert in: Luciano Canfora: Eine kurze Geschichte der Demokratie, S. 152

13 Ebenda.

der Verschiebung des Schwergewichts der europäischen Arbeiterbewegung von Frankreich nach Deutschland, den dort ständig größeren Wahlerfolgen der Sozialdemokratie sowie in erster Linie freilich einem Epochenwandel. Engels, der die neue Strategie aufs Energischste durchzusetzen half, habe sowohl dem Einbruch der „Moderne" als auch den vielen verlorenen Straßenkämpfen und Aufständen Rechnung tragen müssen. Natürlich wußte er genau, so Canfora, „daß *alle* Aufstände der vergangenen fünfzig Jahre entweder aus dem Ruder gelaufen waren oder niedergeschlagen wurden. Nur ein verantwortungsloser Betrachter zieht keine Bilanz." (S.155) Diese habe nun keineswegs in einer ausschließlichen, aber einer hauptsächlichen Orientierung auf den Wahlkampf bestanden.

Erfolge hat der parlamentarische Kampf allerdings nicht gezeitigt. Hierfür nennt Canfora zwei Gründe, von denen einer im „Mechanismus der unaufhaltsamen und fortschreitenden Integration" in das kapitalistische System bestehe. Schon die Zeitgenossen mußten resignierend erkennen, daß die Bourgeoisie die mittels allgemeinen Wahlrechts verwirklichte Demokratie, also die nominelle Volksherrschaft, in ein Mittel ihrer Klassenherrschaft umzuwandeln vermocht hatte. Eine Bestätigung dessen habe dann, so Canfora, der Sommer 1914 erbracht, in dem die II. Internationale zerfiel und die sozialistischen Parteien (mit Ausnahme zahlenmäßig schwacher Minderheiten) in den nationalistischen Taumel verfielen.

Den zweiten, vielleicht noch wesentlicheren Grund exemplifiziert er anhand der Machtübernahme der Faschisten in Italien und Deutschland: Weder Mussolini noch Hitler gelangten durch Wahlerfolge in ihre Regierungsfunktionen. Hitler hatte bei den Reichstagswahlen im November 1932 sogar Verluste hinnehmen müssen, wurde dann aber zwei Monate später infolge politischen Drucks auf Reichspräsident Hindenburg von diesem inthronisiert. Zudem war der kometenhafte Aufstieg der Nazis der großzügigen Unterstützung durch die Bourgeoisie zu verdanken. Noch eine Spur drastischer verhält es sich bei Mussolini, der, wie Canfora schreibt, durch einen „stillen Staatsstreich" des Königs Vittorio Emmanuele III. an die Macht gelangte. Nach der „hochtrabend ‚Marsch auf Rom' genannten Demonstration Mussolinis" wollte die Regierung den Ausnahmezustand erklären, doch der König lehnte ab und beauftragte stattdessen den Faschistenführer mit der Regierungsbildung. Erst nachträglich konnten Hitler und Mussolini ihre Machtübernahmen durch Wahlen scheinlegitimieren.

Hinsichtlich des Systems der parlamentarischen Demokratie gelangt Canfora nun zu dem Schluß, daß „die Bilanz für beide Fälle, Deutschland wie Italien, ähnlich eindeutig" ausfalle: „Vor allem dank des ‚Verhältniswahlrechts' erzielten die Sozialisten Ergebnisse, die ihren imposanten Einfluß in der Gesellschaft ausdrückten, aber sie gewannen selbst unter den günstigsten Umständen nicht die Mehrheit, weil ihnen die Unterstützung durch die Staatsmacht (und erst recht durch die wirtschaftlich Mächtigen) fehlte. Die faschistischen Gruppen dagegen waren, auch wenn sie die Minderheit bildeten, dank deren Unterstützung in der

Lage, Wahlen zu steuern und zu gewinnen." (S. 209-212)
Offenkundig hat man es im Ganzen mit einem sich ständig selbst reproduzierenden oder selbst erhaltenden System zu tun, denn sobald es einer sozialistischen Partei doch gelingt, durch Wahlen an die Macht zu kommen, wirkt wiederum der Mechanismus der Integration, der, wie Canfora ebenso betont, nicht nur das Gesamtsystem, sondern auch die linken Parteien erfaßt.
Vor diesem Hintergrund verblüfft es den Leser beinahe, welche fortschrittlichen Potentiale Canfora den Entwicklungen der Nachkriegszeit zuschreibt. Der Aufbau „antifaschistischer Demokratien" in den westlichen Ländern (Canfora lenkt den Blick auf Italien, Frankreich und am Rande auf die BRD) mag in der Tat als vielversprechendes Experiment erscheinen, wenn man ihn aus der damaligen Zeit heraus betrachtet: Die umfassende Sehnsucht nach dauerhaftem Frieden, die Aversion gegen liberale Systeme jener Prägung, die den Aufstieg des Faschismus ermöglicht hatten, sowie das zwischenzeitlich recht hohe Ansehen der Kommunisten, das aus ihrer starken Beteiligung an den europäischen Widerstandsbewegungen und dem großen Anteil der UdSSR am Sieg über Nazideutschland resultierte, bewirkten mehrheitlich eine vom Geist des Fortschritts geprägte Stimmung des Neubeginns. Aus der historischen Perspektive jedoch muß die Hoffnung, ein irgendwo zwischen liberaler Demokratie und Sozialismus angesiedeltes Gesellschaftssystem errichten zu können, als pure Illusion erscheinen. Canfora vertritt diesen Standpunkt nicht oder läßt ihn nicht erkennen.
Mittlerweile seien die „fortschrittlichen" bzw. „antifaschistischen" Demokratien allmählich ausgehöhlt und in ein „gemischtes System" überführt worden, welches zwei grundlegende Merkmale besitze: Das erste bestehe in der „weichen" Abschaffung des Wahlrechts auf dem Wege des schrittweisen Übergangs vom Verhältnis- zum Mehrheitswahlrecht; das zweite in der Entstehung supranationaler Organisationen, die grundlegende Entscheidungen insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschaft treffen und somit die Souveränität der nationalen Parlamente beschneiden. Den gewählten Körperschaften würde die Kontrolle immer mehr entzogen, wodurch deren Handeln eher vom „Plebiszit des Marktes" als von dem der Wähler abhinge.
Das „gemischte System" bedeute folglich „ein bißchen Demokratie und viel Oligarchie. Hier verbindet sich das *Prinzip* des Wahlrechts (ein demokratisches Erfordernis) mit der *Realität* einer geschützten Vormachtstellung der Mittel- und Oberschichten. (...) Die politische Repräsentation der sozial unruhigen Minderheiten wird als Faktor der Instabilität betrachtet, weshalb es gegen einen solchen ‚Systemfehler' Vorkehrungen zu treffen gilt, inzwischen sogar ohne Angst vor propagandistischen Gegenschlägen (die drohten, als es noch starke Kräfte einer gesellschaftlichen Opposition gab)." (S.308)
Canforas Bestandsaufnahme ist ebenso schlüssig wie überzeugend. Dennoch wird nicht so leicht erkennbar, worin die besondere Gefahr dieses „gemischten Systems" bestehen soll, da weder die Beschränkungen demokratischer Rechte noch der Tatbestand, daß wesentliche Entscheidungen außerhalb der Parlamente

gefällt werden, ein historisches Novum darstellen. Man könnte das Augenmerk sogar darauf richten, daß die herrschenden Klassen in ihrem Bemühen, gewissen „Systemfehlern“ vorzubeugen, gleichzeitig neue Fehler in ihr System implementieren. Vielleicht müsse man, schreibt Canfora, „die Geschichte der europäischen Wahlsysteme rückblickend als sukzessive Aufhebung des allgemeinen Wahlrechts verstehen. Man muß sich fragen, warum dies geschah, nachdem sich doch schon erwiesen hatte, daß diese ‚Wahlmethode’ keineswegs ‚gefährlich’ war und daß ausgerechnet ihre Befürworter praktisch nie Nutzen daraus ziehen konnten. Das Problem, das mit dem aseptischen Begriff der ‚Regierbarkeit’ bemäntelt wird, besteht darin, die radikalen Minderheiten in den ‚Überflußgesellschaften’ daran zu hindern, in diesem System mitzureden oder es zu stören.“ (S.315)

Ganz abgesehen davon, daß die „radikalen Minderheiten“ ohnehin stets mehr den außerparlamentarischen Weg wählten, um das System „zu stören“ – sowohl sie als auch die potenziell radikalisierbaren „Unterschichten“ könnten infolge ihrer politischen Desintegration erst recht eventuell noch vorhandener Illusionen über den Parlamentarismus beraubt werden.

Ein relativ untergeordneter Aspekt in Canforas Ausführungen zum „gemischten System“ dürfte dagegen von größerem Belang sein: die Beeinflussung der Menschen durch die Massenmedien, insbesondere das Fernsehen. Ganz zu Recht betont Canfora, daß es hierbei weniger um die direkte politische Einflußnahme auf das öffentliche Bewußtsein gehe, sondern um eine indirekte, scheinbar unpolitische, bei der die Warenwerbung im Mittelpunkt stehe und ein „Kult des Reichtums“ kreiert werde. „Der geniale und unwiderstehliche Aspekt dieser neuartigen Meinungsmache besteht darin, daß sie sich nie direkt politisch manifestiert. Sie hat aus dem Scheitern der quasi ‚konzeptionellen’ Methode explizit propagandistischer ‚Gehirnwäsche’ gelernt: Wie wir gesehen haben, hat die direkte Indoktrination Langeweile, Befremden und schließlich Ablehnung hervorgerufen.“ Der Kult des Reichtums aber habe eine „perfekt demagogische Gesellschaft geschaffen, worin vielleicht sein größter Erfolg besteht. Die einlullende Manipulation der Massen ist die aktuelle Form der ‚demagogischen Rede’.“ (S. 321-323)

Was Canfora beschreibt, ist gewiß nicht originell, spricht aber ein zentrales Problem des „Kampfes um die Köpfe“ an, um den keine emanzipatorische Bewegung der Gegenwart oder Zukunft herumkommt. Schon die 68er Bewegung hat ja die Manipulation der Bevölkerung durch die bürgerlichen Medien thematisiert und im Zuge dessen u. a. Aktivitäten gegen den Springer-Konzern entfaltet. Die Empörung der damaligen Aktivisten erscheint jedoch aus heutiger Sicht als beinahe rührend, hatten sie es doch eher noch mit der „guten alten Propaganda“ zu tun, einem unverbrämten, ja offen hysterischen Antikommunismus. Hinzu kommt, daß die (westdeutschen) 68er im Zeitalter des „rheinischen Kapitalismus“, also in einer Phase sozialstaatlicher Regulation agierten, in der das Moment der „Bestechung“ durch eine maßvolle Beteiligung am gesellschaftlichen Reichtum schwerer wog als jenes der Manipulation. Im

Zeitalter des transnationalen Monopolkapitalismus („Globalisierung") mit seiner zunehmenden Pauperisierung der besitzlosen Klassen scheint sich dieses Verhältnis umzukehren.

Die Linke hat diesem Problem bislang nicht die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet. Was aus dem Umstand folgt, daß sich der Kapitalismus heute selbst in den Metropolen als extreme „Mangelgesellschaft" darstellt (weil der ganze „schöne" Reichtum mitsamt den ihn präsentierenden Sexualobjekten in der Realität nicht zu haben ist), ist ebenso offen wie die Konsequenzen, die sich aus dem Faktum der Medienmacht für die Taktiken im politischen Kampf ergeben. Da sich sowohl das Fernsehen als auch andere, noch modernere Kommunikationsmedien in den letzten Jahrzehnten unglaublich rasant entwickelt haben, muß auch die Frage, wie man ihren verheerenden Auswirkungen entgegensteuern kann, völlig neu überdacht werden.

Die Befürworter der bürgerlichen Gesellschaft sprechen gern von „Freiheit und Demokratie", bei Canfora werden diese Begriffe jedoch als etwas Gegensätzliches behandelt. Gleich zu Beginn seiner Studie gelangt er unter Verweis auf die griechische Antike zu dem Schluß, daß die Demokratie (als System sozialer Gleichheit) keine freiheitliche Gesellschaft sei.

Canfora setzt die Freiheit, der er im weiteren Verlauf der Untersuchung keine besondere Aufmerksamkeit mehr widmet, weitgehend mit dem Liberalismus gleich, d. h. er betrachtet sie wesentlich als Freiheit des Kapitals. Dies ist nicht unproblematisch, weil er somit die alte rechte Parole „Freiheit oder Sozialismus" von links bestätigt. Die Linke hat sich aber nie die Forderung nach Unfreiheit, sondern vielmehr die nach Freiheit auf ihre Fahnen geschrieben – man denke nur an die berühmte Formulierung des Kommunistischen Manifests, wonach eine Gesellschaft anzustreben sei, in der „die freie Entwicklung eines jeden Bedingung für die freie Entwicklung aller ist".

Den Kapitalismus als eine freiheitliche Gesellschaft zu betrachten, ist falsch und im Grunde kaum mehr als ein Propagandatrick der herrschenden Klassen. Die Überwindung des Feudalismus, wissen wir von Marx und Engels, schuf den „doppelt freien Lohnarbeiter", der zwar frei von allen alten Hörigkeitsverhältnissen, jedoch ebenso frei vom Besitz an Produktionsmitteln und deshalb auf den Verkauf seiner Ware Arbeitskraft angewiesen ist. Auf die Mitglieder der besitzenden Klassen trifft dies nicht zu, doch auch sie sind keine wirklich freien Menschen, sondern handeln als Marktsubjekte nach den Gesetzen dieses Marktes, die unabhängig von ihrem Willen wirken. Die Maßstäbe ihres Handelns liegen also außerhalb ihres eigenen Ermessens, ihres persönlichen Wollens. Mißachten sie das, straft sie der Untergang und der Abstieg zu Lohnabhängigen.

Läßt man diesen zentralen Aspekt beiseite, um sich noch einmal auf die rein politische oder auch „bürgerliche" Freiheit zu konzentrieren, gilt es folgendes festzustellen: Die Freiheit scheint ein Wert an sich zu sein, nach dem die Menschen streben. In Osteuropa hat ein Millionenheer es vorgezogen, ein unfreies System, das ihnen Ernährung, Wohnraum, medizinische Versorgung und Frieden garantierte, gegen ein freiheitliches einzutauschen, in dem ein Teil

nur die Freiheit zum Verrecken besitzt. Dieser Tatbestand ist weder mit dem jahrzehntelangen Propagandakrieg des Westens noch mit den Erscheinungen der realsozialistischen Mangelwirtschaft allein zu erklären, zumal die Bewohner der ehemals „zweiten Welt", die jetzt der „dritten Welt" angehören, ihre Brežnews keineswegs wieder haben wollen. Kurzum: Die aus Canforas Buch ableitbare Forderung nach „Demokratie statt Freiheit" wäre also durch die Parole „Brot und Freiheit" (bzw. eine modernisierte Variante) zu ersetzen.

Im Vorwort zu der Schrift „Das Auge des Zeus", in der Luciano Canfora auf die Vorwürfe seiner deutschen Kritiker antwortet, schreibt Georg Fülberth: „Canforas Mitgliedschaft in einer kommunistischen Gruppe hat seine Gegner so hypnotisiert, daß sie die Grundargumentation seines Buches gar nicht erkannt haben: Sie ist nicht erkennbar marxistisch. Von politischer Ökonomie scheint der Autor nicht stark berührt, er ist wohl eher normativer Idealist als historischer Materialist. Politisch bedeutet das: Er ist ein Jakobiner."[14]

Dieser Befund, in seiner Trefflichkeit nicht zu überbieten, erklärt die hysterischen Reaktionen im bürgerlichen Lager ebenso wie die zahlreichen Schwächen der Schrift. Schwerer als diese wiegen aber all die Gedanken und Thesen, die zum Nachdenken anregen. Canforas Buch ist daher ein ganz besonderes Prädikat zu verleihen: Es ist streitbar.

14 Georg Fülberth: Vorwort. Die Antwort des Jakobiners, in: Luciano Canfora:: Das Auge des Zeus. Deutsche Geschichtsschreibung zwischen Dummheit und Demagogie. Antwort an meine Kritiker, Hamburg 2006, S.13.

# Information

## Der Verein „baudenkmal bundesschule bernau“

Rainer Holze

In diesem Heft des „JahrBuchs“ soll der Verein „baudenkmal bundesschule bernau (bbb)“ vorgestellt werden, der auf eine 16 Jahre recht erfolgreiche Tätigkeit verweisen kann, obwohl er sich oft mit widrigen Bedingungen auseinanderzusetzen hatte. Die Gründung des Vereins erfolgte am 4. Mai 1990 im Anschluß an die Festveranstaltung aus Anlaß des 60. Jahrestages der Eröffnung der ADGB-Bundesschule in Bernau. Zu den 74 Gründungsmitgliedern gehörten Historiker, Gewerkschafter, Architekten, Hochschullehrer, Journalisten und Kulturwissenschaftler aus der DDR, der BRD, aus Berlin (West) und der Schweiz. Vorstandsvorsitzender wurde Heinz Deutschland, dem Vorstand gehören gegenwärtig neben ihm Hans Blunk, Udo Kretschl, Friedrich Karl Borck, Thomas Dohmen, Wolfgang Heyn, Mechthild Hübler, Peter Steiniger, Günter Thoms und Klaus-Jürgen Winkler an.
Der bbb sieht sein Ziel darin, sich für die Bewahrung des Baudenkmals ehemalige Bundesschule des ADGB in Bernau einzusetzen. In diesem Sinne widmet er sich der Aufgabe, das dieses kulturhistorisch bedeutsame Baudenkmal „mit dem in ihm verkörperten pädagogischen und humanistischen Konzept gewerkschaftlicher Bildungsbestrebungen im Rahmen sich wandelnder gesellschaftlicher Verhältnisse in Ost und West den ihm gebührenden Platz“ einnimmt. Den Gründungsmitgliedern und allen weiteren Vereinsmitgliedern ging und geht es zum einen um die Erhaltung, Sanierung und Teilrekonstruktion der baulichen Hülle dieses bedeutenden Denkmals der Moderne, zum anderen um eine aufklärerische Öffentlichkeitsarbeit, die Sammlung historischer Zeugnisse und die Dokumentation der wechselvollen Bau- und Nutzungsgeschichte des Baudenkmals.
Von Mai 1990 bis Ende 1991 befand sich der Verein in seiner Aufbauphase. Ihr folgte in den Jahren 1992 bis 1995, als mit der Errichtung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung des Landes Brandenburg ein langfristiger Nutzer des Baudenkmals gefunden zu sein schien, eine Konsolidierungsphase, in der sich die Vereinsarbeit deutlich ausweitete. Ein nachhaltiges Ereignis der Vereinstätigkeit während dieser Zeit war die kontroverse, aber schließlich erfolgreiche Diskussion um ein denkmalpflegerisches Konzept, das dann in das „Programm zur Sanierung und Teilkonstruktion des Baudenkmals Bundesschule des ADGB in Bernau“ mündete (angenommen auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 31. Oktober 1992). Es bildete die Grundlage für die danach erfolgten denkmalpflegerischen Arbeiten in dem vom bbb genutzten Lehrerhaus. Mit diesem Pilotvorhaben wurden Maßstäbe für die Sanierung und Teilrekonstruktion des gesamten Bauensembles geschaffen. Der Verein war nun so gefe-

stigt, das er sich erfolgreich neuen Herausforderungen stellen konnte, die sich in den Jahren 1996 bis 2000/2001 aus der ernsthaften Bedrohung des Baudenkmals ergaben (resultierend aus dem sich abzeichnenden und im Herbst 1998 auch erfolgten Auszug der Fachhochschule mit einem sich anschließenden Leerstand der Gebäude). Ein neuer Abschnitt Vereinsgeschichte nahm im September 2001 seinen Anfang, als die Handwerkskammer Berlin (HWK) den Schul- und Internatstrakt des Baudenkmals erwarb, um sie entsprechend ihrer ursprünglichen Funktion für ihr nahe gelegenes Ausbildungszentrum zu nutzen. Am 21. Mai 2005 konnte aus Anlaß des 75. Jahrestages der Eröffnung der Bundesschule des ADGB der erste Bauabschnitt des denkmalgerechten sanierten Denkmals übergeben werden.

Als ein wichtiges Unterpfand bei der Meisterung der komplizierten Probleme erwies und erweist sich bis heute, daß der Verein in seiner Mitgliedschaft von Beginn an weder lokal noch national begrenzt war – die Mitglieder kommen aus den neuen und alten Bundesländern sowie aus verschiedenen europäischen Staaten – und daß er dank der beruflichen Erfahrungen, fachlicher Kompetenz, Reputationen und mannigfaltigen Aktivitäten seiner Mitglieder stets konstruktive Angebote und Lösungen anzubieten hatte. Durch eine umfangreiche und qualifizierte ehrenamtliche Tätigkeit der Vereinsmitglieder wurde der Öffentlichkeit die Bedeutung des Baudenkmals für Bernau, den gesamten Kreis, das Land Brandenburg und darüber hinaus nahe gebracht. Zu den vielfältigen Aktivitäten des Vereins in diesem Zusammenhang gehören die Erarbeitung, Gestaltung und Präsentation von Ausstellungen, wissenschaftliche Konferenzen, zahlreiche Vorträge und Publikationen von Vereinsmitgliedern, die Betreuung von über 12.000 Besuchern des Baudenkmals, die Einrichtung eines eigenen Archivs sowie die Herausgabe einer eigenen Schriftenreihe (baudenkmal bundesschule bernau. Beiträge zur Bau- und Nutzungsgeschichte) ab 2003.

Im Rahmen der Aufarbeitung der Bau- und Nutzungsgeschichte des Baudenkmals sieht sich der Verein angesichts der Verbrechen, die in den Jahren der Naziherrschaft in diesem Denkmal und auf seinem Areal geplant und trainiert wurden, in der besonderen Pflicht, seinen spezifischen Beitrag zur Aufhellung dieses düsteren Kapitels in der Geschichte der Schule und damit zugleich zur Eindämmung des Rechtsextremismus zu leisten. Ein im Mai 2000 konzipiertes Vorhaben, das seit Frühjahr 2004 als studentisches Forschungsprojekt unter Leitung von Prof. Dr. Wolfgang Benz (TU Berlin) vom Verein initiiert wurde, ist inzwischen erfolgreich abgeschlossen worden. Damit wurden erstmals quellengestützte Ergebnisse zum Schicksal der ADGB-Bundesschule Bernau im Dritten Reich vorgelegt und eine Fülle historischer Fakten detailliert aufbereitet, die deutlich über das bisher bekannte Wissen hinausgehen. Sie wurden im Dezember 2006 in einer Veranstaltung vorgestellt und werden im Frühjahr 2007 in einer Broschüre publiziert.

Zur Geschichte der Schule und der Gewerkschaftsbewegung gehört auch, das Schicksal jener Teilnehmer an Kursen der Bundesschule des ADGB (von 1930 bis 1933) genauer zu erforschen und zu dokumentieren, die auch in den folgen-

den Jahren des Hitlerfaschismus ihren Idealen treu geblieben waren und zum Teil aktiven antifaschistischen Widerstand geleistet haben. Auch dieser Verpflichtung stellt sich der Verein wie auch dem Erfordernis, seine eigene Geschichte dazustellen. Das bisherige Wirken des Vereins trug maßgeblich dazu bei, daß das Baudenkmal Bundesschule Bernau – das Ensemble der ehemaligen ADGB-Bundesschule war von den Schweizer Architekten Hannes Meyer und Hans Wittwer errichtet worden – inzwischen zu den international anerkannten Baudenkmalen Deutschlands zählt und neue Erkenntnisse zur Bau- und Nutzungsgeschichte des Baudenkmals vorgestellt und der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden konnten. Für seine Verdienste um die Bewahrung des Baudenkmals Bundesschule Bernau wurde dem Verein vom Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg der Brandenburgische Förderpreis für Denkmalpflege verliehen, mehrere Vereinsmitglieder erhielten durch den Bürgermeister der Stadt Bernau die Ehrenurkunde für ehrenamtliche und gemeinnützige Arbeit.
Der Verein will seine vielfältigen Aktivitäten auch in Zukunft fortsetzen, um so seinen Teil dazu beizutragen, daß das sanierte und künftig wieder funktionsgerecht genutzte Baudenkmal neben den Stätten des Bauhauses in Weimar und Dessau in die UNESCO-Liste des Weltkulturerbes aufgenommen wird.

*Schriften der Reihe „baudenkmal bundesschule bernau. Beiträge zur Bau- und Nutzungsgeschichte“*

Heft 1: Die Bundesschule der Gewerkschaften in Bernau bei Berlin. Dokumente zur Bau- und Nutzungsgeschichte 1927 bis 1933, November 2003
Heft 2: „Er war für einen Augenblick der kommende Mann“ Hans Wittwer 1894–1952 und sein Beitrag für die Bundesschule der Gewerkschaften, April 2003
Heft 3: Die Lehrgänge und Lehrgangsteilnehmer an der Bundesschule des ADGB 1930 bis 1933. Eine Dokumentation (in Vorbereitung)
Heft 4: Weltkulturerbe vor den Toren Berlins. Hannes Meyer (1889-1954), Juli 2004
Heft 5: Der Verein baudenkmal bernau e.V. Eine Chronik, Mai 2005
Heft 6: Das Schicksal der ADGB-Bundesschule im Dritten Reich (erscheint im Frühjahr 2007)

*Ausgewählte Beiträge von Mitgliedern und Freunden des Vereins zum Baudenkmal Bundesschule Bernau:*

Karl Friedrich Borck: Die ADGB-Bundesschule von Hannes Meyer nach 60 Jahren, in: Bauwelt, 1989, H. 4.
Heinz Deutschland: Die Bernauer Gewerkschaftsschule im Wandel der Zeiten. Vortrag auf der Festveranstaltung zum 60. Jahrestag der Eröffnung der Bundes-

schule des ADGB, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1990, H. 5, S.673-686.
Roland Schneider: Dokumente der Architektur des 20. Jahrhunderts – Die Bundesschule des ADGB in Bernau, in: Der Architekt, 1990, H. 7/8.
Klaus-Jürgen Winkler: Trade Union School in Bernau by Hannes Meyer, in: docomomo. Conference Proceedings. Second International Conference, September 16. – 19., 1992, Dessau.
Magdalena Droste: Die Bundesschule in Bernau, in: bauhaus 1919-1933, Köln 1993, S.193-196.
Die Bundesschule des ADGB in Bernau bei Berlin, Hannes Meyer und Hans Wittwer 1930-1933. Eine Annäherung von Jonas Geist und Dieter Rausch. Mit Beiträgen von Klaus-Jürgen Winkler und Heinz Deutschland. Arbeitshefte des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalspflege, H 1, Potsdam 1993.
Manfred Berger: Bundesschule in Bernau. Who is able to help?, in: docomomo Newsletter, Juli 1993, Nr. 9.
Manfred Berger/Günter Thomas: Baudenkmal Bundesschule des ADGB, Leipzig 1993
baudenkmal bundesschule bernau - Die Bau- und Nutzungsgeschichte - Der Verein zu dessen Bewahrung. Mit Beiträgen von Manfred Berger, Friedrich Karl Borck, Heinz Deutschland, Alfred Förster, Jonas Geist, Manfred Hübler, Jörn Jansen, Volker Petzel, Wolfgang Richter, Günter Thoms, Klaus-Jürgen Winkler, Weimar 1997.
Simone Hain: Die Gewerkschaftsschule des ADGB in Bernau. Das Hauptwerk von Hannes Meyer, in: Modernes Bauen zwischen 1919–1933. Bauen im Land Brandenburg und ihre Erhaltung, Arbeitshefte des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalspflege, H. 10, Potsdam 1999, S.53-59.
Roland Schneider: Die Bundesschule des ADGB in Bernau. Denkmalpflegerische Aufgabenstellung zur Sanierung und Nutzung, in: Ebenda, S.109-115.
Funktionalismus – Utopie und Wirklichkeit. Protokoll des Kolloquiums des Vereins baudenkmal bundesschule bernau am 25. April 1998. Mit Beiträgen von Jonas Geist, Simone Hain, Diego Peverelli, Wolfgang Kil, Marco De Michelis, Klaus-Jürgen Winkler, Bernau 1999.
Winfried Brenne: Denkmalpflegerischer Rahmenplan ADGB Schule in Bernau, in: Umgang mit Bauten der klassischen Moderne – Kolloquium am Bauhaus Dessau, Dessau 1999, S.20-25.
Alfred Förster: Zur Geschichte der gewerkschaftlichen Bildungseinrichtung in Bernau bei Berlin 1928-1990, Berlin 2005.
Wolfgang Heyn: Auf dem Weg zur Bundesschule des ADGB. Gewerkschaftliche Funktionärsbildung in der Weimarer Republik, in: Erinnerungskultur in unserer Zeit – zur Verantwortung des Historikers. Beiträge eines Kolloquiums zum 70. Geburtstag von Helmut Meier, Berlin 2005, S.109-128.

**Familie Marx privat. Die Foto- und Fragebogen-Alben von Marx' Töchtern Laura und Jenny.** Eine kommentierte Faksimile-Edition. Hrsg. von Izumi Omura, Valerij Fomièev, Rolf Hecker und Shun-ichi Kubo. Mit einem Essay von Iring Fetscher, Akademie Verlag, Berlin 2005, LII, 457 S., 150 Farbabb.

Die Fragebogen, in denen Marx und sein Umkreis entsprechend einem Zeitgebrauch teils ernst-, teils scherzhaft ihre Bekenntnisse über Werte, Vorlieben, Freunde und Feinde ablegten, sind als Selbstdarstellungen und Zeugnisse von Esprit bereits oft zitiert worden. Bisher waren nur einige publiziert, nun werden mit der Reproduktion des Albums, das Marx' älteste Tochter Jenny 1867 bis 1872 führte, 65 solcher „Confessions" zugänglich gemacht. Sie stammen von Familienangehörigen, aus dem Freundeskreis der Töchter, der sich größer erweist, als bisher bekannt, von Mitgliedern der IAA und von Kommune-Flüchtlingen. Das Album enthält auch 20 Briefauszüge und Autographen, darunter zwei erstmals veröffentlichte Briefchen von Heinrich Heine an Jenny Marx vom 1. Januar 1845.

Eine sinnvolle Ergänzung ist das Album von Marx' zweiter Tochter Laura. Es vereinigt 42 allerdings durchweg schon bisher bekannte Fotos aus der Zeit von Mitte der 1860er Jahre bis 1883 – Aufnahmen von Marx, seiner Frau und seinen Töchtern, von nahen Verwandten, wie Marx' Schwester Luise Juta vom Kap der Guten Hoffnung mit Angehörigen, Marx' Onkel Lion Philips und seiner Tochter Antoinette aus dem holländischen Zaltbommel, außerdem von Freunden und nahen Bekannten der Familie Lafargue.

Die Alben hatte Marx' Urenkel Marcel Charles Longuet 1960 dem Moskauer Zentralen Parteiarchiv, dem heutigen Rußländischen Staatlichen Archiv für Sozial- und Politikgeschichte (RGASPI) geschenkt. Im Umfeld der Marx-Engels-Gesamtausgabe wurden sie nun endlich in russisch-japanisch-deutscher Kooperation in einer Faksimile-Ausgabe ediert und sorgfältig kommentiert. Die Einführungen zu den beiden Alben und die Kommentare zu den einzelnen Stücken sind ungeachtet einzelner Versehen Resultate umfangreicher Recherchen. Für die Fotos wurden vielfach die Datierung und manchmal auch die Identifizierung präzisiert und über einige wurden weitere Forschungen angeregt[1]. Die Verfasser der „Bekenntnisse" werden vorgestellt und, soweit möglich, auch Datum und Anlaß der Befragung mitgeteilt. Die Benutzung des Bandes erleichtern auch die im Anhang gegebene Überlieferungsgeschichte der Alben im RGASPI, Genealogien, sowie ein Namen- und ein Literaturverzeichnis. Der dem Band vorangestellte Essay von F., der die „Confessions" als eine Art „stenogra-

1 Siehe Manfred Schöncke/Rolf Heckert: Eine Fotografie von Helena Demuth? Zu Engels' Reise nach Heidelberg 1875, in: Marx-Engels-Jahrbuch 2004, Berlin 2005, S.205-218.

fierte Psychogramme“ auf ihre Auskünfte über die „weltoffene Familie“ Marx und ihren Bekanntenkreis analysiert, hat auch selbständige Bedeutung als ein Kabinettstück biographischer Marx-Forschung. *Rolf Dlubek*

**Huub Sanders (Hrsg.): Images of Inspiration. A documentary on social movements based on images from the collection of the International Institute of Social History**, Amsterdam 2005 (Aksant Academic Publishers), 328 S.

Das Internationale Institut für Sozialgeschichte (IISG) in Amsterdam ist bekanntlich eines der größten Archive zur Sozialgeschichte und zur Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung. Es hat – neben unüberschaubaren Mengen schriftlicher Zeugnisse – über eine Million Fotografien und 100.000 Plakate in seinem Bestand. S. hat unter Mitwirkung von Els Hiemstra-Kuperus nun 527 davon ausgesucht und sie in einem durchgängig vierfarbig gehaltenen Band veröffentlicht. S. will keinen enzyklopädischen Überblick über soziale Bewegungen geben, dies wäre wohl auch ein nahezu aussichtsloses Unterfangen, sondern einen kleinen Einblick in die Sammlungen ermöglichen.
Die Bilddokumente zeigen Fotos, Mitgliedsausweise, Eintrittskarten, Anstecker, Fahnen, Postkarten und Plakate aus der ganzen Welt: von Indonesien über die Niederlande bis zu den USA oder Polen. Der Zeitraum umfaßt ungefähr die letzten 140 Jahre. Dabei werden weniger die Ikonen der linken Bildsprache und -geschichte präsentiert, wie etwa die roten Fahnen oder das Bild von Che Guevara, das eben mehr war, als nur ein Foto eines Mannes mit einer Mütze. Solche Bilder kommen zwar vor, wie auch die mit den drahtigen und dynamischen jungen Männern, die für die russische Revolution oder die spanischen Republik in den Kampf zogen. Den Großteil machen eher unspektakuläre Bilder von Hausbesetzungen oder Streiks oder von Plakaten, die zu ebensolchen aufrufen, aus.
Gezeigt werden dokumentarische Fotos von Streiks und Versammlungen wie auch gestellte Fotos von Kongressen oder Arbeiterkooperativen. Ebenso umfangreich sind die absichtsvoll gestalteten Mittel der Öffentlichkeitsarbeit linker Parteien und Bewegungen präsentiert. Hier reicht das Spektrum von den Wandzeitungen des Pariser Mai 1968 bis zu Plakaten, die zur Beachtung von Arbeitssicherheitsrichtlinien aufrufen. Ja, es werden sogar die Außenfronten der Büros spanischer Anarchisten abgebildet. Der Band zeigt eindrucksvoll die lange Geschichte sozialer Kämpfe und ihre inhaltliche Vielfalt, und nicht zuletzt, daß sie auf der ganzen Welt stattfanden. Der Begleit-text ist in englischer und niederländischer Sprache. *Bernd Hüttner*

**Klaus Hugler/Hans Diefenbacher unter Mitarbeit von Judith Baumgartner und Alan Nothnagle: Adolf Damaschke und Henry George – Ansätze zu einer Theorie und Politik der Bodenreform**, Metropolis-Verlag, Marburg 2005, 180 S.

Adolf Damaschke (1865-1935) und Henry George (1839-1897) gehörten zu den bekanntesten Sozialreformern ihrer Zeit. Völlig zu Recht stellt Julia Butterfly Hill in ihrem Geleitwort zu diesem Büchlein – bezogen auf Damaschke – fest: „Sein Bestreben galt der Reform; der kulturellen Erneuerung und der sozialen Gerechtigkeit aus einer ethischen Überzeugung, die da lautete, dass die natürlichen Ressourcen für ihn keine Ware sind, sondern ein heiliges Geschenk, das uns allen als gute Haushalter zum miteinander Teilen anvertraut ist" (S.7f.). Diese Überzeugung teilte auch Henry George. Wenn beide heute weitgehend vergessen und die Versuche, ihre theoretischen Entwürfe in praxi umzusetzen im wesentlichen gescheitert sind, so dürfte das gerade an der genannten „ethischen Überzeugung" gelegen haben, denn unabhängig von den Überzeugungen Einzelner und den darauf gegründeten Theoriegebäuden, so exzellent sie im Einzelnen auch ausgeführt sein mögen, verliert vor allem der Boden, für Damaschke und George die wesentlichste natürliche Ressource, unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen seinen Warencharakter nicht.

Dennoch und trotz des etwas sperrigen Titels des Bandes sollte man sich nicht von der Lektüre abhalten lassen. Er vereinigt – neben dem Geleitwort von Hill und einer Einleitung von H. und D. – sieben Aufsätze, die sich mit den Biographien von Adolf Damaschke und Henry George, ihren theoretischen Ansichten zum Problem der Bodenreform sowie mit praktischen Versuchen der Umsetzung dieser Theorien in Deutschland und in den USA beschäftigen.

Im Beitrag „Adolf Damaschke: Politiker, Bodenreformer und Pädagoge – ein soziales Vermächtnis?" (S.17-43) bietet H. neben einem biographischen Abriß, der die Sympathie des Autors für seinen Protagonisten nicht verhehlt, eine sehr lesenswerte Darstellung seines politischen, insbesondere bildungspolitischen und journalistischen Wirkens. H. verweist auf die religiösen Grundlagen der Weltanschauung Damaschkes und verschweigt auch nicht dessen Tätigkeit innerhalb des Nationalsozialen Vereins am Beginn des 20. Jh. sowie seine Affinitäten zur nationalsozialistischen Bewegung in der Weimarer Republik.

D. analysiert Adolf Damaschkes „Geschichte der Nationalökonomie" (S.45-79) – zweifelsohne dessen wichtigstes Werk, das zwischen 1905 und 1929 insgesamt 14, vom Autor immer wieder veränderte Auflagen mit insgesamt 100.000 gedruckten Exemplaren erlebte, und zeigt, in welchem Wechselverhältnis Damaschkes theoretisches Verständnis der Geschichte der ökonomischen Theorien zu seinen bodenreformerischen Programmen steht. Er kommt zu dem Fazit, daß „das Werk seinem Anspruch einer objektiven Gesamtdarstellung der ökonomischen Theorieentwicklung nur teilweise gerecht" wird. Sein heutiger Wert, und hier ist dem Autor zuzustimmen, besteht darin, daß es „aufgrund des spezifischen Blickwinkels ... voller Informationen über einzelne Theoretiker und über praktische Versuche der Umsetzung von Theorien (ist), über die von

anderen Autoren dieser Zeit nur wenig berichtet wurde“ (S.79).
Etwas aus dem editorischen Gesamtkonzept des Bandes fällt der sich daran anschließende biographische Beitrag zu Henry George. Die Herausgeber haben sich entschlossen, hierzu Adolf Damaschke selbst mit einem Auszug aus seiner Monographie über die Bodenreform aus dem Jahre 1912 zu Wort kommen zu lassen (Adolf Damaschke: Das Leben und Wirken von Henry George, S.81-99).
Allan Nothnagle beschäftigt sich in einem anregenden Aufsatz mit dem theoretischen Hauptwerk von George (Spiel mir das Lied der Gerechtigkeit. Henry Georges „Fortschritt und Armut“ und die Suche nach einer humanistischen Ökonomie, S.101-126) und in einem weiteren mit Fairhope – eine Bodenwertsteuer-Kolonie in Alabama (S.127-138). Judith Baumgartner schließlich steuert einen Beitrag über die einzige bis heute existierende, sich auf die Bodenreformideen des ausgehenden 19.Jh. gründenden Siedlungsgenossenschaft bei (Erbau Dein Heim auf freiem Grund! Bodenreform und Siedlungsidee: Adolf Damaschke und die Siedlungsgenossenschaft Eden-Oranienburg, S.139-154).
Im abschließenden Beitrag von D. über „Bodenreform nach Damaschke“ (S.155-162) geht der Autor der Frage nach, ob das der Bodenreform zugrunde liegende Gesellschaftsmodell durch den – zumindest einstweiligen – Sieg des Kapitalismus in Vergessenheit geraten ist? Wenn er dabei allerdings suggeriert, daß die „Bodenreform nach den Vereinnahmungen durch Nationalsozialismus und Kommunismus endgültig diskreditiert“ sei (S.155), so dürfte das so nicht zutreffen. Die Gegner der Bodenreform rekrutierten sich zu Georges und Damaschkes Zeiten ebenso wie heute aus den gleichen gesellschaftlichen Kräften, nämlich jenen Bodeneigentümern, die ihren Besitz zu Realisierung ihrer Profitinteressen nutzen. Zudem zeugt diese auf der Totalitarismusdoktrin beruhende Behauptung von mangelnder Kenntnis über die Intentionen und den Charakter der faschistischen Bodenpolitik und erst recht über Inhalt, Verlauf und Ergebnisse der Bodenreform in der SBZ und der DDR.
Der Band enthält ein ausführliches Literaturverzeichnis (S.163-171) und ein Personenregister (S.173-177).

*Wolfgang Heyn*

**Hermann-J. Rupieper/Friederike Sattler/Georg Wagner-Kyora (Hrsg.): Die mitteldeutsche Chemieindustrie und ihre Arbeiter im 20. Jahrhundert,** Mitteldeutscher Verlag, Halle 2005, 426 S.

Der Band enthält Beiträge eines Workshops, der im November 2003 an drei Industriestandorten Sachsen-Anhalts (Halle, Schkopau und Leuna) stattfand. „Die Grundidee dieses Workshops“, schreiben die Herausgeber, „bestand darin, zwischen der immer weiter auseinander driftenden Industrie- und Arbeitergeschichte eine Brücke zu schlagen“. Das wollten die Veranstalter erreichen, indem jüngere theoretische Ansätze der Unternehmens- und der Arbeitergeschichte sowie ergänzend

Konzepte für „Generation“ und „Geschlecht“ anhand empirischer Forschungen zur Geschichte der mitteldeutschen Chemieindustrie auf ihre Anwendbarkeit und Aussagekraft hin überprüften. In den Band aufgenommen wurden vier konzeptionelle Aufsätze sowie zehn empirische Untersuchungen.

Unter den konzeptionell angelegten Beiträgen stammt der Schlüsselaufsatz von Johannes Bähr, der über neueste in der Gesellschaft bzw. Zeitschrift für Unternehmensgeschichte geführte Diskussionen um die Modernisierung der deutschen Unternehmensgeschichte berichtet, um dann, sich Mitteldeutschland zuwendend, feststellen zu müssen: „Innerhalb der jüngeren Forschung stehen Unternehmensgeschichte und DDR-Geschichte in einem ‚Nicht-Verhältnis’“ (S.41). Weder habe der ansonsten oft herangezogene „Diktaturenvergleich“ (SED- und NS-Regime) dazu verlockt, die Geschichte der in der NS-Zeit bereits bestehenden Firmen für die Jahre von deren Existenz in der DDR fortzuschreiben, noch habe man an die vor 1990 teilweise existierenden Konkurrenzbeziehungen zwischen Unternehmensgeschichtsschreibung (BRD) und Betriebsgeschichtschreibung (DDR) anknüpfen können. Vergessen sei, daß „die Entstehung der Unternehmensgeschichte der Bundesrepublik nicht zuletzt auch eine Reaktion auf die Herausforderung durch die Betriebsgeschichte der DDR war“ (S.42). Bähr diskutiert dann die verschiedenen bundesdeutschen Ansätze bezogen auf ihre Paßfähigkeit für die spezifische Rolle des Betriebes in der DDR-Wirtschaft und gelangt zu dem Schluß: „Für eine moderne Geschichte von DDR-Betrieben wäre(...)ein Ansatz besonders geeignet, der Elemente der Neuen Institutionenökonomik mit einem mikropolitischen, beziehungsgeschichtlichen’ Modell verbindet, das den Blick auf innerbetriebliche Aushandlungsprozesse und Regeln richtet und auch das Spezifikum der politischen Durchdringung der Betriebssphäre erfassen kann“ (S.45f.).

Für die Arbeitergeschichtsschreibung stellt Dietmar Süß ebenfalls eine methodische „Umbruchsituation“ fest. Der Autor empfiehlt der Arbeitergeschichtsschreibung, von der „narrativen Darstellung“ wegzukommen, die „die Aufstiegs- und Heldengeschichte des männlichen, allerdings als geschichtliches Neutrum beschriebenen städtischen Industrie- und Facharbeiters in Lohn und Brot“ gewesen sei (S. 77), und sich die Methoden der Organisationssoziologie zu eigen zu machen. Sie biete unter ihrem Teilaspekt „justice in organization“ viele Anregungen. In diesem Zusammenhang stellt Süß fest: „Die Frage nach sozialer Ungleichheit ist trotz aller methodischen Wendungen einer der Fluchtpunkte, auf die die Arbeitergeschichte nicht verzichten sollte“ (S.83).

Die empirischen Beiträge – sechs von ihnen beschäftigten sich mit DDR-Betrieben bzw. -themen – greifen teilweise neue Ansätze bereits auf, teilweise handelt es sich um einen Versuch, die seitens der „Aufarbeitung der DDR-Geschichte“ bekannten DDR-Charakteristika bis auf die betriebliche Ebene zu verfolgen und auch dort nachzuweisen.

Behandelt werden das Aushandeln von Leistung und Leistungsvergütungen Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre (Albrecht Wiesener), das Konfliktverhalten in Betrieben während der 70er und 80er Jahre (Renate Hürtgen), die Rolle weiblicher Angestellten und Arbeiterinnen im Betrieb (Francesca Weil und Annegret Schüle) sowie die Beziehungen zwischen verschiedenen Arbeitergenerationen, die Georg Wagner-Kyora anhand von IM-Berichten zu rekonstruieren versucht.
Bemerkenswert ist der abschließende Aufsatz von Claus Christ über „Umweltschutz und Umweltprobleme in der mitteldeutschen Chemieindustrie der DDR" sowohl wegen der Unverkrampftheit des Herangehens an das Thema als auch wegen des konkret, d. h. bis auf einzelne Betriebe (Chemiekombinat Bitterfeld, Filmfabrik Wolfen, Leuna-Werke und Chemische Werke Buna) aufgeschlossenen Faktenmaterials für den Zeitraum der 1970er und 1980er Jahre. *Jörg Roesler*

**Adam Jones (Hrsg.): Völkermord, Kriegsverbrechen und der Westen,** London 2004, deutsche Ausgabe 2005, Parthas Verlag GmbH Berlin, 534 S.
**Michael Byers: Kriegsrecht,** London 2005, deutsche Ausgabe 2005, Parthas Verlag GmbH Berlin, 215 S.

Die hier vorzustellenden Bücher sind von außergewöhnlicher politischer Brisanz. Beide Bände sind thematisch und im Hinblick auf die völkerrechtliche Sicht der Autoren gedanklich wie methodisch eng miteinander verknüpft. Sie ermutigen zu einer konstruktiven Auseinandersetzung mit der existenziellen Lebensfrage von Krieg, Frieden und Humanität. Das von J., derzeit Wissenschaftler im Genocide studies Programm der Yale University, herausgegebene Buch vermittelt weitreichende Einblicke in Hintergründe, in wesentliche Zusammenhänge und Folgen von Völkermord und Kriegsverbrechen westlicher Staaten im 20. Jh. Der „Westen" ist, wie in der Einführung erläutert, ein mehrdeutiger Begriff, der hier auf die industrialisierten Demokratien Westeuropas, Nordamerikas (außer Mexiko) und Australiens bezogen wird. Schlüsselbegriffe, die alle Beiträge durchziehen, sind völkerrechtlich fundamentierte Analysen von Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Diese grauenvollen Phänomene der jüngeren Zeitgeschichte werden von den 24 Autoren in Bezug auf kontrovers benutzte Definitionen und Interpretationen von Völkermord und Kriegsverbrechen hinterfragt. Im Mittelpunkt der überwiegenden Mehrzahl aller Fallstudien, deren Autoren namhafte Wissenschaftler und hochrangige Politiker u. a. aus den USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada und Australien sind, stehen die USA und deren Rolle (wie weitestgehend im Konsens nachgewiesen wird) als weltweit führender „Schurkenstaat". Bemerkenswert ist das breite Spektrum der akribischen Untersuchung tatsächlicher oder angeblicher Beteiligung des Westens an Kriegsverbrechen und Völkermord. Die Fallstudien widmen sich unter anderem dem Genozid an den Hereros durch die deutsche Kolonialmacht 1904, den Flächenbombarde-

ments deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg, der Folter und den Menschenrechtsverletzungen im französischen Algerienkrieg. Weitere Themen sind das Russell-Tribunal zu den US-Kriegsverbrechen in Vietnam und die US-amerikanische Intervention in Chile in den 1970er Jahren. Drei Studien im Charakter von Anklageschriften befassen sich allein mit Verbrechen, die dem einstigen Sicherheitsberater des USA-Präsidenten und US-Außenminister Henry Kissinger zur Last gelegt werden. Ein Fallbeispiel aus den Jahren 1970/71 belegt: „Mit Kissinger am Steuer versorgten die Vereinigten Staaten die pakistanische Armee mit Waffen, Ausbildung und Militärhilfe, die es ihr ermöglichte, bis zu drei Millionen Menschen abzuschlachten und die Massenflucht von weiteren zehn Millionen ins benachbarte Indien auszulösen." Fazit des Beitrages: „Zum Glück scheint es kaum Zweifel daran zu geben, dass der Arm internationaler Gesetze immer länger und die Welt immer kleiner wird für Staatsführer und andere, die angeklagt sind Gräueltaten verübt zu haben, von Augusto Pinochet bis zu Kissinger selbst." Es werden Hintergründe aufgehellt, die 1960 im demokratischen Kongo zur Ermordung Patrice Lumumbas führten. Eine Vielzahl von Fakten belegt die treibende und unterstützende Rolle der USA bei der Förderung der Diktatur Siyad Mohammed Barres in Somalia in den 1980/90er Jahren. Ebenso informativ wie anklagend ist der von Linda R. Melvern verfaßte Beitrag „Hinter den Kulissen: der Sicherheitsrat und der Völkermord in Ruanda 1994". Ramsey Clark, von 1967 bis 1969 Justizminister der USA, reichte einen Strafantrag gegen die Vereinigten Staaten und andere wegen Verbrechen gegen das irakische Volk (1996) und eine entsprechende Intervention beim Sicherheitsrat (2001) ein. Die Anklageschrift verweist auf Verbrechen gegen das irakische Volk, wegen der Verursachung des Todes von mehr als 1,5 Millionen Menschen, darunter 750 000 Kinder unter fünf Jahren, und der Schädigung der gesamten Bevölkerung durch genozidale Sanktionen nach dem ersten Golfkrieg. David Bruce MacDonald untersucht den „Balkansturm 1999?". In seiner Studie wird die Operation „Allied Force", die Bombardierung Jugoslawiens im Jahre 1999 durch die NATO kritisch durchleuchtet. Obgleich der Autor eingangs selbstschützend wissen läßt, daß er den USA keine Kriegsverbrechen unterstellen möchte, weist er explizit nach, wie von diesen zahlreiche internationale Gesetze und Konventionen gebrochen und dabei unermeßliches Leid der betroffenen Zivilbevölkerung zugefügt wurde. Diese Studie verdient schon deshalb besondere Aufmerksamkeit, weil erstens die Aggressionen gegen Afghanistan und den Irak den Bombenkrieg des Westens gegen die Völker Jugoslawiens bereits aus dem Blickfeld aktueller Auseinandersetzung verdrängt zu haben scheint und zweitens die von Gerhard Schröder geführte Bundesregierung wie keine andere nach dem Zweiten Weltkrieg im hier thematisierten Kriegsgeschehen involviert war. MacDonald erinnert an die wirkliche Situation und an jene diplomatischen Fallstricke der NATO, die letztlich den

von vornherein von den USA gewollten Krieg ermöglichten. Er beleuchtet das 90seitige so genannte Friedensabkommen von Rambouillet und den damals unveröffentlichten „Anhang B“, die beide so gestaltet waren, daß sie für die Serben inakzeptabel sein mußten. Die Bombardierung sei schließlich „bald zur Hintergrundmusik für ein Programm systematischer ethnischer Säuberung“ geworden. „Statt die Serben zum Aufstand gegen Milosevic zu ermutigen, ‚spielten’ die Angriffe auf Zivilpersonen und die zivile Infrastruktur direkt in die Hände Milosevics. Kritisch wird die dem Kriegsrecht widersprechende grauenvolle Art der NATO-Kriegsführung thematisiert, wie die bevorzugte Bombardierung ziviler Ziele, die Verwendung von Munition mit angereichertem Uran, der Einsatz von Streubomben, die unermeßlichen ökologischen Schäden für die gesamte Balkanregion und zum anderen die Lüge vom beabsichtigten „zweiten Marschallplan“. Ausführlich befaßt sich der Autor mit der Kriegsschuldfrage. Es könne kein Zweifel bestehen, „dass die Vereinigten Staaten die Hauptverantwortung für die Operation ‚Allied Force’ und ihre Konsequenzen tragen“ und sie „die NATO lediglich als Instrument ihrer eigenen Außenpolitik benutzten und bereit waren, das zu tun, was sie für richtig hielten“. Im weiteren wird nachgewiesen, daß die USA nicht nur gegen die Charta der Vereinten Nationen, sondern ebenso gegen den Gründungsvertrag der NATO und selbst gegen die Verfassung der Vereinigten Staaten verstießen. In der von Peter G. Prontzos verfaßten Studie „Kollateralschaden: strukturelle Gewalt und ihr Preis“ wird die Vielfalt und destruktive Wirkung politischer und wirtschaftlicher Formen struktureller Gewalt untersucht, die mehr als irgendetwas anderes aus der Entscheidung von Machtträgern resultiere. Als Beispiel wird hier auf die verhängnisvolle Rolle des Internationalen Währungsfond (IWF) und der Weltbank im zeitlichen Vorfeld des Völkermords im einstigen Jugoslawien verwiesen, die dem Land verschiedene makroökonomische Reformen und Strukturanpassungsprogramme aufbürdeten, die zuerst das wirtschaftliche Wachstum bremsten und nach 1990 großflächig zu Zusammenbruch und Arbeitslosigkeit führten. Der Autor hinterfragt die Wurzeln des im Gefolge des 11. September 2001 zunehmenden Terrorismus und kommt zu dem Schluß, wonach der „häufige und mörderische Einsatz der Streitkräfte durch die Vereinigten Staaten“ nicht nur viele Menschen auf der ganzen Welt empört, vielmehr werde Washingtons Gewaltvorlage auch als „Muster“ für Terroristen betrachtet, die eigenen Verheerungen zu rechtfertigen. In den Schlußbetrachtungen befaßt sich J. mit dem Thema „Afghanistan und danach“. Das eigentliche Ziel der Bush-Administration sei nichts weniger als „unilaterale Vorherrschaft durch absolute militärische Überlegenheit“, es gehe allein um die Ausweitung der amerikanischen Machtsphäre. Vom Autor werden Hintergründe und Zusammenhänge aufgehellt, die am vermeintlichen humanitären Auftrag der NATO und de facto ebenso der Bundeswehr massive Zweifel aufkommen lassen, zumindest

drängt sich dem Leser die Frage auf, ob Humanität und Krieg einander nicht ausschließen. Fazit: Das von J. herausgegebene Buch kann als eine „Enzyklopädie der Verbrechen“ des von den USA angeführten Westens betrachtet werden.

Ähnlich begibt sich auch B. in seiner Arbeit zum Kriegsrecht in die Spur der zu richtenden Verbrechen und bietet so eine unverzichtbare Hilfe für die eigenständige Auseinandersetzung mit den angeführten Präzedenzfällen und für eine rechtswissenschaftliche Meinungsbildung, frei von kriegsideologischen Zerrbildern der Politik und Medien. Mit dem geschilderten Spektrum von Völkermord und Kriegsverbrechen, so der Autor, „treten zwangsläufig Fragen und Interpretationen des geltenden Völker- und Kriegsrechts immer stärker in das allgemeine öffentliche Interesse“. Zu vielen internationalen Rechtsfragen seien gegensätzliche Auffassungen gegeben, so zur „Notwendigkeit und Angemessenheit – als Parameter eines neuen internationalen Gewohnheitsrechts auf Selbstverteidigung“ sowie zu Problemen der „pro-demokratischen“ und der „humanitären“ Intervention. In Hinblick auf den Schutz der Zivilbevölkerung wird auf präzise Schutzbestimmungen verwiesen, die in zwei 1977 beschlossenen Zusatzprotokollen der Genfer Abkommen von 1949 zu den Regeln des Rechts im Krieg enthalten sind. B. zitiert aus Artikel 51(2) des I. Zusatzprotokolls, in dem es heißt: „Weder die Zivilbevölkerung als solche, noch einzelne Zivilisten sollen zum Ziel von Angriffen werden. Verboten ist ferner die Androhung und Durchführung von Gewaltakten, deren erstrangiges Ziel darin besteht, die Zivilbevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen.“ Dem Autor ist es gelungen, dem interessierten Laien einen leicht verständlichen Einblick in das Recht, das die Anwendung von Gewalt in internationalen Beziehungen regelt, anzubieten. Dabei berücksichtigt er die neueren politischen Entwicklungen, insbesondere den Aufstieg der USA zur militärischen, politischen und wirtschaftlichen Vormacht, einschließlich deren Bestrebungen, das Völkerrecht ihren imperialen Interessen anzupassen. Einführend in die Thematik werden geschichtliche Zusammenhänge der Entwicklung recht-licher Regelungen der militärischen Gewaltanwendung, die im eigentlichen Sinne erst nach 1945 mit der Charta der Vereinten Nationen begonnen habe, geschildert. Von zentraler Bedeutung sei der Konsens für das Völkerrecht. Nach der Einleitung ist die Arbeit in vier Teilen gegliedert: 1. die Handlungsvollmachten der Vereinten Nationen, 2. Selbstverteidigung, 3. Humanitäre Interventionen, 4. Das Völkerrecht im bewaffneten Konflikt. Es schließen an ein Epilog: Der Krieg, das Recht, die Supermacht sowie als Anhang die Charta der Vereinten Nationen, Quellenhinweise und ein Personenregister.

Die Bücher sind *kein Plädoyer für Antiamerikanismus*, sondern für die Besinnung auf Vernunft in den internationalen Beziehungen. „Viele Amerikaner“, so B., „wünschen sich sehnlichst eine Rückkehr ihres Landes zu den konstruktiven, kooperativen und gesetzestreuen Ideen, die 1945 in San Francisco

zur Gründung der Vereinten Nationen führten. Es ist an der Zeit, daß Amerikas Freunde sie unterstützen, indem sie den megalomanen Regelverdrehern, die seit dem 11. September 2001 die USA-amerikanische Innen- und Außenpolitik beherrschen und korrumpieren, mit Entschiedenheit entgegentreten. Die ungeheure Macht der USA trägt eine Ehrfurcht gebietende Verantwortung mit sich: Die Welt soll besser werden – für alle. Den Regeln des internationalen Kriegsrechts zu gehorchen ist ein notwendiger erster Schritt in diese Richtung." *Horst Klein*

**Riccardo Bavaj: Von links gegen Weimar. Linkes antiparlamentarisches Denken in der Weimarer Republik,** Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Bonn 2005, 535 S.

Unter diesem Titel, der nichts an Klarheit zu wünschen übrig läßt, hat der Verfasser seine im Vorjahr an der Bonner Universität verteidigte Dissertation nunmehr als immer noch umfängliches Buch vorgelegt. Sein von gesundem Selbstbewußtsein zeugendes Ziel war es, nachdem die vor mehr als 40 Jahren von keinem Geringeren als Kurt Sontheimer veröffentlichte Habilschrift über das rechte antidemokratische Denken dieser Zeit bis heute gültige Maßstäbe gesetzt hatte, dafür nun das ergänzende Gegenstück zu liefern. Zwar sei es mittlerweile *communis opinio,* daß die Weimarer Demokratie von rechts und links zerstört worden wäre, aber was fehlte, war eine analytische Gesamtschau des linken antiparlamentarischen Denkens, „das als Bestandteil einer fatalen Dialektik der Extreme Weimars Untergang mit beförderte". Um das Positive gleich am Anfang zu sagen: Diese Gesamtschau wird auf einer umfangreichen Literatur- und Quellenbasis geliefert, die selbst für den Fachmann durchaus hilfreich sein kann. Ein zweiter Vorzug der Untersuchung besteht darin, daß nicht nur die politischen Akteure oder die mehr oder weniger eng mit ihnen liierten Publizisten und anderen Ideologen vorgeführt werden, sondern auch die wichtigsten Vertreter der linken kulturellen Intelligenz einbezogen wurden. So werden – immer mit der vom Thema gerechtfertigten eingegrenzten Sicht – auch Johannes R. Becher, Erich Mühsam, B. Traven, Ernst Toller, George Grosz, Kurt Tucholsky bemüht. Das Versprechen allerdings, dies alles mit dem Bemühen „um historiographische Objektivität" zu tun, konnte selbstredend nicht erfüllt werden. Auch in seiner abschließenden Betrachtung bleibt er dabei, daß Weimar zwar vornehmlich von rechts zerstört worden sei, aber die links-intellektuelle Szene habe immer deutlicher die Schwelle zwischen punktueller Kritik am parlamentarischen System und prinzipiellen Antiparlamentarismus überschritten. Damit hätten sie zur Krise der parlamentarischen Demokratie beigetragen und bewirkt, daß sich viele vom repräsentativstaatlichen Modell sukzessive entfernt haben.

Allerdings wird es im Unterschied zur O*pinio* des Verfassers immer noch (und sicher auch von neuem) Leser und nachwachsende Fachleute geben, die nicht so voraussetzungslos und unbestritten dem Mainstream der vorherrschenden

Geschichtsschreibung folgen dürften, ein weitgehendes Gleichheitszeichen zwischen den Inhalten, Wirkungen und Anteilen rechten und linken Denkens am Scheitern der Weimarer Republik, im speziellen seines Parlamentarismus zu setzen. Zwar versteht sich der Verfasser ausdrücklich als Geistes- und Kulturhistoriker und will seine Arbeit entsprechend eingeordnet wissen, aber der fast durchgängig praktizierte Verzicht, auf ökonomisch-gesellschaftliche Herrschafts- und Machtverhältnisse einzugehen, könnte ein wesentlicher Grund sein, daß die beschriebenen äußerlichen Ähnlichkeiten rechts-konservativen bis nazistischen anti-parlamentarischen Denkens und mit der sich im Verlaufe der Weimarer Entwicklung radikalisierenden Kritik linker Intellektueller und Künstler nicht prinzipiell unterschieden wurde. Völlig aus dem Blick ist zudem eine solche simple Tatsache geraten, welchen praktischen Einfluß angesichts der minimalen medialen Möglichkeiten die Schriften eines Karl Korsch oder Georg Lukacs oder „Weltbühne"-Artikel von Kurt Tucholsky auf das Massenbewußtsein gehabt haben dürften. In seiner – stellenweise sprachlich mythischen – Schlußbetrachtung wird der Autor, verstärkt durch seinen Hang, aus Bruchstückzitaten aller möglichen Zeitgenossen wie späteren Autoren zu kompilierten Autoritätsbeweisen zu kommen, nochmals deutlich, wenn unter Verwechselung von Ursache und Wirkung von ihm konstatiert wird: „Doch bei aller Mitverantwortung der liberal- und sozialdemokratischen Kräfte für die Fragilität der ersten deutschen Demokratie liegt die Hauptverantwortung für das Scheitern der Weimarer Republik bei den auf radikale Systemüberwindung zielenden Bewegungen der politischen Extreme und ihrem tödlichen Klammergriff." Ernst Noltes These, der Stalinsche Gulag habe erst Hitlers KZ möglich gemacht, wird nun noch historisch weiter nach hinten verlagert. „Bereits in den ersten Tagen der Revolution spielte der Weimarer Linksextremismus seinem rechten Pendant unbewusst in die Hände. So trug die Rätebewegung dazu bei, Teile der deutschen Bevölkerung gegenüber der extremen Rechten günstig zu stimmen und dieser die Gelegenheit zu geben, sich als wehrhaftes Bollwerk gegen die ‚rote Gefahr' zu präsentieren." Damit dürfte für alle Zeiten und Umstände klar sein, wer für eine zukünftige und sich ankündigende Legitimitätskrise des bestehenden parlamentarischen Systems und der bürgerlichen Demokratie in unserer Zeit verantwortlich zu machen wäre.

*Heinz Niemann*

**Günter Hauthal: Im Altenburger Land zwischen 1933 und 1945. Anlässlich des 60. Jahrestages der Besetzung des Altenburger Landes durch Truppen der alliierten Siegermächte. Tatsachen und Vorgänge in unserer Heimat vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg – Eine Chronik**, S. Sell Heimat-Verlag, Altenburg 2005, 127 S., Abb.

In der vorliegenden Arbeit hat der Verfasser Auszüge aus eigenen Forschungsergebnissen, Pressebeiträgen von sich und anderen Autoren sowie von Do-

kumenten aus verschiedenen Archiven zu einer eindrucksvollen Chronik von Altenburg und Umgebung in den Jahren 1933 bis Ende 1945 zusammengefügt. Der Reiz dieser Chronik liegt, wie auch bei anderen lokal- und regionalgeschichtlichen Arbeiten, in den dargebotenen konkreten Details, die helfen, bestimmte historische Entwicklungen und Erscheinungen verständlicher zu gestalten. Derartige Details werden von der Chronik mehrfach geboten.

Hierzu zählt einmal das, was zu den heimlichen Kriegsvorbereitungen der Hitlerregierung in Altenburg und Umgebung gesagt wird, denn ein einfacher Bürger wird kaum auf den Gedanken kommen, daß beispielsweise in einer Nähmaschinenfabrik Maschinengewehre produziert werden, ja, daß durch Ausbau und Erweiterung dieser und anderer Kriegsproduktion sich das Näh-maschinenwerk kontinuierlich zu einem bedeutsamen Rüstungsbetrieb entwickelte.

Erschütternd sind die Aussagen zur Verfolgung der jüdischen Bevölkerung, der Sinti und Roma, der Zeugen Jehovas sowie der Antifaschisten. Die hierzu veröffentlichten Listen der von den faschistischen Gerichten Verurteilten oder ohne Gerichtsurteil in Konzentrationslagern Inhaftierten und vor allem die Listen der ermordeten Bewohner von Altenburg und Umgebung vertiefen das Wissen um den verbrecherischen Charakter des faschistischen Regimes, besonders, wenn man die Beispiele von Unterdrückung, Ausbeutung, Mißhandlung und Vernichtung von ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegs-gefangenen während des Krieges einbezieht. Erschreckend aber auch, wie gering die Zahl derer, die sich mit unterschiedlichen Aktivitäten gegen diese Verbrechen wandten, im Verhältnis zu den Wegschauenden und Mitläufern war.

Wichtig erscheint, was über das Wirken antifaschistischer Kräfte und aktiver Bürger von Altenburg und Umgebung in den ersten Wochen und Monaten nach der Befreiung vom faschistischen Regime berichtet wird, obwohl Aussagen über das allgemeine Verhalten und die Stimmung der Bevölkerung hier etwas zu kurz kommen. Da Altenburg und Umgebung von den Truppen der USA befreit worden war, aber seit Sommer 1945 zur sowjetischen Besatzungszone gehörte und von den dafür zuständigen Organen der Roten Armee verwaltet wurde, sind die Passagen besonders interessant, die sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede im Wirken der Besatzungsmächte und ihrer Zusammenarbeit mit der Bevölkerung zum Ausdruck bringen.

Insgesamt wurde in dem reichbebilderten Band viel dokumentarisches Material verarbeitet, so daß es sich lohnt, ihn zur Hand zu nehmen und darin zu blättern. *Jürgen Stroech*

**Adelheid von Saldern (Hrsg.) unter Mitarbeit von Lu Seegers: Inszenierter Stolz. Stadtrepräsentationen in drei deutschen Gesellschaften (1935-1975),** (Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung, Bd. 2), Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2005, 498 S., Abb.

Wie schon im ersten Band dieses von der Volkswagenstiftung geförderten Vorhabens wählten die Herausgeberinnen Stadtjubiläen, städtische Kulturfeste und andere städtische Großereignisse zum Gegenstand und Ausgangspunkt stadtgeschichtlicher Tiefenforschungen. Untersucht wurden die 700-Jahrfeier von Gera 1937 (Alice v. Plato), das Reichsbachfest in Leipzig 1935 (Elfie Rembold), die Rostocker Kulturwochen 1934-35 (Lu Seegers), die Zwickauer Stadtjubiläen von 1935 und 1968 (Lu Seegers), die Gubener Stadtjubiläen 1935 und 1960 (Elfie Rembold), die 700-Jahrfeier der Stadt Lüdenscheid 1968 (Ute C. Schmidt), der 100. Gründungstag von Wilhelmshaven 1969 (Thomas Siemon) sowie der hannoversche U-Bahn-Bau 1965-1975 als Langzeit-Event.

Von Saldern eröffnet den materialreichen Band mit einer den Forschungsfragen und konzeptionellen Leitlinien gewidmeten Einführung und läßt ihn mit einer Ergebnisanalyse ausklingen. Wurde im Band 1 das Hauptaugenmerk vor allem auf das Verhältnis von Staat und Stadt in der DDR-Gesellschaft gelegt, so geht es in diesem um Festpolitik und Selbstdarstellung lokaler Amtsträger und Funktionseliten, um städtische Selbstrepräsentation und die ihr innewohnenden bzw. eingeschriebenen Identifikationsangebote für die Bürgerschaft.

Im Ansatz haben wir es mit lokal und zeitlich eingegrenzten, ereignisbezogenen Vergleichsgeschichten zu tun, die – bei Berücksichtigung der Einbindung in das jeweilige politische System – Einblicke in das Funktionieren und die Vernetzungen städtischer Gesellschaften, in Herrschaftspraktiken und interne politische oder sozial-kulturelle Interessengegensätze, aber auch Konsensfindungen ermöglichen.

Grundsätzlich gingen die Bearbeiter davon aus, „dass sich zahlreiche Einzelbefunde der drei Gesellschaften ähneln“, daher „deren fundamentale Unterschiedlichkeit nur durch Kontextualisierung erschlossen werden“ könne (S.458). Der Diktaturenvergleich war Forschungsleitlinie und wurde praktiziert, aber doch als „sensible Angelegenheit“ betrachtet (S. 23). Schließlich sind sich die Autoren der Singularität des deutschen Faschismus bewußt. Vergleichende Untersuchungen von Stadtfeiern in der NS-Zeit und in der Bundesrepublik am Beispiel einer westdeutschen Stadt wurden nicht für notwendig gehalten. Das ist zu bedauern, denn die Vorgänge in Wilhelmshaven verweisen auf personale und Sachzusammenhänge, die weitere Forschungen interessant erscheinen lassen.

Die Ausführungen über NS-dominierte Stadtjubiläen gehören zu den informativsten Analysen des Bandes. Sie ergaben, daß die Nazis ihre Einflußnahme auf diese Feiern und die sozialen Gruppen der jeweiligen Städte unter dem Integrationsangebot „Volksgemeinschaft“ generalstabsmäßig vorbereiteten und durchführten. So zeigt etwa das Geraer Beispiel, in welchem Ausmaß sie mit SS- und SA-Trupps, Hitlerjugend, NS-Frauenschaft, „neuer“ Wehrmacht, KDF und Sportgruppen allenthalben präsent waren und ihre militanten Botschaften vom reinrassigen kriegerischen Deutschen verkündeten, der seit jeher

um seinen Lebensraum kämpfen mußte. Der nationalsozialistische Oberbürgermeister feierte den Niedergang des Marxismus in Gera und die „Rettung“ der Stadt durch die „Machtergreifung“. Dumpfe Heimatgefühle wurden beschworen und Totenfeiern für die dahin gegangenen Helden abgehalten. Auch der historische Festzug war dieser Glorifizierung soldatischen deutschen Wesens unterworfen. Die wenigen traditionell-bürgerlichen Aktivitäten wurden marginalisiert oder verboten. In Leipzig wiederum setzten die Nazis mit der Reichsbachfeier auf die Hochkultur, um das kulturkonservative Bildungsbürgertum zu erreichen. In Rostock bildeten die rassistisch überformte Geschichte des Hanseatentums und der regionalen Volkskultur, die Instrumentalisierung des Plattdeutschen (der Plattdeutsche Landesverband und die ihm angehörenden Heimatvereine waren schon 1933 dem „Kampfbund für deutsche Kultur“ beigetreten, S.159) und Aspekte der Industriearbeit in der Rüstungsindustrie die politischen und kulturellen Schwerpunkte der Kulturwochen. Die Stadt Guben wurde als „Bollwerk deutscher Kultur“ gegen den fremdländischen Osten hochgelobt. Im Gegensatz zu diesen breit angelegten, diffuse Emotionen anfachenden Kampagnen der Volksverhetzung kennzeichne die DDR-Stadtfeiern eher eine „kühle Rationalität“ (S.295).

Wie jede Feier standen auch hier die Feste im „Koordinatenkreuz von Politik und Herrschaft“ (S.409). Unbestritten ist, daß in den Festzügen und Festveranstaltungen Vergangenheitsbezüge, aber auch Sinngebung, Selbstdarstellung und Systemlegitimierung auf der Grundlage des einseitigen, andere Denkansätze ausschließenden marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes erfolgten, welches allerdings mit der Bezugnahme auf Klassenkämpfe und große revolutionäre Bewegungen (u.a. der Revolution von 1848/49) auch auf Traditionen der Arbeiterbewegungskultur zurückgeführt werden kann (eine Bezugnahme, die die Verfasserinnen beim Lüdenscheider Jubiläum vermi-ßten, S.325, S.335 und S.441). Offensichtlich wurden aber zu generalisierenden Deutungen der DDR-Festkultur die oft unbeholfenen lokalen Bemühungen mit ihrer Spruchband-Lyrik und kurzschlüssigen unprofessionellen Sichten auf Geschichte und Gesellschaftspolitik herangezogen. So manche verquaste Aussage über das Streben nach der „klassenlosen Gesellschaft“ mit den Mitteln der kulturellen Massenarbeit (S. 294) oder über den Zwickauer Volksaufstand unter Thomas Müntzer als Vorläufer der sozialistischen Revolution (S.223) hat wohl darin – neben ungenügender Beschäftigung mit dem revolutions- und formationstheoretischen Verständnis der DDR – ihre Ursache. Unübersehbar ist, daß die Provinzstädte der großstadtfixierten DDR die Jubiläen mit allen Mitteln nutzten, angesichts der eingeschränkten ökonomischen Möglichkeiten ihr Ansehen zu erhöhen.

Die Erforschung des Lüdenscheider Jubiläums von 1969 erbrachte keine spektakulären Ergebnisse, aber doch interessante Aussagen zur sozialen Glie-

derung, zu Entscheidungsvorgängen, Erinnerungsmustern und zum Selbstverständnis einer westdeutschen Kommune am Ende der 1960er Jahre, die sich dezidiert zur parlamentarischen Demokratie bekannte. Mit ihrem Stadtfest, das von einer Vielzahl (klein-)bürgerlicher Vereine und Verbände mitgetragen wurde, demonstrierte die Stadt, so die Autorin, „ein um Pluralismus und Integration bemühtes bürgerliches Repräsentationsbedürfnis" (S.343), dem sich auch der sozialdemokratische Oberbürgermeister unterordnete. Kritisch beleuchtet wird indes das bei den Lüdenscheider Festveranstaltungen angestrebte „konsensuale Stillschweigen" über das Thema Nationalsozialismus, zumal der OB KZ-Häftling gewesen war.

Daß Jubiläen auch konfliktreicher verlaufen konnten, wird am Beispiel Wilhelmshavens erörtert. Dort versetzte der Historiker Michael Freund mit seiner Festrede den konservativen CDU-dominierten Block und seine Sympathisanten (Marineoffiziere, Ritterkreuzträger und Stahlhelm-Anhänger eingeschlossen), die Wilhelmshavens „große" Zeit gewürdigt sehen wollten, in helle Empörung, indem er sich von der imperialen Flottenpolitik des Wilhelminischen Reiches und erst recht Hitlerdeutschlands deutlich distanzierte und darauf verwies, daß diese zu Wettrüsten und Kriegen, letzten Endes aber zur Demontage und Vernichtung der deutschen Schlachtflotte geführt hätte. Freunds Rede habe „eine Dynamik in die lokale Geschichtspolitik" gebracht, „die in DDR-Städten fehlte" (S.457), resümiert von Saldern. In der DDR wäre allerdings diese Rede auf Zustimmung gestoßen, ein Vergleich der nicht gezogen wurde. Alles in allem handelt es sich um eine anregende, auch Widerspruch provozierende Publikation, auf die hier leider nur punktuell eingegangen werden konnte.

*Evemarie Badstübner*

**Leo und Leopoldine Kuntz, Götz und Hannelore Dieckmann (Hrsg.): Albert Kuntz: „Liebste Ellen…" Briefe aus dem Gefängnis, Zuchthaus und KZ 1933 bis 1944,** Karl Dietz Verlag, Berlin 2005, 309 S.

Der Band ist dem Andenken an einen Kommunisten und Antifaschisten und dessen Frau gewidmet. Sein besonderer Wert liegt darin, daß erstmals eine solche Anzahl von Briefen (insgesamt 238) aus fast 12 Jahre währender faschistischer Kerkerhaft veröffentlicht wird – ein einmaliges Zeitdokument. Albert Kuntz – sein Sohn Leo ist einer der Herausgeber – gehörte, bis er im März 1933 den deutschen Faschisten in die Hände fiel, zu den führenden Funktionären der KPD und hatte in Berlin Ende der 20er Jahre Goebbels mit Aufsehen erregenden Reden Paroli geboten, was naturgemäß die Rachsucht der Nazis ihm gegenüber besonders groß werden ließ. Seine Briefe an seine Frau Ellen aus den verschiedensten Haftanstalten und KZ vermitteln ein tiefen Eindruck von seinen großen physischen und seelischen Leiden, denen er dort ausgesetzt war, bezeugen seine tiefe Liebe zu seiner Frau, zu seinem Sohn und zu allen, die er als die Seinen betrachtete, seine große Charakterstärke und

Menschlichkeit. Beeindruckend, wie Albert Kuntz unter diesen Bedingungen sich auch mit den politischen Ereignissen außerhalb des Konzentrationslagers auseinandersetzte.
Albert Kuntz hat sich im faschistischen Kerker niemals gebeugt und niemanden seiner Kampfgefährten – selbst unter Folter nicht – verraten. Vor allem im KZ Dora leitete er den Widerstand mit ausländischen Häftlingen unterschiedlicher politischer und religiöser Richtungen gegen die dort erfolgte geheime Rüstungsproduktion von A4-Raketen, den späteren „V-2"-Waffen. Im Januar 1944 wurde Albert Kuntz zu Tode gefoltert.
Der Band enthält ein Vorwort von Leopoldine Kuntz und Götz Dieckmann zur Einordnung von Albert und Ellen Kuntz in ihre Zeit sowie eine Nachbemerkung von Götz Dieckmann über das ihm vermittelte Bild über Albert Kuntz von dessen überlebenden Kampfgefährten sowie über den Prozeß gegen die faschistischen Mörder aus dem KZ Dora. Er verdeutlicht an diesem Beispiel, daß die deutschen Kommunisten im Kampf gegen die faschistische Barbarei an vorderster Front standen und welch hohen Blutzoll sie dabei leisteten.

*Rainer Holze*

**Arbeitsgemeinschaft „Sowjetische Gräber und Ehrenmale in Deutschland" (Hrsg.): Sowjetische Gräberstätten und Ehrenmale in Ost-deutschland heute**, Wostok Verlag, Berlin 2005, 192 S., Abb.

Bei ihrem Abzug aus Deutschland 1991 bis 1994 hinterließen die Truppen der Sowjetunion bzw. Rußlands in Ostdeutschland etwa 850 militärhistorische Gedenkstätten und Friedhöfe, auf denen ca. 420.000 Bürger der ehemaligen UdSSR, größtenteils Militärangehörige, ihre letzte Ruhestätte gefunden haben. Das Buch wendet sich mit einer kritischen Bestandsaufnahme zur Situation, Beschaffenheit und Bestandsperspektiven dieser sowjetischen Gräberstätten und Ehrenmale an die Öffentlichkeit.
Zunächst wird der Ursprung dieser Anlagen in Ostdeutschland im Gefolge des Zweiten Weltkrieges und ihr Platz in der demokratischen und humanistischen Gedenkkultur des deutschen Volkes verdeutlicht und auf die deutsche Verantwortung für Bestand, Erhaltung und Pflege nach 1990 (Grundlagen, politisch-moralische, rechtliche und denkmalpflegerische Aspekte) verwiesen. Dann wird die heutige Bestandssituation und Beschaffenheit im Spannungsfeld zwischen völkerrechtlicher Verpflichtung, restaurativen Geschichtsrevisionismus, föderalistischem Kompetenzgerangel und kapitalistischer Bodenspekulation umrissen und die Erhaltung, Pflege und verantwortungsbewußte Integration dieser Anlagen in die deutsche Denkmalpflege und Erinnerungskultur als wichtiges kulturelles Anliegen für Frieden und Völkerverständigung begriffen.
Dem knappen Text (38 S.) folgt ein großer Bildteil (schwarz-weiß, 104 S.), der mit ca. 210 Fotos und entsprechendem Text den heutigen Zustand der Anlagen repräsentativ dokumentiert. Neben

Verfall und Mißachtung werden vielfach Renovierungen, Pflege und Achtung deutlich.
Ein Dokumentenanhang bringt neben Karten und Statistiken die für die Thematik relevanten Befehle der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) und Abkommen zwischen der BRD und der UdSSR bzw. Rußland.
Die beeindruckende, aufschlußreiche Publikation will um Interesse und Engagement für den oft notwendigen Schutz, den Erhalt und die Pflege der sowjetischen Gräberstätten und Ehrenmale, die es auch – weitgehend unbekannt – in Westdeutschland gibt, werben und zu erkundenden und besinnlichen Besuchen dieser Erinnerungs- und Gedenkstätten anregen. Dieser Fürsprache und Anregung sollte man folgen.

*Horst Schützler*

**Michael Klundt (Hrsg.): Ein Untergang als Befreiung. Der 8. Mai und die Folgen** (= Neue Kleine Bibliothek, Bd. 102), PapyRossa Verlag, Köln 2005, 268 S.
**Conrad Taler: Der braune Faden. Zur verdrängten Geschichte der Bundesrepublik** (= Neue Kleine Bibliothek, Bd. 103), PapyRossa Verlag, Köln 2005, 239 S.

Auch 60 Jahre nach Kriegsende scheiden sich an diesem Ereignis die Geister: Befreiung, Kapitulation und/oder Untergang? Was aber dominiert, was bestimmt über den Umgang mit Vergangenheit und Zukunft? Die beiden von den Siegermächten etablierten Nachfolgestaaten des Dritten Reiches hatten ihre je eigene Sicht entwickelt. Im Osten die alsbald uneingeschränkte Identifizierung mit Antifaschismus und Siegermacht Sowjetunion; im Westen der Zwiespalt zwischen Reichsnachfolge und, notgedrungen, aus Einsicht übernommenem demokratischen Anspruch der westlichen Sieger. Überlagert wurde dies hüben wie drüben von der herzlichen Abneigung gegen den Konterpart. Immerhin, auch die Bundesrepublik schien nach 40 Jahren zu begreifen, so ihr Präsident Richard von Weizsäcker 1985, daß es wohl doch ein Tag der Befreiung, der Chancen war. Heute gibt es wieder *ein* Deutschland und diese Einsicht weicht neuen, eher nationalistischen Wertungen: Krieg und Niederlage werden personalisiert und emotionalisiert; die Siegermacht Sowjetunion diskreditiert; der Sieg im Westen ausgemacht; *vor allem* – und das zu Lasten sowohl der Roten Armee wie der Westalliierten und Osteuropas – die Deutschen als Opfer herausgestellt.
Der Historiker K. verteidigt gegen Umwertung, Banalisierung und Manipulation kritische Geschichtsschreibung. In der „Erinnerungsschlacht“ um den 8. Mai sucht er jene Wahrheiten festzuhalten, die in der aktuellen Erinnerungskultur und -politik durch die vorherrschenden konservativen Kräfte im Interesse deutscher Machtinteressen ausgeblendet werden und in der auch offiziell verpönte extrem rechte Sichten hoffähig werden. In seinen Ausführungen zum Platz der Totalitarismusdoktrin macht er deutlich, daß die mit ihr verbundene Umdeutung die Verteidigung Nazideutschlands zur Verteidigung des Abendlandes gegen

den stalinistischen/kommunistischen Totalitarismus stilisiert. Die Anti-Hitler-Koalition, das Bündnis der Westmächte, der „Demokratien", mit dem Diktator Stalin wird so ad absurdum geführt. Das Buch vereint Analysen mit Erinnerungen von Zeitzeugen, für die der 8. Mai auch schon 1945 ein Tag der Befreiung war – sei es, daß sie dem KZ entrannen (Esther Bejarano), als Soldat überlebten (Hermann Kant) oder als deutsche Kämpfer der Anti-Hitler-Koalition ihren Beitrag für den Sieg und die Befreiung ihres Vaterlandes geleistet haben (Peter Gingold, Gerhard Leo, Werner Knapp, Stefan Doernberg, Hanna Podmachyna). Die Analysen von Gunter Judick zu Faschismus, Anpassung und Widerstand sowie Kurt Pätzolds zu D-Day und Befreiungstag geben dazu den Rahmen. Hanna Behrend schreibt zur Vergangenheitsbewältigung in DDR und BRD, Gerhard Stuby und Jörg Wollenberg zu den Kontinuitäten (west-) deutscher Politik und der schrittweisen Wiedergewinnung nicht nur der wirtschaftlichen, sondern auch der politischen wie geistigen Führungskraft des deutschen Imperialismus.

So liegt es auch nahe, daß der Verlag zeitgleich Arbeiten von T., eines kritischen westdeutschen Journalisten, aus der Zeit zwischen 1968 und der Gegenwart wieder zugänglich macht. „Der braune Faden", sein Titel, verweist auf das zentrale Anliegen, die Kontinuität deutscher Politik offenzulegen. Die wurde auch nach dem Tag der Niederlage und der Befreiung nicht unterbrochen, nur modifiziert und fand im Kalten Krieg ihre antitotalitäre Rechtfertigung. T., Jahrgang 1927, mahnt als Zeitzeuge und Chronist: „Niemand sollte glauben, ein solcher Amoklauf könne sich niemals wiederholen. Was seit einigen Jahren unter dem Signum des Kampfes gegen den Terrorismus geschieht, ähnelt gelegentlich durchaus jenem irrationalen Verhalten, das unter der Ägide eines zur Staatsdoktrin erhobenen Antikkommunismus gang und gäbe war. Und wenn es den Konservativen in den Kram paßt, werden sie die antisozialistischen Affekte, die der deutsche Spießbürger mit der Muttermilch zu sich nimmt, jederzeit bedenkenlos reaktivieren." *Stefan Bollinger*

**Anton Ackermann. Der deutsche Weg zum Sozialismus. Selbstzeugnisse und Dokumente eines Patrioten.** Hrsg. von Frank Schumann**,** Das Neue Berlin Verlagsgesellschaft m.b.H, Berlin 2005, 286 S., Abb.

Anläßlich der 100. Wiederkehr seines Geburtstages am 25. Dezember 2005 erfuhr Anton Ackermann die würdigende Aufmerksamkeit linker Politiker und Intellektueller, die er sich im Alter so sehnlich gewünscht hatte. Verbittert und resigniert hatte er nur noch gehofft, daß die Geschichte „früher oder später ihr gerechtes Urteil sprechen wird – durch die Marxisten-Leninisten, die nach uns kommen" (S.73).

Das Anliegen von Sch. geht in diese Richtung. Eine streng wissenschaftlich strukturierte und urteilende Biographie kam allerdings mit diesem ersten umfänglicheren Versuch nicht zustande, vielmehr eine Collage (ein „Puzzle", so Sch.) aus autobiographischem Materi-

al, Redemanuskripten, Artikelausschnitten, Zeitzeugenaussagen, verbindenden Kommentaren des Herausgebers sowie Fotografien von beachtlichem Neuigkeitswert. Der Band ist grob unterteilt in die Abschnitte „Biographisches“, „Selbstzeugnisse“ und „Zeugnisse Dritter“. Inhaltliche Kriterien, die die Auswahl der abgedruckten Quellenauszüge und Dokumente begründen, werden nicht genannt. Darüber hinaus erschwert der Verzicht auf eine einleuchtende sachlich-chronologische Ordnung deren Erschließung. Inhaltsverzeichnis und Text stimmen ab S. 212 nicht überein, da einzelne Unterabschnitte gestrichen, dafür andere aufgenommen wurden. Die Kommentare sind von unterschiedlicher Qualität. Neben informativen Ausführungen finden sich rechtfertigende Passagen, in denen der Herausgeber eigene Probleme und Vorurteile abarbeitet (z. B. S. 16/17), sowie manche fehlerhafte Angabe. 345 Akteneinheiten wurden gesichtet, die die Bearbeiter (Recherchen: E. Ittershagen) offenbar mit einer solchen Fülle an Aussagen konfrontierte, daß ein kritisch abwägender und wissenschaftlich distanzierter Blick auf Person, Sachverhalte und Zeitumstände in vieler Hinsicht noch nicht gelang. Schließlich widerspiegeln Leben, Wirken und Selbstverständnis dieses Mannes, der als Eugen Hanisch geboren wurde, sich aber auch Willi, Gaston, Pedro und Peter nannte oder Artikel mit A. Feldner unterzeichnete, um nach 1945 endgültig den Parteinamen Anton Ackermann beizubehalten, geradezu exemplarisch Glanz und Elend der kommunistischen Bewegung im 20. Jahrhundert.

Ackermanns Aufstieg vom erzgebirgischen Strumpfwirker und linken Jugendfunktionär in den inneren Führungszirkel der KPD und den Komintern-Apparat zeugt von seinen intellektuellen Fähigkeiten, von Bildungshunger und Führungskompetenz, von Mut, aber auch Ehrgeiz, rigider Selbstdisziplinierung und Selbstverleugnung. Seine Leistungen im Widerstand, seine politische Tätigkeit als Illegaler in Berlin, als Emigrant in Prag und Paris, nicht zuletzt seine organisatorischen Bemühungen und seine antifaschistische Aufklärungsarbeit beim Sender Freies Deutschland und beim Nationalkomitee Freies Deutschland während der sowjetischen Emigration, die das Buch in einigen Aspekten vorstellt, verdienen großen Respekt.

Für die Zeit nach 1945 ist sein Name untrennbar mit dem Konzept vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ (Einheit, 1/1946) verbunden, wie auch der Buchtitel signalisiert. Dieser gesellschaftspolitische Neuansatz, der eine Absage an dogmatisch-stalinistische Strategien bedeutete und eine Brücke zu sozialdemokratischem Denken schlug, orientierte auf den friedlichen und vor allem demokratischen, langfristig anzugehenden Übergang zum Sozialismus im industriell hochentwickelten Deutschland und bildete in den ersten Nachkriegsjahren die (auch von Stalin akzeptierte) Grundlage für die Politik der SED. Daß Ackermann diesen z. T. schon in der sowjetischen Emigration vorgedachten Neuansatz, an dessen Ausarbeitung er besonderen Anteil hat-

te, auch am überzeugendsten vertrat und zu Papier brachte, sollte ihm zum Verhängnis werden, als die sowjetische Führung mit ihrem Angriff auf die „nationalistischen“ Abweichungen Jugoslawiens eine schroffe Kehrtwendung vollzog. Ein entsprechender Beschluß des SED-Parteivorstandes löste heftige Auseinandersetzungen mit ihm aus, die letztlich zu seiner demütigenden Selbstdemontage („falsche, faule und gefährliche Theorie“; S.209) führten. An der erzwungenen Rolle als alleiniger Sündenbock und der damit verbundenen Abwertung seiner Verdienste hat Ackermann außerordentlich gelitten (S. 72) und bis zu seinem Tode auf öffentliche Klarstellung gehofft. Hierzu bietet das Buch neues, beklemmendes Material (S.71ff. sowie Gespräch mit Erich Honecker 1972, S.73ff.), aus welchem auch zu ersehen ist, daß der Parteiveteran Ackermann weiter über Wege zum Sozialismus nachdachte (S.212). Es ist aber schwer zu verstehen, daß die diesbezüglichen Aussagen und Materialien verstreut und aus dem Zusammenhang gerissen präsentiert werden und Ackermanns theoretisch-konzeptionelle Ausarbeitungen und Gedanken zum Thema im Abschnitt „Selbstzeugnisse“ unter ferner liefen eingeordnet sind. Warum wurde ein Auszug aus einer sog. Originalfassung abgedruckt, aber nicht der autorisierte Einheit-Artikel? Fragen wirft auch auf, daß Ackermann vorrangig als „deutscher Patriot“ offeriert wird. Sein Bezugspunkt war aber die „historische Mission der Arbeiterklasse“, der er unter den besonderen Bedingungen Deutschlands zum Durchbruch verhelfen wollte, allerdings einer gedachten fortschrittlichen, kämpferischen Arbeiterklasse, die so in der Realität nicht existierte. Das Verhältnis der Linken zur Nation ist zudem in seiner Historizität zu sehen und läßt sich nicht mit einfachen Formeln beschreiben.

Ackermann, dem Machtspielchen und Rituale der Geheimniskrämerei, aber auch innerparteiliche Zänkereien und Richtungskämpfe nicht fremd waren, überlebte die erste Maßregelung noch relativ gut. Er erhielt sogar heikle Aufgaben wie den Aufbau des Auslandsgeheimdienstes der DDR, aus dem er freiwillig ausschied, weil er mit seinem paranoiden sowjetischen Berater im Dauerclinch lag (Markus Wolf, S.277ff.). Endgültig verlor er seine Parteiämter nach dem 17. Juni 1953, da er sich den Kritikern Walter Ulbrichts zugesellt hatte. Dennoch wurde er nicht verhaftet wie Fechner oder später Janka und Harich, sondern in vermeintlich unwichtigere, aber mit Weisungsbefugnissen ausgestattete Funktionen im Kulturbereich abgeschoben. Schließlich war er bereits in den 40er Jahren kulturpolitisch tätig und hatte u. a. bedeutsame Ausführungen zur Kulturkonzeption von KPD/SED gemacht, die selbst alltagskulturelle Problemstellungen einschlossen. Seine späteren kulturpolitischen Verlautbarungen enthalten aller-dings harsche und bestürzende Fehleinschätzungen von Filmen und Büchern. So bezeichnete er u.a. Konrad Wolfs Film „Sonnensucher“ als größten Fehlschlag, den die DEFA in ihrer Existenz aufzuweisen hatte (S.233). Dogmatisch-begrenzte Sichtweise oder widerspruchsloses Funktionieren? We-

nige Jahre später äußerte der 1956 Rehabilitierte immerhin in einem Vieraugen-Gespräch „maßvolle“ Zustimmung zur Kritik an den kunstfeindlichen Beschlüssen des 11. Plenums (Fritz Klein, S. 282ff.).

Fazit: Die wissenschaftliche Biographie Ackermanns, die auch Auswertung sowjetischer Quellen und des Komintern-Archivs verlangt, muß noch geschrieben werden. Viele Fragen sind ungeklärt – etwa seine Sicht auf Stalin oder den XX. Parteitag der KPdSU bzw. die sowjetische Sicht auf ihn, sein Verhältnis zur Sozialdemokratie, sein kulturpolitisches Wirken u.ä.

Dem historisch vorgebildeten Leser vermittelt der vorliegende Band trotz all seiner inneren Unordnung ein facettenreiches Bild von Anton Ackermann, dem in der alten KPD sozialisierten Parteisoldaten und in stalinistischen Strukturen gewachsenen Spitzenfunktionär, aber zugleich kritischen „analytischen Kopf“ (Ernst Melis, S. 253), dem psychisch angeschlagenen, tief verletzten und verunsicherten Neudenker, dem Vater und problematischen Ehemann dreier sehr unterschiedlicher Frauen, dem Kettenraucher und kranken Menschen, der seinem Leben 1973 eigenhändig ein Ende setzte.

*Evemarie Badstübner*

**Hans Modrow/Hans Watzek (Hrsg.): Junkerland in Bauernhand. Die deutsche Bodenreform und ihre Folgen,** Verlag Edition Ost, Berlin 2005, 256 S.

Die Lösung der Agrarfrage nach 1945 in Ostdeutschland war die erste große Nachkriegsreform und bleibt auch heute ein markantes Ereignis für die Beurteilung der damaligen politischen Entwicklung in Deutschland. Dies wird im vorliegenden Sammelband und in analogen Darstellungen der Geschichtswissenschaft widergespiegelt. Die Bodenreform galt in der DDR als die wohl größte revolutionäre Bewegung auf dem Lande seit der Zeit des großen deutschen Bauernkrieges von 1525. An dieser Einschätzung sind auch heute keine wesentlichen Abstriche zu machen.

Der Band umfaßt 23 Beiträge von Politikern und Wissenschaftlern, von Aktivisten und Betroffenen. Ein großer Gewinn der Publikation besteht darin, daß zum einen viele Autoren frühere Zeitzeugen, Akteure, Sieger oder auch Verlierer dieser großen Agrarumwälzung waren, und zum anderen ausgewiesene Historiker dieses Ereignis wissenschaftlich analysieren. Zur ersten Gruppe gehören vor allem Hans Modrow, Hans Watzek, Lothar de Maizière, Bruno Kiesler, Bernhardt Quandt, zur anderen die Historiker Rolf Badstübner, Joachim Mai, Siegfried Kuntsche u.a. Es gibt hier aber auch konträre Einschätzungen, z. B. vom Freiherrn von Heeremann, der diese Vorgänge als „schreiendes Unrecht“ bezeichnet.

Überzeugend ist der umfangreiche Beitrag von W., dem DDR-Landwirtschaftsminister der Jahre 1989/90, der eine solide Einschätzung über die wirtschaftliche, politische und juristische Entwicklung der Landwirtschaft in Ostdeutschland von der Bodenreform 1945 bis zur skandalösen juristischen

Enteignung von Bodenreformgrundstücken im Sommer 2005 gibt. Er macht deutlich, daß die Bodenreform in Übereinstimmung mit den Siegermächten ein wichtiger Beitrag zur Demilitarisierung, Entnazifizierung, Demokratisierung und auch Dekartellisierung Deutschlands war, eine Maßnahme von „oben" und „unten", die ein Drittel der land- und forstwirtschaftlichen Fläche im Osten einbezog, so daß über 210.000 Neubauernstellen geschaffen werden konnten (S.20f.). Hinsichtlich der Bestrebungen der Alteigentümer nach 1990, die Ergebnisse der Bodenreform von 1945 als ungültig zu erklären, wurde vom Autor auf die Tatsache verwiesen, daß der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Juni 2005 die damalige Entscheidung, Junkerland in Bauernhand zu geben, für rechtens befand (S.43; siehe auch Weigelt, S.15ff.).

Auch andere Autoren begründen, daß viele Junker und Großgrundbesitzer bis 1945 eine systemtragende Schicht des Naziregimes und der Kriegführung waren, so daß die Bodenreform in Ostdeutschland eine der elementaren Maßnahmen zur antifaschistischen Vergangenheitsbewältigung darstellte und wegen der allseits großen Not diese grundlegenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Reformen dringend notwendig waren.

Sehr informativ und beeindruckend ist der umfangreiche Beitrag von Frank Schumann über Edwin Hoernle (1883-1952), der in der Weimarer Republik der kundigste Agrarpolitiker der KPD war, während der sowjetischen Emigration im Moskauer Internationalen Agrarinstitut sowie im dortigen Weltwirtschaftsinstitut arbeitete und nach 1945 maßgeblich an der Durchsetzung der demokratischen Bodenreform mitwirkte. Es bleibt ein Desiderat, so der Autor, über Edwin Hoernle eine seriöse Biographie zu schreiben.

Das Wirken der sowjetischen Militärverwaltung und ihre Zusammenarbeit mit deutschen Antifaschisten bei der Vorbereitung und Durchführung der Bodenreform in Mecklenburg-Vorpommern 1945/46 analysiert Joachim Mai. Er macht hier u. a. deutlich, daß ein z. T. noch immer unbefriedigender Forschungsstand auch auf beschränkte Möglichkeiten, Dokumente und Materialien aus Archiven der sowjetischen Besatzungsmacht heranzuziehen, zurückzuführen ist. Sie würden klären helfen, welche Rolle die „Übertragung stalinistischer Methoden" während der Bodenreform spielte (S.135). Dieser Gedanke ist auch ein Gegenstand im Beitrag von Rolf Badstübner, der hinsichtlich Stalinscher Politik ebenfalls auf das „Wie" der Bodenreform, auf ungenügende Vorbereitung, auf unnötige Härten und überstürzte Aktionen verweist (S.88).

In einigen Beiträgen befassen sich solche Autoren wie Georg Moll und Bernhard Quandt mit der Landnot der Bauern, mit der Rolle der Rittergüter – sie besaßen Ende des 19. Jh. in Mecklenburg fast 88 Prozent des Bodens –, mit dem „Bauernlegen" und mit Reformansätzen im 19. und 20. Jh. Daran konnte der Autor Siegfried Kuntsche in seinem umfangreichen und gut belegtem Aufsatz über die Bodenreform „in einem Kernland des Groß-

grundbesitzes“, eben in Mecklenburg, als dem damals ärmsten Land, anknüpfen. Hier wurden mit der Bodenreform 2.199 Güter enteignet – kirchliches Bodeneigentum blieb unangetastet –, so daß über 77.000 Neubauernstellen mit durchschnittlich 9,5 Hektar für über 135.000 Familienangehörige eingerichtet werden konnten (S.106). Der Autor macht deutlich, daß dieser Prozeß bei aller Grundübereinstimmung nicht ohne Auseinandersetzungen zwischen den demokratischen Parteien verlief, nicht zuletzt durch Druck der KPD bzw. SED und der sowjetischen Besatzungsmacht, zumal ihnen dies im ärmeren Mecklenburg leichter und notwendiger erschien als in den mehr industrialisierten Gebieten (vgl. S.114ff.).
Auch andere Beiträge des wertvollen Buches, z. B. über Bodenreformwald und über die Agrarfrage in Lateinamerika, bieten eine Fülle bemerkenswerter Sachverhalte und eine solide Beweisführung für die historische und politische Notwendigkeit, solche demokratischen Umwälzungen durchzuführen. Hatte die Bodenreform 1945/46 ihre besondere Bedeutung darin, einen Teil der sozialökonomischen Wurzeln des bis dahin besonders aggressiv-kriegerischen Deutschlands zu zerschlagen, so spielten und spielen heute ähnliche Reformen in vielen Ländern auch für andere Wirtschaftszweige und für die Gestaltung demokratischer Gesellschaften eine wichtige Rolle.

*Claus Remer*

**Renate Hürtgen: Zwischen Disziplinierung und Partizipation. Vertrauensleute des FDGB im DDR-Betrieb,** Böhlau-Verlag, Köln-Weimar 2005, 353 S.

Die Geschichte der DDR wird meist aus der Perspektive der damaligen Machthaber erzählt. Allerdings brach die Herrschaft der SED nicht einfach an ihren inneren Widersprüchen zusammen. Der Abtritt der Staatspartei wurde im Herbst 1989 durch eine demokratische Massenbewegung erzwungen. Wie konnte das Herrschaftssystem der SED jahrzehntelang funktionieren?
Am Beispiel der Geschichte der „Vertrauensleute“ in der DDR versucht H. eine mögliche Antwort zu geben. Der Vertrauensmann oder später immer öfter die Vertrauensfrau bekleidete eine ehrenamtliche Funktion auf der untersten Ebene des FDGB. Der FDGB, in dem fast alle Beschäftigten der DDR organisiert waren, war ein Herrschaftsinstrument der SED im Betrieb. Keine moderne Diktatur – auch nicht die in der DDR – könne ihre Herrschaft und den notwendigen gesellschaftlichen Wandel allein auf Repressionsmechanismen aufbauen, sondern muß gewisse Integrationsversuche unternehmen. Ein solcher Einbindungsprozeß funktioniere nicht ohne ein Mindestmaß an Partizipation, so die Annahme der Autorin.
Die Darstellung der Rolle der Vertrauensleute erfolgt über drei zentrale Aspekte. Es wird gefragt: nach dem Verhältnis von Disziplinierung und Partizipation, nach der Stellung des ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionärs in

der betrieblichen Herrschaftshierarchie und inwiefern sich das traditionelle Verhalten der Belegschaften über die Zeit veränderte und welche Rolle dabei die Vertrauensleute spielten? Die Autorin hat dafür eine Vielzahl von gedruckten und ungedruckten Quellen ausgewertet sowie Interviews mit ehemaligen Vertrauensleuten durchgeführt. Der Aufbau der Arbeit ist in drei historische Abschnitte unterteilt: die 1950er und 1960er Jahre, die 1970er und 1980er Jahre sowie die Wendezeit 1989/90.

Das erste Kapitel beschreibt anhand ausgewählter Problemfelder, wie in der Nachkriegszeit für die Errichtung der Parteiherrschaft selbstorganisierte Belegschaftsinitiativen beseitigt wurden. Stattdessen entstand eine quasi „gelbe" Staatsgewerkschaft, die im Parteiinteresse agieren sollte. Für deren Funktionäre zählte als Auswahlkriterium nicht eine „gute" Gewerkschaftstradition, sondern die „Anpassung an das neue System". Der zweite Teil des Kapitels behandelt die wirtschaftlichen Modernisierungsversuche der 60er Jahre. Das Scheitern des „Neuen Ökonomischen Systems" war der Autorin zufolge nicht nur durch die Grenzen einer zentralistisch regelten Staatswirtschaft vorgezeichnet. Auch eine Belegschaftsbeteiligung, die für wirtschaftliche Reformprozesse auf betrieblicher Ebene eine Voraussetzung gewesen wäre, habe gefehlt.

Den eigentlichen Hauptteil des Buches bildet das Kapitel 2. Mit den 1970er und 1980er Jahren wird der Zeitraum behandelt, in dem die Beschäftigten die Erfahrungen sammelten, mit denen sie in das Jahr 1989 gingen. Nach H. ist diese Zeit als sehr widersprüchlich zu charakterisieren. Einerseits kam es zu einer zunehmenden Militarisierung und Überwachung der DDR-Gesellschaft. Andererseits gab es in den 1970er Jahren im sozialen Bereich einige Verbesserungen. Die Zeit der Experimente wäre allerdings vorbei gewesen, die „DDR-Gesellschaft hatte sich in diesem Sinne ‚normalisiert'" (S.100). Die zentralen Fragen, die in diesem Kapitel behandelt werden, sind: Welche Rolle spielte in dieser Zeit der Vertrauensmann in der Gewerkschaftsarbeit, im betrieblichen Überwachungssystem der Staatssicherheit und bei den weitgehend nicht öffentlichen Konfliktlösungsstrategien?

Kurz und allgemein kann darauf geantwortet werden: kaum eine. Die Vertrauensleute besaßen in der betrieblichen Hierarchie eine geringe Bedeutung, auch wenn in den späten 80er Jahren versucht wurde, sie zur Disziplinierung der Kollegen heranzuziehen. Allgemein kann man den Vertrauensmann der späten DDR als unpolitisch charakterisieren. Zum „Unpolitischen" gehörte allerdings auch, daß der Anteil der Vertrauensleute mit SED-Mitgliedschaft seit den 50er Jahren fiel. Wenn sich Vertrauensleute als Funktionäre verstanden, dann eher als „'Kulturfunktionäre' ihres kleinen Belegschaftskollektivs, in dem sie für eine harmonische Atmosphäre sorgen wollten" (S.190). Von den vier Typen von Vertrauensleuten, die H. zu bestimmen versucht, gibt es nur einen, der sich am Rande der offiziellen Gewerkschaftsfunktion für die Mitglieder einsetzt und deswegen mit betrieblichen und gewerkschaftlichen Leitun-

gen in Konflikt gerät. Als andere Typen macht sie einen überforderten Vertrauensmann, den nur für sein Kollektiv zuständigen Funktionär und den Vertrauensmann als rechte Hand des Chefs aus.
Vom betrieblichen Aufbruch des Herbstes 1989, der abschließend betrachtet wird, fühlte sich die Mehrzahl der Vertrauensleute überrollt. Eine Minderheit spielte eine vorwärtstreibende Rolle und wurde zum echten Ansprechpartner der Beschäftigten.
Das Buch von H. ist mehr als eine Geschichte des Vertrauensmannes. Sie schildert am Beispiel der Staatsgewerkschaft FDGB die gesellschaftliche Situation auf der untersten Ebene einer Massenorganisation in der DDR. Zugleich bietet das Buch Einblick in zentrale, bisher zu wenig erforschte Seiten des Betriebsalltages, insbesondere des Konfliktverhaltens der Arbeiterschaft. *Olaf Klenke*

**Karin Aleksander: Frauen und Geschlechterverhältnisse in der DDR und in den neuen Bundesländern.** Eine Bibliographie im Auftrag des Zentrums für transdisziplinäre Geschlechterstudien an der Humboldt-Universität zu Berlin, trafo verlag, Berlin 2005, 578 S.

Wer sich über ostdeutsche Frauen in Vergangenheit und Gegenwart umfassend informieren will, wird in diesem äußerst fleißig recherchierten Werk so gut wie alles, was er sucht, finden.
Die promovierte Philosophin und wissenschaftliche Bibliothekarin A. hat das umfängliche Material den Lesern auch sehr handhabbar aufbereitet. Sie ordnete es systematisch und innerhalb dieser Bezüge chronologisch. In dreizehn Abschnitten bietet sie bibliographische Angaben über Darstellungen allgemein zeitgeschichtlicher Themen, über Frauenpolitik und Frauenoppositionsbewegung, Recht, Erwerbs- und Berufstätigkeit, Sozialisation, soziale Problemlagen (soziale Lage, Armut, Gewalt u.a.), Bildung und Ausbildung, Familie, Partnerschaft, Reproduktionsarbeit, Körper und Psyche, Frauen- und Geschlechterforschung, Feminismus, Kultur, Kunst, Medien, Literatur, Hochschule und Wissenschaft). Das Material umfaßt 6341 Arbeiten aus der Periode von 1989 bis 2003/2004. Die Verfasserin stützt sich auf die Datenbank der Bibliothek des Zentrums für transdisziplinäre Geschlechterforschung an der Humboldt-Universität und auf elf weitere Bibliographien; zwei von diesen sind Internetbibliographien.Auch Autoren-, Personen- und Sachregister sowie ein Abkürzungsverzeichnis fehlen nicht. Da die Werke auch unselbständige Arbeiten umfassen, wäre eine Liste der genutzten Zeitschriften von Nutzen gewesen.
Es versteht sich, daß man in einem solchem Kompendium stets bestimmte Bücher vermißt. Dennoch wäre die Einbeziehung solcher Periodika aus der Wendezeit wie des Info-Blatts des Unabhängigen Frauenverbands (UFV) oder der Zentraleinrichtung Frauenstudien und Frauenforschung an der Freien Universität Berlin und anderer Periodika dieser Zeit wünschenswert gewesen. Ersteres begleitete den Auf- und Abstieg des UFV und spiegelte

auch die damaligen Kontroversen sehr unmittelbar wider. Das andere Info-Blättchen bietet Informationen über den ebenfalls kurzlebigen Arbeitskreis wissenschaftlich und künstlerisch tätiger Frauen, an dem Angehörige der Humboldt-Universität und der Freien Universität beteiligt waren.
Positiv einzuschätzen ist, daß die bibliographischen Angaben auch Bezüge zu Jugendlichen, MigrantInnen, Rechtsextremismus, Homosexualität und andere Themen umfassen und nicht auf reine „Frauenthemen" begrenzt sind.
Man wünschte sich ein analoges bibliographisches Werk zu Frauen in West-deutschland, allein schon deshalb, damit nicht nur das „Andere", die „eigenartigen Schwestern" kritisch betrachtet werden kann, sondern auch das dominante westdeutsche Frauenbild im Wandel der Zeiten. Nur so könnten die Konflikte zwischen West- und Ostfrauen gründlich und gleichwertig untersucht und analysiert werden.

*Hanna Behrend*

**Jens Schöne: Frühling auf dem Lande? Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft**, Christoph Links Verlag, Berlin 2005, 332 S.

Das vorzustellende Buch ist die vom Autor geringfügig überarbeitete Dissertation, die er als Stipendiat der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur 2004 vor dem Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften der Freien Universität Berlin verteidigt hat. In chronologischer Vorgehensweise legt der Autor zunächst die bereits im Moskauer Exil begonnenen agrarpolitischen Nachkriegsplanungen der KPD dar. Sie fanden ihren Ausdruck im Aufruf vom 11. Juni 1945. Dieser sah neben der Entmachtung des Monopolkapitals, der Junker und Militaristen zugleich die Wiederherstellung demokratischer Rechte und Freiheiten vor. Wie S. feststellt, verzichtete die KPD damit vorerst auf die Übernahme des sowjetischen Modells. Andererseits behielt die Partei stets das agrarpolitische Programm des Marxismus-Leninismus fest im Blick, das von der Notwendigkeit einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel und einem stufenweisen Übergang zur sozialistischen Großraumwirtschaft ausging.
Im ersten Kapitel zeichnet der Autor diesen Entwicklungspfad als logische Folge der Agrarpolitik der KPD/SED nach. Er beschreibt „jene Entwicklungsstränge, die für die Vergenossenschaftlichung" herausragende Bedeutung erlangen sollten. Das waren die auf Geheiß der sowjetischen Hegemonialmacht durchgesetzte Bodenreform (S.43), mit der die KPD in erster Linie politische Ziele verfolgte, die Folgeprobleme der Reform, wie u. a. die Not der Neubauernwirtschaften und den zunehmend forcierten Klassenkampf auf dem Lande. Im Ergebnis ihrer „verfehlten" Agrarpolitik sah die SED-Führung in der Kollektivierung „einen zwingend notwendigen Befreiungsschlag" (S.72).
Im zweiten und dritten Kapitel behandelt S. die beiden „Kollektivierungsschübe": 1952/53 und 1958-1960. Die Grundsatzentscheidung fiel 1952 in Moskau, ihre Umsetzung oblag der SED. An zwei Beispielen, die er als ge-

gensätzliche handlungsleitende Präzedenzfälle bezeichnet, demonstriert der Autor den Werdegang zweier LPG im Kreis Seelow: Die von Neubauern gegründete „Muster"-LPG in Worin, die wegen ihrer Vorreiterrolle umfangreiche Förderungen genoß, und die gegen eine starke bäuerliche Opposition gebildete LPG in Friedrichsaue. Sie ist für S. Symbol eines inszenierten Klassenkampfes. Obwohl der Autor zugesteht, daß Neubauern durchaus freiwillig eine Genossenschaft gründeten, bringt er hierfür keine Beispiele. Auch verzichtet er völlig auf die Methode der oral history, die als Korrektiv vorgefaßter Meinungen hätte dienen können.

Einen agrarpolitischen Strategiewechsel hin zur Forcierung der Kollektivierung sieht S. bereits Ende August 1952. Hand in Hand damit sei eine Verschärfung des Klassenkampfes insbesondere gegen Großbauern gegangen. Auf die sich daraus im Frühjahr 1953 zuspitzende Krise habe die UdSSR mit einem Stopp der Kollektivierung geantwortet. Dem folgte die SED-Führung nur widerwillig. Wie der Autor feststellt, verfehlte der von der SED verkündete „Neue Kurs" die beabsichtigte herrschaftsstabilisierende Wirkung. In etlichen Dörfern sei es sogar noch früher als in den Städten zu Unruhen gekommen. Mit deren Niederschlagung sieht S. den ersten Kollektivierungsschub als beendet an.

Die Zeit bis 1958 behandelt der Autor nur kursorisch. Richtig stellt er fest, daß es der SED nun vor allem um die Konsolidierung der bestehenden LPG ging. Die von den Genossenschaften zu bewältigenden Schwierigkeiten finden allerdings nur oberflächliche Erwähnung, die erreichten – wenn auch geringen – Fortschritte fehlen fast vollkommen.

Zutreffend datiert der Autor den Beginn einer neuen Kollektivierungskampagne mit der 33. ZK-Tagung im Oktober 1957. Nach Anfangserfolgen sei die gesamte Agrarpolitik Ende 1959 in eine schwere Krise geraten. Den Ausweg habe die SED in einer kurzfristigen Vollkollektivierung gesehen. Daß Eilenburg am 12. Dezember erster vollgenossenschaftlicher Kreis wurde, kam für die SED-Führung überraschend, hatte sie doch – was der Autor nicht erwähnt – den Kreis Gräfenhainichen wegen seiner Erfolge in Produktion und Vergenossenschaftlichung als Beispiel aufgebaut.

Dem „sozialistischen Frühling" widmet S. breiten Raum. An Beispielen stellt der Autor durchaus unterschiedliche Vorgehensweisen der SED-Bezirksleitungen heraus. Jedoch verwehrt die alleinige Betonung obrigkeitsstaatlichen Zwanges den Blick auf spezifische Verhaltensweisen der einzelnen sozialen Schichten auf dem Lande.

Viel Aufmerksamkeit widmet der Verfasser den Folgeproblemen wie Produktionsrückgang, Verweigerung der genossenschaftlichen Arbeit, zwei Austrittswellen, „Republikflucht" u. a.

In einem abschließenden Kapitel vergleicht S. die beiden Kollektivierungsschübe. Er sieht stets eine enge Verknüpfung von Kollektivierung und akuten Herrschaftskrisen der SED, die jeweils durch Anwendung von Gewalt beendet wurden. Es erscheint jedoch nicht schlüssig, den Mauerbau so pro-

nonciert als Folge der Kollektivierung hinzustellen, war doch die Krise des Jahres 1961 Ergebnis vielgestaltiger innenpolitischer und wirtschaftlicher Fehlentwicklungen.
Insgesamt ist „Frühling auf dem Lande?“ eine flüssig geschriebene, mit neuen Fakten vor allem aus dem Archiv des MfS aufwartende Monographie. In Teilen, insbesondere im letzten Kapitel, ermüdet die Darstellung durch Wiederholungen. Das Buch bedient die Erwartungen jener Leser, die die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in erster Linie mit Zwangsmaßnahmen und Klassenkampf in Verbindung bringen. *Christel Nehrig*

**Frank Umbach: Das rote Bündnis. Entwicklung und Zerfall des Warschauer Paktes 1955 bis 1991** (= Militärgeschichte der DDR. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt Potsdam, Bd. 10), Ch. Links Verlag, Berlin 2005, 701 S.

Die Unterzeichnung des „Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ am 14. Mai 1955 in Warschau durch die Staats- bzw. Regierungschefs von acht sozialistischen Ländern Europas wurde in der historischen Literatur der DDR nahezu ausschließlich als Antwort auf den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO, als Akt zur Bewahrung von Frieden und Sicherheit in Europa bewertet. Völlig zu recht wurde auch herausgestellt, daß die von Anfang an erfolgte Aufnahme der DDR in das Bündnis ein bedeutsamer völkerrechtlicher Schritt zur Stabilisierung des eigenen Staates und zur Schaffung der Nationalen Volksarmee der DDR, genauer: zur Umbildung der Kasernierten Volkspolizei (KVP) in eine reguläre Armee war. Weitere Hintergründe, inneres Gefüge des Paktes und die alles überragende sowjetische Dominanz, die die Allianzpartner, gestützt auf den Vertrag, im Zustand abhängiger Satelliten hielt, wurden nicht thematisiert. Das geschah erst nach 1990 durch einige ostdeutsche und russische Autoren, die aus der Sicht von Zeitzeugen das Interesse für die Vorgänge weckten und manche Denkanstöße für wissenschaftliche Darstellungen, auch die des Autors, vermittelten. Es fehlte aber noch immer eine systematische Analyse der gesamten Entwicklung des Warschauer Paktes, und auch die nationale Aufarbeitung in den Teilnehmerstaaten steckt noch in den Anfängen.
Rechtzeitig zum 50. Jahrestag der Gründung der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) konnte mit Umbachs Studie „eine erste fundierte Gesamtdarstellung der Entwicklung des Paktes von seinen Anfängen bis zum Zerfall als außen- und militärpolitisches Instrument sowjetischer Sicherheitspolitik aus der Perspektive der politischen und militärischen Führung der damaligen UdSSR der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden“, wie Hans Ehlert im Vorwort (S.XIII) bemerkt. U. bietet die bislang vollständigste Analyse der englisch- und russischsprachigen Literatur zum Thema und konnte sie – wenn auch in sehr begrenztem Umfang – durch die Auswertung einiger Quellen aus russischen Archiven ergänzen. Für den Schlußteil des Buches standen

umfangreiche Dokumentationen aus den Aktenbeständen der NVA, die in den Besitz der Bundesrepublik übergegangen sind, zur Verfügung.
Das vorliegende Buch besteht aus drei Teilen. Im Teil A werden die Partei- und Militärbeziehungen in der UdSSR untersucht und es wird die herausragende Bedeutung des sowjetischen Generalstabes für die Sicherheitspolitik der UdSSR und des Warschauer Paktes geschildert. Diese Problematik kommt auch in den anderen Teilen immer wieder zur Sprache. Teil B befaßt sich mit Formierung, Aufrechterhaltung und Management der WVO 1955-1985. Bemerkenswert in diesem Teil sind besonders die seitens der UdSSR aus den Volksaufständen in Polen und Ungarn 1956 und aus der Niederschlagung des „Prager Frühlings" 1968 abgeleiteten Schlußfolgerungen und Konsequenzen für die weitere Ausgestaltung der WVO. Sie betrafen vor allem die Aufwertung und verstärkte militärpolitische Zusammenarbeit sowie die Forcierung der militärischen Integration im Rahmen der WVO, bei absoluter sowjetischer Dominanz in allen militärischen Führungsgremien. Das gilt auch für die Stationierung atomarer Sprengköpfe auf den Territorien der Verbündeten. Aufmerksamkeit verdienen ebenso die in diesem Teil dargebotenen kontroversen Ansichten und Debatten zwischen politischer Führung und sowjetischem Generalstab über eine Neubewertung der Nuklearwaffen und über die Führ- und Gewinnbarkeit eines mit solchen Waffen geführten Krieges, die bis in die Gorbatschow-Ära anhielten. Teil C, der Hauptteil des Buches, umfaßt den Warschauer Pakt in der Gorbatschow-Ära 1985-1991. Dabei werden Reformansätze, Erosion und Zerfall der WVO erörtert. Das besondere Interesse des Lesers dürften die Schilderungen über das Verhältnis des sowjetischen Militärestablishment zum Reformkurs Gorbatschows, zur Entwicklung eines neuen militärdoktrinären und militärstrategischen Denkens sowie zu den Renationalisierungsbestrebungen der WVO-Staaten im Rahmen der systemverändernden innenpolitischen Umwälzungsprozesse finden. Wie im ganzen Buch werden auch diese Vorgänge vor dem Hintergrund der Konfrontationen zur NATO und der schließlichen Nor-malisierung der Beziehungen zwischen beiden Paktsystemen dargestellt, doch zu einem wirklichen Systemvergleich, der allerdings auch nicht beabsichtigt war, gelangt der Autor nicht. Der Text des Buches wird durch zahlreiche Übersichten und Tabellen sowie eine Reihe von Anlagen im Anhang ergänzt. Ein ausführliches Literaturverzeichnis (S.621-695) gibt Einblick in Breite und Spezifik der Thematik.

*Paul Heider*

**Burkhard Hergesell: „Eine Hand voll Zukunft ...". Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten in Bremerhaven 1955–2005**, Hauschild Verlag, Bremen 2005, 152 S., Abb.

Die heute zum Bundesland Bremen gehörende Stadt Bremerhaven ist durch ihren Hafen einer der Orte, die mit der Auswanderung nach Übersee verbunden werden; der Hafen war der größte Auswandererhafen Deutschlands. Zwi-

schen 1834 und 1974 gingen sieben Millionen Menschen, davon die Hälfte Deutsche, auf ihrer Auswanderung in Bremerhaven an Bord eines Schiffes. In einem neueröffneten Auswanderermuseum wird heute diese Geschichte dokumentiert. Der hier anzuzeigende Band will diesem (Selbst-)Bild von Bremerhaven einen gewissen Kontrast entgegensetzen: Er stellt die Nordseestadt als Ziel von Einwanderung vor. 2005 jährte sich das erste deutsche Abkommen zur Anwerbung nichtdeutscher Arbeitskräfte zum fünfzigsten Mal. Nicht nur dieses Jubiläum hat zu einer steigenden Zahl von Publikationen zur Geschichte der Migration und zur Bedeutung von Geschichte und Gedächtnis in einer Einwanderungsgesellschaft (so der Titel einen sehr empfehlenswerten, von Motte und Ohliger 2004 herausgegebenen Sammelbandes) geführt.

Dieses Jubiläum nahm der in Bremerhaven lebende Autor und Kulturwissenschaftler H. zum Anlaß, das Leben von 15 Bremerhavener Migrantinnen und Migranten, davon sieben Frauen, vorzustellen. Sie selbst beziehungsweise ihre Eltern kamen ursprünglich aus südeuropäischen Ländern wie Portugal, Spanien, Jugoslawien, Italien oder der Türkei. Leider wird der Entstehungszusammenhang des Buches nicht transparent gemacht. So kann nur vermutet werden, daß es sich um eine aus gewerkschaftlichen Kreisen unterstützte, wenn nicht sogar finanzierte Auftragsarbeit handelt.

1965 lebten in Bremerhaven ca. 500 sog. Gastarbeiter, 1975 waren es dann schon 8500. 1973 erfolgte, wegen faktischer Vollbeschäftigung, ein Anwerbestopp, der aber den Familiennachzug nicht verhinderte. Heute sind 10 Prozent aller Einwohner Bremerhavens, ungefähr 12.500 Menschen, Personen mit Migrationshintergrund.

In dem Band werden – nach einer kurzen Einführung – in vom Autor verfaßten, auf Gesprächen und Interviews sowie weiteren Quellen beruhenden Einzelbeiträgen persönliche Migrationsgeschichten vorgestellt. Ein weiterer Beitrag schildert die Erlebnisse eines Anwerbers, der im damaligen Jugoslawien im Auftrag seiner Firma Fischarbeiterinnen angeworben hatte.

Für alle vorgestellten Menschen gilt, daß sie, beziehungsweise ihre Eltern nur wegen der Arbeit nach Bremerhaven kamen, die meisten mit der Vorstellung eines befristeten und gleichwohl ökonomisch lukrativen Aufenthaltes. Die Unterbringung war in den ersten Jahren in der Regel verbesserungsbedürftig: Noch 1968 wohnte ein Drittel der männlichen Migranten in Wohnheimen. Die allermeisten arbeiteten in Verhältnissen, die heute als *bad jobs* umschrieben werden, vor allem in der in den 1960er und 1970er Jahren von Handarbeit gekennzeichneten Fischverarbeitung, und sie verblieben auch im untersten Segment der Pyramide der Arbeiterklasse. Einen sozialen Aufstieg schaffen nur die wenigsten bzw. erst die teilweise in Bremerhaven geborenen Kinder und Enkel der Porträtierten.

H. hat sein Buch mit vielen Fotos, die vor allem von Mareike Schreuder stammen, und die die vorgestellten Migrantinnen und Migranten an ihrem Arbeitsplatz oder auch im Kreise der

Familie zeigen, sehr ansprechend illustriert und ein bislang vernachlässigtes Kapitel der Stadtgeschichte aufgearbeitet.
Das Verhalten der Mehrheitsgesellschaft wird von H., in meinen Augen etwas verharmlosend, dahingehend beschrieben, daß es im beruflichen Alltag wenig Rassismus, sondern nur Diskriminierung gegeben habe. Daß es eine selbstbestimmte Migration von Frauen, unabhängig von Männern gab und gibt, findet sich in den Frauenporträts bestätigt. In den 1990er Jahren kam es fast zum Ende der historischen Phase der Nord-Süd-Wanderung, sie wurde abgelöst durch eine Ost-West-Wanderung. Deren Geschichte wird dann auch zu schreiben sein.

*Bernd Hüttner*

**Ulrich van der Heyden: Zwischen Solidarität und Wirtschaftsinteressen. Die „geheimen" Beziehungen der DDR zum südafrikanischen Apartheidregime**, LIT-Verlag, Münster 2005, 181 S.

Einem „in der Geschichtsforschung bislang vernachlässigtem Kapitel der deutsch-afrikanischen Beziehungen" hat der Autor sein Buch gewidmet. Es handelt sich um die Beziehungen der DDR-Regierung zur Regierung Südafrikas (Südafrikanische Union, ab 1961 Republik Südafrika). Während über die Beziehungen der DDR zu ihren „verbündeten" Partnern, d. h. zur Südafrikanischen Kommunistischen Partei und zum African National Congress (ANC) einschlägige Veröffentlichungen im Ergebnis wissenschaftlicher Recherchen vorliegen, blieben die Beziehungen der DDR zum Staat und zu Wirtschaftskreisen des Apartheidregimes im Dunkeln bzw. sind durch populistische Publikationen von Journalisten und Politikern in grelles Licht getaucht. Danach habe die DDR, ungeachtet dessen, daß sie sich offiziell den von der UNO verhängten Sanktionen gegen das Apartheidregime anschloß, heimlich Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika gehabt und mit dem Apartheidregime schmutzige Geschäfte bis hin zur Lieferung von Folterausrüstungen betrieben.
Derartige Anwürfe hat der Autor zum Anlaß genommen, über die Beziehungen von Staat zu Staat detaillierte Untersuchungen vorzunehmen und die Ergebnisse mit diesem Band dem Publikum vorzulegen. Berechtigt fühlte er sich dazu, weil es ihm gelungen ist, bisher unbekanntes Archivmaterial zu dieser Thematik aufzufinden.
Dabei geht es nicht einfach darum, wer Recht hat: Diejenigen, die die Verbindungen der DDR nach Südafrika auf die Solidaritätsbeziehungen zu den revolutionären Partnerorganisationen reduzieren, oder jene, die der DDR von Anfang an und bis zu ihrem Ende Doppelbödigkeit unterstellten.
H. kommt auf Grund seiner Recherchen zu dem Ergebnis, daß sich die offiziellen Beziehungen der DDR zum Rassistenregime in Südafrika in vier Etappen untergliedern lassen: Eine Zeitperiode der Anbahnung von Handelsbeziehungen, die bis zum Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre reicht, als sich die DDR dem UNO-Boykott anschließt. Ihr folgte der Zeitraum bis

Mitte/Ende der 60er Jahre, als die bestehenden Handelsverträge ausliefen „und einige indirekte Handelsbeziehungen (über Drittländer – J. R.) eventuell weiterhin bestehen blieben". Während einer dritten Periode, die von Mitte/Ende der 60er Jahre bis zu Beginn der 80er Jahre reichte, gab es keine Kontakte. Ein vierter Zeitabschnitt, der bis 1989 reichte, war dadurch gekennzeichnet, daß die außenwirtschaftlich in die Enge getriebene südafrikanische Seite versuchte, durch attraktive Angebote die Handelskontakte zur DDR neu zu knüpfen bzw. wieder aufzunehmen. Gleichzeitig wurde von Seiten der DDR der bis dahin strikt befolgte Boykott „flexibler" gehandhabt, allerdings ohne daß es zur Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen kam. Der Autor schätzt resümierend ein, „dass die DDR sich durchaus konsequent an den von der internationalen Gemeinschaft verhängten Boykott gegen das menschenverachtende Apartheidregime seit Mitte/Ende der 60er Jahre gehalten hat" (S. 137).

Warum aber überhaupt dieses anfängliche Zaudern, fragt sich der Autor und kommt zu dem Schluß, daß der Verzicht auf den Handel mit Südafrika für die DDR mit signifikanten wirtschaftlichen Verlusten verbunden war. Der Rezensent möchte noch hinzufügen, daß der Boykott unter dem Aspekt der DDR-Wirtschaftspolitik just zum falschen Zeitpunkt kam: Man hatte mit dem NÖS gerade ideologische Vorbehalte im Handel aufgegeben und die Außenhändler aufgefordert, zugunsten der DDR-Volkswirtschaft günstige Geschäfte abzuschließen, als man sie sich im Falle Südafrikas aus politischen – letztlich ideologischen – Gründen versagen mußte. Es bedurfte daher eines Machtwortes von Ulbricht, um der DDR-Boykottentscheidung die nötige Autorität zu verschaffen.

Vor dem Hintergrund der eigenen wirtschaftlichen Situation ist auch die Entscheidung der DDR Mitte der 80er Jahre zu werten, nicht auf das Werben der südafrikanischen Regierung einzugehen. Der erneute Verzicht geschah mitten in der Phase des „Exports um jeden Preis", den die DDR betrieb, um ihre Dollarschulden abzubauen. Nichts wäre ihr in diesem Moment lieber gewesen, als Millionen in harter Währung als Resultat einer positiven Handelsbilanz mit Südafrika zur Verfügung zu haben. Doch auch in diesem Falle galt das Primat der Politik vor wirtschaftlichen Überlebensstrategien. Der Boykott wurde aufrechterhalten.

Warum dennoch von westdeutscher Seite behauptet wird, die DDR habe allzeit schmutzige Geschäfte mit dem Apartheidregime betrieben, fragt sich der Leser. Eine Antwort gibt H., der die Unbewiesenheit derartiger Anschuldigungen betont, nicht. Vielleicht ist die Lösung ganz einfach: Die Bundesrepublik hat Zeit ihrer Existenz gute Wirtschaftsbeziehungen zum Apartheidregime gehabt und ist für ihren schmutzigen Handel auch weidlich kritisiert worden. Besser als die Bundesrepublik kann doch die DDR nicht gewesen sein, mögen sich die Verfasser der Pamphlete über ein Kungeln zwischen Apartheidregime und „DDR-Regime" gesagt haben, als sie drauflos schrieben.

*Jörg Roesler*

**Bernd Hüttner/Gottfried Oy/ Norbert Schepers (Hrsg.): Vorwärts und viel vergessen. Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen**, AG SPAK Bücher, Neu-Ulm 2005, 176 S.

Die neuen sozialen Bewegungen haben inzwischen nicht nur ihre Geschichte, sondern auch ihre gesonderten Überlieferungen und Archive, ihre eigene Geschichtsschreibung und spezifische methodologische Problemlagen. Daraus erwachsen vielfältige Informationsbedürfnisse und ein breites Spektrum von Fragen, zu deren Klärung die vorliegende Broschüre beitragen will. Ihre Herausgeber sind mit dieser Materie bestens vertraut, und auch die Autoren der einzelnen Beiträge stehen nicht nur gut im Stoff, sondern schöpfen meist auch aus eigenen Erfahrungen als Akteure bestimmter Bewegungen. Da stellt sich freilich die Frage, ob die Historiographie dieser von unten her entstandenen, breitgefächerten und von Vertretern unterschiedlicher Schichten getragenen Bewegungen sich tatsächlich einer oft nur Insidern verständlichen Terminologie professioneller Politologen und Soziologen so ausliefern muß, wie dies in manchen Beiträgen geschieht.

In einem einleitenden Aufsatz thematisieren die Herausgeber einige grundsätzliche Probleme unter dem als Frage formulierten Leitmotiv „Bewegungsgeschichte zwischen Mangelökonomie und Desinteresse?“. Sie stellen Anliegen und innere Struktur dieser Veröffentlichung vor, in der vor allem Erträge einer im Oktober 2004 in Bremen durchgeführten Tagung zusammengefaßt werden. In einem ersten Komplex – überschrieben „Probleme der Bewegungsgeschichtsschreibung“ – polemisiert Imma Harms gegen die „Vitrinisierung der eigenen Vergangenheit“ und meldet Zweifel an Kriterien an, „mit denen Geschichtsaufarbeitung betrieben wird“, gerade dann, „wenn sie von den AkteurInnen selbst betrieben wird“. Sebastian Haunss wagt eine Zusammenschau von „Geschichte und Perspektiven sozialer Bewegungen“. Dirk Lange äußert sich zu „Politischer Alltagsgeschichte“, einem für die Erforschung sozialer Bewegungen besonders wichtigen Gebiet, allerdings in einer vom Alltag ziemlich abgehobenen Diktion.

Der zweite Komplex nennt sich „Projekte einer Bewegungsgeschichtsschreibung“. An der Spitze steht ein nun näher an die Ereignisgeschichte heranrückender Beitrag von Ilse Lenz und Brigitte Schneider über neue Frauenbewegungen. Ihm folgt ein in seiner Eigenwilligkeit bestechender Text der AG Grauwacke über Motivationen und Erfahrungen einer autonomen Bewegung beim Umgang mit ihrer Geschichte, wobei dessen Autoren bewußt den kollektiven Charakter ihres Berichtes betonen und als Einzelpersonen anonym bleiben. In einem eMail-Interview äußert sich Rainer Wendling vom Verlag Assoziation A zu den Schwierigkeiten außerakademischer Geschichtsarbeit, angesiedelt zwischen Sozialgeschichte und oral history. Schließlich setzen sich Gottfried Oy und Christoph Schneider mit den Intensionen der

RAF-Ausstellung und mit den Reaktionen auf diese Schau auseinander.
„Geschichte einzelner Bewegungen" steht über dem dritten Komplex, der indes recht heterogen wirkt. Oy beschäftigt sich vor allem mit der Medienpolitik sozialer Bewegung, Thomas Kunz mit der Politik innerer Sicherheit der Bundesrepublik und ihren Kritikern und Stephan Grigat mit der Staatsfixiertheit der Linken und dem Konformismus oppositioneller Bewegungen. So richtig in die konkrete Geschichte taucht eigentlich nur Serhat Karakayali ein, die die migrantischen Kämpfe im Raum Frankfurt a. M. beschreibt und damit ein brachliegendes Feld der Migration wie der sozialen Bewegungen beackert. In diesem Komplex ist auch ein Bericht von H. (er ist auch Herausgeber des ersten Wegweisers zu Archiven und Bibliotheken der sozialen Bewegungen[1]) angesiedelt, in dem er am Beispiel des von ihm gegründeten und geleiteten Archivs der sozialen Bewegungen Bremen Charakter, Arbeitsweise und Überlebenskampf eines Bewegungsarchivs schildert. Abgeschlossen wird die Publikation mit der von H. eingeleiteten Wiederveröffentlichung der bereits Mitte der 70er Jahre von Sergio Bologna erarbeiteten „Acht Thesen einer militanten Geschichtsschreibung".
Wie die Kurzbiographien des Autorenverzeichnisses ausweisen, ist die Geschichte neuer sozialer Bewegungen ein Reservat westdeutscher bzw. westlicher Sozialwissenschaftler. Ein Brückenschlag zur Erforschung der Bürgerbewegung der DDR hat offenbar noch nicht stattgefunden, was hier nur festgestellt und nicht den Autoren dieser Veröffentlichung angelastet sei. Für Sozialwissenschaftler mit DDR-Provenienz ist dieses Kompendium schon deshalb von Interesse, weil viele der hier reflektierten Diskurse meist an ihnen vorbeigelaufen sind, nun jedoch wenigstens nachträglich zur Kenntnis genommen werden sollten. Gefördert wurde diese Publikation durch die Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen und die Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin.

*Günter Benser*

1 Bernd Hüttner: Archive von unten. Bibliotheken und Archive der neuen sozialen Bewegungen und ihre Bestände. AG SPAK Bücher – Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise Neu-Ulm 2003.

**Stefan Remeke: Gewerkschaften und Sozialgesetzgebung. DGB und Arbeitnehmerschutz in der Reformphase der sozialliberalen Koalition** (= Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe A, Darstellungen, Bd.33), Klartext-Verlag, Essen 2005, 519 S.

Wer meint, im vorliegenden Band eine hochspezialisierte Studie zum Arbeitnehmerschutz in der Bundesrepublik der späten 60er und frühen 70er Jahre zu finden, wird nicht enttäuscht sein. Doch dies ist nur die eine Seite der Medaille. R. holt in der bearbeiteten Fassung seiner 2003 von der Fakultät für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum angenommenen Dissertation viel weiter aus. Es geht letztlich um den gewerkschaftlichen Anteil an der Sozialgesetzgebung in ei-

ner extensiven Reformphase, wie sie für die sozialliberale Koalition unter der Kanzlerschaft Willy Brandts kennzeichnend war. Entsprechend fokussiert er seinen Forschungsansatz auf die Aktivitäten der DGB: „Unsere Fragen entstammen der gewerkschaftsgeschichtlichen Forschungsrichtung und wenden sich an die Quellen der gewerkschaftlichen Überlieferung“ (S.35). Folgerichtig läuft die Untersuchung dann auch auf den Bundesvorstand des DGB, das „Hans-Böckler-Haus“ zu. Dieses präsentiert der Verfasser als eine sozialpolitische Schaltzentrale in der Bundesrepublik. Sein „Organisationsbinnenleben“ gebe Einblick in die politische Kultur der Gewerkschaften.

Bevor sich der Autor diesem Themenkreis eingehend widmet, entwickelt er in zwei einführenden Kapiteln zunächst einmal seine Sicht auf die Rolle der Gewerkschaften bei der Sozialgesetzgebung im allgemeinen und auf die Funktionsweise gewerkschaftlicher Interessenvertretung beim Arbeitsschutz im besonderen. Es folgen dann drei umfangreiche Kapitel zu den Themen „Arbeitsgesellschaft und Daseinsrisiken“, „Arbeitsgesellschaft zwischen Geschlecht und Generation“, „Arbeitsgesellschaft und Daseinsbedingungen“. Im Schlußkapitel „Gewerkschaften und Moderne“ fragt der Autor nach der moderierenden Funktion gewerkschaftlicher Interessenvertretung und lenkt dabei den Blick auf einen weiträumigeren historischen Kontext.

Wohl sehr zutreffend wird die 1969 mit dem Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt und Walter Scheel für die DGB-Gewerkschaften eingetretene Konstellation mit dem Begriff des Netzwerkes in Verbindung gebracht. Zeitgenossen faßten ihn mit dem Hinweis auf die sozialdemokratische Hegemonie in den Gewerkschaften, wie auch mit dem Gewerk-schaftseinfluß auf die Politik. Dieses „traditionell starke sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Netzwerk“, so R., sei durch die Regierungsbildung von 1969 und den damit einhergehenden Politikwechsel aufgewertet worden. Hier setzt der Autor mit dem Versuch an, „den Stütz- und Halteapparat des politischen Netzwerkes der Gewerkschaften in Spannungsverhältnissen“ (S. 41) zu untersuchen. Ein solches Spannungsverhältnis resultierte beispielsweise aus dem Staatsinterventionismus bei der tariflichen Lohnfindung.

Der Gesundheitsschutz bildete schon seit langem ein zentrales Feld des Arbeitnehmerschutzes. Ausführlich und quellennah geht R. – teilweise auch im zeitlichen Rückgriff – an den Beispielen der Maschinenschutzgesetze und der Arbeitsstättenverordnung (1966/68 und 1972/75) auf die Durchsetzung gewerkschaftlicher Gestaltungsinteressen in der Sozialgesetzgebung ein. Detailliert werden die Handlungsmuster der DGB-Vertreter im Zusammenhang mit der parlamentarischen Vorbereitung des Arbeitssicherheitsgesetzes von 1973 nachgezeichnet. Auch die Reibungsflächen und Konfliktpotentiale zwischen Einzelgewerkschaften (IG Bergbau, IG Bau, IG Chemie) und dem DGB kommen dabei in den Blick. Zu den wesentlichen Merkmalen der gewerkschaftlichen Position gehörten die enge Inter-

aktion von DGB und Sozialdemokratie, das Vertrauen in die fachliche Expertise und ein Phänomen, das der Verfasser als „sozialpolitisches Gedächtnis des DGB“ bezeichnet (S. 196).
Ähnlich detailliert und nicht minder kenntnisreich behandelt er die Bemühungen um den Arbeitsschutz für Behinderte, Frauen und Mütter. Einen besonderen Schwerpunkt legt er auf die Auseinandersetzungen um den Entwurf des Jugendarbeitsschutzgesetzes der sozialliberalen Koalition. In diesem Fall mußte der DGB, gemessen an seinen ursprünglichen Forderungen, eine deutliche Schlappe hinnehmen, als das Gesetz im Januar 1976 den Bundestag passierte. Als ein wichtiges Merkmal des gewerkschaftlichen Handelns auch in diesem Fall hebt der Verfasser „eine retrospektive Deutung des Sozialen“ bzw. einen „starken tradierten Akzent“ (S. 370) hervor. Diese treffende Beobachtung beschreibt eine Interessenlage, die noch fest an den Kategorien der Industriegesellschaft verankert war, wie sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg im Zeichen eines langanhaltenden Booms etabliert hatte. Die dritte industrielle Revolution befand sich noch in den Anfängen, und die Krise der modernen Arbeitsgesellschaft deutete sich erst in schemenhaften Konturen an. Die Expansion des Sozialstaates in der Periode der sozialliberalen Koalition ist vor diesem Hintergrund zu verstehen.

Werner Abelshauser hat ein wesentliches Merkmal dieser Arbeit in ein einprägsames Bild gefaßt: Remekes Interesse gelte „nicht der Kommandobrücke, sondern dem Maschinenraum des nominellen Flaggschiffs der deutschen Gewerkschaften, des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)“.[1] Das ist kein Mangel. In seinen darstellenden Teilen liest sich das Buch überraschend gut, was bei dem eher spröden Thema nicht unbedingt selbstverständlich ist. Die zusammenfassenden und auf theoretische Interpretation zielenden Abschnitte basieren auf umfangreicher Sekundärliteratur und enthalten zahlreiche weiterführende Fragestellungen. Für weitere Forschungen zur Gewerkschaftsgeschichte der 70er Jahre dürfte das Buch von beträchtlicher Bedeutung sein, hilft es doch, die gewerkschaftlichen Analyse- und Entscheidungsprozesse besser zu verstehen. Der Anhang besteht aus Abkürzungs-, Quellen- und Literaturverzeichnissen sowie einem Personenregister. Zwei kleine Kritiken am Rande: Der regelmäßig verwendete Pluralis Majestatis wirkt etwas bemüht. Die vor dem Impressum angekündigte Bildeinheftung zwischen den Seiten 32 und 33 fehlt.

*Peter Hübner*

**Thomas Etzemüller: 1968 – Ein Riss in der Geschichte? Gesellschaftlicher Umbruch und 68er-Bewegungen in Westdeutschland und Schweden,** UVK Verlag, Konstanz 2005, 269 S.

Der Autor, Juniorprofessor für Zeitgeschichte an der Universität Oldenburg,

1 Werner Abelshauser: Im Maschinenraum. Gewerkschaftliche Mitwirkung am Gesetzgebungsprozeß, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.7.2006, S.8.

hat eine bemerkenswerte und in der Ausrichtung bislang einmalige Studie vorgelegt: Die komparatistische Untersuchung der Ereignisse im und um das „Schaltjahr 1968“. Die gut untersuchte Bundesrepublik wird mit den für die deutsche Öffentlichkeit recht unbekannten schwedischen Verhältnissen verglichen. In zwölf Kapiteln wird dies abgehandelt, und es fallen bei allen Ähnlichkeiten und Parallelitäten auch die Unterschiede ins Auge, die den vermeintlich so tiefen Bruch der westdeutschen Gesellschaft nachdrücklich in seinen historischen wie internationalen Kontext rücken. Vor dem Hintergrund der soliden skandinavischen, sozialdemokratischen Verhältnisse relativieren sich auf einmal manche der großen Legendes des vermeintlich einmaligen Bruchs mit der stockkonservativ-restaurativen Adenauer-Zeit und die Abrechnung mit dem NS-Erbe. Es war eher die „Imagination einer ‘Revolution´“ (S. 159). Berechtigt formuliert E. sein Programm für den mit der Zahl 1968 nur unvollkommen gefaßten komplexen Prozeß: Das Phänomen 1968 „war Teil eines fundamentalen Gesellschaftswandels in der westlichen Welt, der in den fünfziger Jahren begann und spät in den Siebzigern endete.“ Und eben nicht auf die „aufregenden Studentenproteste, (die) APO, (die) gewaltsamen Demonstrationen und dann vielleicht noch (die) bizarren K-Gruppen“ reduzierbar (S.7).

Damals verknüpften sich in West wie Ost (wer den Prager Frühling mitdenkt) generationsspezifische, kulturelle und weltpolitische Veränderungen mit sozialstrukturellen Umbrüchen. Sie könnten vielleicht genauer erfaßt werden, wenn der sich Ende der 60er Jahre abzeichnende Umbruch der Produktivkräfte, die wissenschaftlich-technische Revolution mit ihren ersten Auswirkungen, der zunächst nur langsame Prozeß der Anpassung des politischen Systems, aber auch die alsbald einsetzenden integrierenden Strategien des Demokratie- und Kulturwandels wie auch der genau auf zentrale Forderungen wie mehr freiheitsrechte, Selbstverwirklichung, Individualismus aufsetzenden neoliberalen Gesellschaftskonzepte einbezogen würden. *Stefan Bollinger*

## NachSatz

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Autoren und Autorinnen,

mit diesem Heft starten wir in den nunmehr 6. Jahrgang des JahrBuchs. Bisher liegen 15 Hefte mit über 3300 Seiten vor. In ihnen kamen mit ihren Beiträgen fast 200 Autoren zu verschiedenen Themen und in unterschiedlichen Rubriken zu Wort. Über 300 Bücher wurden rezensiert oder annotiert. Die Redaktion strebte stets an, alle Perioden und Abschnitte der Geschichte der Arbeiter und Arbeiterbewegung, einschließlich ihrer Alltags- und Geistesgeschichte sowie die Geschichte anderer sozialer Bewegungen im JahrBuch zu behandeln. Das gelingt naturgemäß in unterschiedlicher Weise, vorhandene Defizite sind wir bemüht, mit Ihrer Hilfe zu beseitigen.

Wir denken, daß es auch mit diesem Heft gelungen ist, ein breites Spektrum von Themen anzubieten. Das Erscheinen des ersten Bandes einer Abendroth-Gesamtausgabe ist für Hermann Klenner würdiger Anlaß, an den für die Arbeiterbewegung bedeutsamen Wolfgang Abendroth zu erinnern. Traditionsgemäß widmen wir der Linzer Tagung der Historiker der ArbeiterInnenbewegung Aufmerksamkeit. Die letzte Session war dem politisch-wissenschaftlichen wichtigen Thema des Rechtsextremismus gewidmet. Ein Bericht von Günter Benser sowie die Referate von Jürgen Hofmann und Luigi Ganapini vermitteln wesentliche Eindrücke von und über diese Tagung. Wenig bekannt und in den gängigen Standardwerken zur Bundesrepublik unberücksichtigt, sind die Stuttgarter Ereignisse von Oktober 1948, denen Jörg Roesler nachgeht.
Ein weiteres Genre umfaßt Biographisches, in dem die Rektorin der Internationalen Leninschule Klavdija Kirsanova vorgestellt wird, Marta Strasser als Zeitzeugin des 20. Jahrhundert gewürdigt wird und Werner Berthold sich an die Zeit in französischer Kriegsgefangenschaft und sein dortiges Wirken als junger Kommunist erinnert.

Es ist hier nicht Anliegen noch Platz, alle Beiträge des Heftes zu nennen. Doch eines sei uns in eigener Sache gestattet: Der „Trägerverein“ unseres JahrBuchs, der „Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ blickte im November vergangenen Jahres auf sein 15jähriges Bestehen zurück. Dazu fand ein Gespräch zwischen jungen und älteren Historikern und historisch Interessierten zum Thema „Geschichte der Arbeiterbewegung – interessant für junge Leute?“ statt. Selbstverständlich informieren wir Sie darüber, zum einen mit einem Bericht von Harald Lange und zum anderen mit dem Abdruck der einführenden Worte von Helmut Bock.

Liebe Leserinnen und Leser,
wir erinnern an die Möglichkeit, sich im Internet über das JahrBuch zu informieren:
www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de.
Dort sind auch unsere Email-Adressen zu finden.

Das Jahresabonnement konnten wir für 2007 erneut stabil halten und beträgt, einschließlich Porto, 25 Euro im Inland bzw. 35 Euro im Ausland, einzuzahlen auf das JahrBuch-Konto
Nr. 57 44 56 10 10 der NDZ GmbH
bei der Berliner Volksbank,
BLZ 100 900 00;
für unsere ausländischen Abonnenten:
BIC: BEVODEBB; IBAN: DE 75 1009 5744 5610 10.

Da sich unser JahrBuch ausschließlich aus den Abonnements finanziert, bitten wir unsere Abonnenten, die es noch nicht getan haben, ihr Abo für das Jahr 2007 möglichst schnell zu bezahlen. Über weitere Abonnenten würden wir uns freuen. Im Interesse kontinuierlichen Erscheinens der Hefte bitten wir, uns weiterhin mit wissenschaftlichen Beiträgen sowie in der Werbung für das JahrBuch zu unterstützen.

Die Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums e. V. bieten auf Wunsch Sonderdrucke der im JahrBuch veröffentlichten Beiträge – mit und ohne Umschlag – an. Die Konditionen sind zu erfragen unter der Telefonnummer: 030-28 25 137.

Mit den besten Wünschen für das Jahr 2007

Die Redaktion

## Autorenverzeichnis

*Evemarie Badstübner ,* Dr. sc., Berlin
*Hanna Behrend,* Dr. sc., Berlin
*Günter Benser*, Prof. Dr., Berlin
*Werner Berthold,* Prof. Dr., Leipzig
*Helmut Bock,* Prof. Dr. Berlin
*Stefan Bollinger*, Dr. sc., Berlin
*Rolf Dlubek*, Prof. Dr., Berlin
*Hermann Drumm,* Dr., Kamenz
*Ulrike Eisenberg*, Dr. med., Berlin/Eberswalde
*Sönke Friedreich,* Dr., Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde, Dresden
*Luigi Ganapini*, Prof. Dr., Universität Bologna
*Paul Heider,* Prof. Dr., Dresden
*Wolfgang Heyn*, Dr. sc., Bernau
*Jürgen Hofmann*, Prof. Dr., Berlin
*Rainer Holze,* Dr., Berlin
*Peter Hübner*, Dr. sc., Projektbereichsleiter, Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam
*Bernd Hüttner*, Diplompolitologe, Bremen
*Horst Klein*, Dr. sc., Strausberg
*Olaf Klenke,* Dr., Berlin
*Hermann Klenner,* Prof. Dr., Berlin
*Julia Köstenberger*, Mag., Wien
*Harald Lange,* Prof. Dr., Berlin
*Christel Nehrig*, Prof. Dr., Birkenwerder
*Heinz Niemann*, Prof. Dr., Bergfelde
*Ulrich Peters*, Dr., Berlin
*Claus Remer,* Dr. sc., Jena
*Jörg Roesler,* Prof. Dr., Berlin
*Horst Schützler,* Prof. Dr., Berlin
*Daniel Schwane,* Dr., Archiv für Zeitgeschichte, Zürich
*Jürgen Stroech*, Dr., Berlin

## Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber:
Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion:
Helga Brangsch, Ursel Herschel, Dr. Wolfgang Heyn, Dr. Christa Hübner, Dr. Herbert Mayer (Verantwortlicher Redakteur), Dr. Ulla Plener, Dr. Elke Scherstjanoi, Dr. Carola Tischler

Postadresse der Redaktion:
Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin
Email-Adressen der Redaktion:
– für die Zusendung von Beiträgen und Anfragen
redakteur@arbeiterbewegung-jahrbuch.de
oder
redaktion@arbeiterbewegung-jahrbuch.de
– für Rezensionen, Annotationen u. ä.
rezension@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

– für Bestellungen von Heften und Abos sowie Werbung
bestellung@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Website:
www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Das „JahrBuch“ erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai, September) in der NDZ GmbH, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin, im Gesamtumfang von ca. 660 Seiten.

In der Zeitschrift können nur Beiträge veröffentlicht werden, die nicht bereits anderweitig erschienen sind. Manuskripte können per e-mail oder auf Diskette, vorzugsweise als word- oder rtf-Datei, eingesandt werden. Beiträge sollten 40.000, Berichte 10.000, Rezensionen 6.000 und Annotationen 2.000 Zeichen nicht überschreiten. Bitte reichen Sie stets die letzte Fassung des Beitrages ein und beachten Sie die im „JahrBuch“ übliche äußere Manuskriptgestaltung. Die Redaktionsrichtlinien senden wir Ihnen gern zu.

Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Veröffentlichung gem. Paragraph 7a Berliner Pressegesetz:
Gesellschafter der NDZ GmbH: Föderative Verlags-, Consulting- und Handelsgesellschaft mbH – FEVAC –, Gesellschafter der FEVAC GmbH: Uwe Hobler, Diplomagraringenieur, Berlin (40%); Dr. Ruth Kampa, Rechtsanwältin, Berlin (30%); Dr. Joachim Philipp, Rechtsanwalt, Berlin (30%).

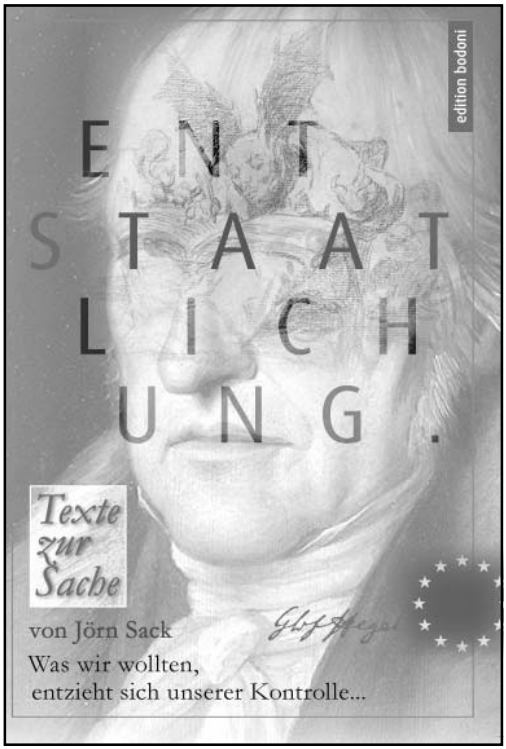
Satz: Joanna Boegendorff/Rosemarie Kouril
Realisiert in den Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums e.V.
info@bodoni.org

Redaktionsschluß: 6.12.2006

Jörn Sack

*Entstaatlichung.*

*Was wir wollten, entzieht sich unserer Kontrolle*




Das umstrittene Thema „Globalisierung“ hat Jörn Sack in seinem Buch „Entstaatlichung“ analytisch aufgegriffen. Die Texte zeigen den unaufhörlichen Rückzug des Staates in seiner gesamtgesellschaftlichen Verantwortung, durch die die Chance der Demokratie verspielt wird.

Dieses Buch ist ein Ergebnis seiner jahrzehntelangen Tätigkeit, die am Ende zu einer Entfremdung von seinem ursprünglichen Engagement führte.
DieBuchpremiere findet zur Leipziger Messe am 23. März 2007 am Stand von edition bodoni statt, dort 14 Uhr.

---

*edition bodoni* Texte zur Sache *im spectrum*
*ISBN-13: 978-929390-93-3* · info@bodoni.org